

AUFTRAG



Schwerpunkt:
Europa

GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN

INHALT

BESINNLICHES

Die Gläubigen vereint im Aufbau des Friedens (<i>Johannes Paul II.</i>)	3
Gottes Wort als Kraftquelle	10
Das geistliche Wort (<i>Walter Theis</i>)	11
Bibel-Weg im April (<i>Elisabeth Enssle</i>)	13
Die Würde des Menschen ist unantastbar	15
Sein Wort – Gottes Wort (<i>Helmut Fettweis</i>)	17
Heilige Messe: Zauberei und Humbug? (<i>Heribert Lemberger</i>)	21
Stand der Beratungen zum Schutz des ungeborenen Kindes	24
„Woche für das Leben“ 1992	24
Kirchenträume junger Menschen	25
Der Christ zwischen Angst und Vertrauen (<i>Johannes Cofalka</i>)	26
Gottes ungeduldige Töchter	39
Über Bildung und Religion (<i>Hans Bahrs</i>)	43

EUROPA

Europa hat Geschichte	45
Europa – zu seinen geistigen und ethischen Grundlagen (<i>Hans Buchheim</i>)	49
Ergebnisse und Schlußfolgerungen des Europa-Studentages	63
Die Volksgruppen in einem vereinten Europa	65
Festung Europa (<i>Hans Joachim Hofmann</i>)	74
Migration in Europa (<i>Peter Köppinger</i>)	78
Zur Festigung des Friedens beitragen	90
Pax Europaea (<i>Johannes Dyba</i>)	92
Neuevangelisierung Europas	93
Offenheit, Verständnis, Dialog und Kooperation (<i>Mill Majerus</i>)	96

KIRCHE UND STAAT

Zur Lage der katholischen Militärseelsorge	106
Unabhängigkeit ist garantiert (<i>Heribert Lemberger</i>)	107
„Immer ein offenes Ohr für die Menschen“	108
Vom schwierigen Umgang mit der Vergangenheit (<i>Ulrich Kluge</i>)	110
Beitrag der Konferenz der O.I.C. zur Synode der europäischen Bischöfe in Rom, Dezember 1991 (<i>Jürgen Bringmann</i>)	115
Erklärung von Rom zum Internationalen Jahr der Familie 1994 (<i>Jürgen Bringmann</i>)	117

GESELLSCHAFT NAH UND FERN

Diese Trümmer haben Zukunft (<i>P. Roger Gerhardy OSA</i>)	119
Christen in Staaten unter islamischer Vorherrschaft (<i>Wilhelm Lehmkämpfer</i>)	121
Bischof Lehmann grüßt Muslime zum Ende des Ramadan	129
Die Demokratisierung in der ČSFR-Armee (<i>Joachim Georg Görlich</i>)	130
Polens Armee: Wenn der Saulus zum Paulus wird (<i>Joachim Georg Görlich</i>)	131
Sicherung des Friedens vordringlich (<i>Marlene Beyel</i>)	132
Ein Italiener kontrolliert die Verteilung der Hilfsgüter (<i>Anja Iven</i>)	134
Der wahre Wert des Geldes (<i>Wolfgang Trost</i>)	137
Seniorenbeauftragter (<i>Willy Trost</i>)	140
Ein alter Traum wird Wirklichkeit (<i>Arthur Schopf</i>)	143

AUS GKS UND PGR

Handreichung zum Jahresthema der GKS 1992 (<i>Paul Brochhagen</i>).....	146
Europa bauen in der einen Welt. Wir bauen mit (<i>Rudolf Grulich</i>).....	147
Wehrbereich II – Verabschiedung Wehrbereichsdekan Dr. Eduard Quiter.....	167
Ehrung für Oberst a. D. Fettweis.....	169
Festakademie Weltfriedenstag 9. Januar 1992 in Bonn.....	169
Begrüßungsansprache (<i>Paul E. Vosseler</i>).....	169
Festvortrag von Erzbischof Dr. Lajos Kada, Apostolischer Nuntius.....	172
Weltfriedenstag 1992 in Munster (<i>Emil Kladiwa</i>).....	180
Tagung der Generalversammlung der Organisation International Catholic O.I.C. in Rom vom 7. – 14. 12. 1991 (<i>Günter Thye</i>).....	184
GKS-Bereich See.....	190
Wochenende der Begegnung (<i>Günter Thye</i>).....	190
Bericht über ein Wochenende der Begegnungen in Nienhagen (<i>Monika Henig</i>)....	193
Wallfahrt nach Santiago de Compostela (<i>Walter Hütten</i>).....	195
Weihe eines Bischofskoadjutors für den Militärbischof von Österreich (<i>Michael Haubl</i>)...	195
Katholisches Militärbischofsamt beim Katholikentag vertreten (<i>Marlene Beyel</i>).....	198

MEIN
ALTES BUCH
Jahr mit der Bibel 1992

1992.
Das Jahr mit
der Bibel.

BESINNLICHES

Die Gläubigen vereint im Aufbau des Friedens

Botschaft von Papst Johannes Paul II. zur Feier des 25. Weltfriedenstages am 1. Januar 1992

1. Am kommenden 1. Januar wird, wie jedes Jahr, der Weltfriedenstag begangen – zum 25. Mal seit seiner Einrichtung. Und so ist es nur natürlich, daß sich anläßlich dieses Jubiläums meine Gedanken mit unveränderter Bewunderung und Dankbarkeit der liebenswürdigen Gestalt meines verehrten Vorgängers Paul VI. zuwenden, der mit einer glücklichen pastoral-pädagogischen Eingebung alle „wahren Freunde des Friedens“ eingeladen hat, sich zusammenzuschließen, um über dieses „wichtigste Gut“ der Menschheit nachzudenken.

Aber ebenso natürlich ist es, wenn wir im Abstand eines Vierteljahrhunderts die Vergangenheit insgesamt wieder betrachten, um festzustellen, ob das Anliegen des Friedens in der Welt tatsächlich Fortschritte gemacht hat oder nicht und ob die schmerzlichen Ereignisse der letzten Monate – von denen manche leider noch immer andauern – im Grunde den Rück-

zug dieses Anliegens angezeigt haben, indem sie deutlich machten, wie real die Gefahr ist, daß sich die menschliche Vernunft von zerstörerischen Egoisten oder eingefleischtem Haß beherrschen lasse. Gleichzeitig hat die Tatsache, daß sich neue Demokratien schrittweise durchzusetzen vermochten, ganzen Völkern wieder Hoffnung gegeben, das Vertrauen in einen fruchtbaren internationalen Dialog neu geweckt und die Aussichten auf eine ersehnte Aussöhnung und Befriedung eröffnet.

In solcher Verflechtung von Licht und Schatten will diese Jahresbotschaft weder eine Bilanz noch ein Urteil, sondern nur eine neuerliche, brüderliche Aufforderung sein, über das gegenwärtige Geschehen der Menschheit nachzudenken, um es in eine *höhere sittlich-religiöse Schau* zu erheben, an welcher sich zuallererst die Gläubigen inspirieren sollen. Auf Grund ihres Glaubens sind sie ja – als einzelne und alle zusammen – dazu berufen, Boten und Baumeister des Friedens zu sein: wie die anderen und mehr als die anderen sind sie dazu aufgerufen, mit Demut und Ausdauer nach entsprechenden Antworten zu suchen auf die Erwartungen von Sicherheit und Freiheit, Solidarität und gerechter Verteilung, die in dieser gleichsam kleiner werdenden Welt die Menschen vereinigen. Gewiß,

der Einsatz für den Frieden betrifft jeden Menschen guten Willens, und das ist der Grund, warum die verschiedenen Botschaften jeweils an alle Mitglieder der Menschheitsfamilie gerichtet wurden. Doch dringend *auferlegt ist die Verpflichtung allen, die sich zum Glauben an Gott bekennen*, und noch mehr *den Christen*, die zu ihrem Führer und Meister den „Friedensfürsten“ haben (*Jes 9, 5*).

Sittliche und religiöse Natur des Friedens

2. Das Streben nach Frieden ist der menschlichen Natur angeboren und findet sich in den verschiedenen Religionen. Es kommt zum Ausdruck in dem Wunsch nach Ordnung und Ruhe, in der Haltung der Verfügbarkeit gegenüber dem anderen, in der auf gegenseitiger Achtung beruhenden Zusammenarbeit und Teilnahme. Diese vom Naturgesetz empfohlenen und von den Religionen in Erinnerung gerufenen Worte erfordern zu ihrer Entfaltung die solidarische Mitwirkung aller: der Politiker, der Leiter internationaler Organisationen, der Unternehmer und der Arbeiter, der Vereinigungen und Gruppen und der privaten Bürger. Es handelt sich um eine ganz klare Pflicht für alle, die sie um so mehr verpflichtet, wenn sie gläubig sind. Denn den Frieden zu bezeugen, für ihn tätig zu sein und zu beten, ist einem kohärenten religiösen Verhalten eigen.

Das erklärt, warum auch in den heiligen Büchern der verschiedenen Religionen der Bezug zum Frieden im Rahmen des Lebens des Menschen und seiner Beziehung zu Gott einen wichtigen Platz einnimmt. So zum Beispiel, wenn für uns Christen Jesus Christus, Sohn dessen, der „Pläne des Heils – d.h. des Friedens – und nicht des Unheils hat“ (*Jer 29, 11*), „unser Friede ist“ (*Eph 2, 14*), für unsere jüdischen Brüder das Wort „shalom“ Glückwunsch und Segen in einem Zustand der Harmonie des Menschen mit sich selbst, mit der Natur und mit Gott zum Ausdruck bringt, während für die muslimischen Gläubigen der Begriff „salam“ so bedeutsam ist, daß er einen der leuchtenden göttlichen Namen darstellt. Man kann sagen, religiöses Leben muß, wenn es authentisch gelebt wird, Früchte des Friedens und der Brüderlichkeit hervorbringen, denn es gehört zum Wesen der Religion, eine immer engere Bindung zur Gottheit zu fördern und eine immer solidarischere Beziehung der Menschen untereinander zu unterstützen.

Den „Geist von Assisi“ wiederbeleben

3. Von dieser Übereinstimmung hinsichtlich dieses Wertes überzeugt, habe ich mich vor fünf Jahren an die Verantwortlichen der christlichen Kirchen und der großen Weltreligionen gewandt und sie zu einem *besonderen Gebets-*

treffen für den Frieden eingeladen, das in Assisi abgehalten wurde. Die Erinnerung an jenes bedeutende Ereignis hat mir nahegelegt, die Aufmerksamkeit auf das *Thema der Solidarität der Gläubigen* für eben dieses Anliegen zu lenken.

In Assisi kamen, aus den verschiedenen Kontinenten, die geistlichen Führer der wichtigsten Religionen zusammen. Das war ein konkretes Zeugnis für die universale Dimension des Friedens, die Bestätigung, daß der Friede nicht bloß das Ergebnis geschickter politisch-diplomatischer Verhandlungen oder eigennützigler wirtschaftlicher Kompromisse ist, sondern wesentlich von dem abhängt, der das Herz der Menschen kennt und ihre Schritte ausrichtet und lenkt. Als Menschen, die um das Schicksal der Menschheit besorgt sind, haben wir gemeinsam in der Absicht gefastet, auf diese Weise unser Verständnis und unsere Solidarität mit den Millionen und Abermillionen von Menschen zum Ausdruck zu bringen, die in der ganzen Welt Opfer des Hungers sind. Als Gläubige, denen die Geschehnisse der menschlichen Geschichte am Herzen liegen, sind wir gemeinsam zu Pilgern geworden, indem wir schweigend über unseren gemeinsamen Ursprung und über unser gemeinsames Schicksal, über unsere Grenzen und Verantwortlichkeiten, über die Hilferufe und Erwartungen so vieler Brüder und Schwestern nachdachten, die unsere Hilfe in ihrer Not erwarten.

Was wir damals getan haben, indem wir beteten und unser starkes Engagement für den Frieden auf Erden unter Beweis stellten, müssen wir weiter und immer noch tun. Wir müssen den unverfälschten „Geist von Assisi“ nicht nur aus einer Verpflichtung zu Konsequenz und Treue aufrechterhalten, sondern auch, um den künftigen Generationen einen Grund zur Hoffnung zu bieten. In der Stadt des hl. Franziskus haben wir *einen gemeinsamen Weg begonnen, der weitergegangen werden muß*, ohne natürlich die Suche nach anderen Wegen und neuen Mitteln für einen soliden, auf geistlichen Fundamenten aufgebauten Frieden auszuschließen.

Die Kraft des Gebets

4. Bevor ich mich jedoch an die menschlichen Fähigkeiten wende, möchte ich wieder die Notwendigkeit eines eindringlichen und demütigen, vertrauensvollen und ausdauernden Gebetes beteuern, wenn wir wollen, daß die Welt endlich zu einem Haus des Friedens werde: das Gebet ist im wahrsten Sinne des Wortes die Kraft, um das zu erleben und zu erreichen. Das Gebet flößt Mut ein und gibt Halt jedem, der dieses Gut liebt und nach eigenen Möglichkeiten und in den verschiedenen Umgebungen, in denen er jeweils lebt, fördern will. Während uns das Gebet die Begegnung mit Gott eröffnet, bereitet es uns auch auf

die Begegnung mit dem Nächsten vor, da es uns hilft, zu allen ohne jede Diskriminierung Beziehungen herzustellen, die von Achtung, Verständnis, Wertschätzung und Liebe bestimmt sind.

Das religiöse Empfinden und der Geist der Gebetes lassen uns nicht nur in unserer Innerlichkeit wachsen, sondern erleuchten uns auch hinsichtlich der wahren Bedeutung unseres Daseins in der Welt. Ja, man kann auch sagen, die religiöse Dimension spornt uns an, mit größtem Eifer unseren Beitrag zum Aufbau einer geordneten Gesellschaft, in der Frieden herrscht, zu leisten.

Das Gebet ist das Band, das uns am wirksamsten verbindet, weil sich dank ihm die Gläubigen dort begegnen, wo Ungleichheiten, Unverständnis, Groll und Feindseligkeiten überwunden werden, nämlich vor Gott, dem Herrn und Vater aller. Insofern es wahrer Ausdruck der richtigen Beziehung zu Gott und zu den anderen Menschen ist, ist es bereits ein positiver Beitrag zum Frieden.

Ökumenischer Dialog und inter-religiöse Beziehungen

5. Das Gebet darf nicht das Einzige bleiben und muß unbedingt mit anderen konkreten Handlungen einhergehen. Jede Religion hat ihre Anschauung bezüglich der Taten, die zu vollbringen, und der Wege, die zu durchlaufen sind, um den Frieden zu erreichen. Während

die katholische Kirche mit aller Klarheit ihre Identität, ihre Lehre und ihre Heilssendung für alle Menschen geltend macht, „lehnt sie nichts von alledem ab, was“ in den anderen Religionen „wahr und heilig ist. Mit aufrichtigem Ernst betrachtet sie jene Handlungs- und Lebensweisen, jene Vorschriften und Lehren, die zwar in manchem von dem abweichen, was sie selber für wahr hält und lehrt, doch nicht selten einen Strahl jener Wahrheit erkennen lassen, die alle Menschen erleuchtet“ (Erklärung über das Verhältnis der Kirche zu den nichtchristlichen Religionen *Nostra aetate*, 2).

Ohne die Unterschiede absichtlich zu übersehen und zu verringern, ist die Kirche überzeugt, daß es in bezug auf die Friedensförderung manche Elemente oder Aspekte gibt, die gemeinsam mit den Anhängern anderer Religionen und Bekenntnisse nutzbringend entwickelt und verwirklicht werden können. Das streben die inter-religiösen Kontakte und ganz besonders der ökumenische Dialog an. Dank diesen Formen der Gegenüberstellung und des Austausches konnten sich die Religionen ihrer gewiß nicht leichten Verantwortung hinsichtlich des wahren Wohles der ganzen Menschheit klarer bewußt werden. Heute scheinen sie fester entschlossen, sich nicht von parteilichen Interessen oder politischen Zielen instrumentalieren zu lassen, und sind darauf bedacht, eine bewußtere

und ausgeprägtere Haltung einzunehmen und die sozialen und kulturellen Wirklichkeiten in der Völkergemeinschaft mit Leben zu erfüllen. Das gestattet ihnen, als aktive Kraft im Entwicklungsprozeß mitzuwirken und somit der Menschheit eine sichere Hoffnung zu bieten. Es ist bei nicht wenigen Gelegenheiten offenkundig geworden, daß sich ihr Einsatz als wirkungsvoller erwiesen hätte, wenn er gemeinsam und aufeinander abgestimmt durchgeführt worden wäre. Ein solches Vorgehen der Gläubigen kann entscheidend sein für die Befriedung der Völker und die Überwindung der immer noch bestehenden Spaltungen zwischen „Zonen“ und Welten.

Der Weg, der zurückgelegt werden muß

6. Um dieses Ziel einer aktiven Zusammenarbeit für die Sache des Friedens zu erreichen, ist noch ein weiter Weg zurückzulegen: Es ist der Weg des gegenseitigen Kennenlernens, das in unserer Zeit von der Entwicklung der sozialen Kommunikationsmittel begünstigt und durch die Anbahnung eines aufrichtigen und erweiterten Dialoges erleichtert wird; es ist der Weg des hochherzigen Verzeihens, der brüderlichen Versöhnung, der Zusammenarbeit auch in begrenzten oder Sekundärbereichen, die aber immer dasselbe Anliegen betreffen; es ist schließlich der Weg des täglichen Zusammenlebens, wo man

Anstrengungen und Opfer miteinander teilt, um dasselbe Ziel zu erreichen. Auf diesem Weg ist es wahrscheinlich noch vor ihren Führern Sache der einzelnen Gläubigen, das heißt derjenigen, die sich zu einer Religion bekennen, die Mühe auf sich zu nehmen und gleichzeitig die Genugtuung zu haben, gemeinsam den Frieden aufzubauen.

Die inter-religiösen Kontakte scheinen neben dem ökumenischen Dialog nunmehr die vorgeschriebenen Wege zu sein, damit so viele schmerzliche Verletzungen, die im Laufe der Jahrhunderte geschehen sind, nicht mehr vorkommen und die noch vorhandenen schnell geheilt werden. Wer glaubt, muß Baumeister des Friedens vor allem durch das persönliche Vorbild seiner rechten inneren Haltung sein, die in konsequenten Handlungen und Verhaltensweisen auch nach außen projiziert wird: Gelassenheit, Ausgeglichenheit, Überwindung der Triebe, Erfüllung von Haltungen, wie Verstehen, Verzeihen, hochherzige Hingabe, üben einen friedentiftenden Einfluß unter den Menschen der eigenen Umgebung und der eigenen religiösen und zivilen Gemeinschaft aus.

Deshalb fordere ich am kommenden Weltfriedenstag alle Gläubigen auf, eine ernsthafte *Gewissensprüfung* vorzunehmen, um besser darauf vorbereitet zu sein, die Stimme des „Gottes des Friedens“ (vgl. 1 Kor 14, 33) zu hören

und sich mit erneutem Vertrauen dem großen Vorhaben zu widmen. Denn ich bin überzeugt, daß sie – und ich hoffe auch, die Menschen guten Willens – diesen meinen neuerlichen Appell aufnehmen werden, dessen Eindringlichkeit auf die Dringlichkeit des Augenblicks abgestimmt ist.

Gemeinsam den Frieden in Gerechtigkeit bauen

7. Das Gebet und der einhellige Einsatz der Gläubigen für den Frieden müssen sich mit den Problemen und berechtigten Bestrebungen der Menschen und der Völker auseinandersetzen.

Der Friede ist ein grundlegendes Gut, das mit der Achtung und der Förderung der wesentlichen Werte des Menschen verbunden ist: mit dem Recht auf das Leben in allen Phasen seiner Entwicklung; mit dem Recht auf Anerkennung unabhängig von Rasse, Geschlecht und religiöser Überzeugung; mit dem Recht auf die für das Leben notwendigen materiellen Güter, mit dem Recht auf Arbeit und die gerechte Verteilung ihrer Früchte für ein geordnetes und solidarisches Zusammenleben. Als Menschen, als Gläubige und mehr noch als Christen müssen wir uns verpflichtet fühlen, diese *Werte der Gerechtigkeit* zu leben, die in dem *obersten Gebot der Liebe* ihre Krönung finden: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“ (Mt 22, 39; Mk 12, 31; Lk 10, 27).

Noch einmal erinnere ich daran, daß die strenge Beachtung der Religionsfreiheit und des entsprechenden Rechts Grundsatz und Fundament des friedlichen Zusammenlebens ist. Es ist mein Wunsch, daß die Religionsfreiheit nicht nur eine anerkannte Verpflichtung sein, sondern von den politischen und religiösen Führern und von den Gläubigen selbst wirklich in die Tat umgesetzt werden möge: von ihrer tatsächlichen Anerkennung erhält die transzendente Dimension der menschlichen Person Gewicht.

Es wäre eine Verirrung, würden sich die Religionen oder Gruppen ihrer Anhänger bei der Auslegung oder Praktizierung des jeweiligen Glaubensgutes zu Formen von Fundamentalismus oder Fanatismus hinreißen lassen und die Kämpfe und Konflikte mit den anderen durch religiöse Motivierungen rechtfertigen. Wenn es einen Kampf gibt, der des Menschen würdig ist, dann der gegen die eigenen unmäßigen Leidenschaften, gegen jede Art von Egoismus, gegen die Versuche von Veruntreuung auf Kosten des anderen, gegen jede Art von Haß und Gewalt: mit einem Wort, gegen all das, was also das genaue Gegenteil von Frieden und Versöhnung ist.

Notwendige Unterstützung von seiten der Verantwortlichen der Nationen

8. Endlich fordere ich die Verantwortlichen der Nationen und

der internationalen Gemeinschaft auf, stets *größte Achtung für das religiöse Gewissen jedes Menschen* und für den qualifizierten Beitrag der Religion zum Fortschritt der Zivilisation und zur Entwicklung der Völker zu beweisen. Sie sollen nicht der Versuchung nachgeben, sich der Religionen zu bedienen, indem sie sie besonders dann als Mittel ihrer Macht benutzen, wenn es darum geht, sich dem Gegner militärisch zu widersetzen.

Die zivilen und politischen Autoritäten selber sollen den Religionen Achtung und rechtliche Garantien – auf nationaler und internationaler Ebene – gewährleisten und dadurch vermeiden, daß der Beitrag der Religionen zum Aufbau des Friedens an den Rand gedrängt, in die Privatsphäre verbannt oder überhaupt ignoriert wird.

Nochmals fordere ich die öffentlichen Autoritäten jeden Ranges auf, sich mit wachsamem Verantwortungsbewußtsein darum zu bemühen, Kriegen und Konflikten zuvorzukommen, das Recht und die Gerechtigkeit triumphieren zu lassen und gleichzeitig eine Entwicklung zu fördern, die allen und an erster Stelle denen zum Besten gereicht, die von den Ketten des Elends, des Hungers und des Leidens gefesselt sind. Die in der Abrüstung bereits erzielten Fortschritte verdienen Anerkennung: die Wirtschafts- und Finanzmittel, die bisher für die Herstellung und den Handel so vieler Todeswerk-

zeuge aufgewandt wurden, sollen jetzt für und nicht mehr gegen den Menschen verwendet werden können! Ich bin sicher, daß sich Millionen von Männern und Frauen aus der ganzen Welt, die nicht die Möglichkeit haben, ihre Stimme hören zu lassen, diesem positiven Urteil anschließen.

Ein besonderes Wort für die Christen

9. An dieser Stelle kann ich es nicht unterlassen, eine besondere Aufforderung *an alle Christen* zu richten. Der gemeinsame Glaube an den Herrn Christus verpflichtet uns, einhellig Zeugnis zu geben vom „Evangelium vom Frieden“ (*Eph 6, 15*). Es ist an erster Stelle unsere Sache, uns den anderen Gläubigen zu öffnen, um gemeinsam mit ihnen mutig und mit Ausdauer das großartige Werk des Aufbaus jenes Friedens in Angriff zu nehmen, nach dem sich die Welt sehnt, den sie sich aber nicht endgültig zu geben vermag. „Frieden hinterlasse ich euch, meinen Frieden gebe ich euch“, hat Jesus zu uns gesagt (*Joh 14, 27*). Diese göttliche Verheißung erfüllt uns mit Hoffnung, ja mit der Gewißheit göttlicher Hoffnung, daß der Friede möglich ist, denn bei Gott ist nichts unmöglich (vgl. *Lk 1, 37*). Der wahre Friede ist in der Tat immer ein Geschenk Gottes; für uns Christen ist er ein wertvolles Geschenk des auferstandenen Herrn (vgl. *Joh 20, 19. 26*).

Auf die großen Herausforderungen der heutigen Welt, liebe Schwestern und Brüder der katholischen Kirche, müssen wir dadurch antworten, daß wir unsere Kräfte mit denen aller jener vereinen, die einige Grundwerte, angefangen von den religiösen und sittlichen, mit uns teilen. Und von diesen Herausforderungen muß jene des Friedens noch angegangen werden. Ihn gemeinsam mit den anderen Gläubigen aufzubauen bedeutet, jene evangelische Seligpreisung bereits im Geiste zu leben, die den anderen gewiß nicht als letzte an die Seite gestellt ist: „Selig, die Frieden stiften, denn sie werden Söhne Gottes genannt werden“ (Mt 5, 9).

*Aus dem Vatikan,
am 8. Dezember 1991.
Johannes Paulus II.*

Gottes Wort als Kraftquelle

Erzbischof Dyba ruft in seinem Fastenhirtenbrief zu lebendigem Umgang mit der Bibel auf

Zur Neuentdeckung der Bibel und einem lebendigen und frohen Umgang mit dem Wort Gottes als Kraftquelle für den Alltag hat Erzbischof Johannes Dyba in seinem Fastenhirtenbrief 1992 aufgerufen, der am ersten Fastensonntag,

8. März, in allen Gottesdiensten verlesen wurde.

Laut Erzbischof Dyba liege dem „Jahr mit der Bibel“ die Erkenntnis zugrunde, „daß wir in einer Zeit des Umbruchs, der weitgehenden Verwirrung und der Suche nach neuer Orientierung die Quelle wieder finden müssen, aus der uns als Christen die Einsicht und die Kraft zu einem Leben in Frieden und Freude zuströmen kann“. Diese gemeinsame Quelle aber sei das Wort Gottes, wie es in den heiligen Schriften, in der Bibel geschenkt sei.

Gerade in einer Zeit wahrer Wortüberflutung und Wortinflation gelte es festen Boden unter den Füßen zu behalten und sich bewußt zu machen, daß die ganze Wahrheit und Wirklichkeit nur im Wort Gottes zu finden sei, betont der Oberhirte. Die Annahme des Gotteswortes sei entscheidend für das menschliche Leben und ein wirkliches Heil-Mittel. Dieses gelte es auch außerhalb der Gottesdienste viel öfter anzuwenden und in den Alltag hineinstrahlen zu lassen, um in ganz neuem Sinne Heimat und Geborgenheit zu erfahren und frei zu werden aus vielfachen Zwängen und Abhängigkeiten von Leib und Seele.

Es gelte den Schatz zu finden, der den Menschen im Wort Gottes geschenkt sei, schließt der Erzbischof. Wirkliche Christen sollten nicht zu denen gehören, die am Ende ihres Lebens zwar auf 6000 durchblätterte Zeitschriften und

60000 Stunden Fernsehflimmern zurückschauen könnten, deren Bibel aber die Erben unberührt und neuwertig im Bücherschrank fänden. Wichtig sei, „daß wir alle uns ehrlich einmal die Frage stellen: Wieviel Zeit unseres Lebens widmen wir vergänglichem Schall und Rauch, und wieviel Zeit geben wir dem, der für unser Leben entscheidend ist und der unser Schicksal im Händen hält“.

*(Bischöfliche Pressestelle Fulda
24.2.1992)*

Das geistliche Wort

Als gläubige Christen und als überzeugte Laien der Kirche leben wir in der österlichen Zeit. Wir wollen uns und anderen dieses zentrale Glaubensgeheimnis unseres Lebens und unserer Kirche bezeugen. Und dieses heißt:

- „Ihr seid mit Christus auferstanden –
- Ihr seid mit ihm im neuen Leben –
- Ihr seid in Christus –
- Ihr seid eine neue Schöpfung –

Deshalb spiegeln wir alle mit enthülltem Angesicht die Herrlichkeit des Herrn wider, und so werden wir in sein eigenes Bild verwandelt. (vgl. 2 Kor 3, 18).

Spiegelfunktion der Osterwirklichkeit unseres Herrn Jesus Christus und damit der Wirklichkeit aller, die seinen Namen tragen, der

Christen also, das ist unsere Aufgabe. Jeder hat dies auf seine Weise, jeder an seinem Ort und jeder für den Kreis, an den er und für den den er gestellt ist, zu vollziehen.

Ein Spiegel zu sein für diese Glaubensrealität, das heißt Kirche zu sein. Aber wem fällt diese Funktion noch ein, wenn einer von Kirche spricht?

Ist uns diese Rolle wenigstens noch bewußt? Und zwar als erste und als Hauptrolle immer dann, wenn wir von und über die Kirche reden.

Hört man allerdings in seine Um- und Mitwelt hinein, so ist der Eindruck von Kirche und die Einschätzung dessen, was man von Kirche zu halten hat, auch, ja gerade bei denen, die ihr angehören, nicht selten ganz anders.

Was in dieser Beziehung widerspiegelt wird, ist alles andere als die Herrlichkeit des Herrn, der diese Menschen in sein Bild verwandeln will. Gespiegelt wird freilich auch, aber eher wie in einem Zerrspiegel oder gar wie in einem blinden Spiegel. Die Vorstellung von Kirche wird eher mit allen möglichen Negativbegriffen assoziiert:

Da wird geredet von der Schattenseite der Kirche, vor allem der Amtskirche:

- sie, die Kirche, sei autoritär
- sie nähmen mit ihren Moralvorschriften zu wenig auf moderne Lebensverhältnisse (was immer das auch besagt) Rücksicht

- sie grenze die Frauen aus
- sie sei zu mißtrauisch und gebe der freien Diskussion und Entfaltung der einzelnen zu wenig Raum
- sie verharre ängstlich in alten Denkgewohnheiten
- sie sei stur und starr auch in ihrem Führungsverhalten
- und und und . . .

Sie kennen das Repertoire an Vorstellungen dieser Art.

Das Endergebnis ist Kirchenverdrossenheit, und wenn man ihr gut will, höchstens noch: ein Leiden an dieser Kirche.

Ein solches Bild wird heute in den Medien und auch von sogenannten Gläubigen geboten: Die Kirche als moralische Institution mit einem sozialen Touch.

Wenn dies das Ergebnis unseres Widerspiegelns der Wirklichkeit Kirche ist, dann hilft alle sogenannte Kirchenkritik keinen Deut weiter, Kirche in der Gesellschaft darzustellen, geschweige denn, sie attraktiv zu machen; weder für die Gegenwart und ganz sicher nicht für die Zukunft. Und wenn Kirche nur das wäre, als was sie landläufig verkürzt dargestellt wird, dann wäre sie es auch nicht wert, ins 3. Jahrtausend hinübergerettet zu werden.

Wenn schon von einem Menschen gilt, daß nicht die Kraft zählt, die er hat, sondern die Kraft, die er ausstrahlt, weil das sein Geheimnis ausmacht, so gilt dies vor allem auch für unsere Kirche.

Für ihre Lebendigkeit ist nicht

zuerst ihre organisatorische Gestalt oder ihre finanzielle Macht wichtig, sondern ihr Lebenskern: d.h. das Leben Christi in ihr. Das heißt konkret: das Leben Christi in all ihren Gläubigen.

Der lebendig auferstandene Herr und die in seinem Kraftfeld lebenden Laien und Amtsträger, die Christgläubigen, sind gefordert.

Um es einfach zu sagen: Christus, der Auferstandene, hat uns hinübergebracht in sein neues göttliches Leben. Wir dagegen tun so, als ob wir es nur auf dieser Welt und mit dieser Welt zu tun hätten. Christus ist nicht in den Tod gegangen, sondern durch den Tod hindurchgegangen. Dieser Hindurchgang, dieser Hinübergang ist das, wovon wir leben. Die Kirche nennt es das Pascha-Mysterium. (Christen sollten davon wissen, weil sie dadurch und davon leben.)

Es ist der zentrale Kulturausdruck, den wir aber so schwer unterbringen, obwohl er so wichtig ist für die Kirche und für die, die zu ihr gehören.

Was da im Hindurchgang Christi durch den Tod in seine Auferstehung vor sich ging, ja was da an Christus selbst vor sich ging, können wir nur mit einem Wort umschreiben: Wandlung! Es ist die größte und wirkungsvollste Verwandlung der Weltgeschichte.

Man kann ganz einfach sagen: Hier wird der Tod ins Leben gewandelt. Der Tod wurde sozusagen zum Schmelztigel einer neuen

Daseinsweise, d. h. einer neuen Art und Weise dazusein. Ursprüngliches Leben wird in neuartiges Leben verwandelt. Diese Verwandlung spielt sich nicht im luftleeren Raum ab, sondern sie geht an dem Gottmenschen Jesus Christus vor sich, der nun als neuer Mensch das Leben Gottes an sich trägt.

Damit wird er Haupt der neuen Schöpfung. Und für diese Schöpfung trägt er diese Verwandlung immer an sich. Wer also nun diesem Christus in seinem Pascha-Geheimnis, dem Geheimnis des Hinübergehens vom Tod ins Leben begegnet, der begegnet der Wandlung. Er begegnet dem nie mehr aufgehörenden Prozeß der Verwandlung des alten in den neuen Menschen. Letztlich begegnet er dem Prozeß der Verwandlung einer Welt, die trotz aller Rückschläge, der endgültigen Vollendung mit und in Christus entgegenggeht. Das macht Christsein aus, das macht Kirche aus. Denn das ist das Geheimnis der Kirche, selbst Verwandlungsprozeß zu sein und diesen Verwandlungsprozeß zu vermitteln.

Deshalb feiert Kirche sich selbst und vollzieht sich zugleich selbst, wenn sie tut, was wir tun: Eucharistie, Wandlung und Hindurchgang zu feiern, weil hier Gegenwart von Tod und Auferstehung Christi geschieht.

Wer hat das im Kopf, wenn er von Kirche redet? Aber nur wer das mitsieht, redet richtig von Kirche und kann sich dankbar freuen. Und

auch nur so ist einer in der Lage, sich in dieser Kirche ganz vom Herrn ergreifen zu lassen, um durch diesen Herrn der Kirche neu und verwandelt zu werden. Weil und insofern es heute Menschen gibt, die dieses Geheimnis der Kirche, die Quelle ihrer Lebendigkeit, nicht aus dem Auge verlieren, weil sie auf Christus schauen, wird es Kirche geben, und nur diese Menschen „spiegeln mit enthülltem Angesicht die Herrlichkeit des Herrn wider, und so werden sie in sein eigenes Bild verwandelt!“

Es liegt eben an uns, welche Art Spiegel wir sein wollen, wir brauchen uns als Spiegel nur stets kräftig zu reinigen und klar zu halten, dann erfüllen wir diese Aufgabe, die die Welt von uns erwartet. Amen

Walter Theis

Bibel-Weg im April:

Phil 3, 8 – 14 (5. April, 2. Lesung am 5. Fastensonntag)

Wer wird diesen Text des Apostels Paulus, aus dem Kontext gelöst, nicht als Ärgernis empfinden? Da verachtet einer die Welt, alle ihre Möglichkeiten und Schönheiten, um in Christus zu sein. Ist das nicht eine Ohrfeige für Gottes eigene Schöpfung? Und wenn man noch weiter liest, dann kommt es noch dicker: Paulus setzt seine exklusive Christus-Beziehung ins Licht und fordert die anderen un-

verblümt auf, seinem Vorbild zu folgen. Nimmt da einer nicht den Mund zu voll, auch wenn er noch so heilig ist?

Als Mann und Frau, als Vater und Mutter ärgert uns das, wenn wir uns im Alltag abstrampeln, damit wir in dieser Welt – und nicht erst in der jenseitigen – einigermaßen menschenwürdig und froh leben können. Und da sagt uns einer: Das ist alles nichts. Seinetwegen, um Christus willen, soll man alles restlos hinter sich lassen.

Wenn wir diese Schriftstelle auf ihren Hintergrund und Zusammenhang unbefragt lassen, kommen wir auf einen Irrweg. Wenn wir in den Text hineinschlüpfen wollen, sollten wir bedenken:

Paulus schreibt dies aus einer existentiellen Grenzsituation – in zweifacher Hinsicht. Einmal befindet er sich in Untersuchungshaft, wahrscheinlich in Ephesus, zum anderen hat er vor kurzem eine bis ins Mark erschütternde Christus-Begegnung und Bekehrung durchgemacht. Was hat er nicht alles aufgeben müssen, um seinem Leben in Christus einen neuen Sinn zu geben! Insbesondere die Gesetzestreue, die doch für einen Pharisäer seiner Couleur das Alleinseigmachende sein mußte. Nicht, daß Jesus ein Gegner des Gesetzes gewesen wäre. Vielmehr ging es Jesus um die Überwindung des Legalismus, jener nerv- und geisttötenden Vorstellung, daß die Vorschrift wichtiger sei als der Mensch in seiner Bedürftigkeit

und Sehnsucht nach Liebe.

So wie Jesus ging es auch Paulus um Lebendigkeit des Alltags. Leben verbindet er mit dem Erfüllen des Gesetzes Christi, das einzig und allein in der Liebe besteht. Nur der Glaube an die Liebe, die in Christus ist, macht gerecht, nicht Gesetzes-Riten oder Dogmen-Treue. Darin besteht sogar der Gegensatz zwischen Tod und Leben. Was ist, so gesehen, Auferstehung anderes als das neue Leben unter dem Gesetz Christi? Wie satt mußte Paulus die Verkrustung einer leblos gewordenen, auf Gesetz und Ritus geschrumpften religiösen Praxis gehabt haben, um das neue Leben aus der Christus-Erfahrung als ein Leben nach dem Tode, vom Himmel her zu empfinden, freilich noch im Entwurf, noch nicht völlig real.

Geht es uns manchmal nicht recht ähnlich wie Paulus? Wie seelenlos, fernab von jeder Lebendigkeit, ganz und gar unchristlich empfinden wir manchmal den Umgang und den Papierkrieg mit Behörden, das Abspulen äußerer Formen einer Familienfeier oder eines Gottesdienstes. Sind nicht auch wir oft genug eingesperrt in den Gefängnissen des Alltags, in Windeln, Waschen, Kochen, Kaufen, im Schreiben, Rechnen, Diktieren, Korrigieren, im Einrichten und Ausmisten? Wird unser Blick von alledem gefangen? Oder öffnen wir uns für das Wesentliche, das ja nur für das Herz, für die Liebe sichtbar wird? Winken wir müde

ab, wenn uns etwas aus der Tiefendimension des Lebens ergreifen will? Oder lassen wir uns ergreifen?

Für mich ist der zunächst ärgerliche Text wieder ein wenig zum Angriff geworden; zum Angriff gegen die Müdigkeit und Resignation des Alltags, jetzt – im Hören und Bedenken des Wortes.

Elisabeth Enssle

(aus: „Licht“ März/April 1992)

Die Würde des Menschen ist unantastbar! (Art. 1 GG)

Initiative für ein friedliches Zusammenleben mit allen Fremden

Können Sie sich vorstellen . . .

. . . tage-, ja wochenlang in einem Bunker zu leben, beim explodieren der Granaten auf eine Feuerpause zu warten, um Wasser zu holen, Ihr Essen auf einem Propangaskocher im flackernden Licht einer Kerze zuzubereiten, ängstliche und weinende Kinder in Ihren Armen zu bergen . . . ?

In Beirut, Libanon, und heute auch in Kroatien können Sie diese Erfahrungen sammeln.

. . . rastlos umherzuziehen, weil eine plündernde und marodierende Soldateska durchs Land zieht,

tötet und Dörfer und Felder vernichtet? Oder ein Kind in den Armen zu halten, das, von Hungerödemen gezeichnet, stirbt?

In Äthiopien, im Sudan und in Somalia können Sie diese Erfahrungen machen.

. . . in einem Land zu leben, in dem sie einer nationalen Minderheit angehören, die unterdrückt und verfolgt wird? In einem Land, wo Sie um das Leben Ihrer Söhne bangen müssen, die zur Teilnahme am Bürgerkrieg gezwungen werden, wo Sie keine beruflichen Chancen, keine religiöse, kulturelle, soziale und politische Freiheit haben?

In Sri Lanka können Sie als Tamile diese Erfahrung machen.

. . . daß Sie vierzig Jahre und mehr als Deutsche auf all das verzichten mußten, was Sie im täglichen Leben hier bei uns schätzen oder auch nur für selbstverständlich halten, z. B. Grundnahrungsmittel, Medikamente, gerechte Behandlung, und weil sie als deutsche Minderheit in ständiger Angst vor erneuter Verfolgung und Benachteiligung leben müssen.

Was halten Sie davon?

Deutsche sind Militaristen.

Deutsche sind Arbeitstiere und Perfektionisten.

Deutsche sind humorlos, immer nur grundsätzlich.

Deutsche können nicht feiern.

Vorurteile, die es gab und gibt. Aber es sind Vorurteile. Vorurteile kommen aus Unkenntnis, nicht zulässiger Verallgemeinerung, feh-

lenden sozialen Kontakten, aus ideologischer Verbohrtheit, oft auch nur aus Gedankenlosigkeit.

Was halten Sie jetzt davon?

Ausländer werden häufiger kriminell als Deutsche.

Flüchtlinge nehmen uns die Arbeitsplätze weg.

Wir werden „überfremdet“.

Asylbewerber leben in Wohnungen, die wir dringend benötigen.

Fremde bedrohen unseren Wohlstand.

Aussiedler werden bei der Arbeitsplatz- und Wohnungsvermittlung bevorzugt.

Auch das sind Vorurteile, Vorverurteilungen.

Und die Wirklichkeit?

Ausländer sind nicht häufiger kriminell als Deutsche – im Gegenteil.

Bis zum 1. Juni 1991 durften Flüchtlinge 5 Jahre lang nicht arbeiten und waren deswegen auf Sozialhilfe angewiesen. Heute sorgen die weitaus meisten der 119 Asylbewerber und geduldeten Ausländer in Ennigerloh durch regelmäßige Arbeit für ihren Lebensunterhalt. Wir werden nicht „überfremdet“, sondern Deutschland liegt im Vergleich zu anderen europäischen Staaten an 3. Stelle, nach der Schweiz und Belgien. Dabei sind auch alle die noch Ausländer, die seit mehr als 30 Jahren voll integriert sind. Sie nehmen uns auch nicht unsere Arbeit weg, sondern tragen mit bei zu unserem

Wohlstand durch ihre Arbeit, Steuern und Sozialabgaben.

Aussiedler sind Deutsche und haben auf dem Arbeitsmarkt keine besseren Chancen als Hiesige. Durch unsere niedrige Geburtenrate sind wir in Deutschland auf Einwanderer angewiesen. Es gibt heute schon wieder Branchen, die auf ausländische Arbeitskräfte warten. Asylbewerber leben in Notunterkünften, in Abrißhäusern und in Wohncontainern.

Aussiedler müssen lange auf eine angemessene Wohnung warten. In Ennigerloh wohnen viele schon seit über einem Jahr in Notunterkünften, z.B. wohnen am Kirschweg 12 Personen auf 95 Quadratmetern.

Dieser Text ist einem Falblatt des Betreuungskreises für Aussiedler und Asylbewerber der Pfarrgemeinde St. Ludgerus, Ennigerloh, entnommen. Mit dem Falblatt startete die Gemeinde eine Initiative und Unterschriftensammlung „Wir unterstützen die Aktion Flüchtlinge und Aussiedler bei uns“. Gleichsam als Selbstverpflichtung heißt es in dem Aufruf:

Was müssen wir tun?

Uns informieren über die Beweggründe, die Menschen veranlassen, aus ihrer Heimat zu flüchten und auszuwandern.

Uns informieren über die tatsächlichen rechtlichen, sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen, unter denen Flüchtlinge, Asyl-

bewerber und Aussiedler bei uns leben? Nie pauschal, sondern differenziert urteilen!

Hetze, Vorurteilen und gedankenlosem Daherreden entgegen-treten! Mit fremden Menschen, die zu uns kommen, Begegnung suchen, sie einladen, sich einladen lassen, helfen in den alltäglichen Dingen! Für die Würde und Rechte von Flüchtlingen, Asylbewerbern und Aussiedlern eintreten!

Fremde in unsere Gemeinschaften, Vereine und Verbände einladen, aufnehmen.

Wir Christen dürfen trotz aller Schwierigkeiten die Worte Jesu nicht vergessen: „Ich war fremd und obdachlos und ihr habt mich aufgenommen.“

*(aus Mitteilungen
für die Pfarrgemeinderäte
im Bistum Münster, Januar 1992)*

Sein Wort – Gottes Wort

Unsere Worte – Menschenworte!

Gedanken zur Gestaltung der Gottesdienste

Situation vor dem Konzil

Lange vor dem Konzil gab es Gottesdienste für Frühaufsteher, Wanderer, Sportler und alle jene, die eine Arbeit an den Mitmenschen in die Pflicht rief, Hausfrau-

en, Bauern, Straßenbahner und andere mehr.

In der schwach erleuchteten Kirche trat der Priester mit einem Meßdiener – zuweilen auch mit dem Küster – an den Altar. Sie verweilten an den Stufen des Altars und begannen mit dem Stufengebet „Zum Altare Gottes will ich treten“. Der Priester und mit ihm die Gläubigen versuchten Abstand vom Getriebe der Welt zu gewinnen und sich auf die Gemeinschaft mit Gott vorzubereiten.

„Gott, Du bist meine Stärke...“

„Send mir Dein Licht...“

„Dort darf ich zum Altare Gottes treten...“

„Vertrau auf Gott, ich darf ihn wieder preisen...“

Und nach dieser Vorbereitung das gute Wort: „Introibo ad altare Dei – Zum Altare Gottes will ich treten...“ in der Hoffnung auf die Gnade Gottes.

Dann folgte das Schuldbekennnis, die Bitte um Nachlaß der Sünden und das erlösende „Misereatur“ – „Der allmächtige Gott erbarme sich...“ Im Introitus und dem anschließenden Kyrie wurde dann noch einmal Gottes Erbarmen erbetet.

Gloria, Kirchengebet, Lesung folgten, um im Evangelium den ersten Höhepunkt zu finden. Anschließend an das Credo begann die Opfermesse. Hier war der mystische Höhepunkt die Wandlung. Das Friedensgebet beendete diesen Teil und führte zur Kommunion. Nach dem Segen schloß sich

vielfach das Schlußevangelium an, ein Lobpreis auf die Größe des ewigen Gottessohnes und unserer Gotteskindschaft.

Die Predigt im Anschluß an des Evangelium war eine Auslegung des heiligen Gotteswortes für unsere Zeit. Damit standen im Mittelpunkt jeder Messe: Sein Wort – und Sein Opfer.

Man muß aber auch festhalten, daß das Evangelium, auf Latein verlesen, nur von verschwindend wenigen aufgenommen wurde. Es blieb aber das andachtsvolle Hin-hören auf das Wort Gottes – auch wenn es nicht verstanden wurde. Dem einfachen Menschen wurde jedoch deutlich, hier geschieht etwas, das außerhab unseres alltäglichen Redens liegt, hier geschieht etwas Heiliges. Wenn dann der Priester noch einmal zwei oder drei Gedanken des göttlichen Wortes in Bezug zum Alltag setzte, war Nachdenklichkeit gegeben.

Das Mysterium des heiligen Opfers verstärkte das Bewußtsein: Der Herr ist da – auch wenn man selbst nicht zur Kommunion ging. Aber man bildete die geistige Einheit zum Opfer Christi.

Mißbrauch dieser Zeit war, daß die Texte oftmals in lateinischer Sprache abgeleiert wurde und den inneren Gehalt nicht mehr spüren ließen. So wurde bei sehr vielen Christen der Besuch des Gottesdienstes zu einer Selbstdarstellung im geweihten Raum: „Man mußte dabei gewesen sein.“

Nach dem Konzil

Nun zieht der Priester ein, „begrüßt den Altar“ und dann die Gemeinde. Nach den Worten: „Im Namen des Vaters...“ kann er „eine knappe Einführung in die Feier geben“. Und diese Einführung gerät dann – leider – sehr oft in eine fast vordergründige weltliche Begrüßung.

Natürlich freut sich der Pfarrer, daß er die Gläubigen um sich scharen kann. Aber muß dann die Begrüßung im Stile Frank Elstners – nichts gegen ihn – sein? So ein Unterhaltungstalent kann man nicht nachahmen. Es fehlt der Eröffnung, daß die Gläubigen erkennen, daß sich der Priester – wie im Stufengebet – auf die Heilige Handlung vorbereitet. Der Dienst vor der Majestät Gottes ist das herausragende Ereignis. Nur durch Gottes Gnade lebt der Mensch. Das muß erfahrbar werden im Dienst vor Gott. Es ist nur zu natürlich, daß man dann über das Wort Gottes sehr viel sagen kann.

Aber einmal kann man nicht so viel sagen, wie die Menschen denken können, und zum anderen, das Wort Gottes ist ja zu diesem Zeitpunkt noch nicht gesprochen. Und zum dritten, warum die Gläubigen versammelt sind, sollten sie wissen.

Sehr abrupt folgt dann das allgemeine Schuldbekenntnis. Die Gläubigen sind eigentlich noch nicht darauf eingestimmt, daß sie nun vor der Majestät Gottes ste-

hen. Es ist ein alter weltlicher Brauch, daß man zu den großen Herrschern – und auch zu Demokratien – durch eine Flucht von Vorzimmern „marschieren“ muß, um empfangen zu werden. Andere Bräuche à la „Hallo Kumpel“ oder „ich bin da“ werden der Situation nicht gerecht. Gott ist Anfang und Ende des Alls. Wenn wir seine Werke auch – z.B. im Wetter – täglich sehen und erfahren, so ist doch die Hinwendung zum Hören nicht ohne innere Vorbereitung möglich. Die Einstimmung auf das Geheimnis eines Wortes und seines Opfers ist nicht ausreichend vollziehbar.

Statt dessen vernimmt man zunächst – wohlgemeint und sicher mit Liebe und Mühe vorbereitet – Menschenwort. Wenn auch der Hauptteil der Messe erhalten geblieben ist, aber die Predigt wird oftmals umfangreich ausgedehnt. Und der Kern, das Wort Gottes, wird nicht erkennbar. Natürlich dringen auf den Priester die Tageserlebnisse ein. Er ist ja in seinem ganzen Sein ein Kind der Zeit wie wir. Nun aber muß er sich vom Alltag lösen, muß hineinhorchen in die Schrift – in das lebendige Wort Gottes. So müßte also die Predigt von Seinem Wort ausgehen, um dann vielleicht nur immer in einer Frage zu enden – Sein Wort in meiner Situation?

Und jeder einzelne muß versuchen, den Zugang zum heiligen Wort zu finden. Die Fürbitten arten zuweilen zu einer Schelte an allem

möglichen Mißliebigen aus. „Du mögest den Unternehmern mehr Einsicht in unsere Freizeitforderungen geben“ usw.

Nach mancherlei „Versuchen“ ist es heute – Gott sei gedankt – wieder üblich, die Wandlung im strengen Kanon zu vollziehen. Dadurch wird dieses heilige Geschehen wieder das, was es ist, ein Mysterium, von Jesus Christus der Kirche aufgetragen, es zu hüten und immer wieder neu zu feiern.

In der Feier des Mysteriums, der Wandlung des Brotes und Weines in Fleisch und Blut des Herrn, ist Christus anwesend. Aus dieser Realpräsenz erfolgt dann der Friedensgruß Christi. Der Priester gibt diesen Gruß an die Gemeinde weiter. In der Gemeinde jedoch macht man ein fröhliches „Shakehands“ aus einem „Friedwollen“ (?). Der Friedensgruß Christi bleibt am Altar. Aber nur Gott gibt ja die Gnade des Friedens. Vergißt man das?

Nun gibt es noch etliche Fragen, die man behandeln müßte. Gottlob ist die Zeit vorbei, da der Tisch des Herrn einem unaufgeräumten Warenlager ähnlich sah, weil der geistliche Herr glaubte, auf viele Bücher und Tableaus nicht verzichten zu können. Und auch eingespielte Lichtbilder – so sinnvoll sie bei Meditationen sein können – sollten keinen Platz haben in der Messe.

Es ist etwas anderes, wenn Frömmigkeitsstrukturen anderer Völker eingebracht werden. Sie haben aber keinen Raum, wenn das

Verständnis fehlen muß. Dann besteht sogar die Gefahr, daß der Dienst vor Gott zu einer Folklore-Veranstaltung werden kann. Und leider besteht diese Gefahr auch bei manchen Gottesdiensten, die Jugendliche gestalten. Man bringt eigene Texte, die zwar aus der Situation des „Dichters“ (oder der „Dichter“) irgendwann einen realen Grund hatten, aber von den Gläubigen, die an der Vorbereitung keinen Anteil nehmen konnten, nicht verstanden werden können. Ebenso sind Kartons und Kisten als Steine des Mißverständnisses selten verständlich. Auch sollte man selbst die eigenen Lieder kennen und nicht den Inhalt durch „Klangfülle“ der Technik ersetzen.

Was nun?

Wir müssen uns neu besinnen auf die Gestaltung der Gottesdienste seit der Zeit, da Christus den Jüngern einen Rahmen vorgab. Wir sollten dann untersuchen, welche Traditionswerte in den vielen Jahrhunderten eingebracht wurden und welche Anregungen das Konzil einst gab.

Und so heißt es in der Konstitution über die Heilige Liturgie II,14: „Die Mutter Kirche wünscht sehr, alle Gläubigen möchten zu der vollen, bewußten und tätigen Teilnahme an den liturgischen Feiern geführt werden. . .“ und unter III,21: „Bei dieser Erneuerung sollen Texte und Riten so geordnet werden, daß sie das Heilige, dem sie als

Zeichen dienen, deutlicher zum Ausdruck bringen, und so, daß das christliche Volk sie möglichst leicht erfassen und in voller, tätiger und gemeinschaftlicher Teilnahme mitfeiern kann.“

Denken wir an den Mittelpunkt aller liturgischen Handlungen, dann ist das die heilige Messe. Sie ist der Lobpreis des Volkes an den allmächtigen Gott. Sie ist aber auch das „Sakrament der Einheit“. Das heilige Volk steht geeint mit Priestern und Bischöfen vor Gott. Und zu diesem in seiner Gnade versammelten Volk spricht Gott durch Jesus Christus seine frohe Botschaft.

Durch das Hören der Botschaft, das Beten und Singen wird der Glaube genährt und das Herz zu Gott hingewendet. Der Priester kündigt kraft seiner Berufung das Wort und deutet es in der Homilie aus. So sind bereits die Grundelemente erkennbar, Gesang, Gebet, Lesung aus den Heiligen Büchern, Betrachtung des Lebens des Herrn und das helfende Wort des Priesters.

Das innerste Geheimnis jeder Eucharistiefeyer ist das heilige Mahl. Diese Feier des Geheimnisses hat Christus seinen Jüngern anvertraut. Es ist das *Opfer* seines Leibes und Blutes. Es ist das *Opfer* am Kreuz, die *Gedächtnisfeier* seines Todes und die Feier seiner *triumphalen Auferstehung*. Christus ist im Wort anwesend, wenn zwei oder drei in seinem Namen versammelt sind. Christus ist real

anwesend in Brot und Wein, wenn sie vom Priester als makellose Opfergabe in den Leib und das Blut Christi verwandelt sind. Und der Leib Christi wird den Gläubigen gereicht als Stärkung auf dem Weg durch die Zeit, zur immer innigeren Vereinigung mit Gott und untereinander.

Betrachtet man diese Bereiche des Dienstes vor Gott als eine Einheit, dann wird deutlich, daß sich auch die Teilnehmer an einer solchen Feier auf die Heiligkeit der Handlung einlassen müssen.

Worte, Gesten und Gebärden müssen mit dem Inhalt der Feier übereinstimmen. So sollte also die Arbeit an der Liturgie folgende Bereiche umfassen:

- Das Stufengebet als Vorbereitung des Priesters und der Gläubigen ist neu zu beleben.
- Die Begrüßung im Namen Gottes sollte ausreichen, eine eigene Begrüßung durch den Priester müßte entfallen.
- Eine Einführung – oft eine vorweggenommene Predigt – sollte entfallen oder zumindest sehr verkürzt werden.
- Die Predigt sollte sich auf eine Auslegung der Schrift und nicht auf Tagesereignisse konzentrieren (Ausnahmen sind möglich).
- Der Friedensgruß der Gläubigen in der heute üblichen Geschäftigkeit sollte entfallen, der Friede kommt vom Altar.
- Die Gläubigen sollten den Wert der Fürbitten erkennen und un-

ter fertigen, wohlgestalteten Texten auswählen können.

- Den Gläubigen sollte die Bedeutung der Gebärden und Gesten wieder nahegebracht werden.
- Die Gläubigen sollten sich so in den Ablauf der Messe vertiefen, daß sie die ihnen zukommenden Teile des Meß-Ordinariums auch lateinisch sprechen, singen und innerlich verstehen können.

Insgesamt sollte wieder mehr Ruhe und gespannte Aufmerksamkeit auf Gottes Wort und Sein Heilshandeln entstehen. Gott ist die Mitte – Anfang und Ende – Oben und Unten – und nicht die zufällige Versammlung einiger, die glauben, daß sie als Gemeinde von unten zu Gott vorstoßen müßten. Wenn Gott nicht seine Gnade schenkt, dann ist alles Tun vergeblich.

Helmut Fettweis

Heilige Messe: Zauberei oder Humbug?

Beobachtungen bei einer Amtseinführung in Ost- deutschland

Zu DDR-Zeiten fanden hier im Clubraum der Kaserne in Bad Frankenhausen, nördlich von Er-

furt in Thüringen, stramme, linientreue Jubelfeste der Nationalen Volksarmee statt. Heute, am 26. Februar 1992, sind etwa 300 von dem Unrechtsregime produzierte „Heiden und Neuheiden“ gespannt, „was da mit dem katholischen Pfarrer über die Bühne gehen soll“. Unter den Bundeswehrosoldaten Ost befinden sich auch ein paar Zivilangestellte und Angehörige. Kaum eine Handvoll der Anwesenden ist getauft, noch weniger sind katholisch.

Der 40jährige katholische Militärpfarrer Hartmut Gremler hat heute seinen großen Tag. Er ist etwas nervös, aber trotzdem freundlich und hilfsbereit. Militärdekan Heinrich Hecker aus Potsdam soll ihn in sein Amt einführen. Gremler ist nach Paul-Michael Graefe (42) aus Eggesin und Arnold Heinz Pyka (51) aus Leipzig der dritte hauptamtliche katholische Militärpfarrer in den neuen Bundesländern. Zudem haben sich noch 20 Ostpfarrer bereit erklärt, im Nebenamt die Bundeswehrosoldaten in den neuen Bundesländern seelsorgerisch zu begleiten.

Pfarrer Gremler weiß noch gar nicht, wieviel Katholiken es eigentlich in den sechs Kasernen in fünf Standorten gibt, die zu seinem Betreuungsbereich gehören. Doch das ist ihm auch nicht so wichtig. „Denn alle Soldaten haben Anspruch auf Seelsorge“, sagt er, „alle, die sie haben wollen.“

Nun steht er vor den Soldaten. Wie soll das gutgehen? Wieso sit-

zen die „Heiden und Neuheiden“ (Originalton Gremler für Nichtgetaufte und Getaufte, die bisher mit Christentum und Kirche absolut nichts am Hut hatten) hier in der improvisierten Kirche? Würden die Bundeswehrosoldaten Ost von ihren Kommandeuren West gar herbefohlen? Nun, so direkt wohl nicht. Mehrheitlich war schon Interesse da. Ein Gefreiter spricht aus, was die meisten seiner Kameraden denken: „Wir wollen mal sehen, wie das denn mit einer Messe so abläuft, was der Pfarrer wohl für einer sein mag.“

Aber daß es der evangelische Oberstleutnant Ernst-Wilhelm Harder (46), der Kommandeur des Panzerbataillons 383, zumindest ganz gerne sehen würde, wenn seine Soldaten zur Einführung des katholischen Militärpfarrers gehen würden, ist den Anwesenden auch klar.

Ein paar wenige unter den jungen Männern halten die ganze Zeremonie, im besonderen die Wandlung von Brot und Wein zu Christi Leib und Blut, für „Zauberei und Humbug“. Sie albern denn auch anfangs ungeniert herum, zur Ordnung gerufen von ihren Kameraden, die zumindest Toleranz fordern. Die große Masse aber ist sichtlich beeindruckt von diesem Gottesdienst, der für sie so ungewohnt ist. Beeindruckt sind sie von der feierlichen Handlung, den melodiosen Liedern und den bewußt einfach gehaltenen und trotzdem eindringlichen, erklärenden

Worten der Predigenden.

Obwohl während der Gebete offensichtlich so etwas wie ein In-sich-gekehrt-Sein zu spüren ist, zeigt sich nämlich nach 40 Jahren Atheismus auch deutlich Unkenntnis über Form und Inhalte kirchlicher Handlungen und des christlichen Glaubens allgemein.

Militärdekan Heinrich Hecker, der mit viel Engagement und Einfühlungsvermögen seit Januar des vergangenen Jahres die katholische Militärseelsorge in einem zu 90 Prozent atheistischen Land aufgebaut hat, erklärt den Zuhörern die Unabhängigkeit der Pfarrer. Er will damit die Sorge vieler, besonders evangelischer Christen entkräften, die eine zu starke Staatsnähe befürchten. Die Pfarrer, sagt er, seien nur Gott, ihrem Gewissen und dem Militärbischof verpflichtet.

Sowohl der lebenskundliche Unterricht als auch die Gottesdienste, betont Hecker, seien Angebote. Die Teilnahme freiwillig, keine Pflicht. Die Katholische Kirche stehe für alle offen, auch für Nichtchristen. Und Pfarrer Hartmut Gremler, der so gemütlich und fürsorglich zugleich wirkt, aber einen festen Willen offenbart, hofft, daß „trotz aller Unterschiede hier so etwas wie eine Gemeinde entsteht, in der man Freude und Freunde findet, Anteil nimmt an den Sorgen und Nöten und wo der Glaube Einzug hält“.

Daß dann anschließend an den Gottesdienst auch die einfachen

Soldaten am Empfang mit Bundes- und Kommunalpolitikern, mit Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, der beiden christlichen Kirchen und Offizieren teilnehmen durften, ihr Bierchen bekamen und sich am kalten Buffet gütlich tun konnten, sorgte schon jetzt für etwas „Gemeinde“.

Sie haben trotzdem kein leichtes Amt, die drei hauptamtlichen Militärpfarrer in den neuen Bundesländern. Oft stoßen sie auf Gleichgültigkeit oder Ablehnung. Aber mit der Präsenz wächst auch die Akezeptanz. Der Gefreite Heiko Trzeba (23) von der 4. Kompanie des Panzergrenadierbataillons 381 in Bad Frankenhausen muß da für Pfarrer Gremler ein Hoffnungsschimmer sein. Trzeba ist wohl katholisch getauft, hat aber noch nie eine Kirche von innen gesehen. Er war beeindruckt und will am nächsten Lebenskundlichen Unterricht teilnehmen. Auch mit nach Lourdes möchte er fahren. „Denn irgendwie ist mir das doch alles ein bißchen abgegangen.“

Heribert Lehmberger
(aus *Kompaß* Nr. 7 v. 20. 3. 92)

WOCHE
FÜR DAS
LEBEN
17.-24.5.92



Stand der Beratungen zum Schutz des ungeborenen Kindes

Die Vollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz hat in einer Aussprache über die Diskussion zum Schutz des ungeborenen Kindes nochmals ihre wiederholt dargelegte Position bekräftigt:

1. Bei dem ungeborenen Kind handelt es sich nach den Erkenntnissen der Wissenschaft um einen unverwechselbaren Menschen, der mit allen menschlichen Eigenschaften ausgestattet ist und heranwächst, ähnlich wie auch das geborene Kind weiter wächst.

2. Niemand hat das Recht, diesem heranwachsenden Menschen das Recht auf Leben zu nehmen. Das Recht auf Leben wird dem ungeborenen Kind weder durch die Eltern noch durch die Gesellschaft, noch durch den Staat verliehen. Das Recht auf Leben ist ein elementares Menschenrecht.

3. Der Staat hat die Pflicht, mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln Leben zu schützen. Er muß deutlich zum Ausdruck bringen, daß es sich bei einem Verstoß gegen das Lebensrecht eines anderen Menschen um ein schweres Unrecht handelt. Strafrecht, das vor allem diesen Unrechtscharakter zum Ausdruck bringt, und soziale Maßnahmen müssen sich da-

bei ergänzen.

4. Die Position der Kirche orientiert sich nicht an der Verurteilung derjenigen, die gegenüber dem Lebensrecht eines anderen schuldig geworden sind. Sie orientiert sich am unbedingten Einsatz für das Leben.

5. Die Kirche weiß um die Verstrickung in Schuld, erfahrene Ausweglosigkeit und Sünde. Die Kirche steht zugeich zu ihrem Auftrag, bei begangenen und bereutem Unrecht, Vergebung und Versöhnung zu vermitteln.

6. Die Kirche wird ihren Einsatz für das Lebensrecht aller Menschen – geborenen und ungeborenen – nicht aufgeben. Sie ist sich bewußt, daß sie selbst, die Gesellschaft und die Politik noch mehr dazu beitragen müssen, ein kinderfreundliches Klima zu schaffen und Hilfen anzubieten, damit Konflikte im Zusammenhang mit einer Schwangerschaft vermieden oder gelöst werden können.

(aus Pressedienst der DBK – Dokumentation vom 12.3.92)

„Woche für das Leben“ 1992

Die Vollversammlung hat beschlossen, die im vergangenen Jahr erstmals veranstaltete „Woche für das Leben“ auch in den Jahren 1993 und 1994 durchzuführen. In diesem Jahr steht die „Wo-

che für das Leben“ (17. bis 24. Mai), die am 16. Mai mit einer zentralen Veranstaltung in Dresden eröffnet wird, unter dem Thema „Für eine kinderfreundliche Gesellschaft“.

Wir wollen mit dieser „Woche für das Leben“ immer wieder das Bewußtsein für den notwendigen Schutz des Lebens in allen seinen Phasen wachrütteln. Im letzten Jahr stand das Lebensrecht des ungeborenen Kindes im Mittelpunkt. In diesem Jahr geht es um eine kinderfreundliche Gesellschaft. In den nächsten Jahren werden wir den Umgang mit dem behinderten und alten Leben besonders betonen.

Die Europa-Sondersynode hat empfohlen, in jedem Land jährlich einen „Tag...“ oder eine „Woche für das Leben“ in allen Verbänden und Pfarrgemeinden durchzuführen und im Lauf der Zeit diesen Tag oder diese Woche auch gemeinsam festzulegen.

(aus *Pressedienst der DBK – Dokumentation vom 12.3.92*)

Kirchenträume junger Menschen

Wir träumen von einem Gottesdienst,

- in dem gesungen, gelacht und getanzt, aber auch geweint werden darf;
- in dem sich jeder, alte und junge Menschen, aktiv beteiligen;

- in dem Gebete nicht runtergeleiert, sondern auch neue, selbstgestaltete Texte und Gebete vorgetragen werden;
- in dem z.B. durch die Fürbitten, die konkreten Anliegen der Gemeindemitglieder zur Sprache kommen;
- in dem sich die Banknachbarn begrüßen und vorstellen;
- in dem die Mitarbeiter und Mitgestalter des Gottesdienstes namentlich erwähnt werden.

Wir träumen von einer Kirche,

- die sich der Politik und der bürgerlichen Moral nicht anpaßt, sondern gemäß der Botschaft Jesu Christi Stellung nimmt;
- in der Frauen die gleichen Chancen wie Männer haben;
- die durch demokratische Strukturen aufgebaut ist;
- in der nicht nur Priester, Bischöfe und der Papst das Sagen haben;
- in der Christen nicht durch Christen ausgegrenzt werden, wie z.B. die wiederverheirateten Geschiedenen;
- die ihre Menschlichkeit und damit auch ihre Fehlerhaftigkeit eingesteht;
- die deutlich auf der Seite aller Unterdrückten und Benachteiligten steht.

Wir träumen von Priestern,

- denen man die frohmachende Botschaft auch ansieht, die Herzlichkeit und Wärme in diese Welt tragen;
- die öfters ihren Kopf aus der

Bibel heben und schauen, ob die Gemeinde überhaupt noch da ist;

- die mit und nicht für die Gemeinde das Evangelium deuten;
- die bei ihren Predigten und bei ihrer Verkündigung Zwischenfragen erlauben.

Wir träumen von einer Gemeinde,

- in der Konflikte offen und fair miteinander ausgetragen werden;
- in der Jugendliche und Erwachsene miteinander und nicht übereinander sprechen.

(unbekannter Verfasser)

Der Christ zwischen Angst und Vertrauen

1. Vorbemerkung

In Psalm 21 finden wir eine Formulierung, die recht modern anmutet und die wir in anderer Sinngebung in der Existenzphilosophie Martin Heideggers als „Geworfenheit“ (Sein und Zeit) wiederentdecken. In diesem Psalm klagt der Beter: „Vom Schoß meiner Mutter an bin ich auf dich mein Gott geworfen . . . ein Rachen tut sich auf wider mich . . . hingegossen bin ich in den Staub wie Wasser . . . Du hast mich hinabgeführt zum Staub des Todes.“

**Wenn die Herausforderungen
größer werden,
sagt die Hoffnung,
die aus der Bibel kommt,
werdet ihr ebenfalls wachsen!**

(Berthold Lutz)

Gleich der nächste Vers läßt erkennen, wer gemeint ist und wer die Tiefen der Angst im Gehorsam bis auf den Grund wird durchleiden müssen, nachdem er aus dem göttlichen Sein hinausgetreten ist in die Ängste dieser Welt: „Sie haben mir Hände und Füße durchbohrt.“

Die Todesangst Jesu und seine Auferstehung sind unauslöschliche Zeichen, an denen sich diejenigen orientieren, die im Dunkel ihrer Not dennoch Hoffende in der Geborgenheit Gottes sind und wissen, daß Dunkelheit letztlich nur jenen zukommt, die vom Licht der Liebe Gottes abgewandt leben wollen. Der tiefste Grund der Angst wird in der letzten Vater-Unser-Bitte deutlich: „und führe uns nicht in Versuchung, sondern reiße uns hinweg von dem Bösen“, weil höchste Angst walten sollte, wo Bodenlosigkeit des Glaubensabfalls droht.

Das Christliche des einzelnen und der Gemeinschaft ist in der Angst unlöslich verbunden mit der von Jesus Christus geforderten liebenden Sorge um den Nächsten, auch den Feind (Joh 15, 13; Rö 5, 10; Mt 5, 41; Rö 9, 3). Es geht um die Mitverantwortung in dieser Welt und über den Tod hinaus.

Es gibt heute eine Bosheit mit gutem Gewissen, eine Finsternis, die meint, alles tun zu können, was mit Macht und Geld und rücksichtslosem Eigeninteresse möglich ist (auch das Töten der Ungeborenen im Mutterleib). Es handelt

sich um eine Bosheit, die sich selbst abzulösen gewillt ist von dem Erlösungswillen Gottes mit dieser Welt und dafür eigene Maßstäbe der Lüge und Menschenfeindlichkeit setzt. Es ist jener schreckliche Schatten, von dem der Heilige Petrus spricht, wenn er sagt: „der euch aus der Finsternis berufen hat in seine wunderbares Licht“ (2. Petr. 2, 9).

Aus Glaube, Hoffnung und Liebe und der seiner Kirche verheißenen Gnade will die in Kreuz und Auferstehung eingeborgene Angst mitsühnend überwunden, und wo sie greifbar wird, mitgetragen werden.

Zwischen Angst und Vertrauen erwächst dem Christen jener unüberbietbare Optimismus, der eben nur aus Glaubenswirklichkeit hervorgehen kann, der die „Geworfenheit“ ins Nichts entgegengesetzt ist.

2. Was ist Angst?

Angst bezeichnet im Gegensatz zur Furcht, jenen Zustand, der in einer Konfliktlage keinen Ausweg erkennbar macht.

Furcht ist mehr an einen Gegenstand gebunden, der, wenn seine Bedeutung entfällt, auch keine Furcht mehr auslöst.

Angst entsteht zwischen mehreren Spannungspolen, die jeder auf seine Weise Ausweglosigkeit und Ratlosigkeit suggeriert.

Die Angst vor der Angst ist dabei eine zusätzliche Komponente,

die die Ausweglosigkeit bis zum Zusammenbruch immer mächtiger erscheinen läßt.

Angst in ihren Tiefen, Breiten und ihren schleichenden Dimensionen zeigt sich in verschiedenen Verkleidungen:

- als Instrument der Macht, Herrschaft, Autorität und des Terrors
- als Begleiter von Krankheit und der Probleme im menschlichen Miteinander
- als Schatten der Erziehung
- als religiöses Phänomen
- als Angst der Minderheit
- als Antwort auf das Geschehen der Gegenwart, z.B. menschenfeindliche Technik usw.
- als Angst vor dem Tod
- als „Vorwissen“ um das Kommende, aber schon in der Angst Wirkende
- als Attribut unseres gesellschaftlichen Lebens (Ratlosigkeit in der Rastlosigkeit, Nuklearwaffen, Kriege in der Welt, Anonymität, Konsumzwang und Isolierung, Zerstörung der Natur und der Umwelt)

Ist Angst ein Unwert, oder beinhaltet sie vielleicht doch – wenigstens als Warnzeichen, als Auslöser höchster Aktivität oder als Beweggrund, eigenes Schuldverhalten zu ändern – einen Sinn?

Die Vielfalt mit der uns Angst begegnet, läßt vermuten, daß es eine schlüssige Antwort gar nicht gibt, oder vielleicht wäre gerade darum die Antwort ganz einfach. Aber wie ließe sie sich finden?

Gibt es vielleicht jenseits aller Kulturen, jenseits aller Rationalität einen „Raum“, der in aller Angst frei von Angst ist, der Flucht und Ruhepunkt zugleich ist?

Wir müssen einen Weg suchen, der auch dem Christen gangbar erscheint und weder durch Fatalismus noch durch Ignoranz verstellt wird.

3. Tiefen der Angst

1) Zunächst: Wie und wo wirkt die Angst? Angst weckt unaufhörliches Wachsein, das aus dem Verborgenen aufsteigt und dem weder Schlaf noch gesuchte Entspannung gewachsen sind. Sie ist ein unausweichliches „Wissen“, das sich brutal immer wieder in den Vordergrund schiebt, alles wie ein feindlicher Nebel überlagernd, Leib, Seele und Geist gleichermaßen in Mitleidenschaft zieht, tief in die „Schichten“ der Person eindringt.

Das, was dauernd belastet, was scheinbar nicht „ausgeräumt“ werden kann, was die Selbstwürfe anheizt, was als Spannung in einem Konfliktfeld existiert, bleibend erscheint, was schließlich als die Angst vor der Angst zusätzlich bedrückt, den Atem nimmt. Alles das ist Angst.

2) Eigenwirksame Kräfte, Gegenstände, Institutionen, Gegebenheiten können in der Vorstellungswelt so stark werden, daß der ruhende Pol menschlicher Geistigkeit keinen inneren Frieden zu schenken vermag.

Wo immer ein Mensch lebt, gibt es für ihn mehrere Bezugsgrößen:

- Der Lebensraum (als soziales Feld)
- die innere Verfassung seines Lebensraumes
- die in diesem Lebensraum wirkenden Kräfte
- die äußeren Einflußgrößen,
- Grenzen, Durchlässigkeit, Verslossenheit des Lebensraumes
- das Wissen um die Wirkkraft des Religiösen in sich selbst und die Art, wie Welt, Zeit und Raum gesehen werden (Weltanschauung)
- Wehrlosigkeit gegenüber der Angst

3) Abgesehen von den psychopathologischen Eigengesetzlichkeiten, wirken sich in einem sozialen Feld Ordnungen oder Unordnungen zu einem bestimmten Zeitpunkt und mit der Gesamtheit der Fakten der Personen, der Umwelt und des Verhalten zu- oder gegeneinander aus. Die Gesamtheit der Fakten schließt alle psychophysischen und psychobiologischen Bedingungen sowie die Gegebenheiten soziologischer, ökonomischer und ökologischer Art ein. (Ausgehend von K. Lewin, Feldtheorie, S. 31)

Ordnung wieder herzustellen, das ist das, was als ebenso starker Wunsch gegenwärtig ist wie die Angst selbst.

Angst entwickelt dabei eine Hemmschwelle, durch die dieser Weg unmöglich erscheint. Das

gibt dem Konflikt seine zerstörende Dimension.

4) Die Wiederherstellung einer Ordnung und des Ruhens in sich selbst kann nur selten aus eigener Kraft gefunden werden.

Es bedarf der Hilfe von außen, es bedarf der Sprache, des Aussprechens und Ansprechens, es bedarf der Zuversicht, daß die Last der Angst weichen kann, daß jemand da ist, der diese Angst versteht, verstehen will, mit tragen will, Wege der Lösung finden hilft. Der Christ weiß, daß er mit den unverzichtbaren, mitverantwortungsvollen Diensten der anderen rechnen kann, die noch festen Boden unter den Füßen haben. Aber weiß er das im Einzelschicksal wirklich?

5) Es gibt aber auch eine Angst, wie sie uns im Alten und Neuen Testament entgegentritt: die Angst derer, für die Gott nicht existent und auch keine persönlichkeitsprägende Wirklichkeit ist.

Für diejenigen, die „das Antlitz Gottes aus lauterem Herzen suchen“, dürfte es eigentlich keinen anderen Grund zur Angst geben als den, Gott und den Glauben an ihn, damit aber die Heilszuversicht zu verlieren. Darüber aber wird später zu reden sein. Indessen sind die Daseinsschwierigkeiten, die soziale Not und Enge, oft so groß und erscheinen objektiv manchmal so aussichtslos, daß die Existenzangst das Leben selbst ins Unerträgliche drängt. Die caritative Arbeit in den Ge-

meinden zeigt, wie unverzichtbar und aus den Forderungen Christi heraus notwendig die persönliche und institutionelle Zuwendung in der Verantwortung füreinander ist, wie notwendig der Mut zur persönlichen Hilfe ist. Es gibt aber auch eine Daseinsnot, die aus zwischenmenschlichen Beziehungen entsteht und im Verborgenen zu ausweglosen Situationen anwächst. Dann geht es nicht mehr um das Wollen, sondern um das nicht mehr Bewältigen können.

6) Die aus philosophischen Erwägungen gefaßten Urteile über die Angst kommen in mannigfaltigen Aussagen zum Ausdruck:

Martin Heidegger spricht von der „Geworfenheit“ (Sein und Zeit), Jean Paul Sartre vom Ekel (*La Nausée*), Albert Camus von „Absurdität“, aber auch von ihrer Sinnlosigkeit, um Sinn zu finden (Der Mythos des Sisyphos), Karl Jaspers erkennt die „Zerrissenheit des Wertseins“ zwischen Existenz und Transzendenz (Der philosophische Glaube und Ursprung und Ziel der Geschichte), Ludwig Feuerbach lehrt die „Selbstentfremdung“ durch Gott (Das Wesen des Christentums und Kritik der Hegelschen Philosophie).

Friedrich Nietzsche läßt in der „Fröhlichen Wissenschaft“ den „tollen Menschen“ sagen: „Wohin ist Gott? ... Ich will es euch sagen: Wir haben ihn getötet. Wir alle sind seine Mörder.“ Der „tolle Mensch“ sagt aber auch – man darf das nicht unterschlagen –:

„Dies ungeheure Ereignis ist noch unterwegs und wandert.“ – Ist es schon bei uns angekommen, werden wir wohl fragen müssen?

Für Kirilloff (Dostojewski, Die Dämonen) entsteht Gott aus der Angst und Simone de Beauvoir resigniert: „Gott stahl mir die Erde“ (Die Mandarine von Paris).

7) Die Tödlichkeit nicht „wahr – genommener Angst naht sich dort, wo der Mensch die Wahrheit von Kreuz und Auferstehung leugnet und die Selbstflüge zum Teil seiner Existenz macht. Die hieraus entstehende Dunkelheit und Verhärtung des Herzens (Eph 4, 18 und Hebr. 3, 8) geht so weit, daß die bewußte Gottesleugnung keinen Trost, der über die Rastlosigkeit der Welt hinausweist, annehmen will und kann. Den Bekenntnissen für Ersatzziele mit negativem Glaubensinhalt stellt das Christentum das Glaubensbekenntnis an die Menschwerdung Gottes entgegen. Diese unteilbare Wahrheit ist in Gefahr, zerredet zu werden, und wird dadurch dem Hinterfragen ausgeliefert.

Die Frage nach der Wahrheit hat sich wieder neu auch der Theologen, aber leider nicht immer in klärender Weise, bemächtigt. E. Husserl kommt in seinen „Logischen Untersuchungen“, I, Tübingen, zu der Überzeugung, daß der Kampf der Philosophie gegen die Wahrheit ein existentes Phänomen ist. (Vgl. B. Schwarz, Wahrheit und Wissenschaft, in: Österr. Klerus-

blatt 7/8 1968.) Wort Gottes und Glaube der Kirche kann und darf nicht ohne Berücksichtigung des Glaubensganzen hinterfragt werden (H. Küng: „Christ sein“ und „Existiert Gott?“ sowie die sog. „Kölner Erklärung“). Es ist u.a. merkwürdig, daß die „Kölner Erklärung“ von Entmündigung spricht, aber katholische Mündigkeit nicht definiert und von ihren Verfechtern auch nicht angesprochen wird. Man spricht gern von der Hierarchie der Wahrheiten, aber man vergißt, daß diese im Rahmen des Glaubensganzen gesehen werden müssen.

4. Angst im Alten und Neuen Testament

1) Das Alte Testament beschreibt treffend die zweifache Wirkung der Angst: Sie nimmt einmal die Sicht „auf die durch die Vernunft dargebotenen Hilfen“. Indem aber die Hoffnung verblaßt, entschwindet durch die Möglichkeit, „die Ursache, welche die Qual der Angst veranlaßt“, zu erkennen (Weish. 17, 11).

„Der Böse flieht, auch wenn ihn niemand verfolgt“ (Spr 28, 1). Wer Gott verachtet und das Böse sucht, verliert das Gespür für den Grund der Angst, „er irrt umher, getrieben vom Traumgesicht der Seele“, und wundert sich im Erwachen „vor seiner Furcht vor nichts“ (Sir 40, 1 – 7).

Die Unbelehrbaren verfallen immer tiefer in den Irrtum, „erkrank-

ken an lächerlicher Angst“ und werden, gefesselt von der Finsternis, „sich selbst zur Last“ (Weish. 17, 1 – 18).

2) Das ganze Alte Testament durchzieht aber auch der Gedanke an den tröstenden Gott, der von aller Angst heilt: „Fürchte dich nicht, denn ich erlöse dich“ (Is 43, 1). „Gedenkt nicht mehr des Früheren, seht, ich schaffe immer wieder neu! Jetzt sprießt es, merkt ihr es nicht?“ (Is 43 18f). Und: „Wer in den Geboten Gottes treu verharret, fürchtet sich zu keiner Zeit“ (Sir 22, 23).

3) Auch das Neue Testament führt die Linie tröstender Worte weiter, um sie im Wissen über das Heilswerk Jesu einmünden zu lassen in eine neue Dimension des Geistes: „Gott gab uns nicht den Geist der Furcht und Verzagtheit, sondern der Kraft und Liebe und der Besonnenheit“ (2. Tim 1, 7). „Furcht ist nicht in der Liebe, sondern die vollkommene Liebe treibt die Furcht aus“ (1. Joh 4, 18). Nur „wer nicht liebt, bleibt im Tode“ (1. Joh 3, 14).

Wie oft macht Jesus bei den vier Evangelisten den Seinen Mut mit dem Wort: „Fürchtet euch nicht.“ In immer wieder neuen Aspekten schärft er den Blick für die Wirklichkeit des Heils in der Wirklichkeit der Welt, für die Angst, die aus der Gottlosigkeit und Sünde erwächst, und für die Liebe, die im Tod zur Auferstehung und Vollen- dung reift.

Der Tod Christi ist ein Tod des

sündenlosen, menschengewordenen Gottes, in den der Mensch sich hineinfallen lassen kann und muß, aber mit dem es keine Identität gibt. Jesus schreitet einer Angst entgegen, die nie ein Mensch wird ermessen können. Aber in dem Überwinden dieser tiefsten und unergründlichen Angst gebietet er: „Habt keine Furcht!“ (H. U. v. Balthasar).

4) Wer sich die Mühe macht, die Aussagen des Alten und Neuen Testaments über die Angst nachzulesen, wird eine überraschende Feststellung machen: Angst ist eine Daseinsgröße, und Gott macht in seinem Wort weder das Leid noch die Angst kleiner. Es scheint dagegen, Gott macht die Angst zu einem schöpferischen Wert, wie eben Leid und Tod schöpferische Durchgänge sind.

Andererseits steht der sinnlosen Angst das Vertrauen entgegen, das Gott als Lebensvoraussetzung schenkt und erwartet. „Wenn ihr in meinen Geboten lebt, . . . verleihe ich dem Land Frieden. Ihr könnt euch niederlegen, ohne daß ihr euch ängstigen müßt. . . Ich schlage meine Wohnstätte in eurer Mitte auf“ (Mos 26, 1 – 13 und Ps 30).

Angefangen von dem Auftrag an Abraham, gegen alle Hoffnung auf Gott zu vertrauen, bis zum Auszug aus Ägypten und weiter bis zur Todesangst Jesu und seinem verzweifelten Schrei: „Mein Gott, warum hast du mich verlassen?“ führt der große Bogen der Heilsmittel-

lung zur Auferstehung. Hier wird auch der Sieg Jesu über die Angst endgültig. Die Vernichtung „des letzten Feindes“ (1. Kor 15, 26) ist das letzte Werk dieses Sieges.

Die Zuversicht ist seitdem unendlich geworden: „Wenn unser Herz uns anklagt, so ist Gott größer als unser Herz“ (1. Joh 3, 20). Dagegen sollte uns das Wort „Wer nicht liebt, bleibt im Tode“ (1. Joh 3, 14) wirklich ängstigen, weil wir hier täglich Schuldige werden.

5) Die „erste Liebe“, von der die Apokalypse in den sog. Gemeindebriefen (Offbg 2, 4) spricht, meint einen immer wieder neuen schöpferischen Aufbruch zu Gott.

Das einzige Gegengewicht gegen die Angst ist die Liebe, weil sie in ihrer vertikalen Dimension den Glauben und in der Breite die Hoffnung maßlosen Vertrauens umfaßt. Paulus definiert sie im ersten Korintherbrief 13, 1 – 8. Jesus fordert: „So sollt ihr einander lieben, wie ich euch geliebt habe.“ Der Apostel Judas Thaddäus fügt genial einfach die Gnadenerweise Gottes zu einer Dreiheit zusammen: „Erbarmen, Friede, Liebe“ (Judasbrief). Es gibt eine „Angst Gottes“ um diese Welt, eine Sorge dessen, der alles schöpferisch geordnet hat, in seinen Händen hält und neu verwandeln wird, eine Sorge, aus der die Macht der Kinder Gottes hervorgeht (Joh 1, 12), die denen gegeben wird, die ihn aufnehmen in einer Welt, die das Licht von sich weist (H. U. v. Balthasar).

6) Der legitime Ort mit Anspruch auf Verbindlichkeit, vom Tod zu reden, ist die Kirche und in ihr das Wort Jesu, der Tod und Auferstehung als Heilsauftrag auf sich nahm. Erst von hier kann Trost in der Antwortlosigkeit des Leids erwartet werden.

Wer stirbt, weiß, daß es nach dem Hinscheiden keinen Ersatz für ihn geben wird, daß die eigene Einmaligkeit verlischt, um aus christlicher Sicht einen neuen Namen zu empfangen, den nur der Empfänger kennt (Offbg. 17, 5).

Die Endgültigkeit und das schweigende Versinken sind es, die jene Angst hervorrufen, die durch nichts aufgehoben werden kann als eben durch die gläubige Annahme der Unausweichlichkeit, besser, als durch das Hineinlegen des Lebens und Sterbens in die Hand Gottes, um neues Leben zu empfangen. Das Schweigen Gottes wird im Tod zum Beginn der verborgenen Begegnung mit der Ewigkeit, in die uns die Erlösungstat Jesu hineinnehmen will: „Noch heut wirst Du mit mir im Paradiese sein“ (Lk 23, 43).

5. Die Angst des Soldaten

Der Soldat, der mit der Angst kämpft, ist weder ängstlich noch feige. Seine Angst entsteht existenziell aus der Notwendigkeit, die unausweichlich ist, das Leben einzusetzen.

Er setzt dagegen den Mut des Geistes, der die Pflicht beseelt.

Eine Definition der Pflicht aber müßte, um diesem Zusammenhang gerecht zu werden, die Begriffe Bereitschaft, soldatisches Können und das Vermögen, dieses Können zu verwirklichen, Tapferkeit, Umsicht und Entscheidungskraft, Gewissen und Gehorsam, Verantwortung und Wissen um die Gefahr enthalten. Aus diesen die Persönlichkeit prägenden Kräften fällt Licht auf jenes Wort aus einem Soldatengesetz: „Furcht vor persönlicher Gefahr entschuldigt eine Tat nicht, wenn die soldatische Pflicht verlangt, die Gefahr zu bestehen.“ Die Krankenschwester, der Polizeibeamte und der Feuerwehrmann z.B. setzen täglich, auch ohne ein solches Wort im Hintergrund, ihre Gesundheit ein, um für andere da zu sein.

Die Angst ist kein Gespenst. Sie ist im militärischen Bereich das Attribut moderner Kampfmittel. Man darf es nicht zu gering veranschlagen, daß die Bereitschaft, sich für die Freiheit und das Gute einzusetzen, diese konkreten Ängste aufzuwiegen vermag und sich stärker erweist als das bereitgestellte Verderben.

6. Das Kind in der Angst

1. Eine kleine Geste führt uns an das Gemüt des Kindes heran, wenn es eine Stoffpuppe oder ein Plüschtier liebevoll an sich drückt und dabei (neben der innigen Zuwendung) in kritischen Phasen sei-

ner Entwicklung Trost in der Angst findet.

Eltern sollten wissen, daß die Entwicklung des Kindes nicht automatisch und reibungslos von einer Stufe zur anderen abläuft, sondern daß das Kind mit jeder Entwicklungsphase neue Erfahrungen macht, aber auch neue Ängste kennenlernt. Je nach den gegebenen Umweltbedingungen und den Kräften des sozialen Feldes, in dem es lebt, und in der Zu- oder Abwendung der Eltern lernt es, diese Ängste zu überwinden, oder bleibt ihnen, unterschwellig manchmal, zeitlebens ausgeliefert.

2) Der Hilflosigkeit des Kindes steht die Fürsorge, der Schutz und das Heilende elterlicher Freundlichkeit gegenüber, die das Kind in das Unbekannte des Lebens hinein begleitet. Was wir Tapferkeit nennen, ist für das Kind ein schrittweises Kennenlernen von Angst und Furcht und deren Überwindung. Nur: Das muß man wissen, Kinder können über das, was sie als Unnennbares erleben, nicht reflektieren.

3) Die Neugier treibt das Kind in das Abenteuer des Lebens. Wie oft erfahren Eltern von ihren längst erwachsenen Kindern, was sie alles an Erlebnissen durchgestanden haben, aber *im erlernten Erkennen der Grenzen* vor der verletzenden Gefahr bewahrt blieben.

Der zusätzliche Druck auf das Kind durch die Angst vor Schuld und Strafe, vor Alleinsein und Dun-

kelheit belastet um so mehr, als die Eltern keine Zeit mehr für die Kinder haben. Modernes Spielzeug macht heute die Eltern „entbehrlich“, weil Kinder bei Video, Fernsehen und Computerspielen „so gut aufgehoben“ sind. Die Folgen geistiger und seelischer Art werden nicht ausbleiben.

4) Wer in diese Welt hineingeboren wird und in immer neuen Lebensringen Existenz erleben und verarbeiten muß, bedarf der Führung, deren Ziel die angstfreie Begegnung mit Dingen und Menschen bei Urteilsfähigkeit und Wissen um Grenzen sein sollte. Ohne Geborgenheit in der kleinen Welt der Familie, in der das Kind Liebe und Schutz erfährt, Urteil, Grenzen und Normen kennen lernt, gibt es kein Erwachsenwerden, das der Welt gewachsen ist. Ohne wirkliches Kindsein wird niemand wirklich erwachsen, sondern bleibt ewig pubertierend unerwachsen mit allen Ängsten und Hemmungen, die hierin eingeschlossen sind. Ohne Wissen um Grenzen kein Gewissen.

5. Mit der Entwicklung reift das Denken durch Sprache. Ein Kind muß lernen, sich auszusprechen um seinen Ängsten, seinem Erleben und seinen Gefühlen und Aggressionen Ausdruck verleihen zu können. Das Kind sollte bei aller Führung lernen, positive, aber auch negative Gegebenheiten seiner kleinen Welt durchzustehen. Das kann es nur, wenn die Dinge vorher nüchtern beim Namen ge-

nannt werden. Ängste dürfen weder verniedlicht noch größer gemacht werden, als sie natürlicherweise sind. Das Märchen „des Kaisers neue Kleider“ entkleidet die Dinge, die ihm „angehängt“ worden sind, von der Illusion, um sie schließlich zu sehen, wie sie sind. Merkwürdigerweise konnte das nur ein Kind, weil es unverbildet das Wirkliche der Dinge sah.

6) Als Jesus die Kinder zu sich rief, verband er, an die Erwachsenen gewandt, kindliches Denken mit dem nüchternen Hinweis auf das Himmelreich, um ihnen und den Erwachsenen ein letztes Ziel zu zeigen, von dem her erst alles andere sinnvoll erscheint.

Die Großen und so Klugen verlieren leicht die Wirklichkeit aller Wirklichkeiten aus dem Blick, weil sie vor lauter vorletzten Interessen für das Letztgültige blind geworden sind. So bleiben sie mit ihren Ängsten in der Welt des Vorletzten allein und finden für sich und andere keinen Ausweg aus den Krisen der Angst und der ihr vorangehenden Konflikte.

7. Der Christ in der Katastrophe

1) Der Christ in der Katastrophe, dieser Gedanke soll uns nun in der Überlegungen über die Angst beschäftigen.

Was sind Katastrophen? Katastrophen sind plötzliche, lebensbedrohende Ereignisse natürlicher oder durch den Menschen ge-

schaffener Ursachen, deren Wirkungen Zerstörung physischer, seelischer, politischer, ökonomischer, kultureller, wirtschaftlicher oder anderer Art zur Folge haben. Was bei Katastrophen sofort in den Mittelpunkt der Betroffenen und „betroffen“ Außenstehenden gerät, ist die Todesangst, ist die Angst vor und in der Wucht zerstörender Kräfte, denen der Mensch wehrlos ausgeliefert ist.

Kriege, Erdbeben, Lawinen, Gruben- und Flugzeugkatastrophen, Epidemien usw. bilden ein mehr oder weniger begrenztes Ereignisfeld, in denen sich menschliches Verhalten der noch Lebenden von der lähmenden Lethargie über höchste Erregung bis zur kopflosen Panik zeigen kann.

Andererseits bricht dann eine Welle von Hilfsbereitschaft aus, die sich mit Abklingen der ersten Schreckreaktionen oft als wenig organisationsgerecht erweist und im unbesonnenen Übereifer an falscher Stelle erfolgt, weil es an Übersicht fehlt. Wo sich aber Hilfsbereitschaft und Sachverstand mit schnellen, aber treffsicheren Entscheidungen verbindet, ist Hilfe auch lebensrettend.

Jeder kann in Katastrophen geraten, der Christ wie der Nichtchrist. Alle haben Angst, alle durchleiden die Gefahr entsprechend physiologischer und geistig-seelischer Abläufe, und alle zittern.

Vielleicht ist es das Zusammenreffen von Demut und Vertrauen,

von Ergebenheit in das Unabänderliche und Gebet, von Selbstvergessenheit und Umsicht, was Personen – selbst in Todesgefahr – herausragend kennzeichnet, wenn sie in höchster Gefahr an das Leben und den Schutz anderer denken. Aber das müssen nicht unbedingt Christen sein. Den aus dem Glauben eingeübten Christen prägt vielleicht gerade in Todesnähe noch etwas anderes: das Wissen um eine letzte Eingeborgenheit in Gott. Das Wort – vielleicht – mag hier angebracht sein, weil niemand weiß, wie er sich, auch als Christ, in ausweglosen Grenzsituationen verhalten wird.

Wer aber im Ganzen des Lebens stets das Ganze des Glaubens verwirklicht hat, wird in härtestem Ausgeliefertsein über Seelenkräfte verfügen, die dann allen im Umfeld Betroffenen zugute kommen. Berichte über Katastrophenfälle jedenfalls lassen solch starkes Verhalten durchscheinen.

2) Es fragt sich, ob nicht das Töten der Kinder im Mutterschoß mit gutem Gewissen eine der größten Katastrophen unserer Zeit ist. In den letzten zwanzig Jahren sind mindestens zehn Millionen Kinder allein in der Bundesrepublik hingerichtet worden.

Es ist aber auch zu fragen, ob nicht die Geschichtslosigkeit, mit der unsere Jugend aus der Schule entlassen wird, ob nicht der Mangel an religiösem Wissen und religiöse Interessenlosigkeit von El-

tern und Schule eine Katastrophe größten Ausmaßes mit unabsehbaren Folgen ist. Ist zu fragen, ob nicht die emanzipatorische Pädagogik einen katastrophalen Kahlshalg an Gemüt, Charakter und Ethik bedeutet und ihre Wirkung heute in immer offeneren Formen zeigt, ob nicht das destruktive Gruppenverhalten der frühen 60er Jahre ein Vakuum an innerer Charakterstärke hinterlassen hat, in das immer wieder neue, wirre Ideologien Eingang finden. Solange Frauen im Namen ihrer Freiheit und ihres Berufes, die in ihnen wachsenden Kinder der Zerreißmaschinerie (wörtlich gemeint) der Abtreibung preisgeben, müssen sie sich nach den Beweggründen des Tötens fragen lassen. Die Antworten enthüllen dann das ganze katastrophale Ausmaß des Verlustes an Ehrfurcht vor dem Menschen und seiner Würde. Einerseits verweigern junge Menschen den Dienst mit der Waffe, um nicht töten zu müssen, andererseits ist das Töten unschuldiger Kinder zur Gewohnheit geworden. Die Hinrichtung der Kinder im Mutterleib ist eines der beschämendsten Zeichen unserer Zeit.

Das Töten mit gutem Gewissen ist nicht weniger erschreckend als der Krieg mit seinen Folgeerscheinungen.

3) Schließlich wäre im kirchlichen Raum darüber nachzudenken, welche innere Selbstzerstörung die Kirche durch theologisches Hinterfragen der Glaubens-

und Lebensgrundlagen erleidet.

Die katastrophale Auswanderung aus der Kirche bis auf einen verbliebenen Rest derer, die wirklich noch aus dem Glauben leben wollen, zeigt, daß Katastrophen nicht nur augenscheinlich und plötzlich lebensbedrohend werden, sondern daß sie selbstgemacht mit der Zeit zur Entfaltung und zur erschreckenden Ausichtslosigkeit kommen, zumindest im Bereich des sogenannten christlichen Abendlandes, das „ein atemberaubendes Vakuum“ bereitgestellt hat. Letztlich muß unsere Überlegung unserer Welt gelten. Was haben wir eigentlich aus unserer Erde gemacht? Wälder, Flüsse und Meere sterben. Die Atmosphäre wird zunehmend geschädigt. Die egoistische Selbstbestätigung, mit der die Gesundheit und das Leben von Hunderttausenden rücksichtslos geopfert wird, deuten auf einen Verfall an Moral und Verantwortung, so daß sich der Gedanke aufdrängt, welche Katastrophe eigentlich größer ist, die des zerstörten Lebens oder die vorausgegangene Ursache seelenlosen Handelns.

4) In unserer durchtechnisierten Welt ist ein Problem entstanden, das scheinbar unlösbar ist: das Problem der seelenlosen Organisation, das dem religiösen und der christlichen Weltanschauung entgegensteht, ja verschlossen ist. Der Christ weiß aber, daß in der Rationalisierung des Daseins der Mensch ein Wesen von

Leib, Seele und Geist bleibt und vor Gott füreinander Verantwortung für die Gesamtheit der Schöpfung trägt.

Der Rausch des immer wieder Neuen und Machbaren und der Geschwindigkeit ist vernünftigen Überlegungen durch glaubensbewußte Motivation unzugänglich. Wo aber die Verantwortung vor Gott geschwunden ist, dort kann sich nur noch ein Egoismus gegen den Menschen ausbreiten. Alle sind durch die Seelenlosigkeit gefährdet und alle haben Angst: vor den Rasern, vor den Umweltkatastrophen, vor der Anonymität, vor dem Alleinsein, vor der Interessenlosigkeit am Schicksal des anderen.

Welches sind die Schritte, die uns hier herausführen? Wird diese Frage unbeantwortet bleiben und damit die Katastrophe ihren Lauf nehmen? Denn eines ist sicher, aus innerweltlichen Normen und Vorstellungen kommen wir aus der selbstgeschaffenen Situation der Welt nicht heraus. So sind alle diejenigen gefordert, für die das Wort Frieden ohne ideologischen Inhalt wirklich noch Frieden bedeutet, für die das Leben von Anfang an noch Würde und Freiheit und Sinn aus unumstößlichen Normen und jener letzten Wirklichkeit empfängt, die „von Anfang an war“ (1. Joh).

Wer wird denen, welchen Verantwortung, Befugnisse und Macht übertragen wurde, diese Lebenswirklichkeit abverlangen,

wenn sie selbst nicht von jener Geistigkeit geprägt sind und die Wähler, der so gern zitierte Souverän, sich nicht mehr auf seine politisch-weltanschauliche Urteilskraft verlassen kann?

Der Friede, der immer wieder so eifrig besprochen und ersehnt wird, kann nur ein Frieden sein, dem sich alle unterwerfen und seine übergeordneten Normen anerkennen. Dazu aber müßte ein übergeordnetes Wollen Gottes anerkannt werden. Es wäre nützlich, darüber nachzudenken, was Paulus inmitten der Ängste jener Tage bewogen hat, das Wort zu sprechen: „Der Friede Christi herrsche in euren Herzen“ (Kol 3, 15).

Wenn „nichts mehr geht“, wird auch dieses Wort in Ursache und Wirkung wieder ernst genommen werden.

8. Schlußgedanken

Angst ist ein Phänomen, das Leib, Geist und Seele gleicherweise in seine Wirkung einbezieht.

Ihr gegenüber ist Heilung notwendig, die ebenfalls den ganzen Menschen erreichen muß.

Alle bedürfen einander. Aber in einem letzten Sinn ist unser Heil nur in dem erlösenden Gott begründet:

„maior est Deus corde nostro et cognoscit omnia“ (1. Joh 3, 20) (Gott ist größer als unser Herz).

Das Alte Testament spricht in Sir 1,20 von der „Furcht des Herrn“ als der Wurzel der Weisheit. Tho-

mas von Aquin setzt ihr, als der innersten „Freude in Gott“, die Acedia, die „Unlust an Gott“, die er als schwere Sünde bezeichnet, gegenüber (Thomas v. Aquin, Qu 63,2, Bd. 4, D. Thomasausgabe).

Gottesfurcht wird auch immer an erster Stelle dort genannt, wo von den sieben Gaben des Geistes die Rede ist.

Der Begriff ließe sich auch in andere Begriffe auflösen, z. B. wie sie in den Paulusbriefen, im 1. Petrusbrief, im 1. Johannesbrief und im Judasbrief vorkommen: Friede, Liebe, Würde, Besonnenheit, Urteilskraft, Reinheit des Herzens, Anbetung und Dienst. Sie werfen ihr Licht auf jeden zurück, der sein Leben aus dem Wort Gottes, aus Sakrament, Eucharistie und Verantwortung füreinander gestaltet, weil es einen Freiraum von aller Angst auch in der Angst gibt, nämlich dort, wo der Heilige Geist wirkt, wo Glaube in Existenz als Entscheidung der Liebe übergeht.

Johannes Cofalka

Quellen

Arbeits und Orientierungshilfen

H. Wiesbrock, Hrsg., Die politische und gesellschaftliche Rolle der Angst, Europa-Verlag, Frankfurt/M. 1967

V. Faust, Hrsg., Angst, Furcht, Panik, Stuttgart 1986

Ch. Zwingmann, Hrsg., Katastrophenreaktionen, Frankfurt 1971

E. Gruen, Politik, Angst und Gesellschaft, Frankfurt 1979

H. Schürmann, Jesu ureigener Tod, Freiburg 1975

- K. Rahner, Grundkurs des Glaubens, Freiburg 1979
 J. Ratzinger, Theologische Prinzipienlehre, München 1982
 L. v. Holzschuher, Psychologie, Seebruck 1955
 K. Jaspers, Psychopathologie, Frankfurt 1961
 H. U. v. Balthasar, Der Christ und die Angst, Einsiedeln 1976
 H. Meyer, Geschichte der abendländ. Weltanschauung, Paderborn 1960
 Thomas von Aquin, Summa Theol. I q 78 a, 4, die „Innern Sinne“, Deutsch-Lat. Thomasausgabe, Bd. 35, Heidelberg-Köln 1961
 J. Auer, J. Ratzinger, Kleine Katholische Dogmatik, Bd. IX, Regensburg 1984
 H. U. v. Balthasar, Der Geist der Wahrheit (Theologik Bd. III) Johannes ? 1987
 H. Schürmann, Das Lukasevangelium Bd. I Freiburg 1965
 (Exegetische Ausführungen auch über den Heiligen Geist als Dynamis und Geheimnis der Dreifaltigkeit)
 K. Lewin, Feldtheorie in den Sozialwissenschaften, Stuttgart 1963

Gottes ungeduldige Töchter

Abschied vom Patriarchat

Das Zentralkomitee der Deutschen Katholiken hat Überlegungen vorgelegt, wie es zu einer besseren Kommunikation in der Kirche kommen könne. „Dialog statt Dialogverweigerung – wie in der Kirche miteinander umgehen?“ lautet der Titel des Papiers.

Einer der Schwerpunkte dieser Überlegungen ist der Abschnitt über die Stellung der Frau. Er beginnt mit einer ungeschminkten Situationsanalyse, die nachfol-

gend abgedruckt und zur Diskussion gestellt wird.

„Frauen heute lieben ihre Kirche und leiden an ihr. Das verbindet sie untereinander, das verbindet sie mit ihren Schwestern und Müttern durch die Jahrhunderte, das verbindet sie mit allen, die in dieser Kirche kein Zuhause finden, weil sie hier ihr unverwechselbares Leben nicht einbringen können, keine Stimme haben, offen oder versteckt unterdrückt und abgewertet werden und ausgeschlossen sind von der Macht.

Es war einmal: die junge Kirche war frauenfreundlich

Ein Blick in die Geschichte – ohne Glorifizierung – zeigt, daß seit den ersten Tagen des öffentlichen Auftretens Jesu Frauen mit seinen befreienden Worten und Taten leben, mit seiner Botschaft des nahen Gottesreiches. Frauen nahmen in der Nachfolgegemeinschaft der Glaubenden als die ersten Verkünderinnen der Auferstehung Jesu einen einmaligen Platz ein. Ihnen kam unüberholbare Bedeutung zu als Prophetinnen und Mystikerinnen, als Gemeindeleiterinnen, als Heilende und Heilige, als Menschen mit reichen Begabungen und vielfältigen Berufungen. Frauen gründeten Orden und Lebensgemeinschaften, trugen zur Bildung der Unwissenden bei, zur Linderung von Not, zur Tröstung der Trauernden und zur Weitergabe des Glaubens. Sie entwick-

kelten vielfache Identifikationsmuster und Lebensformen – auch für Frauen ohne Familie –, die ihnen Selbstbestimmung ermöglichten, Anerkennung und Sicherheit gaben und sie mit Kraft und Mut ausrüsteten. Durch die individuelle Ausgestaltung ihrer Frömmigkeit wurden diese zu Meisterinnen der Seelenführung und eröffneten so sich und anderen in der Kirche einen Raum, in dem sie ihre Fähigkeiten zur vollen Entfaltung bringen konnten und ihre Erwartungen an ein gelingendes Leben erfüllt sahen. Die Schönheit der Liturgie, die Verlässlichkeit des Kirchenjahres, die Strukturierung der Lebenszeit durch den Wechsel von Alltag und Festtag gaben Frauen hohe Befriedigung. Die Verpflichtung zum Meßbesuch war ihnen nicht nur Last, sondern schuf ihnen auch Freiraum im ununterbrochenen Beschäftigtsein mit den Nöten und Sorgen für Familie und Haus. Die Übernahme, Gestaltung und Weitergabe von Brauchtum sprach ihre Kreativität und Lebensfreude an. Die ihnen vorgegebenen Ordnungen in der Kirche hielten und stützten sie sicher in Sinn- und Identitätskrisen. Die Hochschätzung ihres Rates und ihrer Hilfe vermittelten ihnen das Gefühl sinnerfüllten Daseins. Und so ist es für manche Frauen auch heute noch.

Die Unterdrückung der Frauen hat eine lange, traurige Geschichte

Doch nicht nur dieses harmonische Bild gilt es vom Leben der Frauen in und mit der Kirche zu zeichnen. Frauen wurden mit kirchlicher Billigung und sogar auf ihre Weisung hin grausam verfolgt, nur weil sie Frauen waren. Sie brannten als Ketzerinnen und Hexen. Frauen wurden durch ein früh ausgeprägtes und theologisch legitimiertes dualistisches Menschenbild an Klischees gebunden, die ihren individuellen Begabungen und Berufungen nicht nur nicht entsprachen, sondern ihnen zuwiderliefen, sie beschnitten und sie sogar zerstörten. Die Lebenszyklen von Frauen, ihre Erfahrungen, Träume, Tränen und Lieder fanden kaum Eingang in Liturgie und Verkündigung. Frauen wurden zur Herrschaftssicherung von Männern mißbraucht und auf ein asymmetrisches Geschlechterverhältnis verpflichtet, das dem einen das Amt und die Würden, der anderen die Arbeit und den Gotteslohn zusprach. Die Lebensangst und Leibfeindlichkeit von Mönchen und Theologen prägte die Verbindung von Frau – Leib – Sünde und brachte ein ideologisch verengtes Marienbild hervor, das Frauen entmündigte und als Indikator der Unterdrückungsgeschichte von Frauen gelten kann. Frauen wurden nicht gehört und nicht verstanden, wenn sie kirchliche Vorschriften und Riten als

lieblos empfanden, wenn sie sich wehrten gegen quälende und herabsetzende Beichtserfahrungen, wenn sie ausgeschlossen wurden und werden von kirchlichen Diensten. Frauen wurden und werden zu „Brüdern“. Durch die Jahrhunderte – und auch heute noch – erlebten Frauen sich in der Kirche als Objekte männlichen Allmachtsstrebens und männlicher Aggression, aber auch männlicher Angst. Trotzdem haben Frauen die befreiende Rede Jesu und seine revolutionären Taten nicht vergessen. Oft erst im „Nach“-Denken entdecken sie ihre Wunden, entdecken sie sich fast immer als Opfer und nur selten als Täterin. Ihr Leiden hat tiefe Wurzeln.

Die Geduld der Frauen geht zu Ende

Frauen warten nicht länger, weder in Gesellschaft noch in Kirche. Sie holen Indiskretion und Verletzung, Mißachtung und Enttäuschung, Zurücksetzung und Unfreiheit, die ihnen als Frauen zugemutet worden sind, aus dunklen und gut gehüteten Verstecken. In Frauenbewegungen, Frauenverbänden, Frauenorden, gemeinsam mit anderen und allein überwinden sie Isolation, Sprach- und Mutlosigkeit und wehren sich. Sie werden sich ihrer Zahl und ihrer Kraft bewußt. Sie erkennen ihre Bedeutung für das Leben in den Gemeinden und Ortskirchen und entdecken voller Staunen und Anerkennung die Leistungen ihrer Schwe-

stern und Mütter. Sie werden sich deren Mutes und Engagements bewußt. Sie lernen die eigene religiöse Biographie kennen und gewinnen Einsicht in die Lebenswege anderer Frauen. Frauengeschichte und Frauengeschichten sind ihnen kein verborgener Schatz mehr, weil sie sie befreien vom Staub und von der Erblindung durch die Jahrhunderte. Kraft wächst ihnen zu zur generationen- und kulturübergreifenden Solidarität. Frauen gewinnen – auch in der Kirche – an Selbst- und Verantwortungsbeußtsein, an Autonomie und Solidarität. Sie weigern sich, um einer ungestörten Tradition willen einer geteilten Wirklichkeit für Männer und Frauen zuzustimmen. Sie wollen ihre reichen Lebensformen und Lebenserfahrungen in das Leben von Kirche und Gesellschaft einbringen. Sie finden und benennen ihre Wünsche und Probleme, ihre Forderungen und Plagen. Frauen beginnen zu erzählen und rufen nach Gerechtigkeit, nach Aussprache über die Schuld des Sexismus, die ihre Brüder und Väter auf sich geladen haben. Frauen geben sich nicht mehr mit beschwichtigenden oder drohenden Theorien und Theologien zufrieden. Sie fordern den gleichen Anteil an Macht und Entscheidung. Sie lassen sich nicht mehr „Brüder“ nennen und nehmen Verwundungen in Kauf, wenn sie im Bewußtsein ihrer Gottesebenbildlichkeit zu fragen und zu kämpfen beginnen. Frauen wollen auch und gerade in der Kirche

eine auf Freiheit und Gerechtigkeit gegründete Pluralität, die sie nicht mehr ausgrenzend als den größten Teil der Glaubenden benachteiligt. Frauen rufen nach Gegenseitigkeit und Symmetrie in Beziehungen von Männern und Frauen in der Kirche, nach Beseitigung diskriminierender Bibelauslegung, nach Abschaffung ungerichteter Rechtssätze und patriarchaler Strukturen.

Die Zeit schöner Worte ist vorbei

Frauen heute wägen ihre Kräfte ab. Sie sind in vielen Bereichen mehr und anders gefordert als ihre Mütter. Sie wollen und müssen ihr Leben gestalten. Oft suchen sie um ihrer Kinder willen den Bezug zum Religiösen aufrechtzuerhalten und zu pflegen. Auch wollen Frauen in dieser Kirche ihr Berufsfeld finden und weiterentwickeln. Doch wenn sie erleben, daß die Kirche ihnen nicht den Lebensraum öffnen kann oder will, den sie brauchen und einfordern, ziehen Frauen entschieden aus der Kirche aus. Sie sind des Hörens auf zu kleine und zu enge Menschenworte müde, denn sie haben Gottes befreiendes Wort in ihrem Leben vernommen und seinen Aufruf zum Aufbruch.

Der strukturellen Sünde der Unterdrückung von Frauen in der Kirche kann nicht mit Einzelmaßnahmen begegnet werden, so richtig, unerlässlich und angezeigt diese auch sind. Ein neues Sehen, Hören und Denken ist notwendig. Sol-

ches Denken kann nur erworben werden durch die Anstrengungen von Frauen und Männern. Nur sie zusammen können aufarbeiten, was beide beteiligten Gruppen an Wut, Angst und Resignation belastet. Nur sie zusammen können zu einem Dialog finden, der beide befreit und heilt und beide zu einem Leben im Sinne des Evangeliums führt. Doch wie soll dieser Dialog gehen, wie sind die Schritte, die dorthin führen? Sicher sind es für viele zunächst getrennte Schritte. Viele Frauen wollen und können zunächst nur alleine, in der Gemeinschaft gleich Betroffener ihre Geschichten erzählen, ihre Verletzungen beklagen und betrauern. Nur hier finden sie jenes Zuhören, das im Verstehen und Nachvollziehen Solidarität wachsen läßt. Erst nach einer solchen Aussprache sehen sie auch jene neu, die mit ihnen in der Kirche leben – andere Frauen und Männer. Solche Anfänge brauchen Unterstützung und Zuspruch. Frauen haben gelernt, daß Taten und nicht Absichtserklärungen notwendig sind: eine neue Auslegung der Bibel, insbesondere der Schöpfungsgeschichte, das Ernstnehmen feministischer Theologie, die Überwindung sexistischer Sprache und patriarchaler Sicht in liturgischen Büchern, Leseordnungen und kirchlichen Verlautbarungen, die Abschaffung der Diskriminierung von Frauen durch Recht und Verwaltung, die Schaffung von frauen- und familienfreundlichen Arbeits-

plätzen, die Gleichbehandlung von Frauen bezüglich ihrer Aufstiegs-möglichkeiten in kirchlichen Insti-tutionen, die Beteiligung von Fra-uen an allen Arbeiten und Diensten in den Gemeinden, verstärkte Soli-darität mit Frauen in belasteten Lebensverhältnissen, die Arbeit an einem neuen Frauenbild, das end-lich zeigt, daß es „die“ Frau nicht gibt, sondern nur Frauen, jede auf ihre unverwechselbare und einma-lige Weise Gottes Bild. Frauen wollen, daß die Anstrengungen der Kirche auch auf fundamentale Aussagen zielen. Sie wollen die Beendigung der Dämonisierung von Sexualität, Eros und Frucht-barkeit, die freie Entscheidungs-möglichkeit über die Gestaltung ihrer Familienform, die Beendi-gung der Glorifizierung sowohl der Jungfräulichkeit als auch der Mut-terschaft, die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern am Amt der Kirche, nicht mehr Subordination, sondern Ordina-tion.

Frauen wissen mit untrüglicher Sicherheit, daß diese Fragen an ihre Kirche nicht länger verdrängt werden und unbeantwortet blei-ben dürfen. Sie spüren das Leben,

das hinter ihren kraftvollen und drängenden Anfragen steht. Sie wissen um die Gefährdung der Universalität der Kirche, wenn der Dialog zwischen Frauen und Män-nern nicht gelingt, wenn das alte Verhältnis zwischen Herrschen-den und Beherrschten nicht aufge-brochen wird. Sie wissen aber auch, daß genau an dieser Bruch-stelle der Samen des Evangeliums Platz finden wird, der aufgehen wird als Geschenk des Frauen und Männer beflügelnden Heiligen Geistes.“

Der gesamte Text: „Dialog statt Dialogverweigerung – wie in der Kirche miteinander umgehen?“ Ist zu erhalten bei: Zentralkomitee der Deutschen Katholiken, Hochkreuz-allee 246, 5300 Bonn 2.

(aus „Mann in der Kirche“,
Febr. 1992)

Über Bildung und Religion

Einem Suchenden

Der Herrgott hat dir reiche Ga-ben des Verstandes, des Gemütes und einen gesunden, unverbilde-ten Leib geschenkt. Diese Gnade ist nur durch ein erfülltes Leben zu rechtfertigen. Gesund an Leib und Seele zu sein und die ganze Viel-falt des menschlichen Geistes in sich aufnehmen zu dürfen und doch — je länger, je mehr — die



Weisheit jenes griechischen Philosophen zu erfahren, der da bekannte: „Ich weiß, daß ich nichts weiß!“, das ist wahrhaftig eine Gnade, der man nur durch die Tat würdig werden kann.

Es gibt so viele Menschen, die tun sich etwas auf ihre sogenannte Bildung zugute. Wie arm sind sie doch dran! Sie haben nie bemerkt, daß der Grund aller echten Bildung die Bescheidenheit ist, das Wissen darum, wie sehr unser Weg von dem bestimmt wird, was in uns angelegt ist. Denn wahre Bildung ist ja nicht nach Examen meßbar, und seien sie alle „summa cum laude“ bestanden. Der Eingebildete weiß nichts von der Kraft des Herzens, die dem Geist verschwistert ist. Geistesbildung, solchermaßen gekräftigt, aber lobe ich mir, und ich wünsche dir einen rechten Hunger danach.

Wenn ich mich nicht in dir täusche, beseelt dich der Drang, den Dingen auf den Grund zu gehen, dich nicht mit oberflächlichen Erklärungen zufrieden zu geben. Recht so! Laß dich nicht verträsten! Forste selbst, suche nach der Wahrheit! Es ist ein eigen Ding um dieses Suchen. Du wirst es noch erfahren, daß der Mensch, der nicht vorzeitig abstumpft und in Selbstgenügsamkeit versinkt, sein Leben lang auf der Suche nach dieser Wahrheit bleiben muß. Immer wieder werden sich ihm neue Rätsel auftun, immer wunderbarer wird ihm die Welt erscheinen, immer geringer das, was er

wirklich von ihr weiß. Immer bescheidener wird er werden vor Gott. Denn am Ende wird der Raum für ihn weiter und leuchtender werden, der Raum, der mit dem Willen nicht zu zwingen, mit dem Verstande nicht zu fassen ist — Er ist die Welt des Glaubens: die Religion.

Hans Bahrs

 KINDER-
FREUNDLICHE
GESELLSCHAFT



EUROPA

Europa hat Geschichte

Europa – gemessen am geographischen Umfang ist es mit 10,01 Millionen Quadratkilometern der zweitkleinste Erdteil. Gemessen an der Zahl seiner Bewohner ist Europa – nach Asien – der zweitgrößte aller Erdteile. 645 Millionen Menschen bewohnen diese reich gegliederte westliche „Halbinsel“ der riesigen Festlandmasse Asiens. Und weil Europa eigentlich nur ein Anhängsel Asiens ist, spricht man gelegentlich von „Euroasien“. Gemeint ist damit das gesamte Festland von der fernöstlichen Pazifik-Küste bis zum Atlantik in Portugal.

Aus geographischer Sicht mag das auch stimmen. Aber die Menschen, die in diesem westlichen Teil des Riesenerdteils Eurasien leben, haben ihre eigene, ja ihre ur-eigene Geschichte.

Europa – sagenhaft

Was den Namen „Europa“ betrifft, so spielt dabei die griechische Insel Kreta eine wesentliche Rolle: In der griechische Sagenwelt war Zeus der Vater aller Götter und Menschen. In der Gestalt eines Stieres raubte er Europe, die Tochter des Königs Agenor, und trug sie auf seinem Rücken nach

Kreta. Dort stand er plötzlich als schöner Jüngling vor ihr. Einer ihrer Söhne heiß Minos. Er war König von Kreta, und seiner Mutter Europe wurden auf der Mittelmeerinsel göttliche Ehren zuteil. Nach ihr wurde schließlich der Erdteil Europa genannt.

Europäische Geschichte in acht Minuten

In der Tat wurzelt die europäische Kultur weitgehend im griechischen und später römischen Lebensbereich. Die Ursprünge gehen also bis in das 2. Jahrtausend vor Christi Geburt zurück.

Bis in das 5. Jahrhundert nach Christi Geburt war das Römische Reich Träger dieser griechisch-römischen Kultur, und in der Zeit der Völkerwanderung übernahmen germanische Stämme im Westen Europas die Vorherrschaft, während im Osten das Byzantinische Reich entstand.

Mit der Gründung des Fränkischen Reiches verlagerte sich der politische Schwerpunkt aus dem Mittelmeerraum in den Norden. Hier verschmolzen die Reste der antiken Kultur mit den germanisch-christlichen Vorstellungen zur abendländischen Kultur. Im Fränkischen Reich kam es zu einem Ausgleich der romanischen und germanischen Bevölkerungsteile, und seine politischen Einrichtungen wurden zur gemeinsa-

men Grundlage fast aller abendländischen Staaten.

Diese kulturelle Einheit Europas kam im 14./15. Jahrhundert mit der Ausbreitung des türkischen Osmanen-Reiches ins Wanken. Der Abwehrkampf gegen die Türken wurde zur Angelegenheit der gesamten Christenheit, der sich auch das Russische Reich in Moskau anschloß, so daß auch Rußland seit Peter dem Großen Anschluß an das europäische Staatensystem gewann.

Die europäischen „Großmächte“

Die spanischen Eroberungskriege in der Neuen Welt im 16. Jahrhundert und die Einbuße der habsburgischen Vormachtstellung im 18. Jahrhundert ließen Frankreich schließlich zur Großmacht werden. Ludwig XIV., der Sonnenkönig, ist wohl der bekannteste Regent dieser Zeit. Sein Prachtschloß in Versailles zeugt noch heute von der damaligen Macht des französischen Königreichs.

Die Beschränkung der Habsburger auf ihre Hausmacht in Wien ließ Österreich neben Frankreich zu einer weiteren Großmacht in Europa werden. Und das Interessengeflecht in Europa wurde noch dichter, als im 18. Jahrhundert Preußen den Kreis der, wie wir heute sagen würden, „Supermächte“ erweiterte. Vor allem Friedrich der Große hat Preußen mächtig werden lassen.

Inzwischen hatte Großbritannien die spanische Kolonialmacht

abgelöst, und in London war man darauf bedacht, auf dem Kontinent das politische Gleichgewicht zu halten. Das heißt, die britische Krone förderte Preußen, um das Übergewicht Frankreichs zu bremsen.

Gegen Ende des 18. Jahrhunderts schuf die Französische Revolution die ersten Voraussetzungen für die demokratischen Strukturen unserer modernen Staaten der Gegenwart. So hat die Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika wesentliche Ideen der Französischen Revolution („Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“) übernommen.

Aber der Kampf um die Vormachtstellung in Europa ging weiter. Mit der Absicht, das kontinentale Europa nach dem Vorbild Karls des Großen unter französischer Vorherrschaft zu einigen, eroberte Napoleon I. fast ganz Zentraleuropa und machte es bis auf die Randgebiete, zu denen vor allem Großbritannien als Hauptwidersacher Napoleons gehörte, von sich abhängig.

Nach der Niederlage Napoleons gewann das russische Zarenreich vor allem im südöstlichen Europa starken Einfluß, der im sogenannten Krimkrieg (1853 – 1856) durch Frankreich und Großbritannien zurückgedrängt wurde.

Der Beginn der Nationalstaaten

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts gewann die Idee des Natio-

nalstaates immer breiteren Raum: Im Südosten wurde sie vom Vordringen des russischen Panlawismus gefördert, und in Mitteleuropa bekam sie 1871 ihr Gewicht durch die Gründung des Deutschen Reiches durch Otto von Bismarck.

Zwar konnte der Friede nach dem deutsch-französischen Krieg 1870 – 1871 über gut 40 Jahre erhalten bleiben, aber es war nicht zuletzt chauvinistischer Nationalismus, der 1914 zum Ersten Weltkrieg führte. Dieser erste Weltkrieg hatte für Europa weitreichende historische Konsequenzen. Er beendete nach über 3000 Jahren die Vormachtstellung Europas in der Welt!

Das Ende europäischer Vormachtstellung

Welcher bedeutende Einschnitt in der Geschichte Europas sich zu Beginn unseres Jahrhunderts ereignete, das kann man erst richtig und voll erfassen, wenn man daran denkt, daß dieser Erdteil über drei Jahrtausende die Weltgeschichte entscheidend bestimmt hat. Und nun gibt es plötzlich andere Regionen dieser Erde, die in der Lage sind, die Geschicke unserer Welt maßgebend zu gestalten.

Als am 6. April 1917 die Vereinigten Staaten von Amerika dem Deutschen Reich den Krieg erklärten, trat damit erstmals eine außereuropäische Macht in Europa auf. Den USA schlossen sich die meisten mittel- und südameri-

kanischen Staaten an, und im August 1917 folgte schließlich auch noch China. Der Krieg hatte weltweiten Umfang angenommen. Im gleichen Jahr traten nach der Niederlage des russischen Zarenreiches die Bolschewiki hervor, und damit erschienen die beiden Mächte, nämlich die USA und die Sowjetunion, fast gleichzeitig auf dem europäischen Feld. Ihnen sollte aus der Schwächung Europas dreißig Jahre später eine entscheidende Rolle auf diesem Kontinent zufallen.

Der Zweite Weltkrieg, der durch Hitlers ungehemmte Gewaltpolitik ausgelöst wurde, verschärfte diese Situation noch: Die Sowjetunion, nach dem Ersten Weltkrieg noch zurückgedrängt, stieß nun bis Mitteleuropa vor und steigerte zugleich ihren Einfluß in Asien. Die Vereinigten Staaten von Amerika wurden nach dem offen ausgebrochenen Gegensatz zwischen Ost und West zur Schutzmacht Westeuropas. Beide Mächte, die USA und die Sowjetunion, traten als die beherrschenden Weltmächte hervor, und die europäischen Staaten, durch die Opfer und Verluste des Krieges schwer getroffen, waren zu selbständiger Politik kaum imstande. Hatte schon der Krieg von 1914/18 einen Machtverlust für Europa gebracht, so wurden die Staaten Europas nun nach dem Zweiten Weltkrieg zum politischen Feld der Weltmächte, deren Einflußbereiche diesen Kontinent in seiner Mitte durchschneiden. In seiner

Mitte: Das heißt mitten durch Deutschland!

Aus der Sicht der kommunistischen Führung der Sowjetunion nutzte Moskau die Chance, die mittel- und südosteuropäischen Gebiete, die der Sowjetunion durch die Ereignisse des Krieges zugefallen waren, seinem Einfluß zu erhalten. Mehr und mehr löste sich die Sowjetunion von ihren Kriegsverbündeten und schloß damit auch ihre Besatzungszone von dem übrigen Deutschland ab. Es kam zur staatlichen Teilung Deutschlands, und die Unmöglichkeit der Verständigung zwischen Kommunismus und freiheitlicher Demokratie führte zum Ost-West-Konflikt. Mit dem Beginn des Abbaus des „Eisernen Vorhangs“, des Symbols der Teilung Europas, im Jahr 1989, zeichnet sich nun auch das Ende des Ost-West-Konflikts ab.

Deutschland, das geographische Zentrum Europas

3000 Jahre europäischer Geschichte, das sind 3000 Jahre kultureller Blüte und Perioden voller Lebensqualität. Das sind aber auch Jahrhunderte voller Unruhe, gekennzeichnet durch immer wiederkehrende Kämpfe um Vormachtstellungen. Seien es die Unterwerfungskriege der Römer gegen die Gallier und Germanen, oder seien es die Glaubenskriege des 17. Jahrhunderts oder die Befreiungskriege des beginnenden

19. Jahrhunderts gegen Napoleon, ganz zu schweigen von den beiden verheerenden Weltkriegen unseres Jahrhunderts.

Deutschland, das Zentrum Europas, war fast immer betroffen, wenn es um gewaltsame Auseinandersetzungen ging. Doch ist das so verwunderlich, wenn man bedenkt, daß dieses Deutschland im Zentrum Europas liegt? In der Tat ist es der geographische Mittelpunkt eines Erdteils, der von so vielen Völkerstämmen bewohnt wird. Eines Erdteils, in dem allein an die 70 Sprachen gesprochen werden! Schon immer gingen durch dieses Land alle wichtigen Handelswege. Aber – und auch das muß erwähnt werden – alle wichtigen Heerstraßen führten ebenfalls durch dieses zentraleuropäische Gebiet.

Wo liegen die Gründe dafür, daß aus diesem Europa eine Oase des Friedens geworden ist? Liegt es daran, daß sich die Zentren der Weltpolitik verschoben haben? Daß Europa heute nicht mehr die Rolle spielt, wie in den Jahrhunderten zuvor? Oder liegt es vielleicht daran, daß die Politiker aus dem grauenhaften Zweiten Weltkrieg endlich gelernt haben, die richtigen Konsequenzen zu ziehen?

Es gibt viele Gründe dafür, daß in diesem Europa – obwohl es noch manche Probleme gibt – heute Frieden herrscht. Nicht zuletzt ist dies der Tatsache zu verdanken, daß es internationale In-

stitutionen gibt, in die die europäischen Staaten eingebunden sind. Da ist z. B. das westliche Verteidigungsbündnis, die NATO, und da ist z. B. auch die Europäische Gemeinschaft – kurz: die EG.

(aus: „Europa wird eins“ des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung)

Europa –

Zu seinen geistigen und ethischen Grundlagen

Wenn wir uns mit den geistigen und ethischen Grundlagen Europas befassen, so wird unsere Aufmerksamkeit zunächst auf die Vergangenheit gelenkt. Woher stammen diese Grundlagen Europas? Welches sind besonders wichtige Elemente europäischer Kultur und politischer Zivilisation? Wenn dann am Schluß auch über die Rolle der Christen beim Aufbau Europas zu sprechen sein wird, lenken wir den Blick auf die Gegenwart und in die Zukunft, verbunden mit einem Appell. Denn nach wie vor ist die Substanz der europäischen Kultur und der europäischen politischen Zivilisation christlich; und deshalb sind die Christen berufen, dies im politischen Alltag zur Geltung zu bringen, es der Öffentlichkeit neu verständlich zu machen und es zur Bewältigung der noch bevorstehenden Aufgaben zu aktivieren.

Zwischen europäischer Kultur und europäischer politischer Zivilisation – wie eben geschehen – zu unterscheiden, das weicht von der verbreiteten Gewohnheit ab, auch in bezug auf Staat und Politik von Kultur, also von „politischer Kultur“, zu sprechen. Es ist jedoch geboten, für den Begriff „Zivilisation“ zu werben. Er ist erstens dem Bereich von Staat und Politik gemäßer, was schon die Herkunft des Wortes von „civis“ und „civitas“ zeigt. Zweitens hat „Zivilisation“ bei uns Deutschen über Generationen als etwas Minderwertiges gegolten: Die Westeuropäer hatten in unseren Augen „nur“ Zivilisation, wir Deutsche dagegen hatten etwas viel Höherwertiges, nämlich Kultur. Das war eine Verirrung, die – um es ironisch auszudrücken – nicht gerade für unsere „politische Kultur“ sprach. So verdient der Begriff „politische Zivilisation“ eine ausdrückliche Rehabilitierung. Es lohnt sich, seinen guten Sinn zu bedenken.

Politische Einigung und christliches Erbe Europas

Warum eigentlich betreiben die Europäer die politische Einigung Europas? Sachlich zutreffend und durchaus einleuchtend ist die Begründung, die gegenwärtig im Vordergrund steht: Vieles, was in den letzten Jahrzehnten technisch möglich und wirtschaftlich nötig geworden ist, läßt sich nicht mehr mit den Kräften des einzelnen Na-

tionalstaates und innerhalb seiner Grenzen verwirklichen. Die Erfordernisse der Luftfahrt und Raumfahrt z. B., die Versorgung der Bevölkerung auf dem nun einmal erreichten Anspruchsniveau, eine erfolgsversprechende Unterstützung der Dritten Welt, die Pflege der Umwelt, das alles ist nur noch im Zusammenwirken der Staaten, also im übernationalen Rahmen, zu bewältigen.

Blicken wir aber auch zurück, um zu sehen, warum nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges die politische Einigung als notwendig erkannt und in begeisterter Aufbruchsstimmung in Angriff genommen wurde. Auch damals spielten die Erfordernisse der industriellen Produktion und der Wirtschaft eine große Rolle. Die ersten Schritte des Einigungswerkes wurden getan, weil wir zur Überwindung der Not, zur Beseitigung der Kriegsschäden, zum Wiederaufbau der Staaten und Völker gemeinsam ans Werk gehen mußten. Aber der für die Menschen überzeugendste Grund war die Sorge vor einer erneuten Bedrohung der geistigen und politischen Freiheit. Es war ihr Wille, dieses gemeinsame, nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Despotie wiedererlangte Gut gemeinsam zu sichern und zu verteidigen.

Das gemeinsame und Gemeinsamkeit stiftende kostbare Erbe der europäischen Völker, die geistige Kultur und die politische Zivilisation Europas, ist aber christ-

lichen Ursprungs und bis zum heutigen Tag von christlicher Substanz. Wir vergessen nicht das Erbe der Antike. Doch hat das Christentum dem so entscheidend Neues hinzugefügt, daß der Antike – historisch gesehen – eine hinführende, gewissermaßen adventliche Bedeutung zugeschrieben werden muß. Außerdem war ihre vielfältige spätere Wirkung stets christlich vermittelt.

Ganz in diesem Sinne schrieb der Erzbischof von Luxemburg und Präsident der Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft, Jean Hengen: „Die Kirche hat morgen wie gestern und heute die Aufgabe, an die menschlichen und christlichen Werte, die Früchte griechischen Denkens, römischen Rechts und jüdischer Frömmigkeit zu erinnern. Diese drei Strömungen hat die Kirche im Lichte des Evangeliums zu einem einzigen vereinigen können.“⁽¹⁾

Die neuzeitliche Idee der Freiheit ist christlichen Ursprungs

Christlichen Ursprungs ist vor allem die Freiheit, wie wir sie heute verstehen. Freiheit bedeutete in der Antike die Freiheit des Bürgers unter bzw. gegenüber seinesgleichen. Der griechische Stadtstaat war das Gemeinwesen der Freien und Gleichen. So war der Bürger frei gegenüber den einzelnen anderen. Nicht frei war er dagegen gegenüber dem Herkommen, der

Sitte, der Gewohnheit der Gesellschaft. Das griechische Wort für Sitte, Gewohnheit ist „Ethos“ (wovon unser Wort „Ethik“ sich ableitet). Das Tun und Lassen des einzelnen war ethisch richtig, wenn es dem Ethos der Gesellschaft entsprach. Umgekehrt galt: Was dem Ethos der Gesellschaft nicht entsprach, war ethisch nicht richtig. Gewiß, auch die Antike kannte schon die Person-Qualität des Menschen und das Gewissen als moralische Instanz, man denke nur an Sokrates. Aber dominierender Maßstab des rechten Verhaltens des einzelnen waren Herkommen und Sitte der Gesellschaft. Hans-Georg Gadamer hat das einmal treffend formuliert: „Ethos“ habe bedeutet, „fraglos in der Eindeutigkeit von Kult und Sitte aufgehoben sein“.²⁾

Eine neue Art von Freiheit ist durch das Christentum in die Welt gekommen; es ist Freiheit, wie wir sie verstehen. Nach christlichem Glauben nämlich muß sich jeder einzelne Mensch für sein Tun und Lassen im Jüngsten Gericht verantworten als Person vor dem persönlichen Gott. Damit ist dieser einzelne prinzipiell vom „Ethos“ der Gesellschaft freigestellt, denn letztlich maßgebliche Instanz ist jetzt der persönliche Gott. Die im Hinblick auf ihn gebotene Entscheidung kann fordern, dem Herkommen, der Sitte der Gesellschaft gerade nicht zu folgen, sich gegen deren „Ethos“ zu entscheiden. Das ist der Ursprung der in-

nerweltlichen Autonomie der individuellen Person. Es ist wichtig, sich bewußt zu machen, daß es die neue theonome Orientierung der Ethik war, also ihre Orientierung an Gott, die die innerweltliche Autonomie hervorgebracht hat – und sie legitimiert! Weil der Mensch sich unmittelbar an Willen und Gebot Gottes orientiert, ist er prinzipiell frei gegenüber der Gesellschaft: „Ihr aber, meine Brüder, seid zur Freiheit berufen“ (Gal. 5.13). Hegel bezeichnet das Christentum als „Religion der Freiheit“.³⁾ Die „Griechen und Römer, Platon und Aristoteles, auch die Stoiker haben sie (die Idee der Freiheit) nicht gehabt... Diese Idee ist durch das Christentum in die Welt gekommen.“⁴⁾ Die Weltgeschichte sei seitdem „Fortschritt im Bewußtsein der Freiheit“.⁵⁾

Aus der Herkunft dieser neuen Freiheit folgt, daß der Mensch seinem Wesen nach frei ist, weil er Person ist. Insofern ist er letztlich frei, auch wenn er in unfreien Verhältnissen leben muß. Zwar ist es geboten, die Freiheit auch in Gesellschaft und Staat durchzusetzen, also ein freies Leben zu ermöglichen. Nicht aber muß der Mensch erst „befreit“ werden durch eine revolutionäre Veränderung der „gesellschaftlichen Verhältnisse“.

Freiheit als innerweltliche Autonomie der individuellen Person bedeutet auch Fähigkeit und Berufung zur Selbstbestimmung. Sie ist zunächst Moralität im Sinne

des Rechts, als ethisch gültig nur anzuerkennen, was man durch eigene Anstrengung des Geistes und Gewissens als „gut“ einsieht. Sie ist sodann auch die Kompetenz, sich auf eigene Faust über den Sinn des Lebens und der Welt zu orientieren und darüber zu eigenen Überzeugungen zu gelangen. Das führte unvermeidlicherweise dazu, daß sich die Vielfalt unterschiedlicher Auffassungen des Glaubensinhaltes ausbildete, mithin der gemeinsame Glaube sich in verschiedene Konfessionen zerteilte.

Ein anderer charakteristischer Tatbestand der Geschichte des christlichen Europas war die Säkularisierung; auch sie war unvermeidlich. Man könnte die Ursache als Paradoxon formulieren: „Die Säkularisierung des Christentums war Folge seiner Säkularisierung.“ Damit soll gesagt sein: In dem Maße, in dem der christliche Glaube in die Gestaltung der Dinge der Welt einging, geriet das christliche Denken seinerseits unter den Einfluß des Weltlichen. Wir kennen eine derartige Wechselwirkung schon aus der urchristlichen Zeit. Die christliche Verkündigung nahm im Zuge der Missionierung der griechischen Welt Elemente griechischen Denkens in sich auf. Dabei war die Assimilierung so vollkommen, daß wir Heutigen uns gar nicht mehr bewußt sind, wieviel Griechisches sich im Wortlaut des Neuen Testaments findet. Im Bereich von Staat und Politik war

mit der Freiheit der individuellen Selbstbestimmung die Rätselfrage der europäischen Staatstheorie und Staatspraxis gestellt: Wie kann die wesentliche Aufgabe des Staates, die Stiftung und Gewährleistung des innergesellschaftlichen Friedens, gelöst werden, wenn einerseits der Bürger als Person die Fähigkeit und den Anspruch hat, sich über den Sinn des Lebens und der Welt seine eigene Überzeugung zu schaffen, andererseits aber der innergesellschaftliche Friede eine für alle Bürger verbindliche gemeinsame Sinnorientierung zur Voraussetzung hat? Des Rätsels Lösung ist, daß der neuzeitliche Verfassungsstaat nur den einen Wert für absolut verbindlich erklärt, der seinerseits den Anspruch auf Freiheit der individuellen Selbstbestimmung überhaupt erst begründet: das Personsein, in unserem Grundgesetz als Achtung der Menschenwürde und als Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit niedergelegt. Dieser unbedingten Verpflichtung auf das Prinzip „Person“ als Dreh- und Angelpunkt der staatlichen Ordnung und des öffentlichen Lebens kann sich kein Bürger unter Berufung auf seine Freiheit zur Selbstbestimmung verweigern, weil diese ja in seiner eigenen personalen Natur wurzelt.

Der sittliche Sinn der weltanschaulichen Neutralität des Staates

Wenn ein Staat seiner Ordnung das Prinzip „Person“ zugrunde gelegt hat, ist er nicht wertneutral. Vielmehr verpflichtet er sich selbst und seine Bürger auf alle Werte und Wertungen, die sich mit Notwendigkeit und unmittelbar aus der personalen Natur des Menschen begründen. Aber eben deshalb muß er weltanschaulich neutral sein, weil es zu der der Person geschuldeten Achtung gehört, ihr auch die Freiheit zur selbstbestimmenden Sinnorientierung zuzuerkennen. So ist die weltanschauliche Neutralität des neuzeitlichen Verfassungsstaates sowohl Folge als auch Voraussetzung seiner spezifischen Wertorientierung.

Historisch war die weltanschauliche Neutralität des Staates Voraussetzung für die Überwindung der konfessionellen Bürgerkriege. Sie ermöglichte trotz der Feindschaft zwischen den Konfessionen den innergesellschaftlichen Frieden, indem sie die Gültigkeit der staatlichen Ordnung und die Loyalität der Bürger unabhängig von Fragen machte, über die es gegensätzliche Wahrheitsüberzeugungen gab. Allerdings war auch damit ein wichtiger Schritt auf dem Wege der Säkularisierung getan. Doch aus heutiger Sicht stellen wir fest, daß gerade der weltanschaulich neutrale (aber nicht wertneutrale!) Staat dem christli-

chen Glauben in besonderer Weise entspricht, weil er die Freiheit des Bürgers „unmittelbar zu Gott“ gewährleistet. Dagegen ist der integral-christliche Staat dem christlichen Glauben nicht gemäß. Denn erstens kann er die freie Entscheidung gegen den Glauben (welche Voraussetzung der freien Entscheidung dafür ist) aus Gründen der Staatsraison nicht dulden, und zweitens lehrt die Erfahrung, daß das Christentum, wenn man es zur Zivilreligion macht, zur Ideologie verkommt. Übrigens: Wenn heute weitgehend Frieden zwischen den Konfessionen herrscht, so hat das sicher seinen Grund auch darin, daß wir gelernt haben, den anderen in seiner Überzeugung ernst zu nehmen.

Die Bedeutung der Aufklärung

Es ist eine historische Auszeichnung unserer Zeit, daß begriffen ist, daß der weltanschaulich neutrale Staat und der christliche Glaube einander nicht ausschließen, sondern fördern. Wie ist es dann aber zu erklären, daß sie einander lange Zeit als Gegner verstanden? Weit verbreitet ist die Vorstellung, der neuzeitliche Staat sei ein Werk der Aufklärung und dies sei der Grund der Gegnerschaft gewesen. Dies ist jedoch zu bezweifeln, weil erstens der neuzeitliche Staat nicht erst in der Zeit der Aufklärung entwickelt wurde und weil zweitens Aufklärung – recht verstanden – nichts Un-

christliches ist. Das Prinzip des freiheitlichen Staates ist von christlicher Herkunft und Substanz, sein Konzept wurde längst vor der Aufklärung gefunden, und seine klassische Theorie betrachtete es noch als selbstverständlich, daß der Souverän den Geboten Gottes unterworfen sei. Bei Bodin war der Souverän zwar nicht an die eigenen Gesetze, wohl aber an das von Gott stammende Recht gebunden, und Hobbes verpflichtete noch jeden Bürger auf das Bekenntnis „Jesus is the Christ“. Aufklärung aber ist die klare Einsicht über die Wirklichkeit der von Gott geschaffenen Welt, und sie ist Mündigkeit in dem Sinn, daß der Mensch von seiner Fähigkeit zur Selbstbestimmung Gebrauch macht und seiner Pflicht zur Selbstverantwortung genügt.

So kann man in der Aufklärung den Grund der Religions- und Kirchenfeindlichkeit nicht sehen, wohl aber im Rationalismus, also jener reduzierten und entstellten Auffassung von Vernunft, die meinte, Glauben und Transzendenzerfahrung als vernunftwidrig verwerfen zu müssen. Dieser Rationalismus ging zwar mit der Aufklärung einher, ist aber keineswegs notwendig mit ihr verbunden. Heute ist dieser beschränkte Rationalismus zumindest aus der ernst zu nehmenden Diskussion verschwunden.

Der Durchgang durch die Aufklärung hat den christlichen Glauben nicht widerlegt, sondern reifer

werden lassen. Außerdem hat sich die christliche Freiheit gewissermaßen im Modus der Aufklärung als Prinzip der Gestaltung der Welt durchgesetzt, wenn auch auf verworrenen Wegen. Wer das Verdienst der Aufklärung nicht wahrhaben wollte, müßte dem erreichten Stand geistiger Kultur und politischer Zivilisation eine Absage erteilen. Das Gegenteil ist aber geboten: Wir müssen die christliche Substanz dieser Kultur und Zivilisation neu beleben, um uns deren Errungenschaft zu erhalten, ohne ihren Gefahren zu erliegen. – Elemente dieser aus christlicher Substanz entfalteten europäischen Kultur und Zivilisation sind vor allem Gerechtigkeit, Solidarität und Subsidiarität.

Gerechtigkeit

Zur Gerechtigkeit bekennen sich unsere beiden großen Volksparteien in ihren Grundsatzprogrammen gleichermaßen. Doch was dann über die Gerechtigkeit zu lesen ist, läuft auf ein Lob der Gleichheit hinaus. Jedenfalls fehlt eine einigermaßen zureichende Aussage, was unter „Gerechtigkeit“ zu verstehen ist. Das mag daran liegen, daß es nicht leicht ist zu bestimmen, was Gerechtigkeit ist; vielleicht aber mangelt es unserer Zeit auch an Verständnis für Gerechtigkeit.

Gleich sind alle Menschen vor Gott; gleich sind sie in ihrem Person-Sein und – davon abgelei-

tet – auch vor dem Gesetz. Im übrigen jedoch will keiner mit den anderen gleich sein, sondern jeder legt Wert darauf, anders zu sein als die anderen. „Gleich“ wollen die Menschen immer nur „in bezug auf etwas“ sein, und zwar auf etwas Gutes: gleich wohlhabend, gleich gesund, gleich geschätzt von anderen etc. Wo das aber der Fall ist, wollen sie keinesfalls gleich bleiben, sondern sie streben danach, die anderen zu übertreffen. Also begründet das Person-Sein einerseits den Anspruch auf Gleichbehandlung, verbittet sich andererseits aber (und verbietet) Gleichmacherei. Alle Personen erheben und haben gleichen Anspruch, daß man jeder in ihrer Besonderheit gerecht wird.

Das zu leisten ist Sache der Gerechtigkeit. Zugang zu ihrem Verständnis eröffnet das Symbol der Justitia, die Waage: Auch bei ihr ist Gleichheit im Spiel, nämlich der Gleichstand der beiden Waagschalen. Jedoch geht es hier nicht um ein Vergleichen zweier Personen in bezug auf eine Größe (gleich wohlhabend, gleich angesehen), sondern um den Ausgleich zwischen zwei Größen in bezug auf eine Person. Die Waagschalen sollen im Gleichstand sein z.B. zwischen Leistung und Lohn (gerechter Lohn) oder Schuld und Strafe (gerechte Strafe) oder Verdienste und Fehler (gerechte Beurteilung) oder Lasten und Unterstützung (gerechte Behandlung). Der Sinn von Gerechtigkeit besteht

also darin, jedermann und jedem Fall in seiner Besonderheit gerecht zu werden. Mithin setzt Gerechtigkeit Verschiedenheit voraus. Knüpfen wir daran die Frage an, warum unsere Zeit sich mit der Gerechtigkeit schwer tut und deshalb dazu neigt, sie auf Gleichheit zu verkürzen, so könnte vielleicht folgendes der Grund sein: Bei der Gleichheit ist das, in bezug worauf sie gegeben ist, identisch mit dem Maßstab, nach dem sie beurteilt wird. Vergleicht man also z. B. zwei Türme in bezug auf ihre Höhe, so ist „Höhe“ auch der Maßstab, nach dem wir gegebenenfalls feststellen, daß sie gleich hoch sind.

Das kann jedermann für sich allein feststellen. Bei der Gerechtigkeit dagegen bedarf es eines allgemein anerkannten und allgemeinverbindlichen Maßstabes, nach dem zwei unterschiedliche Größen wie z. B. Leistung und Lohn in ein richtiges Verhältnis zueinander gesetzt werden, damit die beiden Waagschalen in den Gleichstand kommen. Gerechtigkeit hat also etwas mit Richtigkeit zu tun, Gleichheit dagegen nicht. Aber wir tun uns heutzutage schwer, darüber, was das Richtige sei, Konsens zu finden. Es kommt hinzu, daß es für die Entscheidung, was gerecht ist, einer bevollmächtigten Instanz bedarf. Denn jedermann kann zwar selbst entscheiden, ob er mit anderen in bezug auf etwas gleich ist, doch kann niemand in bezug auf sich selbst Gerechtigkeit üben. Geschwächt ist

aber auch unser Vertrauen zu Instanzen, die über das, was richtig ist, zu entscheiden haben.

Solidarität

Bei der Solidarität ist in unserem Zusammenhang vor allem daran zu erinnern, daß wir verpflichtet sind, von unserer Freiheit nur solidarisch Gebrauch zu machen. Anlaß zu Solidarität ist immer eine gewisse Gemeinsamkeit, man denke etwa an nationale Solidarität, Klassen-Solidarität, die Solidarität der Angehörigen einer Familie. Solidarisch denken und handeln heißt dann, so handeln, wie es solche Gemeinsamkeit fordert und fördert. Im Falle der Freiheit bestimmt sich die Gemeinsamkeit wie folgt: Erstens sind alle frei, insofern das Frei-Sein ein Moment des Person-Seins ist. Zweitens wurzelt darin der Anspruch eines jeden, seine Freiheit auch zu betätigen und darin von anderen nicht beeinträchtigt zu werden. Der Anspruch der Freiheit ist seiner Qualität nach äußerst individuell, seiner Quantität nach jedoch äußerst allgemein: Jedermann beansprucht individuelle Freiheit und hat ein Recht darauf. Drittens ist die Freiheit des anderen nicht bloß die Grenze, die der Betätigung der eigenen Freiheit gesetzt ist, sondern sie ist darüber hinaus Voraussetzung der Aktualisierung der eigenen Freiheit. Es sind diese Gemeinsamkeiten, die den solidarischen Gebrauch der Freiheit for-

dern. Was besagt das praktisch? Erstens gilt das, was in Artikel 14 des Grundgesetzes über das Eigentum (ein klassisches Freiheitsrecht) ausdrücklich gesagt ist: „Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen“, für alle Freiheitsrechte. Jeder Freiheitsgebrauch ist sozialpflichtig. Was ergibt sich daraus z.B. für den Gebrauch der Freiheit der Meinungsäußerung? Darf man anderen ihre Sinnorientierung zerstören, die für sie Voraussetzung ihrer Persönlichkeitsbildung ist? Im Bereich der Intellektualität scheint man nichts dabei zu finden, wenn einzelne ihre Überlegenheit hemmungslos gegen ihre Mitmenschen ausspielen. Zweitens ist zu beachten, daß sich das Maß an Freiheit, das in einem Staat verwirklicht ist, nicht nach dem Maximum bestimmt, das einzelne erreichen, sondern nach dem allgemeinen Niveau, das für alle erreicht ist: Es kann daher ein Gebot der Solidarität sein, die Freiheit einzelner etwas zu beschneiden, wenn dadurch das allgemeine Niveau der Freiheit gehoben werden kann.

Subsidiarität

Nach dem Grundsatz der Subsidiarität sollen gesellschaftliche und politische Aufgaben nur dann einer größeren Gemeinschaft zugewiesen werden, wenn sie die Kräfte und Möglichkeiten einer kleineren Gemeinschaft überfordern. Demnach sollte z. B. ein Bun-

desland nur das übernehmen, was in kommunaler Selbstverwaltung nicht geleistet werden kann, und die Zentralgewalt eines Bundesstaates sollte nur für diejenigen Angelegenheiten zuständig sein, die mit den den Ländern verfügbaren Mitteln nicht erledigt werden können. Dieses Beispiel führt uns auf das Feld, auf dem die Subsidiarität sowohl allgemein politisch als auch im Hinblick auf Europa besondere Bedeutung hat: das Feld des Föderalismus. Föderalismus heißt „Bundesgenossenschaft“ und bezieht sich insbesondere auf die Bundesgenossenschaft von Staaten. Sie bilden einen Bund, wenn sie sich aus freier autonomer Entscheidung einer gemeinsamen Ordnung unterstellen und eine Handlungseinheit bilden. Wenn die Autonomie bei den einzelnen beteiligten Staaten bleibt, spricht man von einem Staatenbund, wenn sie zwischen diesen Staaten und dem Gesamtstaat aufgeteilt ist, von einem Bundesstaat. An der Europäischen Gemeinschaft können wir beobachten, wie die Tendenz der Entwicklung von staatenbündischen Anfängen auf ein bundesstaatliches Ziel zuläuft.

Am Föderalismus zeigt sich, wie der Grundsatz der Solidarität seine notwendige Ergänzung im Grundsatz der Genossenschaft findet. Von ihm ist heute weniger die Rede als von der Subsidiarität; aber auch er hat eine politisch bedeutende, weit in die Geschichte

zurückreichende Tradition. Bei dem Wort „Genossenschaft“ denken wir heute wohl nur an „Berufsgenossenschaften“ oder „Einkaufsgenossenschaften“ u.ä. Eigentlich aber handelt es sich um eine Grundform nicht nur gesellschaftlicher, sondern vor allem auch politischer Zusammenschlüsse, nämlich um die Rechtsgemeinschaft unter Gleichen. In der Genossenschaft gibt es keine Über- und Unterordnung, sondern sie beruht auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit. Das historische Musterbeispiel ist die alte „Eidgenossenschaft“ der Schweizer. Genossenschaftliches Recht ist das moderne Völkerrecht, weil seine Beachtung nicht von einer übergeordneten Gewalt erzwungen werden kann, sondern darauf angewiesen ist, von den Staaten freiwillig beachtet und eingehalten zu werden.

Die Wirkkraft des Gedankens der Subsidiarität erweist sich gegenwärtig in einer erstaunlichen Wiederbelebung der europäischen Regionen. „Regionen“ sind Lebenskreise, die entweder über die Grenzen von zwei oder drei Nationalstaaten hinweg oder aber innerhalb eines Nationalstaates ein gewisses Eigenleben entfalten. In der Regel sind sie landschaftlich oder sprachlich, zuweilen auch historisch eine Einheit wie z.B. die Bretagne, Katalonien, das Tiroler Alpengebiet oder der badisch-nordschweizerische Raum. Solange der Nationalstaat auf der Höhe

seiner Macht stand, ließ er die Verwirklichung regionaler Eigenständigkeit nicht zu; er war auch in der Lage, die speziell regionalen Angelegenheiten im Rahmen seiner zentralen Ordnung und Verwaltung mit zu erledigen. In dem Maße aber, in dem mehr und mehr Zuständigkeiten von den Nationalstaaten auf die Europäische Gemeinschaft übergehen, ist die Region auf den Nationalstaat weniger angewiesen und gewinnt ihm gegenüber an Spielraum für eigene Gestaltung.

Föderalismus, Genossenschaftsprinzip und Regionalismus sind Formen der Verwirklichung der Subsidiarität. Ein politisch endgültig vereinigt Europa ist nur möglich bzw. kann nur dann von Dauer sein, wenn es die je besonderen Eigenheiten der Nationen, Stämme und regionalen Gemeinschaften nicht auszulöschen versucht, sondern zu erhalten und zu pflegen hilft.

Politische Freiheit setzt Offenheit zur Transzendenz voraus

Es gehört zur Natur des freiheitlichen Staates, daß er über die letzten Voraussetzungen seines Bestehens nicht verfügen kann und Verfügung auch nicht anstreben darf. Diese letzten Voraussetzungen sind die Grundwerte des menschlichen Lebens und die personale Natur des einzelnen Menschen. Die Grundwerte, insbesondere Freiheit, Gerechtigkeit und

Gleichheit, werden nicht vom Staat gestiftet, sondern sind ihm vorgegeben. Er muß sich an ihnen orientieren und auf seine Weise zu ihrer Verwirklichung beitragen. Doch ist er dafür nicht allein zuständig, sondern es ist dies jedem Menschen als Aufgabe der individuellen Lebensführung gestellt. Zwar fassen wir Freiheit, Gerechtigkeit und Gleichheit vorzugsweise als politische Forderungen auf, aber wir müssen uns bewußt halten, daß sie ihren Ursprung vor aller Politik haben und daß ihre menschenmögliche Verwirklichung niemals allein mit den Mitteln des Staates zu leisten ist, sondern die Freiheit selbstbestimmten Wollens der einzelnen Bürger voraussetzt.

So weisen also die Prinzipien des neuzeitlichen Verfassungsstaates über diesen hinaus. Das bedeutet, daß der Staat mit der Gewährleistung der Grundrechte nicht nur einen Bereich der „Privatautonomie“ aus seiner Zuständigkeit ausgrenzt, sondern einen Bereich anerkennt, der innerweltlicher Verfügbarkeit überhaupt entzogen ist. Es ist dies gewissermaßen das Quellgebiet menschenwürdigen Lebens.

Schlechthin unverfügbar ist auch die personale Natur des einzelnen Menschen. Der neuzeitliche Verfassungsstaat versteht sich als Produkt des Selbstverständnisses und des Wollens seiner Bürger. Jedem einzelnen dieser Bürger erkennt er einen Status innerweltli-

cher Autonomie zu, in den einzugreifen öffentlicher Gewalt untersagt ist. Der Bürger seinerseits leitet aus seiner Autonomie eine originäre Kompetenz der Mitgestaltung des Staatslebens und der Kritik an der politischen Ordnung ab, außerdem einen Vorbehalt des Gewissens gegenüber allen Ansprüchen, welche Gesellschaft und Staat an ihn stellen. Das alles wäre nicht denkbar und nicht zu rechtfertigen, wenn der einzelne nicht mehr repräsentierte als bloß sein privates Ich. Das heißt, politische Freiheit setzt voraus, daß der Mensch sein Wollen und Handeln letztlich auf eine der Gesellschaft und dem Staat übergeordnete Legitimation zurückführt. Wir hatten das eingangs unter dem Aspekt festgestellt, daß es die theonome Orientierung der Ethik ist, welche die innerweltliche Autonomie der Person begründet und legitimiert.

Aus alledem ergibt sich, daß der Staat, wenn er freiheitlich sein soll, sich offen halten muß zur Transzendenz. Da er weltanschaulich neutral sein muß, muß es bei dieser sehr allgemeinen Feststellung „offen zur Transzendenz“ bleiben. So wenig er dieser gegenüber indifferent sein darf, so wenig darf er darüber bestimmte Aussagen machen. Wohl aber muß er den Kirchen – oder wie es konsequent weltanschaulich neutral in unserer Verfassung heißt: den „Religionsgesellschaften“ – diejenige öffentliche Stellung zuerkennen, auf die sie Anspruch haben,

um Transzendenz institutionell zu repräsentieren. Sache der Kirchen ist es dann, die transzendente Wirklichkeit inhaltlich bestimmt und verbindlich zu verkünden und zu vermitteln.

Das gilt, was um des Heiles willen selbstverständlich sein sollte, auch im Interesse der politischen Freiheit. Die Kirche dient ihr nicht durch sozialpraktische Umtriebigkeit, sondern durch die Pflege der transzendenzbezogenen Elemente der Religion: der Lehre der Glaubenswahrheiten, der Gottesverehrung und des sakramentalen Lebens. Nur so kann sie den Menschen helfen, in ihrem Transzendenzbezug bewußter, sicherer und lebendiger zu werden.

Menschenwürde

Die Freiheit, wie wir sie verstehen und wie sie durch das Christentum in die Welt gekommen ist, war jahrhundertlang dasjenige Element der personalen Natur des Menschen, das im Mittelpunkt des politischen Denkens und der politischen Auseinandersetzungen stand. Vor diesem Hintergrund ist es bemerkenswert und nachdenkenswert, daß in unserem Jahrhundert, insbesondere seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges, ein anderes Element, nämlich die Würde der Person, als Schlüsselbegriff hervorgehoben wird. So gründet die allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen auf der „Anerkennung der

allen Mitgliedern der menschlichen Familie innewohnenden Würde“, und unser Grundgesetz beginnt mit dem Bekenntnis zur Menschenwürde. Auch dieses Erkennen und Begreifen der dem Menschen eingeborenen Würde verdankt die Welt der Tradition des Christentums, in diesem Fall seinem Ausgang von der Heilsgeschichte des Volkes Israel. Denn eingeboren ist die Würde dem Menschen, weil Gott ihn nach seinem Ebenbild geschaffen hat. Wer sich auf eine innerweltliche Bestimmung der Menschenwürde beschränken will, stellt fest, daß sie die Substanz und der Wert ist, die der Mensch einfach dadurch besitzt, daß er Mensch ist. Er muß sich seine Würde nicht erst verdienen, indem er sich in irgendeiner Weise bewährt. Im Gegenteil: Er kann seine Würde nicht verlieren, auch wenn er versagt, böse ist, sich schuldig macht, sich verweigert usw. Die menschliche Existenz behält ihre von Gott eingestiftete Würde auch in ihren Abgründen und in ihrer Entstellung.

Was folgt daraus, wenn anstelle der Freiheit die Menschenwürde in den Dreh- und Angelpunkt unseres Lebens rückt? Zunächst ist festzustellen, daß die Idee der Freiheit dadurch in keiner Weise an Bedeutung verliert. Denn die Menschenwürde schließt die Tatsache, daß der Mensch frei ist, weil er Person ist, in vollem Umfang mit ein. Doch stellt sie dieses eine Element Freiheit in den Gesamtzusammen-

hang aller Elemente personaler Existenz. Das zeigt sich z. B. an der Möglichkeit, daß man aus menschenwürdigen Gründen auf Freiheit verzichten kann, etwa einem anderen Menschen zuliebe. Auch gibt es eine Würde des Dienens und des Gehorsams, vorausgesetzt, beides wird aus freiem eigenem Entschluß geleistet. – Wichtig ist ferner, daß bei der Freiheit der Anspruch des Ich dominiert, wengleich bei rechtem Bedenken zu erkennen ist, daß – wie schon gesagt – die Freiheit des anderen nicht nur Grenze, sondern sogar Voraussetzung der eigenen Freiheit ist. Dagegen dominiert im Begriff der Menschenwürde von vornherein der Anspruch des anderen gegen mich. Dem Recht der freien Entfaltung der eigenen Persönlichkeit steht die Pflicht gegenüber, die Würde des anderen zu achten und nicht „anzutasten“. – Drittens hat der Freiheitsanspruch seine spezifischen Möglichkeiten der Verirrung: Egozentrik, moralischer Subjektivismus, Beliebigkeit des Meinens und Verhaltens, während die Orientierung an der Menschenwürde gewissermaßen „per definitionem“ die Möglichkeit der Verirrung ausschließt. – Schließlich ist die Verantwortung für den Mitmenschen, die dem Freiheitsanspruch ausdrücklich entgegengesetzt werden muß, im Verständnis der Menschenwürde von vornherein mitenthalten. Das beherrschende Beispiel dafür ist unsere Mitverantwortung für die Men-

schen der Dritten Welt; sie ergibt sich nicht unmittelbar aus dem Prinzip „Freiheit“, wohl aber aus der Anerkennung der Menschenwürde.

Die europäische politische Zivilisation ist Gemeingut aller europäischen Völker

Wie die aus dem Christentum hervorgegangene Denk- und Lebensweise überhaupt, so ist auch die aus christlichem Ursprung entwickelte politische Zivilisation dem Bewußtsein aller europäischen Völker eingepägt. Gerade bei der Auflösung der sowjetkommunistischen Oberherrschaft in Ostmitteleuropa erleben wir, wie selbstverständlich den Menschen dort die Vorstellungen und eine Gesittung geblieben sind, die man als „westlich“ zu bezeichnen pflegt. Insbesondere bei den Polen, Tschechen, Slowaken und Ungarn reicht die Tradition der Freiheitsliebe und des verfassungsstaatlichen Wollens bis weit ins 19. Jahrhundert zurück. Sie hat sich nach dem Zweiten Weltkrieg als so stark und bestimmend erwiesen, daß sie der totalitären Diktatur nicht nur nicht erlag, sondern es sogar vermochte, deren volle Durchsetzung zu verhindern, ja ihr gewisse moderate Züge zu verleihen. In keinem dieser Länder war die kommunistische Herrschaft so ideologisch verbissen wie in der DDR. Mit dem Ende der sowjetkommunistischen Oberherrschaft

aber war von heute auf morgen republikanische Staatlichkeit voll gegenwärtig. Wir machen uns wohl noch gar keine rechte Vorstellung, welche Stärkung Europas die Rückkehr dieser Staaten in die Gemeinschaft der freien Völker bedeutet, wieviel sie beitragen werden zur Erfüllung der Aufgaben Europas in der Welt.

Die Grundgedanken der europäischen politischen Zivilisation haben sich über die ganze Welt verbreitet, haben sich jedoch noch längst nicht durchgesetzt. Zwar darf man einen Fortschritt darin sehen, daß kaum mehr ein Regime es wagt, das Bekenntnis zu Menschenwürde, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Gewaltlosigkeit zu unterlassen, doch Praxis und Wirklichkeit sind nach wie vor erfüllt von Unterdrückung, menschenunwürdigen Lebensbedingungen, Folter, Krieg und Bürgerkrieg. Die Gebote der menschlichen Solidarität und der Nächstenliebe machen die Europäer mitverantwortlich dafür, gegen all diese Not, Armut, Unwissenheit und dieses Elend anzugehen. Und es fehlt Europa nicht an den Mitteln der Bildung, Politik und Wirtschaft, um trotz tausendfacher Schwierigkeiten, Hemmnisse und Widerstände das Leben derer, die doch ihre Brüder und Schwestern sind, menschlicher zu machen. Das ist überdies auch eine Voraussetzung für die Förderung des Friedens in der Welt, denn Frieden kann es ohne verwirklichte Frei-

heit, Willen zur Gerechtigkeit und ein Mindestmaß an Lebensqualität nicht geben. Freiheit des Glaubens und Freiheit der Rede, Freiheit von Not und Freiheit von Furcht, so hat es Präsident Roosevelt 1941 in einer Botschaft an den Kongreß der Vereinigten Staaten von Amerika am Beginn des Kampfes gegen die nationalsozialistische Bedrohung der Welt formuliert. Das entspricht christlich-europäischer Tradition und hat bleibende Gültigkeit.

Der Beitrag der Christen zur Einigung Europas

Was bedeutet das alles für die Rolle der Christen bei der politischen Einigung Europas? Papst Pius XII. hat einmal gesagt, das Christentum habe die Seele der europäischen Völker am tiefsten geformt,⁶⁾ und Papst Paul VI. bemerkte: „In der Tat gehört die christliche Tradition ganz wesentlich zu Europa. Selbst in jenen Menschen, die nicht unseren Glauben teilen, selbst dort, wo der Glaube verschüttet oder ausgelöscht ist, sind die menschlichen Spuren des Evangeliums weiterhin anzutreffen und stellen nunmehr ein gemeinsames Erbe dar, das wir im Interesse der Entfaltung des einzelnen Menschen fruchtbar machen sollen.“⁷⁾ Der Bevollmächtigte des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Binder, schreibt in einem Aufsatz: „Es läßt sich nicht leugnen, daß

die Völker Europas eine vom Christentum geprägte gemeinsame Geschichte haben. Von der Entwicklung der Bildungseinrichtungen bis hin zum Sozialwesen, von der Entwicklung der individuellen Freiheitsrechte bis hin zu den Vorstellungen vom Gemeinwohl – überall läßt sich das Urgestein christlichen Wirkens und Lebens nachweisen.“⁸⁾

Auf unsere Frage bezogen, heißt das: Die für die politische Einigung Europas erforderliche gemeinsame ideelle Grundlage müssen wir nicht erst schaffen, sondern die Völker Europas haben sie mit ihrer christlich geprägten geistigen Kultur und politisch-sittlichen Zivilisation schon seit je als gemeinsamen Besitz, als ein Guthaben, auf das sie heute zurückgreifen können. Es ist nicht so, daß wir erst „Europa“ denken könnten, um dann in einem zweiten Schritt festzustellen, daß dazu gewisse Gemeinsamkeiten hinzukommen. Sondern die Individualität Europas in der Geschichte der Menschheit ist überhaupt nichts anderes als das Resultat der Wirkung der christlichen Botschaft in der Welt sowie der christlich vermittelten Antike. Wohl aber müssen wir wachsam sein, damit wir das gemeinsame Erbe der europäischen Völker nicht verlieren. Das scheint in einer zwar negativ gewendeten, jedoch treffenden Bemerkung des deutschen Sozialtheoretikers Jürgen Habermas ausgedrückt zu sein. Er sprach mit

Bezug auf den modernen demokratischen Verfassungsstaat einmal von der „Gefahr einer Erosion der nicht reflektierten Randbedingungen dieses Systems“.

Um diese „nicht-reflektierten Randbedingungen“ geht es, wenn wir über die Rolle des Christentums bei der Einigung Europas sprechen. Freiheit und Menschenwürde als Prinzipien unserer politischen Ordnung sind nämlich nicht so rein innerweltlich zu begründen und zu gewährleisten, wie die profane Staatstheorie es erscheinen läßt. Sie setzen vielmehr, wie wir sahen, die theonome Orientierung voraus, die das Christentum in die Welt gebracht hat. Die profane Staatstheorie wie auch die Praxis der europäischen Staaten sind jedoch so angelegt, daß diese für sie im Grunde unentbehrliche theonome Orientierung zur „nicht-reflektierten Randbedingung“ verkümmern könnte und von Erosion bedroht ist. Diesen Erosionsprozeß aufzuhalten, die wahren Voraussetzungen von Freiheit und Menschenwürde zu bedenken und neu zur Geltung zu bringen, das ist der spezifische politische Beitrag der Christen zur politischen Einigung Europas.

Hans Buchheim

(aus Kirche und Gesellschaft Nr. 175, herausgegeben von der Kath. Sozialwissensch. Zentralstelle Mönchengladbach)

Anmerkungen

Bei diesem Heft handelt es sich um die erweiterte Fassung eines vom Verfasser bei

der „Europäischen Begegnung 1990“ in Otobereuren gehaltenen Vortrags.

- 1) „Projekt Europa“, Dezember 1988, S. 4.
- 2) Hans-Georg Gadamer, Platons dialektische Ethik. – Hamburg 1968, S. 211.
- 3) G.W.F. Hegel, Rechtsphilosophie, § 18, Zusatz.
- 4) G.W.F. Hegel, Enzyklopädie, § 482.
- 5) G.W.F. Hegel, Philosophie der Weltgeschichte, Einleitung I, 1, c.
- 6) Europäische Einheit und europäischer Geist; Ansprache vom 15. März 1953, in: A.F. Utz u. J.F. Groner (Hrsg.), Aufbau und Entfaltung des gesellschaftl. Lebens. Soziale Summe Pius XII., II. Bd., 2. Aufl. Freiburg/Schweiz 1962, Nr. 3895.
- 7) Botschaft an den Europarat in Straßburg vom 26. Januar 1977, in: Papst Paul VI., Wort und Weisung im Jahr 1977, Kevelaer 1978, S. 157.
- 8) In: epd-Dokumentation 8/78 v. 13.2. 1978, S. 41.

Zur Person des Verfassers

Dr. Hans Buchheim, Professor der Politikwissenschaft an der Universität Mainz. Vorsitzender der Kommission „Politik, Verfassung, Recht“ des Zentralkomitees der deutschen Katholiken.

Ergebnisse und Schlußfolgerungen des Europa-Studien- tages

(Herbstvollversammlung der Deutschen Bischofs- konferenz 1991)

Ein Studientag hat nicht die Aufgabe, unmittelbar zu konkreten Ergebnissen und Schlußfolgerungen zu führen. Es geht vielmehr darum,

einen Problembereich ausführlich zu besprechen. Aus diesem Grunde wurden die bei der Herbstvollversammlung im September vergangenen Jahres angesprochenen Handlungsziele systematisch zusammengefaßt und der jetzigen Vollversammlung vorgelegt. Mit dem Rat der Europäischen Bischofskonferenzen (CCEE) und der Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft (ComECE) haben wir wichtige Instrumente für ein gemeinsames kirchliches Handeln auf europäischer Ebene.

1. Auf der Grundlage des Erfahrungsaustausches bei der außerordentlichen Bischofssynode (1991) und bei den europäischen Bischofssymposien soll auf ein gemeinsames europäisches Handeln hingewirkt werden.
2. Im Bereich der Menschenrechtsfragen und der Friedensethik sowie der Umweltproblematik sollen angesichts der neuen Situation in Europa die bestehenden Bemühungen der Deutschen Bischofskonferenz gemeinsam mit dem Heiligen Stuhl und den anderen europäischen Bischofskonferenzen gezielt fortgeführt werden. Hierbei ist eine enge Zusammenarbeit mit dem Rat der Europäischen Bischofskonferenzen (CCEE) vorgesehen.
3. Die Zusammenarbeit der für soziale Fragen zuständigen Kommissionen der Bischofs-

konferenzen der Europäischen Gemeinschaft soll vertieft werden. Dabei sollen vor allem die Bischofskonferenzen Ost- und Mitteleuropas einbezogen werden.

4. Im Bildungs- und Erziehungswesen soll die kirchliche Zusammenarbeit mit dem Ziel einer besseren Koordination ausgebaut und vertieft werden.
5. Die bereits bestehenden Formen der Koordination der kirchlichen Hilfswerke sollen auf europäischer Ebene harmonisiert werden. Die Kirchen in den Ländern Ost- und Mitteleuropas müssen dabei in die Bewußtseinsbildung einbezogen werden.
6. Die Hilfe für die Kirche in Mittel- und Osteuropa wird als eine gemeinsame europäische Aufgabe gesehen. Zur Umsetzung dieser Hilfe sollen konkrete Koordinationsstrukturen angestrebt werden.
7. Die Kirche in Deutschland wird ihre ökumenischen Erfahrungen in die Entwicklung ökumenischer Perspektiven in Europa einbringen.

(aus Pressedienst der DBK-Dokumentation vom 12. 3. 92)



Die Volksgruppen in einem vereinten Europa

Vorbemerkung

Soweit im folgenden von Volksgruppen in Europa die Rede ist, sind solche sprachlichen oder ethnischen Minderheiten gemeint, die eine eigene kulturelle Identität besitzen und ihren angestammten Sitz in dem jeweiligen Staat haben, in dem sie eine Minderheit bilden. Nicht erörtert werden Fragen von ausländischen Arbeitern, Flüchtlingen, Aussiedlern oder Asylanten, die in jüngerer Zeit in europäischen Ländern Aufnahme gefunden haben.

I. Einleitung

1. Die friedliche Überwindung des Ost-West-Gegensatzes hat einen wichtigen Gefahrenherd für den Weltfrieden überwunden und den Europäern die säkulare Chance eröffnet, in Zukunft frei und in Frieden miteinander zu leben. Zugleich wurden durch den Umbruch von der kommunistischen Diktatur in die Freiheit zahlreiche tiefgreifende Probleme und Konflikte offengelegt, die bis dahin unterdrückt waren.

2. Dazu gehört die Situation vieler Volksgruppen, die ihre kulturelle und politische Selbstbestimmung nicht wahrnehmen konnten und sich als Minderheit erheblich

benachteiligt gefühlt haben. Für sie wie für alle anderen Minderheiten gilt, daß Freiheit, Frieden und Demokratie in Europa ohne einen rechtlich und faktisch geregelten und garantierten Minderheitenschutz nicht gedeihen können.

3. Demokratie wie Minderheitenschutz gründen in der Forderung nach rechtlicher und politischer Sicherung der gleichen Würde aller Menschen, ihrer persönlichen und sozialen Integrität. Für Katholiken wie für Christen allgemein folgt diese Forderung aus dem Glauben an ihre gemeinsame Gotteskindschaft.

4. Zur Wahrung der persönlichen Integrität gehört die freie Herausbildung der individuellen und sozialen Identität. In bezug auf Volksgruppen, d.h. auf Minderheiten, die sich in der Regel von der im Staat lebenden Mehrheit oder von anderen Minderheiten vor allem durch eine eigene Sprache und eine sich in ihr bezeugende historisch-kulturelle Gemeinsamkeit unterscheiden und häufig eine territoriale Verbundenheit teilen, gilt es vor allem, diese Elemente ihrer Identität rechtlich und politisch abzusichern und diesbezüglich politische, soziale oder ökonomische Diskriminierungen auszuschließen. Angesichts der Wanderungsbewegungen in Europa wird diese Aufgabe sich nicht nur für traditionelle, historisch in Europa gewachsene Volksgruppen, sondern auch für neue ethnisch-kulturelle Gruppierungen stellen.

5. Die Versuche des 19. und 20. Jahrhunderts, das Zusammenleben der Völker durch ihre – ethnisch möglichst homogene – nationalstaatliche Organisation zu regeln, sind teilweise gescheitert und können nicht mehr zur Lösung gegenwärtiger und künftiger Probleme beitragen. Die Vision des zukünftigen gemeinsamen Europa kann sich daran nicht mehr orientieren.

6. Vielversprechend ist statt dessen eine zunehmende Kooperation und Integration zwischen den Staaten und zwischen den gesellschaftlichen Gruppen innerhalb der Staaten. Sie sieht von gewachsenen historisch-kulturellen Identitäten nicht einfach ab und übersieht nicht das damit häufig verbundene Konfliktpotential gegenseitiger Vorurteile. Sie arbeitet beharrlich an ihrer Überwindung und macht den Reichtum, der aus der Vielfalt erwachsen kann, fruchtbar.

7. Angst begünstigt Gewalt und zerstört. Die rechtliche und soziale Sicherung und gegenseitige Anerkennung der kulturellen Identität von Individuen und Gruppen ist der beste Weg, solche Angst zu überwinden. Wir leben in vielen Völkern und reden in vielen Zungen, und wir sind zugleich ein Volk Gottes.

II. Bestandsaufnahme

1. In den derzeit 33 Staaten Europas werden noch über 70 verschiedene Sprachen gesprochen, wobei

die Zahl derer, die diese Sprachen als Muttersprache gebrauchen, von einigen Dutzend Menschen (Livisch, Manx) bis zu Dutzenden von Millionen reicht (russisch, deutsch, englisch). Deutsch wird z. B. heute von seit Jahrhunderten bestehenden Volksgruppen auch außerhalb der deutschsprachigen Länder (Deutschland, Österreich, Schweiz, Luxemburg, Liechtenstein) in weiteren 10 Staaten gesprochen (Dänemark, Belgien, Frankreich, Italien, Tschechoslowakei, Polen, Rumänien, Sowjetunion, Ungarn, Jugoslawien). Während das wiedervereinigte Deutschland bei knapp 80 Millionen Einwohnern nur drei kleine bodenständige Minderheiten mit je einigen Zehntausenden Angehörigen hat (Dänen, Sorben, Friesen), beträgt die Zahl der Angehörigen nationaler Minderheiten in Frankreich (Okzitanier, die deutschsprachige Bevölkerung in Elsaß und Lothringen, Bretonen, Korsen, Katalanen, Basken, Flamen) oder in Spanien (Katalanen, Galizier, Basken) mehrere Millionen.

2. Der bisherige Ost-West-Gegensatz in Europa hat lange eine realistische Beurteilung der Lage der Volksgruppen erschwert. Unterdrückung von Minderheiten schien es für viele Westeuropäer nur im kommunistischen Osten zu geben, wobei man Minderheitenfragen in Frankreich ebenso nicht wahrhaben wollte wie in Italien, wo zwar im Norden manche Minderheiten anerkannt sind (Franzo-

sen im Aostatal, Südtiroler, Slowenen in Triest), im Süden die Frage nach den Rechten der Minderheiten aber nicht gestellt wird (Albaner, Griechen). Andererseits hat ein ehemals sozialistisches Land wie Ungarn schon vor der politischen Wende viel für seine Volksgruppen getan (Deutsche, Slowaken, Südslawen, Rumänen).

3. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948 (Artikel 2) und die Konvention des Europarates zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. Februar 1950 (Artikel 14) sagen sehr wenig über Rechte von Volksgruppen. Auch der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966 beschränkt sich in Artikel 27 darauf zu erklären: „In Staaten mit ethnischen, religiösen und sprachlichen Minderheiten darf Angehörigen solcher Minderheiten nicht das Recht vorenthalten werden, gemeinsam mit anderen Angehörigen ihrer Gruppe ihr eigenes kulturelles Leben zu pflegen, ihre eigene Religion zu bekennen und auszuüben oder sich ihrer eigenen Sprache zu bedienen.“

Die Dachorganisation der europäischen Minderheiten, die Föderalistische Union der Europäischen Volksgruppen (FUEV), verabschiedete 1967 zwölf Hauptgrundsätze für ein Volksgruppenrecht, die 1985 auf dem Nationalitätenkongreß in Genf in Zusammenarbeit mit dem Internationalen

Institut für Nationalitäten und Regionalismus (INTEREG) neugefaßt wurden. Im Europäischen Parlament haben am 31.7.1984 42 Abgeordnete einen Antrag auf die Kodifizierung eines europäischen Volksgruppenrechts eingebracht. Im Zuge des Helsinki-Prozesses haben die Signatur-Staaten der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 in ihrem Dokument vom 29. Juni 1990 in Kopenhagen Rechte für alle nationalen Minderheiten garantiert. In ihrer „Charta von Paris für ein neues Europa“ vom 24. November 1990 bekräftigten die Staats- und Regierungschefs diese Erklärung (siehe Anhang). Sie ist die bisher am weitestgehende Erklärung zu den Minderheitenrechten, ohne daß der Begriff der Minderheit näher definiert wird. Im deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrag vom 17.6.1991 wird auf diese Formulierung zurückgegriffen. Sie werden damit erstmals in einem völkerrechtlich verbindlichen Vertrag verankert. Das Expertentreffen der KSZE über nationale Minderheiten vom 19./20. Juli 1991 in Genf hat diese Aussagen noch erweitert und präzisiert.

III. Die Rolle der Kirche

1. Beim Schutz von Minderheiten und für das friedliche Zusammenleben von Volksgruppen kommt der Kirche eine große Bedeutung zu, da Grundsätze christlicher Soziallehre wie Solidarität und Subsidiarität gefordert sind.

Der Gott Abrahams, Isaaks und Jakobs ist der Gott aller Völker, denn schon die Religion des Alten Testaments ist universal angelegt. Die Erlösungstat Christi geschah für alle Völker, denen er seine Apostel aussandte, um sie zu lehren: „Gehet hin und lehret alle Völker.“ Seit den Anfängen respektiert die Kirche die verschiedene kulturelle Identität von Völkern und Volksgruppen, was in den frühen Bibelübersetzungen und Liturgiesprachen (Griechisch, Syrisch, Koptisch, Latein, Gotisch usw.) zum Ausdruck kommt. Alle Völker sind gemeinsam Kinder Gottes.

2. In diesem Jahrhundert haben die Päpste immer wieder die Rechte von Minderheiten verteidigt, die aus dem Recht der Person abgeleitet werden. Der Friedenspapst Benedikt XV. betonte, daß die Kirche katholisch, nicht lateinisch, griechisch oder slawisch sei und unterstützte dabei auch die vom Volkstum geprägten Teilkirchen der östlichen Riten. Johannes XXIII. verteidigt in seiner Enzyklika „Pacem in terris“ klar die Rechte von Volksgruppen.

Ähnlich äußerte sich Papst Paul VI.: „Die katholische Kirche nimmt die Rechte der Menschen und Völker sehr ernst, gleichzeitig auch die Bedingungen der Freiheit, der Menschenwürde, der ethnischen Gleichberechtigung, der Gerechtigkeit und der Verantwortlichkeit, die zu ihrer vollen Entwicklung erforderlich sind.“ In seiner Enzyklika „Populorum progres-

sio“ erklärte er 1967: „Reich und arm, jedes Volk hat seine Kultur, die sie von den Verfahren übernommen hat: Institutionen für das materielle Leben, Werke geistigen Lebens, künstlerischer, denkerischer, religiöser Art. Sofern sie wahre menschliche Werte darstellen, wäre es ein großer Fehler, sie aufzugeben. Ein Volk, das dies tut, gibt den Grund seines Lebens hin. Das Wort Christi: Was nützt es dem Menschen, wenn er die ganze Welt gewinnt, aber seine Seele verliert, gilt auch für die Völker.“

Johannes Paul II. hat zum Weltfriedenstag 1989 den Schutz der Minderheiten verlangt, wobei sein Ausgangspunkt die Personalität des Menschen ist. Bei vielen Minderheiten hat die Kirche Entscheidendes für die Erhaltung der Kultur und der Sprache von Volksgruppen geleistet. Oft war die Kirche der letzte Hort des Volkstums und wurden Minderheitensprachen im Gottesdienst, in der Predigt und in der Katechese noch gebraucht, wenn Schulen und Verwaltung bereits zur Staatsprache übergegangen waren. Es darf aber auch nicht verschwiegen werden, daß manche Teil-Kirchen bisweilen nationalistischer Versuchungen erlegen sind und gegenüber Minderheiten mit anderer sprachlicher und kultureller Identität übersehen und noch immer übersehen, daß sie Glied der Weltkirche sind, die allumfassend katholisch ist.

IV. Unsere Aufgaben

1. Information und Kommunikation:

- a) Den meisten Europäern ist die Tatsache, daß es in Europa zahlreiche nationale Minderheiten gibt, bisher kaum ins Bewußtsein gerückt. Daß in den Haupttouristengebieten Spaniens das Spanische nicht die Muttersprache der Einheimischen ist und daß das Katalanische unter der Herrschaft Francos offiziell nicht erlaubt war, kam vielen Europäern ebensowenig zum Bewußtsein wie die Tatsache, daß Wales zwar eine eigene Fußballmannschaft stellt, das Walisische aber als Muttersprache ausstirbt. Deutsche erfuhren erst von Gastarbeitern aus Jugoslawien, daß diese nicht „Jugoslawisch“ sprachen, sondern z. B. Kroatisch, Serbisch oder Slowenisch. In den Schulen und in der Erwachsenenbildung müßten daher die Minderheiten gebührende Beachtung finden. Dies sollte geschehen, um dabei aufzuzeigen, daß auch durch die kleinen Völker Europas mit ihren Sprachen und Kulturen zum kulturellen Reichtum Europas beigetragen wird und dieser Kontinent seine Größe und Stärke durch Vielfalt in der Einheit hat.
- b) Allein objektive Information ist in der Lage, Vorurteile abzubauen, die auf seiten der Angehörigen großer Völker bestehen. Sind nationale Minderheiten wirklich eine Gefahr für den Staat, in dem sie leben? Sind sie illoyal usw.? Zahlreiche positive Beispiele belegen das Gegenteil, wie z. B. Finnlandschweden oder die Deutschen in Belgien. Objektive Informationen zeigen auch am Beispiel gelöster Volksgruppenprobleme, wie in den meisten Minderheitengebieten echtes europäisches Bewußtsein herrscht und daß Minderheiten nicht trennen müssen, sondern Brückenfunktionen zwischen den Staaten haben können und zur Entfaltung Europas beitragen. Gerade die politische Wende in Ostmitteleuropa bietet uns neue Möglichkeiten zur Information und Kommunikation. Der Wegfall der diktatorischen Regime hat auch den nationalen Minderheiten neue Freiheiten geschenkt. Die Aufhebung der Visum-Pflicht für einige Staaten ermöglicht uns neue Formen der Begegnung und vertieftes Kennenlernen.
- c) Objektive Information hilft aber auch den nationalen Minderheiten, keine politischen Irrwege einzuschlagen. Auch kleine Volksgruppen hängen gelegentlich einem übersteigerten Nationalismus an. Sie erliegen manchmal der Gefahr, ihre kulturellen oder nationalen Ansprüche zu verabsolutie-

- ren. Solche Absolutsetzung wurzelt oft in einer starken Verunsicherung, die durch Informationen und Kontakte mit anderen Volksgruppen abgebaut werden kann. Solchen Gruppen kann sachliche Information über Volksgruppenprobleme im europäischen Rahmen zeigen, daß Autonomie und Selbstbestimmung nicht automatisch mit Separationsrecht gleichgesetzt werden müssen.
- d) In ihrer Erklärung vom 8. März 1987 haben die Präsidenten der Bischofskonferenzen Europas an die katholischen Gläubigen, an alle Christen und an die Menschen guten Willens in ganz Europa appelliert, den Frieden durch Vertrauen und Wahrheit zu fördern. Sie wiesen darauf hin, daß der Mangel an Informationen einer der Gründe für mangelndes Vertrauen der Völker untereinander ist. Es kommt deshalb darauf an, Kontakte und Gespräche auf allen Ebenen zu fördern. Der Verkehr der Menschen über die Grenzen hinweg, der Austausch von Informationen und Meinungen sind unverzichtbare Beiträge, um wechselseitiges Vertrauen zu begründen und auf eine sichere Grundlage zu stellen. Die Bischöfe riefen die Kirche in den Ländern Europas auf, dazu ihren Beitrag zu leisten, und sie plädierten für mehr Kontakte unter den Gläubigen, Priestern

und Bischöfen der Ortskirchen des Ostens und des Westens. Auch Information über Geschichte, Tradition und Rechte von Minderheiten gehört zu der Aufgabe, die geleistet werden muß. Kontakte und Gespräche dienen der Information. Noch nie war die Chance so groß wie heute, Grenzen durch Information und Kommunikation zu überwinden. Die Medien der öffentlichen Meinungsbildung überwinden Grenzen, sie können einen neuen Sinn für die Sprache des anderen schaffen und kulturelle Informationen vermitteln, die Vorurteile abbauen. Sie können aber auch bestehende Vorurteile verstärken. Demokratie und Informationsfreiheit gehören untrennbar zusammen. Aber die Freiheit der Information muß gelernt werden. Wir rufen alle, die in den Medien gestaltend mitwirken, auf, sich ihrer Verantwortung bewußt zu sein. Die Informationen über die mit uns lebenden Minderheiten müssen bessere Kenntnis und ein vertieftes Verständnis voneinander erreichen. Sich neu entfaltende Informationsnetze (europäische Nachrichtensendungen, grenzüberschreitende Sendungen) sollten hier einen konstruktiven Beitrag leisten. Die Kirche muß mit ihren Möglichkeiten im publizistischen Bereich dabei mithelfen, Mißtrauen zwischen Angehörigen

des gleichen Glaubens, aber unterschiedlicher Nationalität und Kultur zu überwinden.

2. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Regionalismus

Die meisten nationalen Minderheiten in Europa wohnen an Grenzen (Dänen in Südschleswig – Deutsche in Nordschleswig; Italiener in Istrien – Slowenen in Triest; Franzosen im Aostatal; Elsässer usw.). Auch kleine Völker ohne Staat sind oft auf verschiedene Staatswesen verteilt: Katalanen und Basken leben in Spanien und Frankreich beiderseits der Grenzen; Provenzalen in Frankreich und Italien; Slowenen in Jugoslawien, Italien, Österreich und Ungarn. Viele dieser Minderheitenprobleme sind erst nach den beiden Weltkriegen entstanden. Gerade wir Deutsche sind auf Grund der historischen Entwicklungen und Ereignisse der letzten 50 Jahre verpflichtet, uns für positive Lösungen der Minderheitenfragen einzusetzen. Als ein Volk, das seit der Reformation kirchlich geteilt ist, spüren wir auch, wie konfessionelle Vielfalt die Minderheitenprobleme Europas noch mehr differenziert. Da sich die KSZE-Signaturstaaten zur gegenseitigen Anerkennung der Grenzen in Europa verpflichten, ist grenzüberschreitende Zusammenarbeit heute ein Gebot der Stunde. Positive Ansätze dazu gibt es innerhalb der EG in der Euregio, wo im Dreiländereck

Niederlande-Belgien-Deutschland bei Aachen die Zusammenarbeit auf verschiedenen Gebieten über die noch bestehenden Grenzen erfolgt. In der Regio Basilensis und der Arge Alp (Arbeitsgemeinschaft Alpenländer) geschieht dies durch Einbeziehung Schweizer Kantone und Österreichischer Bundesländer auch über die Grenzen der Europäischen Gemeinschaft hinaus. In der Arge Alp Ost sind bereits vor der Wende im Osten damals noch sozialistische Länder in diese Kooperation einbezogen worden. Positive Ansätze sind auch bei der in Angriff genommenen Zusammenarbeit zwischen Bayern, Sachsen und Böhmen festzustellen. Hier ist auch die Kirche gefordert. Die Diözesen Klagenfurt, Ljubljana, Görz und Udine haben seit Jahren für katholische Österreicher, Slowenen, Italiener und Furlaner eine Basis der Zusammenarbeit gefunden. Gerade die Kirchen sind heute aufgerufen, die Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg zu fördern und den Menschen zu zeigen, daß Christen dieses Europa in einer Solidaranstrengung mitgestalten können und müssen.

Diese grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist untrennbar verbunden mit der Chance des Regionalismus. Dort, wo Minderheiten seit langer Zeit ansässig sind, haben sich in Europa starke regionale Besonderheiten entwickelt. Oft kam es zu einem gesunden Neben- und Miteinander von verschiedenen Volksgruppen und Sprachen,

manchmal wurde für die Bewohner das regionale Bewußtsein (durch eigene Verwaltung u. ä.) stärker als die nationale oder sprachliche Zugehörigkeit. In einem Europa der Regionen muß darauf aufgebaut werden. Beispiele sind (oder waren bis zu der nach 1945 erfolgten Vertreibung und Auswanderung): Böhmen, Mähren, Oberschlesien, Siebenbürgern, die Vojvodina, die Bukowina und andere Regionen. In ihnen herrschte Zwei- und Mehrsprachlichkeit der Einwohner in Schule, Verwaltung und Kirche. Auch heute sind die Bewohner solcher Regionen und von Grenzgebieten gefordert, die Sprachen der Nachbarn zu lernen und sie zu beherrschen.

V. Auf dem Weg zum vereinten Europa

Die gleichzeitigen Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa, dessen Staaten sich für Demokratie und Menschenrechte öffnen, sowie in der Europäischen Gemeinschaft, die sich fester zusammenschließt, bergen Chancen und Risiken zugleich. Die Frage der Minderheiten und Volksgruppen stellt sich in neuem Licht. Nicht zuletzt hat die KSZE mit ihren Erklärungen über die Menschliche Dimension der KSZE von Kopenhagen im Juli 1990 und der „Charta von Paris für ein neues Europa“ des gleichen Jahres sowie mit ihrem Expertentreffen über nationale Minderheiten vom Juli 1991 dazu bei-

getragen. In der EG öffnen sich über das sogenannte Schengener Abkommen die Grenzen immer mehr. Menschen kommen leichter zueinander als je zuvor. Nachbarschaftsverträge sollen früher feste, oft umstrittene Grenzen überwinden. Je offener die Grenzen, je besser gelebte Nachbarschaft Gegensätze mindert, um so eher sind Gemeinsamkeit und Vielfalt als Boden der europaischen Kultur zu sichern.

Gewiß gibt es keine Einheitsmodelle, die überall zutreffen. Zu verschieden sind die jeweiligen historischen Ursprünge, die Größenordnungen sowie die politischen und kulturellen Lebensbedingungen in den einzelnen Ländern.

Ein internationales Rahmenwerk könnte jedoch Grundsätze niederlegen, die schon jetzt in allen funktionierenden Minderheitenregelungen enthalten sind. In den sich entwickelnden alten und neuen Regionen Europas können geöffnete Grenzen Vorurteile und kulturelle Barrieren abbauen. Zunächst allerdings können sie auch neue Probleme schaffen, wie die Flüchtlingsströme zeigen. Kern aller Aussagen muß aber die Respektierung der individuellen wie der Gruppenrechte sein, ebenso die Forderung, daß nur der Wille zur friedlichen Lösung die Spannungen überwinden kann. Die Entscheidung über die Zugehörigkeit zu einer Volksgruppe oder Minderheit muß dem einzelnen überlassen bleiben. Das Recht auf indivi-

duelle Selbstbestimmung darf nicht durch sogenannte objektive Kriterien wie Herkunft, Sprache, Wohnort und andere eingeschränkt werden. Die Praxis hat zur Genüge gezeigt, daß solche sogenannten objektiven Kriterien von der Mehrheit oder dem Staatsvolk nur zu oft zum Nachteil des einzelnen und der Minderheit insgesamt angewendet werden. Pluralismus hat Europa geprägt, und nur Demokratie kann wie keine andere Staatsform diesen auf Dauer garantieren und damit unsere großen Traditionen absichern. Die Toleranz darf keine leere Hülse bleiben!

Wir katholische Christen sind aufgerufen, unseren eigenen spezifischen Beitrag zu leisten. Rassismus und überspitzter Nationalismus haben unseren Kontinent in die größten Kriege des Jahrhunderts geführt. Dabei sind auch Völker gleichen Glaubens in eine totale Konfrontation geraten, und über Millionen Menschen ist unendliches Leid gebracht worden. In einem „neuen“ sich in Frieden und Freiheit einigenden Europa sollten Katholiken dazu beitragen, auch gegenüber Minderheiten jene ethische, kulturelle und geschichtliche Solidarität zu entfalten, die Grenzen und Schranken Europas zu überwinden und die heute „unerhörte Friedenschance der großen europäischen Solidarität völlig zu nutzen“ (Konferenz der Präsidenten der Europäischen Bischofskonferenzen in Dieburg 1987).

Anhang

Die bisher am weitestgehende internationale Erklärung dürften die Aussagen der KSZE vom Juni 1990 in Kopenhagen sein. Auch wenn es sich hierbei nicht um einen völkerrechtlichen Vertrag handelt, aus dem Minderheiten Ansprüche ableiten können, kann man daraus immerhin auf die Auffassung der Unterzeichnerstaaten zu dieser Frage schließen und Rückschlüsse für die künftige Entwicklung ziehen.. Es heißt dort:

„(33) Die Teilnehmerstaaten werden die ethnische, kulturelle, sprachliche und religiöse Identität nationaler Minderheiten auf ihrem Territorium schützen und Bedingungen für die Förderung dieser Identität schaffen. Sie werden diesbezüglich die notwendigen Maßnahmen ergreifen, und zwar nach entsprechenden Konsultationen in Einklang mit den Entscheidungsverfahren des jeweiligen Staates, wobei diese Konsultationen Kontakte mit Organisationen oder Vereinigungen solcher Minderheiten einschließen.

Jede dieser Maßnahmen wird mit den Prinzipien der Gleichheit und Nicht-Diskriminierung in bezug auf die anderen Bürger des betreffenden Teilnehmerstaates in Einklang stehen.

(34) Die Teilnehmerstaaten werden sich darum bemühen, Angehörigen nationaler Minderheiten, ungeachtet der Notwendigkeit, die offizielle Sprache oder des betref-

fenden Staates zu erlernen, in Einklang mit den anwendbaren nationalen Rechtsvorschriften entsprechende Möglichkeiten für den Unterricht ihrer Muttersprache oder in ihrer Muttersprache sowie, wo immer dies möglich und notwendig ist, für deren Gebrauch bei Behörden zu gewährleisten.

Im Zusammenhang mit dem Unterricht von Geschichte und Kultur in Bildungseinrichtungen werden sie auch die Geschichte und Kultur der nationalen Minderheiten berücksichtigen.“

Sie wurde noch bekräftigt durch die „Charta von Paris für ein neues Europa“ vom 24. 11. 1990 der KSZE-Konferenz in Paris. In dem Kapitel „Leitsätze für die Zukunft“ heißt es unter der Überschrift „Menschliche Dimension“: „Wir sind entschlossen, den wertvollen Beitrag nationaler Minderheiten zum Leben unserer Gesellschaften zu fördern, und verpflichten uns, deren Lage weiter zu verbessern. Wir bekräftigen unsere tiefe Überzeugung, daß freundschaftliche Beziehungen zwischen unseren Völkern sowie Friede, Gerechtigkeit, Stabilität und Demokratie den Schutz der ethnischen, kulturellen, sprachlichen und religiösen Identität nationaler Minderheiten und die Schaffung von Bedingungen für die Förderung dieser Identität erfordern. Wir erklären, daß Fragen in bezug auf nationale Minderheiten nur unter demokratischen Bedingungen befriedigend gelöst werden können. Ferner erkennen

wir an, daß die Rechte von Angehörigen nationaler Minderheiten als Teil der allgemein anerkannten Menschenrechte uneingeschränkt geachtet werden müssen. Im Bewußtsein der dringenden Notwendigkeit, im Hinblick auf nationale Minderheiten die Zusammenarbeit zu verstärken und deren Schutz zu verbessern, beschließen wir, ein Expertentreffen über nationale Minderheiten vom 1. bis 19. Juli 1991 in Genf einzuberufen.

Wir sind entschlossen, alle Formen von Haß zwischen Rassen und Volksgruppen, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung irgendeines Menschen sowie von Verfolgung aus religiösen und ideologischen Gründen zu bekämpfen.“

Von der Kommission 10 „Europa“ des ZdK einstimmig beschlossen (aus ZdK Dokumentation vom 25.9.91)

Festung Europa

Die Vollendung des Binnenmarktes in der EG bringt den 240 Millionen Europäern bare Vorteile. Doch der wirtschaftliche Profit geht – wieder einmal – auf Kosten der Armen in der „Dritten Welt“.

Am 1. Januar 1993 wird der Europäische Binnenmarkt Wirklichkeit. Europa ist dann – zumindest wirtschaftlich – grenzenlos.

Leon Brittan, EG-Kommissar aus Großbritannien: „Das ehrgeizigste Vorhaben, das die Europäische Gemeinschaft seit ihrer Gründung in Angriff genommen hat.“

Große Worte vor realem Hintergrund: Der Europäische Binnenmarkt wird nahezu dreimal so groß sein wie der japanische und immer noch knapp doppelt so groß wie der amerikanische Binnenmarkt. Die 342 Millionen Verbraucher, die dann miteinander schrankenlos konsumieren und handeln können, werden zusammen eine Kaufkraft von rund fünf Billionen (eine Fünf mit zwölf Nullen) Mark repräsentieren.

„Alleine die Vollendung des Binnenmarktes wird“, so prognostiziert der im Auftrag der EG-Kommission erstellte Cecchini-Bericht, „zu einer einmaligen zusätzlichen Zunahme des Bruttoinlandsproduktes in der EG von 4,5 bis sieben Prozent führen; erstreckt über fünf bis sechs Jahre.“ Der Binnenmarkt als gigantisches Konjunkturprogramm.

Europa mit nur 6,46 Prozent der Weltbevölkerung auf 1,54 Prozent der Welt-Landfläche ist damit der absolute Wirtschaftsgigant schlechthin. „Nie hat es auf dem Globus eine auch nur ähnlich große wirtschaftliche Potenz gegeben“, kommentiert das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). – Trübe Aussichten für die Bewohner der Entwicklungsländer.

„Die können ab 1993 endgültig einpacken“, scherzt ein hoher Brüsseler EG-Bürokrat überheblich und beweist damit nur, daß er wie so viele andere – zumindest aus moralischem Blickwinkel – noch gar nicht begriffen hat, was dieser EG-Monolith im Weltgefüge anrichten wird. Die Verlierer in diesem Machtpoker der Großen stehen schon heute fest: Es sind und bleiben die Entwicklungsländer. Der gemeinsame Markt wird für sie zur Tragödie. Nicht, weil er etwas ganz Neues, Gefährliches wäre, sondern weil Europa – geeint – noch perfekter weitermachen wird als bisher. Die Entwicklungsländer haben schon in den vergangenen Jahren einen bitteren Vorgesmack bekommen: Vor allem, weil die EG-Staaten wirtschaftlich ja schon länger zusammenrücken, sank der Anteil der ärmsten Länder am Weltexport alleine zwischen 1981 und 1991 von 1,4 auf heute 0,3 Prozent.

„Der einheitliche Europäische Binnenmarkt wird diesen Abwärtstrend noch beschleunigen“, erwartet auch das DIW. Diese Erkenntnis ist logisch und zudem nicht neu. „Wir Europäer haben nur die zweifelhafte Fähigkeit, solche Erkenntnis wider allen Verstand zu verdrängen“, sagt Frans Andriessen, niederländischer EG-Außenkommissar.

Abschottung gegen Waren von außen

So hatte die EG-Wirtschaftspolitik schon immer fatale Auswirkungen auf den Welthandel und die Beziehungen zu den Entwicklungsländern. Schließlich ist die EG von ihrem Ansatz her ja auch eine nach außen durch Zölle und Verordnungen abgeschottete Festung. Ein nahezu unüberwindliches Hindernis für Güter, die man in die Festung nicht hineinlassen will. Handelsabkommen mit den Entwicklungsländern, wie etwa die Lomé-Abkommen, dienen da nur als Feigenblätter.

Und je größer die EG seit ihrer Gründung 1955 wird, um so weniger braucht sie Waren und Dienstleistungen von außerhalb. Italiens EG-Kommissar Carlo Ripa di Meana: „Es gibt so gut wie nichts, was es nicht innerhalb Europas zu ernten, zu produzieren oder zu fördern gäbe.“ Dabei spielt die Rentabilität keine Rolle.

Innerhalb der Festung Europa werden Landwirte beispielsweise kräftig subventioniert. So können sie garantierte Abnahmemengen zu festgeschriebenen Preisen produzieren. Wettbewerbsfähige Konkurrenz von außerhalb der EG, die zu deutlich niedrigeren Weltmarktpreisen anbieten könnte, wird gleichzeitig von den Märkten der EG ferngehalten.

Fast um die Hälfte (42 Prozent), so hat die US-Agrarbehörde jüngst errechnet, könnten die europäi-

schen Verbraucher billiger einkaufen, wenn sie über künstlich hochgehaltene Preise nicht die staatlichen Zuwendungen an die Landwirte finanzieren müßten. – Ein Mechanismus übrigens, der auch unserer Landwirtschaft nur scheinbar dient. Er zwingt nämlich Europas Bauern, immer mehr zu produzieren, um überleben zu können.

Aber nicht nur die Abschottung gegen Agrarimporte macht die EG zum Henker der Dritten Welt. Durch die hohen garantierten Preise in der Europäischen Gemeinschaft produzieren Europas Landwirte Unmengen an Überschüssen, die regelmäßig auf die Weltmärkte geworfen werden: Durch Dumpingpreise verdrängen sie auch außerhalb der EG noch die Erzeugnisse der Entwicklungsländer.

„Dem Wettbewerb mit Europa – egal, ob in Europa oder außerhalb – ist eben niemand gewachsen“, resümiert denn auch Carlo Ripa di Meana – er meint es stolz, kaum nachdenklich.

Verschuldung als Schlinge um den Hals

Alle Entwicklungsländer zusammen sind heute mit niemals zurückzahlbaren 2,45 Billionen Mark bei den Industrienationen verschuldet. Außerdem zahlen sie an Tilgung und Zinsen 43 Milliarden Dollar mehr als die Reichen, als sie aus Zuschüssen oder Krediten

erhalten. Das heißt nichts anderes als: Die Lage der Entwicklungsländer wird auch nach 1993 immer hoffnungsloser, weil sie immer abhängiger werden. Doch das ist nicht die einzige Hiobsbotschaft für die Länder der „Dritten Welt“: Auch die Öffnung Osteuropas wird sich negativ für sie auswirken.

„Wir haben doch nur noch Augen für den Osten, der Süden interessiert uns doch gar nicht mehr“, gesteht Willy Brandt, Vorsitzender der Nord-Süd-Kommission selbstkritisch ein. Die Europäische Gemeinschaft arbeitet ausschließlich daran, noch mächtiger zu werden. Der neueste Plan: Eine gigantische Freihandelszone zwischen der EG und Osteuropa soll binnen zehn Jahren realisiert werden.

Und den EG-Verantwortlichen läuft das Wasser im Mund zusammen, wenn sie an all die ungeahnten Möglichkeiten denken, die sich durch den Zusammenbruch des Ostblocks und des Comecon jetzt für sie eröffnen: Millionen billiger Arbeitskräfte und riesige Absatzchancen für EG-Waren – und das unmittelbar vor der eigenen Haustür.

Lukrative Geschäfte mit Osteuropa

Wen interessiert da noch, daß marokkanische Bauern alljährlich auf Millionen Tonnen, natürlich unter der Sonne gereiften, preisgünstigen Gemüse und Früchten sitzenbleiben, weil die Europäi-

sche Gemeinschaft ihren Verbrauchern lieber Lebensmittel aus künstlich beheizten, zigfach teureren holländischen Treibhäusern aufdrängt?

Der Grund: Nach wie vor macht der die dicksten Gewinne, der seine eigenen Märkte gegen Konkurrenzprodukte abschottet, die fremden Märkte aber als Absatzbasen nutzt.

Dieses Problem verschärft sich für die Entwicklungsländer dadurch, daß sie Industriegüter bei uns meist gegen Devisen kaufen müssen. Devisen aber können sie kaum erwirtschaften, wenn wir sie bei uns nichts verkaufen lassen. Wir haben dafür eine verblüffend einfache Hilfestellung gefunden. Wir nehmen statt Devisen gönnerhaft unveredelte Rohstoffe zu Preisen, die wir mehr oder weniger selbst festlegen. So erhalten wir sie viel billiger, als wenn wir der „Dritten Welt“ erlauben würden, sie zu veredeln und uns dann Halbfertig- oder Fertigprodukte teurer zu verkaufen. Ein Teufelskreis, aus dem aus eigener Kraft die Länder der „Dritten Welt“ nicht mehr entkommen können.

Hans Joachim Hofmann

(aus missio aktuell 2/92)

Migration in Europa

Europa – vom Auswanderungs- zum Einwanderungskontinent

Sehr lange ist es noch nicht her, da war Europa der Kontinent der Auswanderung. Mehr als 200 Jahre lang wanderten Polen und Iren, Engländer und Franzosen, Italiener und Deutsche in großer Zahl aus in das „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“, nach Nordamerika. Doch auch Südamerika, Australien, afrikanische und asiatische Kolonialgebiete waren Ziele europäischer Zuwanderung, und dies nicht nur aus den genannten Ländern, sondern auch aus Spanien, Portugal, Holland, Belgien, ja eigentlich aus allen europäischen Ländern. Im heutigen – gedankenlosen oder bössartigen – Sprachgebrauch würde man diese Auswanderer überwiegend als Wirtschaftsflüchtlinge bezeichnen.

Das Blatt hat sich gewendet. Demokratisierung, Befriedung und ein unerhörter wirtschaftlicher Aufschwung haben West- und Mitteleuropa seit den 50er Jahren grundlegend verändert und erfaßten nach und nach auch Südeuropa. Selbst aus den Randgebieten, aus Irland, Portugal, Sizilien wandern immer weniger Menschen aus. Spanien und Italien sind zu neuen Zielen der massiven Einwanderung von Süden und Osten

geworden, Hunderttausende ethnische Griechen wandern – wie die deutschen Aussiedler – aus Rußland und anderen Ländern in die Heimat ihrer Vorfahren zurück. In den alten und neuen Ländern Südamerikas, Afrikas und des asiatischen Kontinents, insbesondere aber auch in Osteuropa und den auseinanderstrebenden Staaten der ehemaligen Sowjetunion, bestimmen politische Instabilität, ethnische, religiöse, soziale Konflikte und Kriege, gewaltige gesellschaftliche Umbrüche sowie katastrophale wirtschaftliche Bedingungen vielfach die Lebenssituation der Menschen. Europa und Nordamerika heißen ihre Träume, die sie, anders als noch vor wenigen Jahrzehnten, täglich im Fernsehen vor Augen haben, nur wenige Flugstunden oder Reisetage mit Bahn oder Schiff entfernt. Wo Not oder Verfolgung drückend und die Zukunft in der Heimat ohne Hoffnung ist, bleibt die Hoffnung auf Hilfe und Schutz durch die rechtsstaatlichen, geordneten, wohlhabenden westlichen Demokratien. Hunderttausende versuchen jedes Jahr nach Europa zu fliehen. Ihre Zahl wird steigen, solange Bedrängnis und Not bleiben, denn unsere Welt wächst weiter zusammen. Sie sind keine Verbrecher, ebensowenig wie die Europäer Verbrecher waren, die aus ihrem Elend ins Gelobte Land Amerika ausgewandert oder vor Verfolgung und Krieg nach Schweden, Großbritannien oder Amerika geflohen

sind. Das Recht, dahin zu wandern, wo man erträgliche Lebensbedingungen findet, ist vom Zweiten Vatikanischen Konzil und der Katholischen Soziallehre mehrfach ausdrücklich betont worden. Und in der Eigentumsfrage lautet der allererste Grundsatz – noch vor dem Recht auf Privateigentum –, daß die Güter der Welt eine allgemeine Bestimmung für das Leben aller Menschen haben, daß in der Not alle Güter gemein sind.

Migrationspolitik: von der nationalen zur europäischen Ebene

Die Frage der Migration, der Ausländer- und Flüchtlingspolitik sind heute keine nationalen Fragen mehr in Europa. Mit der Vollendung des Europäischen Binnenmarktes und dem Wegfall der innergemeinschaftlichen Grenzen stellt sich unwiderruflich der Zeitpunkt ein, wo Asylbewerber, Flüchtlinge und Zuwanderer in jedem Land der EG gleichzeitig auch potentielle Zuwanderer in den anderen Ländern sind, wo die Harmonisierung der europäischen Politik in diesem Feld nicht weiter aufschiebbar bleibt.

Doch viele Menschen in Europa sind tief beunruhigt. Sie haben Angst vor den vielen Fremden, sorgen sich um die Finanzierbarkeit des Sozialstaates, fürchten, aus Wohnungen und Arbeitsplätzen verdrängt zu werden.

Zwischen der Verantwortung für unsere Zukunft und für die Glaub-

würdigkeit unserer Werte in der zusammenwachsenden Welt und den Ängsten, oft auch dem berechtigten Ärger der Bevölkerung darf die Politik nicht Kopf und Herz verlieren. Sie muß Angst und Ärger der Menschen ernst nehmen. Aber sie muß ihnen auch die Wahrheit zumuten und darf sie nicht aus der Verantwortung für die Zukunft entlassen. Vor allem muß sie überzeugende Lösungen für die Probleme an den Wurzeln von Flucht und Zuwanderungsbewegungen aufzeigen.

An den Anfang einer verantwortlichen und realistischen Gesamtkonzeption zur Migration in Europa gehört die Antwort auf grundsätzliche Fragen:

- Ist es richtig, daß wir alle Menschen hier aufnehmen und ihnen helfen?
- Können wir das überhaupt verkraften?
- Soll Europa ein offener Kontinent sein – oder müssen wir uns abschotten gegen eine arme und von Unruhen geschüttelte Welt?
- Und weiter: Was geschieht heute mit den Menschen, die als Ausländer zu uns kommen und unter uns leben? Finden sie hier eine Heimat, werden sie integriert, was müßte geändert werden?
- Schließlich – wie können wir die Zustimmung der Bevölkerung für eine vernünftige und verantwortliche Migrations- und Flüchtlingspolitik in den

europäischen Ländern gewinnen, die auf mittlere und lange Sicht unabdingbar für die Handlungsfähigkeit der Politik in diesem Bereich ist?

Die Verwirrung ist groß, nicht nur bei der Bevölkerung, auch in der Politik. Was fehlt, ist ein Gesamtkonzept, das einsichtig und praktikabel erscheint, das Vertrauen schafft. Und dazu müssen wir uns zunächst diesen Grundfragen zuwenden. Also, zuallererst: Ist Migration etwas Gutes oder etwas Schlechtes? Brauchen wir Grenzen, oder müssen wir die Grenzen überwinden?

Natürliche und künstliche Grenzen

Ich möchte hier einige ganz persönliche Erfahrungen an den Anfang stellen. Ich kann mich erinnern, daß ich als Kind immer ein prickelndes Gefühl in der Magen-gegend hatte, wenn ich mich der Grenze näherte. Wenn mein Großvater mit uns sonntags einen Ausflug nach Belgien oder Holland machen wollte, dann waren wir aufgeregt und neugierig. Erst mußte man ja über die Grenze hinüberkommen. Das war gar nicht so selbstverständlich. Man mußte ja Ausweise vorzeigen, der Zöllner lief ums Auto herum, guckte herein und fragte etwas, und wenn man dann drüben war, war alles anders. Die Farben der Dächer waren anders, die Dörfer, die Schilder waren anders, die Leute sprachen eine andere Sprache und zogen

andere Kleider an. Als ich noch kleiner war, da verlief für mich die Grenze rund um unser Dorf. Im Nachbardorf, in Altstätten, waren die Menschen ein bißchen anders, fremd für uns. Die Kinder aus diesem Nachbardorf kannten ein paar andere Worte, andere Lieder, andere Spiele. Man mußte irgendwie vorsichtig sein, wenn man ihnen begegnete, denn manchmal reagierten sie anders, als man das gewohnt war. Es war immer ein kleines Abenteuer.

Was fangen wir aber nun an mit einer Welt, in der all diese Grenzen verschwinden? Grenzen, die unsere Heimat bewahren, Grenzen, deren Überwindung uns den Zugang zum Fremden, zum Anderen und manchmal auch zum Geheimnisvollen erst eröffnen? Was fangen wir also an mit einer Welt der Einheitskultur, in der das Eigene, also die Heimat, bald genausowenig mehr existiert wie das Fremde, von dem man fasziniert ist und lernen kann, wenn man den Zugang dazu gefunden hat?

Ich glaube, es ist klar, daß unser Leitbild nicht die totale Vermischung aller Kulturen, der totale Wegfall aller Grenzen sein kann. Was aber, wenn diese Grenzen als Grenzen von Kulturen, als Grenzen von Lebensräumen nicht mehr bestehen? Sollen wir künstliche Grenzen errichten? Sollen wir, um auf Europa zurückzukommen, eine „Wagenburg Europa“ errichten, nicht nur als Hort von Freiheit, von Rechtsstaatlichkeit und Wohl-

stand, sondern auch zur Wahrung unserer Identität, als Waffe zum Schutz unserer Heimat?

Die Herausforderungen

Jeder, der heute sehen und denken kann, weiß, daß dies keine Lösung ist. Wir müssen uns heute einer fünffachen Herausforderung im Hinblick auf die Wanderung und Flucht von Menschen aus einem zum anderen Land, aus einem zum anderen Kontinent stellen.

Kulturelle Vielfalt bewahren

Wir müssen so leben lernen, daß die Welt, die sich an unserem Lebensstil orientiert, ihn übernehmen kann, ohne unterzugehen. Ich will versuchen darzustellen, was sich hinter dieser Herausforderung verbirgt. Glauben wir eigentlich allen Ernstes, daß wir über längere Zeit verhindern können, daß sich die Menschen in heute noch ärmeren Ländern mit den täglichen Bildern und Fernsehbildern unseres Wohlstandes vor Augen mit aller Macht darum bemühen, unser Lebensniveau zu erreichen? Ist es uns eigentlich wirklich klar, daß das eine Katastrophe wäre, wenn die Menschen in der ganzen Welt unser Lebensniveau, unser Wohlstandsniveau erreichen würden, unseren Lebensstil haben würden, den wir heute haben? Unser westlicher Rohstoff- und Energieverbrauch, übertragen auf die gesamte Weltbevölkerung, würde die Erde innerhalb einer Ge-

neration zu einer ökologischen Katastrophe führen. Wo sind denn unsere Bemühungen, einen Wohlstands- und Fortschrittsbegriff auch mit dem klugen Einsatz aller wissenschaftlichen und technischen Möglichkeiten zu entwickeln und, darauf aufbauend, konkrete Lebensformen zu entwickeln und bei uns vorzuleben, die auch für die ganze Welt Bestand haben könnten? Die also auch nachgemacht werden könnten, die irgendwann einmal in der ganzen Welt praktiziert werden könnten, ohne daß es eine Katastrophe gibt? Denn wir werden auf Dauer nicht verhindern können, daß die anderen Länder, die Menschen in den anderen Ländern nachziehen. Die nächste grundsätzliche Frage: Haben wir eigentlich erfaßt, was es bedeutet, daß wir mit rasenden Schritten auf eine gesellschaftliche Monokultur zusteuern, in der sich von Alaska bis nach Feuerland, von Portugal bis nach Korea, vom Nordkap bis nach Kapstadt die gleichen Denkmuster, die gleichen Formen des Wirtschaftens und des Verbrauchens, des Zusammenlebens und der Kommunikation zwischen den Menschen durchsetzen? In der Landwirtschaft und in der Ökologie kennen wir heute die verheerenden Folgen von Monokulturen: einseitige Beanspruchung und damit Erschöpfung der natürlichen Ressourcen, Verschwinden der Artenvielfalt, Anfälligkeit für Schädlingsbefall und vieles mehr. Hat eigentlich

niemand Angst vor einer weltweiten gesellschaftlichen Monokultur?

Und wenn uns die kulturelle Vielfalt für das Überleben der Menschheit wie auch für die Entfaltungsmöglichkeiten des einzelnen Menschen unverzichtbar zu sein scheint, wenn wir aber gleichzeitig die Naturgewalt des Strebens der Menschen nach einem Leben ohne materielle Not erkennen in dieser eingewordenen Welt, wie sehen dann unsere Lösungsvorschläge aus für den politischen und wirtschaftlichen Rahmen einer Weltentwicklung zur Überwindung von Not bei Überleben kultureller Vielfalt? Ich kenne solche Vorschläge bis jetzt nicht. Aber was vielleicht schlimmer ist, ich kenne auch im politischen Bereich keine relevanten und wirklich aktuellen Diskussionen über diese Fragen.

Wann wollen wir eigentlich damit beginnen, solche Fragen in unseren politischen Dringlichkeitskatalogen mit der höchsten Prioritätsstufe zu versehen? Vielleicht in 30 Jahren, wenn kulturelle Vielfalt nur noch ein Thema der Museen und Religionshistoriker ist?

Fluchtursachen bekämpfen

Wir müssen mit großer Konsequenz die Ursachen von erzwungener Flucht und Migration in aller Welt bekämpfen: Hunger, Not, Unfreiheit, Menschenrechtsverletzungen, Krieg, Umweltzerstörung.

Dies ist eine langfristige Aufgabe. Aber sie muß jetzt angegangen werden. Und nicht mit Worten, sondern mit Taten, mit klaren Strategien, höchster Priorität und auch mit zusätzlichen Mitteln. Das erfordert viele einzelne Maßnahmen:

- Menschenrecht geht vor nationale Souveränität. Das Recht auf Intervention im Falle schwerwiegender anhaltender Menschenrechtsverletzungen ist in den Statuten der UNO und regionaler Gremien der Zusammenarbeit von Staaten zu verankern. Für solche Interventionen sind geeignete Instrumente zu schaffen.
- Hunger ist eine der schwersten Beeinträchtigungen von Menschenwürde. In einem Stufenplan müssen bis Ende des Jahrzehnts alle Handelsbeschränkungen und -erschwernisse für Güter aus Entwicklungsländern abgebaut werden. Die Förderung produktivitätsorientierter Armutsbekämpfung und Selbsthilfe aus den Entwicklungshilfeetat ist zu vervielfachen. Durch großzügige und differenzierte Entschuldungshilfen müssen in weiten Teilen der Dritten Welt die Fundamente für eigenständige gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung wieder neu gelegt werden. Die Zielparame-ter in den Sanierungskonzepten des internationalen Währungsfonds müssen ergänzt werden, damit in Zu-

kunft gesellschaftliche Zusammenbrüche und Sanierungskrisen im Zusammenhang mit Hilfen des Währungsfonds vermieden werden.

Die Vergabe von Entwicklungshilfe an die Regierungen in Entwicklungsländern muß davon abhängig gemacht werden, daß diese ihren Bürgern ein Mindestmaß an politischer und wirtschaftlicher Freiheit einräumen und nicht die Überwindung von Armut durch zentrale Kommandowirtschaft blockieren. Denn ohne Freiheit gibt es keine Entwicklung.

Durch konsequente, international abgestimmte Kontrolle des Waffenexportes muß die Ansammlung und Wiederbeschaffung von Waffen für Kriege verhindert werden. Entwicklungshilfe auf staatlicher Ebene muß solchen Regierungen verweigert werden, die zum Schaden ihres Landes überdurchschnittlich hohe Anteile des Volkseinkommens für die Militärhaushalte verwenden.

Durch die Zusage einer raschen Assoziation und einer späteren Vollmitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft sowie ein konkretes und großzügiges Hilfskonzept für den gesellschaftlichen Umbau und wirtschaftlichen Aufbau Osteuropas muß den Menschen in den ehemals kommunistischen Ländern, einschließlich der Länder der ehemaligen Sowjetunion, die Perspektive für eine lebenswerte Zukunft in ihrer Heimat eröffnet werden.

Hilfe bei Katastrophen

Wir müssen denjenigen, die kurzfristig Hilfe brauchen, in ihrer Heimat helfen – oder in ihren Nachbarregionen, wenn sie schon geflohen sind. Dies gilt sowohl für Natur- oder technische Katastrophen wie für Hungersnöte und Kriege. Sonst werden wir sie nicht davon abhalten können, in zu großer Zahl zu uns zu kommen. Auch dies erfordert konkrete Maßnahmen:

- Auf internationaler Ebene muß eine humanitäre Eingreifereinheit gebildet werden, die bei Naturkatastrophen, technischen Großunfällen und bürgerkriegs- oder hungerbedingten Fluchtwellen innerhalb von Stunden mit dem Aufbau wirksamer Hilfsstrukturen am Katastrophenort oder in unmittelbarer Nachbarschaft beginnen kann.
- Neben den Voraussetzungen für unverzügliche Überlebenshilfe in solchen Katastrophenfällen müssen auch die rechtlichen und operationellen Voraussetzungen für den militärischen Schutz solcher Hilfsaktionen gegen Übergriffe und Angriffe geschaffen werden.

Aufnahme für alle, die Schutz brauchen

Wir müssen denen Schutz geben, die Schutz brauchen. Damit dies auch in der Praxis unserer Länder möglich ist, müssen die

Verfahren zur Unterscheidung von Schutz- und Hilfsbedürftigen kurz, fair und zwischen den westlichen Demokratien abgesprochen sein. Darüber hinaus muß die Definition der Schutzbedürftigkeit realistisch, der Rechtsstatus der Schutzbedürftigen im Interesse ihrer gesellschaftlichen Integrierbarkeit klar sein. Im einzelnen heißt dies:

- Die Definition eines politischen Flüchtlings muß in allen Ländern (insbesondere auch in Deutschland, wo der Art. 16 des Grundgesetzes sehr restriktiv interpretiert wird) wieder nach den Kriterien der Genfer Flüchtlingskonvention erfolgen. Der Ausschluß von Folteropfern oder von verfolgten schutzsuchenden Menschen aus Bürgerkriegsländern ist zynisch und führt bei der Bevölkerung, die dies ja im einzelnen nicht erfährt und die abgelehnten Flüchtlinge als „Wirtschaftsflüchtlinge“ ansieht, zur weiteren Flüchtlingsfeindlichkeit, denn diese Menschen dürfen dann ja trotz der Ablehnung als politische Flüchtlinge nicht abgeschoben werden.
- Auch Verfolgungsflüchtlinge aus von Krieg und Bürgerkrieg betroffenen Ländern muß vorübergehend Schutz und Aufnahme gewährt werden, wenn sie nicht in kriegsfreien Zonen ihrer Heimat oder in direkter Nachbarschaft Schutz finden. Für die Aufnahme solcher

Flüchtlinge sind zwischen den EG-Staaten prozentuale Quoten und finanzielle Ausgleichsleistungen abzusprechen.

- Wer als anerkannter politischer Flüchtling oder als Flüchtling mit vorübergehendem Bleiberecht länger als 3 Jahre in Europa weilt, muß das Recht auf einen unbefristeten Aufenthalt hier haben, auch wenn sich die Verhältnisse in seinem Heimatland danach verändern. Wer keine Lebensperspektiven hier hat, kann sich kaum integrieren. Die Folgen davon aber sind Belastungen des Zusammenlebens und die Förderung von Fremdenfeindlichkeit.

Zusammenleben mit Menschen aus verschiedenen Kulturen

Wir müssen lernen, mit Menschen verschiedener Kulturen in unseren Heimatländern gut zusammenzuleben, seien es Flüchtlinge oder Ausländer, die wir als Arbeitskräfte hereingeholt oder hereingelassen haben. Dieses Zusammenleben von Menschen aus unterschiedlichen Kulturen ist in fast allen europäischen Ländern, insbesondere auch in Deutschland, eine schlichte Tatsache, der wir uns nicht verschließen können. Trotzdem verursachen Begriffe wie „Multikulturelle Gesellschaft“ oder auch der Hinweis darauf, daß unsere europäischen Gesellschaften seit Jahren de facto Ein-

wanderungsländer gewesen sind und es wohl auch in Zukunft bleiben werden, große Aggressionen – bei Politikern wie in der Bevölkerung. Wer den Widerstand und die Aggressivität, die in diesen Diskussionen aufbricht, verstehen will, der muß sich vor allem die Frage auch nach unserer eigenen kulturellen Situation stellen. In seinem Werk „Die Stadt in der Wüste“ läßt der französische Dichter Antoine de Saint-Exupéry einen arabischen Nomadenfürsten, der seinen Sohn über die Erziehung und verantwortliche Führung des Volkes belehrt, sagen: „Wenn ich dich also in deiner Kindheit so wie die anderen geformt habe, wirst Du die gleichen Gesichter wie die Leute des Volkes entdecken, die gleichen Regungen der Liebe erfahren, und so werdet ihr verbunden sein... Denn ich weiß jetzt, daß die Liebe wiedererkennen heißt und daß dies die Erkenntnis der Gesichter bedeutet, die sich durch die Dinge hindurch ablesen lassen.“

Die Gemeinsamkeit erster, prägender Lebenserfahrungen durch die Wörter und Begriffe der gleichen Sprache, durch gleiche Gebete und Feste, die gefeiert werden, durch die gleichen Jahreszeiten, die gleichen Früchte, die gleichen Tagesabläufe schafft eine innere Verbundenheit, ein Sichverstehen, ein Grundempfinden von Sicherheit zwischen den Menschen einer Region, eines Landes, das den roten Faden, das Rück-

grat einer lebendigen Kultur bildet. Und wo die Heranwachsenden ihrerseits wiederum ein Heim schaffen, in dem dieses Leben von der nächsten Generation erfahren, erlebt wird – bei allen Veränderungen in Einzelheiten, die sich in den Jahren ergeben –, da gewinnt diese Kultur Stabilität, vermittelt den Menschen Geborgenheit, gibt ihnen eine innere Heimat.

Wer glaubt, hier handele es sich um konservative Romantik, um politikferne Gefühlsduselei, der hat überhaupt nicht verstanden, von welcher zentraler Bedeutung diese auf Heimat gründende lebendige Kultur für die Offenheit einer Gesellschaft gegenüber Fremden, für Toleranz und Demokratiefähigkeit ist. Wir wissen heute, daß ein Kind um so eher und um so stärker in der Lage ist, selbstbewußt und neugierig auf die Welt rundherum, auf die Dinge, Pflanzen, Tiere und Menschen zuzugehen, je mehr es in seinen ersten, prägenden Lebensjahren Geborgenheit, bedingungslose Liebe, Sicherheit erfahren hat. Großzügigkeit, Angstfreiheit, die Fähigkeit, sich hinzugeben im Engagement, zu lieben, haben hier ihre Wurzeln. Könnte es nicht sein, daß die Krise unserer eigenen Kultur, die Unsicherheit und Fremdheit der Menschen in den europäischen Gesellschaften untereinander angesichts des Verfalls gemeinsamer Lebenserfahrungen, gemeinsamer Werte, angesichts des Fehlens von Geborgenheit und wirklicher Heimat we-

sentliche Ursachen für die Angst und Aggressivität vieler Menschen gegenüber den Fremden, den Ausländern sind? Vor allem, wenn man bei diesen Ausländern geradezu riechen kann, daß sie sicher sind, geborgen in einer lebendigen, uns fremden Kultur, daß sie – im Gegensatz zu unserer inneren Heimatlosigkeit – ihre Heimat in sich tragen (und sofort um sich herum verbreiten, in ihren Wohnungen, bei ihren Festen, in ihren Wohnvierteln)?

Da, wo Heimat nicht mehr als Geborgenheit im Alltag erlebbar ist, wo die Selbstverständlichkeit der Teilnahme an einer lebendigen, oft nicht zuletzt auch durch einen einheitlichen Sprachraum definierten Kultur fehlt, erhalten die abstrakten Begriffe Nation und Volk, losgelöst von der Realität des Lebens, eine fast magische Bedeutung und strömen in dieses Vakuum ein, ohne doch die Sehnsucht der Menschen nach Heimat und Sicherheit stillen zu können. Und das vermehrt auf tragische Weise die Gefahren, die sich aus unserer kulturellen Krise ergeben.

Irrwege der Ausländerpolitik

Doch was ergibt sich aus alledem für unsere Realität einer Gesellschaft mit Menschen aus vielen Kulturen? Was ist zu tun? Wie sollen wir mit dieser Realität umgehen, wie sie gestalten?

Sehen wir uns zunächst einmal an, wie es nicht geht. „Als wenn

die Zerstörung des Ölbaumes gleichbedeutend mit der Liebe zur Zeder wäre“, schreibt Saint-Exupéry in seiner „Stadt in der Wüste“. Die Unterdrückung, die gesellschaftliche oder politisch-rechtliche Diskriminierung des eigenständigen kulturellen Lebens der Ausländer, die unter uns leben, ist kein Mittel, um die Lebendigkeit und Orientierungskraft unserer eigenen Kultur für die Menschen in unserem Land zu fördern oder zu schützen. Im Gegenteil: Bei genauerem Hinsehen erkennen wir, daß das Bild des Baumes, das den Ölbaum mit der Zeder verbindet, auch in der Zeder schweren Schaden erleidet, wenn wir – um sie zu schützen – den Ölbaum zerstören wollten. Die Unterdrückung des kulturellen Lebens von Menschen ist Unterdrückung ihrer Person, denn ihre Kultur ist unverzichtbarer Bestandteil ihres Seins, und wie könnten wir noch an die Gültigkeit der grundlegenden Werte unserer eigenen Kultur glauben – die Würde der menschlichen Person, seine Freiheit, sein Recht auf Entfaltung –, wenn wir im Zusammentreffen mit Menschen anderer Kultur dagegen verstießen? Folge wäre eine immer heillosere Zerstörung unserer auf dem christlich-humanistischen Verständnis vom Menschen gründenden Kultur, unserer Sinn- und Weltorientierung, die wir zu schützen vorgeben, durch offensichtliche Unglaubwürdigkeit. Als weitere Alternative wird die Abgrenzung gehandelt,

vor allem in der Asyl- und Flüchtlingspolitik. Lassen wir noch einmal Saint-Exupéry zu Wort kommen: „Ich entsinne mich, was mit den 3000 Flüchtlingen aus der Berberei geschah, als sie mein Vater in einem Lager nördlich der Stadt unterbrachte. Er wollte nicht, daß sie sich mit den Unseren vermischten. Da er gütig war, speiste er sie und versah sie mit Stoffen, mit Zucker und Tee. Als Entgelt für seine großmütige Gabe verlangte er jedoch keine Arbeit von ihnen. . . Wer hätte sie aber für glücklich halten können? . . . Sieh nur, sagte mein Vater, sie werden zu Vieh und beginnen sachte zu faulen. . . Nicht in ihrem Fleisch, aber in ihren Herzen. Denn alles verlor für sie seinen Sinn.“

Treffender als in diesem vor einem halben Jahrhundert skizzierten Bild läßt sich die Art und Weise, wie wir in vielen Ländern Europas mit Asylbewerbern und den sogenannten De-facto-Flüchtlingen umgehen, kaum beschreiben. Die Sache hat ja ihre eigene Logik. Ein unverbundenes Nebeneinander verschiedener Kulturen ist in unserer dichtbesiedelten, komplexen, hochgradig arbeitsteiligen Gesellschaft ja gar nicht mehr möglich, wenn ich den Ausländern einen klaren rechtlichen Status, volle Bewegungsfreiheit innerhalb unseres Staatsgebietes und Arbeitserlaubnis zugestehe. Die rasche Vermischung ist dann unvermeidbar – was nicht heißt, daß nicht Unterschiede – Religion,

Traditionen, Lebensweise – bei Kerngruppen der Zuwanderer über Generationen hinweg bestehen bleiben können; aber zwischen ihnen und der eingesessenen Bevölkerung bilden sich immer breitere Brücken.

Abgrenzung erfordert Diskriminierung, deren Folge aber – gerade, wo es um Arbeit geht – ist kulturelle Zerstörung, eine Erfahrung, von der bei uns nicht mit Arbeitsverboten belegte Flüchtlinge, sondern auch die bei der Arbeitsaufnahme diskriminierten Ausländer aus Nicht-EG-Staaten betroffen sind. Abgrenzung heißt in unserer Gesellschaft notwendige Zerstörung der fremden Kulturen, friedliches Zusammenleben aber erfordert vor allem die nicht diskriminierte Integration der Ausländer in das Arbeitsleben. Wer auf das Faktum des Zusammenlebens von Menschen verschiedener Kulturen in unserer Gesellschaft mit Abgrenzung und Diskriminierung reagiert, der legt einen Sprengsatz an unsere gesamte Gesellschaft: Ausländer, die erlebt werden als nicht integrierte, auf Kosten der Steuerzahler herumlungernde Schmarotzer, als verzweifelte Underdogs, gefangen im Dreieck von psychischem Verfall, Kriminalität und Aggression, werden zu Recht von der Bevölkerung als Bedrohung empfunden und stellen den idealen Nährboden für rechtsextreme Wahlerfolge dar.

Kulturelle Erneuerung

Aber heißt nicht Integration und daraus folgend Vermischung tatsächliche Bedrohung des gewachsenen Bestandes unserer Kultur? So fragen manche. Tatsächlich ist die Frage einer Behauptung von Werten, Traditionen und Lebensweisen aber nicht nur eine Frage von Quantitäten. Auch die Diskussion über Mehrheitskultur und Minderheiten-Kulturen ist – im Hinblick auf das politische Handeln – unergiebig. In dem Maße, wie sich Elemente unserer Kultur als lebendig erweisen – Sprache, Wertvorstellung, Lebensweisen . . . –, werden sie über die Generationen hinweg auch die Zugewanderten prägen. Wo aber nichts mehr ist, da gibt es auch nichts zu schützen, und hier können wir glücklich sein, wenn kulturelle Einflüsse der Ausländer bei uns wirksam werden, das Vakuum füllen, denn der einzelne Mensch, der nach Orientierung, nach Lebensformen, nach Lebenssinn sucht, wird kaum danach fragen, ob das, worin er dies findet, einen deutschen, französischen, italienischen oder asiatischen Stammesbaum hat.

Doch machen wir uns keine Illusionen: Gerade weil unsere Kultur in der Krise steckt, ihre Bindungskraft stark abgeschwächt ist, weil ausufernder abstrakter Nationalismus im Vakuum innerer Heimatlosigkeit gedeiht, ist die Gefahr der intoleranten, der aus Angst ge-

borenen aggressiven und irrationalen Reaktion auf das Faktum unserer Gesellschaft mit Menschen aus verschiedenen Kulturen nicht gering. Wenn dies aber bestimmend würde, kämen wir in ein aussichtsloses Dilemma, an dessen Ende Nihilismus und Unfreiheit stünden.

Doch machen wir uns keine Illusionen: Gerade weil unsere Kultur in der Krise steckt, ihre Bindungskraft stark abgeschwächt ist, weil ausufernder abstrakter Nationalismus im Vakuum innerer Heimatlosigkeit gedeiht, ist die Gefahr der intoleranten, der aus Angst geborenen aggressiven und irrationalen Reaktion auf das Faktum unserer Gesellschaft mit Menschen aus verschiedenen Kulturen nicht gering. Wenn dies aber bestimmend würde, kämen wir in ein aussichtsloses Dilemma, an dessen Ende Nihilismus und Unfreiheit stünden.

Groß sind deshalb die Aufgaben, die vor uns stehen, und groß ist unsere Verantwortung:

- Wir müssen den weiteren Zugang von Menschen aus fremden Kulturen in unser Land behutsam steuern, um in der prekären Stimmungslage, in der sich ein großer Teil unserer desorientierten Bevölkerung befindet, die Menschen nicht zu überfordern. Eine großzügige Aufnahme verfolgter Flüchtlinge und die Aufnahme enger Familienangehöriger von hier lebenden Ausländern sind zur

Zeit neben der Offenheit innerhalb der Europäischen Gemeinschaft und der Zuwanderung der Aussiedler das einzige, was möglich ist, auch wenn wir bald wieder Zuwanderung brauchen werden.

- Wir müssen alle Anstrengungen darauf richten, durch eine auf die Entfaltung und Inpflichtnahme der einzelnen Person gerichtete Politik (Familie und Wohnen, Bildung und soziales Handeln, humane Arbeit und verantwortliches Wirtschaften) allmählich die Chancen der Menschen wieder zu verbessern, zu Geborgenheit, Heimat und damit Selbstsicherheit und Offenheit zu finden. Denn nur, wenn wir uns selbst in unseren Gesellschaften wieder zu Hause fühlen und unsere Heimat mit kritischer, engagierter Liebe sehen und gestalten, werden wir fähig, die Chancen der Begegnung mit Menschen aus anderen Kulturen in unseren eigenen Ländern zu nutzen.

Ohne ein Mindestmaß an sozialem Konsens werden wir in unserer Gesellschaft der kulturellen Vielfalt in naher Zukunft unfähig zum Zusammenleben, wird unser Staat unregierbar. Doch dieses Minimum an Übereinstimmung zwischen den Menschen unterschiedlicher kultureller Herkunft und unterschiedlicher Wertvorstellungen ist nur erreichbar, wenn es gelingt, alle Minderheiten ohne Diskrimi-

nierung in die gesellschaftliche Diskussion und die politische Meinungsbildung einzubeziehen. „Ich erkenne nur eine einzige Ordnung an“, sagt Saint-Exupéry. „Meine Ordnung besteht in der allgemeinen Zusammenarbeit, die sich mit Hilfe eines jeden einzelnen vollzieht“, und er fährt fort: „Zwingen sie, zusammen einen Turm zu bauen; so wirst Du sie in Brüder verwandeln. Willst Du jedoch, daß sie sich hassen, so wirf ihnen Korn vor... Denn eine Kultur besteht aus dem, was von den Menschen gefordert wird, und nicht aus dem, was sie geliefert erhalten.“

Zusammenfassend ist zu sagen: Eine Welt der Heimatlosigkeit, der Massenwanderung und Entwurzelung von Menschen ist politisch völlig unsteuerbar und wird untergehen. Sie ist auch unmenschlich, denn der Mensch trägt in seinem Herzen die Sehnsucht nach Heimat, nach Vertrautheit und Kontinuität. Aber wenn Menschen ihre Heimat verlassen, weil das Leben dort nicht mehr möglich ist, dann helfen in unserer eingewordenen Welt auch politische Grenzen nicht mehr, dann helfen Polizei, Gesetz und Militär nicht mehr weiter. Wer vor dem Nichts flieht, hat auch vor der Drohung mit Gefängnis, mit Abschiebung oder Tod keine Angst. Nur wenn wir erreichen, daß die Menschen in ihren Ländern und in ihren angestammten Kulturen wieder überleben und Heimat finden, dann können wir hoffen, daß die Wanderungsbewe-

gungen auf Größenordnungen beschränkt bleiben, die verkraftbar sind und die den wohlhabenden Gesellschaften auch helfen, nicht zu erstarren.

Peter Köppinger

(aus „Caritas“ Heft 2/1992)

Zur Festigung des Friedens beitragen

Vor Teilnehmern interkonfessioneller Militärseelsorger Europas hielt Papst Johannes Paul II. am 6. Februar in Nordamerika eine Rede. Hier ein Auszug:

Liebe Militärseelsorger! Ihr vertretet viele Religionsgemeinschaften, und ich begrüße euch mit den Worten des Apostels Paulus: „Gnade sei mit euch und Friede von Gott, unserem Vater“ (Kol 1,2).

Unsere Begegnung gibt mir Zuversicht und Hoffnung, weil ich die Pastoralarbeit unter den Soldaten immer als einen wichtigen Aufgabenbereich angesehen habe.

Eure Konferenz, die sich zum dritten Mal trifft, gibt mir nach dem vielversprechenden Beginn in Stuttgart und der zweiten Zusammenkunft in Lübeck die Gelegenheit, nochmals meine lebendige Wertschätzung für die wichtige seelsorgliche Arbeit auszudrücken, die ihr unter dem Militär und deren Familien leistet.

Mit einem Blick auf die Liste der dreiundzwanzig Nationen, die in

dieser Konferenz vertreten sind, stelle ich mit Freude fest, daß die Anwesenheit der Militärseelsorger sich in den Ländern Mittel- und Osteuropas ausbreitet.

In der christlichen Welt gab es immer eine beachtliche Tradition der Militärseelsorge für das Militärpersonal. Der Respekt und die Achtung der katholischen Kirche für die Militärdienstleistenden ist klar in den Worten des zweiten Vatikanischen Konzils in der Pastoralkonstitution *Gaudium et spes* ausgedrückt. Dort lesen wir: „Wer aber als Soldat im Dienst des Vaterlandes steht, soll sich als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker betrachten. Er trägt durch die rechte Ausübung seines Dienstes wahrhaft zur Festigung des Friedens bei“ (GS, 79).

Die Apostolische Konstitution *Spirituali militum curae* vom 21. April 1986, die Tätigkeiten der Kirche in diesem Bereich regelt, stellt Militärordinariate den Teilkirchen oder Diözesen gleich und vergleicht den geistlichen Beistand, den die Seelsorger in den Kasernen, Lagern, Militärschulen und -akademien geben, mit der in Pfarren geleisteten Arbeit.

Eurer pastoralen Sorge ist eine große Zahl junger Menschen anvertraut und auch eine große Zahl dienstleistender Männer und Frauen, die in ihren Ländern als Hüter der Souveränität und, wo es notwendig ist, der internationalen Ordnung und des Friedens selbst dienen.

Als Seelsorger seid ihr euch der Bedeutung des Wortes Gottes in der Formung der menschlichen Gewissen und Herzen bewußt und in der Anleitung zu Gedanken des Friedens und zum richtigen Gebrauch der Freiheit.

Auf dem fruchtbaren Boden der Freiheit des Gewissens müßt ihr überreich säen, so daß in dem militärischen Bereich die Personen auf eine Weise handeln, die tiefe Ehrfurcht vor Gott widerspiegelt und folglich unverbrüchlichen Respekt für die Würde und die Rechte anderer Personen.

Der gegenwärtige Moment der Geschichte stellt eine besondere Herausforderung für die Militärseelsorger dar.

Vor euch liegt die Aufgabe, andere in menschlichen und geistlichen Werten zu erziehen und ihnen zu helfen, Ethik über Technologie zu stellen, Mäßigung über Leidenschaft, den Sinn für Gerechtigkeit und Brüderlichkeit über Haß und Unterdrückung.

Frieden ist ein wertvolles und zerbrechliches Gut, das Gott dem Menschen, seinem Gewissen und seinem Verstand anvertraut.

Für euch ergeben sich daraus zwei notwendige Pflichten. Die erste ist die Pflicht, durch die Gewissensbildung eine authentische Sehnsucht nach Frieden zu nähren. Die zweite Pflicht ist, unablässig für den Frieden zu beten, daß Gott dieses Geschenk den Menschen unserer Zeit gewähren möge.

Bei unzähligen Gelegenheiten habe ich öffentlich für den Frieden gebetet und zum Friedensgebet aufgerufen, in jüngster Zeit während des Golfkrieges und des Konflikts in Jugoslawien. „Für Gott ist nichts unmöglich“ (Lk 1, 37). Wenn menschliche Anstrengungen zu scheitern scheinen, kann die Kraft des Geistes Gottes tief in den Herzen der Menschen wirken: Haß auslöschen und Liebe entflammen.

Frieden kann manchmal unerreichbar erscheinen, aber wir sind aufgerufen, ihn allzeit zu ersehnen im Vertrauen auf Gottes Verheißung. Betet deshalb, denn damit werdet ihr den größten Dienst an den Menschen leisten, die eurer seelsorglichen Aufgabe anvertraut sind, die Menschen, die an der Front stehen, wenn das friedliche Zusammenleben zerstört wird und Krieg ausbricht.

Liebe Seelsorger, sowohl im Krieg als auch im Frieden seid immer und nur Hirten der Seelen! Seid denen nahe, die euch anvertraut sind. Helft ihnen mit eurem Gebet, und ermahnt sie mit Großherzigkeit, die ihnen anvertraute Aufgabe zu erfüllen und gegebenenfalls mit dem Opfer ihres Lebens zu gewährleisten, daß die anderen in Sicherheit und Frieden leben.

(aus L'Osservatore Romano vom 14.2.92 nach Kompaß Nr. 6 v. 6.3.92)

Pax europaea

Über vier Jahrzehnte lang hat der amerikanische Atomschirm – die „pax americana“ – uns Europäer vor jedem Krieg geschützt. Da schon jeder Übergriff, etwa in Berlin, den Dritten Weltkrieg hätte auslösen können, durfte es auch solche Konflikte nicht geben. Nun aber hat sich durch den Wegfall der Ost-West-Konfrontation die politische Welt radikal verändert, und das heißt, wie Peter Glotz richtig bemerkt: Kleine Kriege sind wieder möglich. Sie sind nicht nur möglich, sie sind in Südslawien bereits ausgebrochen. Man kann die heutige Situation kaum besser beschreiben, als dies Otto von Habsburg kürzlich getan hat: „Wer hätte schon in den herrlichen Tagen des Jahres 1989, als eine Zwingburg nach der anderen fiel, gedacht, daß wir nur zwei Jahre später auf europäischem Boden Verbrechen und ein Genozid erleben müssen, das uns an Hitler, Stalin und Pol Pot erinnert, noch dazu begleitet vom mitschuldigen Schweigen jener, die nicht genug hervorheben könnten, daß die Greuel der Vergangenheit nie wiederkehren dürften“ (siehe deutsche Tagespost vom 8. 10. 1991).

Die Tatsache, der wir jetzt ins Auge schauen müssen, ist, daß wir auf den Sturz der Mauern, auf die Freiheit, nicht vorbereitet waren – nicht in Europa und schon gar nicht in Deutschland, das noch 1987 einen Honecker in Bonn mit

Ehren und Fanfaren empfangen hat.

Nun stehen wir, im wahrsten Sinne „hilflos“, vor dem großserbisch-kommunistischen Aggressionskrieg gegen das tapfere, aber wehrlose kroatische Volk. Alle Sitzungen, Erklärungen und „Hoffnungen“ christlicher Gremien helfen da ja gar nichts, verschleiern nicht einmal die „Verhöhnung Europas“ (Erich Läufer).

In dieser Situation sollten wir uns auf das zweite Vatikanische Konzil besinnen, das schon vor einem Vierteljahrhundert zur absoluten Ächtung des Krieges die Einsetzung einer Autorität gefordert hat, „die über wirksame Macht verfügt, um für alle Sicherheit, Wahrung der Gerechtigkeit und Achtung der Rechte zu gewährleisten“ (Gaudium et spes, 82).

Wie diese „wirksame Macht“ nun aufgebaut werden soll, ob

Frisch & Fromm.

Die Katholische Presse gibt erfrischend
andere Antworten auf aktuelle Zeitfragen.
Ihr Fundament ist und bleibt der christliche Glaube.
Und der ist überraschend vielseitig.
Überzeugen Sie sich selbst davon.
Eine Informations-Broschüre liegt für Sie bereit.

Rufen Sie an: 02 28/21 53 34.



**KATHOLISCHE
PRESSE**

ÜBERRASCHEND VIELSEITIG!

deutsch-französisch oder als EG- oder Nato-Variante, ist Sache der Politiker zu entscheiden. Daß sie, so schnell wie möglich, kommen sollte, ist ein eminent christliches Anliegen, sollen wir in unserer bequemen Fernsehsesselposition nicht mitschuldig werden an Mord und Vertreibung. Für die Gewährleistung dieser „pax europaea“ sind wir aber nun selbst verantwortlich – und werden wir Deutsche uns da, aus welchen Gründen auch immer, aus der Gemeinschaft der dafür verantwortlichen Völker heraushalten können?

Ihr Bischof

+ Johannes

(aus NIMM Nr. 36 vom 7. 11. 91, gekürzt durch Red.)

Neuevangelisierung Europas

Gemeinsam schaffen wir's

Die Aufgabe ist groß. Wir alle sind gefordert – Priester wie Laien, Christen jeder Konfession. Bischof Dr. Josef Homeyer schildert seine Eindrücke von der Bischofssynode. Hier Auszüge aus seinem Schreiben an die in der Seelsorge Tätigen in seinem Bistum Hildesheim.

Die wichtigsten Erfahrungen

Der „Osten“ hat mehr und tiefer gelitten, als wir erahnen.

Persönlich habe ich bis zu dieser Synode meine Meinung über das Leben der Kirche in den Ländern Mittel- und Osteuropas während der letzten 40 Jahre vor allem von den Erfahrungen in Polen gebildet. Es mag mit meiner früheren Tätigkeit als Sekretär unserer Bischofskonferenz zusammenhängen; in dieser Zeit habe ich zwar jedes Jahr fast alle erreichbaren Länder in Mittel- und Osteuropa besucht, vor allem aber um vieles häufiger Polen, nicht zuletzt wegen unserer Versöhnungsbemühungen. Auf dieser Synode erst ist mir plötzlich deutlich geworden, daß die Geschichte der Kirche in Polen während der letzten 40 Jahre völlig exzeptionell ist im Gesamt der Länder Mittel- und Osteuropas. Wer „Polen“ kennt, versteht noch längst nicht, was sich in den übrigen Ländern Mittel- und Osteuropas ereignet hat.

Die Berichte der Bischöfe aus der Tschechoslowakei, aus Ungarn, Rumänien, vor allem aber aus den baltischen Ländern bis zur Ukraine und den übrigen Ländern der Sowjetunion waren erschütternd, und ich vermag sie nicht annähernd wiederzugeben. Es ist darum gebeten worden, diese Berichte in einer eigenen Publikation herauszugeben. Manchen Bischöfe waren nicht imstande, ihre Erlebnisse zu berichten. Es verschlägt einem den Atem, wenn etwa ein Bischof aus der Ukraine von den drei Phasen der Verfolgung der Kirche in der Ukraine be-

richtet und von der zweiten Phase sagt, er könne darüber wenig sagen, da er in dieser Zeit 10 Jahre im Gefängnis verbracht habe. Was hinter diesem einen Satz stand, konnte man aufgrund der anderen Berichte erahnen.

Immer wieder wurde in diesen Berichten deutlich: Ich habe schreckliche Angst gehabt, bis ich dann eines Tages vor Gericht stand. Eine Sicherung nach der anderen wurde mir genommen. Schließlich war ich nach vielen Folterungen, Qualen und inneren Nöten allein und verzweifelt. Aber immer deutlicher erahnte ich, was mit Jesus Christus wirklich war und wer Gott ist. Ihn habe ich erst dann verstanden, Glück kam in mir auf und eine ungeahnte Sicherheit, keineswegs allein zu sein. Unfaßbare Kraft erfüllte mich, die Welt wurde für mich anders, licht. Ich konnte den konkreten, leidenden Mensch ernst nehmen, mittragen. Es ist schlimm, erst in diesem Läuterungsprozeß habe ich Gott erfahren und begriffen, welche Freiheit er schenkt und was Freiheit ist.

Einer schloß seinen schockierenden Bericht: Aber Brüder, versteht mich nur nicht falsch, ich bin wahrhaft kein Heiliger. Aber ich wollte nur sagen: Die Verfolgung ist eine Gabe Gottes, man lernt dann beten.

Immer wieder verwahrten sich Bischöfe aus dem Osten, sie als Helden und Heilige zu bezeichnen. Es habe gewiß solche gegeben,

aber viel mehr Schwäche. Einer berichtete: Wenn ich an meine Gespräche denke mit den zwei Polizisten. Ich war allein und hatte furchtbare Angst. Was ich dort gesagt habe und was ich nicht gesagt habe – ich muß jeden Tag daran denken und schäme mich zutiefst.

Wie ein Grundakkord durchzog viele Berichte: Der Kommunismus ist „vorerst“ gefallen, aber seine schrecklichen Wunden sind noch da, werden noch lange da sein: Nicht nur, daß wir keine Kirchen haben und sehr häufig im Freien bei Wind und Wetter den Gottesdienst feiern müssen; nicht nur, daß wir einfach keine Räume und Mittel haben, Menschen zu versammeln; viele Menschen selbst sind einfach „kaputt“, in ihrem Menschsein verwundet, es gibt keine Grundüberzeugungen mehr; alle Substrukturen in unserer Gesellschaft sind zerstört; viele sind desorientiert; nicht wenige haben wirklich auf den Kommunismus gesetzt und von ihm gelebt, nun stehen sie vor einer schrecklichen Leere; unsere ganze Situation ist äußerst zerbrechlich; eine Überwindung dieser Lage ist kaum in Sicht, das kann zu autoritären und freiheitsfeindlichen Entwicklungen führen, „hoffentlich nicht wieder zum Kommunismus, die Gefahr ist jedenfalls noch längst nicht gebannt“!

Andererseits gibt es in vielen der genannten Länder schon eine stärkere Hinwendung zur Kirche.

Nicht nur in Rußland und in der Ukraine, wo von 100 bis 200 Erwachsenentaufen in jeder Kirche an jedem Sonntag berichtet wird, sondern etwa auch in Ungarn, wo die Zahl der Gottesdienstbesucher wie auch die Zahl der Anmeldungen der Priesteramtskandidaten sich verdoppelt hat.

Übrigens hat es mich persönlich in den ersten Berichten aus dem „Osten“ ein wenig irritiert, mit welchem Nachdruck diese dem Papst und seinen Vorgängern für ihren Dienst und ihr Zeugnis während der letzten Jahrzehnte dankten. Bald wurde folgendes deutlich: Das Wissen um die Weltkriege, für die der Papst als erster Zeuge Jesu Christi steht, hat vielen Christen in den Ländern Mittel- und Osteuropas offensichtlich ungeheure Kraft zum Widerstand und zum Ertragen und Durchhalten vermittelt. Dies sei ihnen gerade in der Begegnung mit den Christen anderer Kirchen deutlich geworden.

Insgesamt waren die Berichte der Brüder aus dem „Osten“ tiefe Zeugnisse elementarer, authentischer religiöser Erfahrungen. Solche Zeugnisse, die wir dort erfahren durften, überzeugen, machen einen still, verbinden und schaffen eine neue Realität.

Was die Kirche des „Westens“ in das neue Europa einzubringen hat

Gewiß waren wir aus dem Westen ob solcher Berichte zuneh-

mend kleinlaut und nicht wenig beschämt. Es waren dann die Brüder aus dem Osten, die uns nach entsprechenden Äußerungen dieser Art unsererseits fast erregt sagten: *Hört auf, euren Wohlstand und auch eure religiöse Situation madig zu machen. Was ihr in den letzten 100 Jahren und in den letzten 40 Jahren herübergebracht habt, ist für uns ermutigend und gibt uns Hoffnung. Euer Wohlstand birgt sicher auch Gefahren, aber er ist doch zunächst ein Geschenk und nicht zuletzt die Frucht der geistigen Entwicklung der letzten 100 Jahre.*

Die Freiheitsbewegung seit der Aufklärung hat sich aber weit hin – aufgrund vieler Mißverständnisse auf allen Seiten – gegen das Christentum durchsetzen müssen, aber war doch zutiefst vom Evangelium inspiriert und hat hoffnungsvolle Entwicklungen eingeleitet; das Wachwerden der „Subjektivität“ und Freiheit des Menschen, des einzelnen, hat die Menschenrechte klarer erkennen lassen und ihnen zum Durchbruch verholfen, zur Entwicklung von Wissenschaft und Technik, und schließlich zur Wirtschaft geführt, zur Demokratie usw. usw.

Das II. Vatikanische Konzil hat diese „Subjektivität“ der geistigen Entwicklung der letzten 100 Jahre zum Ausgangspunkt genommen, das Evangelium und die Tradition neu zu lesen und zur Wiederentdeckung der urchristlichen Communio-Ecclesia geführt, in der je-

der einzelne Getaufte und Gefirmte auch als Gesandter verstanden und ernst genommen wird. Ihr habt im Westen von daher die Bibelbewegung, die liturgische Bewegung usw. aufgegriffen von einem neuen Verständnis von Kirche und Gemeinde her; der neue Zugang so vieler einzelner zum Wort Gottes, die Entfaltung der verschiedenen Dienste in der Liturgie, die Mitarbeit so vieler Laien in der Gemeinde und in der Gesellschaft; die Bereitschaft so vieler, mit der Kirche in der Dritten Welt zu teilen.

Gewiß gibt es bei euch auch Schattenseiten, Irritationen, unschwer verständliche Verluste (Anbetung, Bußsakrament), auch Trennung der Spreu vom Weizen usw., aber es gibt doch die Sehnsucht nach religiöser Vertiefung, nach einer neuen Art Kirche/Gemeinde zu sein. Das alles ist für uns im Osten ermutigend, wir möchten „von euch lernen“, mit euch teilen.

So ging nach meinem Empfinden ein immer tieferes Ahnen durch die ganze Synode: Wir haben tatsächlich einander viel zu sagen und mitzuteilen, unsere sehr unterschiedlichen Erfahrungen sollten wir austauschen und wirklich dabei voneinander lernen. Wir müssen auf neue Art Kirche sein. Immer häufiger fiel die Formel, daß diese „neue Art, Kirche zu sein“, heißen müsse: „Freiheit in Gemeinschaft“, Freiheit, zu der Christus uns befreit hat; die uns befähigt zur Gemeinschaft, befähigt,

andere, nämlich „solidarisch“, miteinander umzugehen, in der Gemeinde, im Bistum, im Land, in Europa und vor allem auch darüber hinaus. Aber das alles muß mit einer Umkehr von uns selbst beginnen.

(aus „Mann in der Kirche“ Febr. 1992)

Offenheit, Verständnis, Dialog und Kooperation

Familienpolitische Thesen für Europa

Vom 10. bis 14. Dezember 1991 veranstaltete die Arbeitsgemeinschaft der katholischen Familienorganisationen in Europa unter Federführung des Familienbundes der Deutschen Katholiken eine Fachkonferenz zum Thema „Europa – Aufgabe und Verantwortung für Familienorganisationen“. Die Vertreter von katholischen Familienorganisationen aus 14 Staaten Europas beschäftigten sich zum einen mit Ansätzen einer europäischen Familienpolitik, zum anderen mit dem Engagement der katholischen Verbände beim Internationalen Jahr der Familie.

Zur Einführung in die Thematik stellte Mill Majerus vom Ministère de la Famille et de la Solidarité, Luxembourg, nachfolgende fami-

lienpolitische Thesen für Europa vor, die von den Präsidenten und anderen Repräsentanten der katholischen Familienorganisationen als Leitlinien für ein künftiges Engagement in Europa begrüßt wurden.

Wir tun uns schwer mit der Definition von Familie

Wir erleben heute eine veränderte Familie in einem gewandelten Umfeld. Vielfach tun wir uns schwer dabei, den Begriff Familie in einer für unsere Zeit gültigen und konsensfähigen Art abzugrenzen.

Der diesbezügliche Versuch einer Arbeitsgruppe des Katholischen Akademikervereins in Luxemburg schlug fehl. Es gelang nicht, in einer für alle annehmbaren Formel gleichzeitig Ideal und Wirklichkeit zu erfassen, der Vielfalt der gelebten Modelle gerecht zu werden, die Unterschiedlichkeit der sukzessiven Phasen im Ehe- und Familienzyklus auszudrücken. Aus Angst davor, der Beliebigkeit das Wort zu reden, waren manche Vorschläge sehr restriktiv; der Wunsch, real gelebte Familien nicht auszusondern, führte zu Formulierungen, die Familie zum letztlich aussagelosen „Allerweltskonzept“ werden ließen.

Das Verständnis von Familie ist nach den Worten von Max Wingen „Voraussetzung und Ergebnis zugleich der Familienpolitik“. Insofern bleibt die Frage nach den kon-

stitutiven Elementen der Familie relevant. In dem gesellschaftlichen Kontext einer unleugbaren Entkoppelung von Ehe und Familie scheinen mir folgende fünf Komponenten wichtig:

- Gruppe von Menschen mit engen affektiven Banden, die möglicherweise miteinander verwandt, verheiratet oder verschwägert sind,
- Anwesenheit von wenigstens zwei Generationen (Eltern und Kinder),
- Wohn-, Lebens- und Solidargemeinschaft; gemeinsames Wirtschaften und gegenseitige personale Verantwortung (mit den Worten von Max Wingen),
- gemeinsame Rituale (Gestaltung des Alltags, Kommunikation, Spiele, Feste feiern, Glaube),
- gemeinschaftliche Ausrichtung der Kontakte mit der Außenwelt.

Das Konzept Familie muß inhaltlich aufgefüllt werden

Oft steht der Begriff Familie für ein verschwommenes Zerrbild von Wärme und Glück – die Familie als Zufluchtsideal vor der rauhen Alltagsrealität. In wissenschaftlichen Diskursen steht vor allem die auseinandergebrochene Familie als Ursache menschlichen Leids und Versagens hoch im Kurs. Im übrigen aber ist Familie – besonders im Bereich der Politik – vielen eher suspekt. Das Engagement

für Familie gilt oft als ideologische Restaurationstendenz konservativer Elemente, die den gesellschaftlichen Wandel beharrlich zu ignorieren versuchen. Außerdem ist die Frage berechtigt, inwiefern angesichts unlegbarer Fakten Familie denn überhaupt noch Perspektive habe.

Mit dem Sozialethiker, Professor Rauscher, kann man bedauern, daß auch Katholiken zu wenig über die Bedeutung der Familie reflektiert haben. Zu oft wurde die Frage nach dem Sinn der Familie bündig mit wohlklingenden Formeln beantwortet, die nun viele als hohlklingende Floskeln abtun.

Wer das Plädoyer um Schutz und Förderung der Familie durch die Allgemeinheit mitführt, kommt an der Auseinandersetzung um den Wert der Familie nicht vorbei. In der pluralen Gesellschaft sind konsensfähige Antworten dabei gleichermaßen unverzichtbar und schwierig.

Als diskussionsanregende Arbeitsthese seien einige Aspekte genannt:

- Die Familie ist die elementarste Versorgungszelle. Nach wie vor übernehmen die meisten Familien personal und sozial wichtige Leistungen: Sicherung der Generationenfolge, hauswirtschaftliche Funktionen, Erziehungs- und Bildungsauftrag, Sorge um das körperliche, seelische und soziale Wohl ihrer Mitglieder.
- Familie ist eine gesellschaftli-

che Grundzelle, die sich bislang ihr Recht auf autonome Entwicklung und Eigendynamik erhalten konnte. In einer Gesellschaft, in der immer häufiger Prozesse zentral gesteuert werden, leistet die Institution Familie einen wesentlichen Beitrag zum Erhalt freier Grundrechte. Ihr gewissermaßen sakral verankertes Privileg auf Unantastbarkeit und „Narrenfreiheit“ macht sie zum unverzichtbaren Gegenspieler rational konzipierter und quasi allmächtiger Zentralgewalten.

- Familie ist die Grundzelle des emotionalen Erlebens und prägt so wesentlich den Aufbau und die Entwicklung der menschlichen Persönlichkeit. Dieser Aspekt bekommt um so mehr Gewicht durch den rezenten Wandel um Ehe und Familie. Das Gleiten von den eher sozialen und wirtschaftlichen Funktionen hin zu emotionalen und affektiven Momenten. Ehe und Familie werden zum bevorzugten Ort menschlicher Erfüllung und Glücksfindung. In ihrer Familie erfahren Menschen Liebe, Zuwendung, Anerkennung, aber auch Enttäuschung, Frust, Leid und Einsamkeit. In der Familie lernen Menschen miteinander umzugehen, werden Partnerschaft und Kommunikation erprobt, werden Rivalität und Solidarität erlebt.

- Familie ist die primäre Vermittlerin der tradierten Kulturgüter. Dies gilt für Sitten und Bräuche, Menschen- und Gesellschaftsbilder, politische und philosophische Meinungen, ästhetische und ethische Maßstäbe, religiöse Vorstellungen u.v.a.m. In der pluralen Gesellschaft gilt nicht nur die Vermittlungsmission der Familie in diesem Bereich; Familie wird mehr und mehr auch zum Ort der Auseinandersetzung und Konfrontation, der Meinungsbildung sowie des frei eingegangenen Engagements für bestimmte Werte und Ideale.

Der ideelle und materielle Wert des geleisteten Beitrags der Familien läßt sich nur schwer ermes- sen. In etwa greifbar wird er oft nur dort, wo Familie grob versagt hat.

Von der impliziten zur expliziten Familienpolitik

Max Wingen beschreibt Familienpolitik als „das bewußte und planvoll ordnende, zielgerichtete öffentliche Einwirken auf Struktur und Funktionen der Familie“. Bislang gibt es auf europäischer Ebene bescheidende Ansätze zu einer strukturierten Familienpolitik. Allerdings haben Gemeinschaftspolitiken in anderen Bereichen sehr bemerkenswerte Einflüsse auf das Ehe- und Familienleben. Dies gilt für wirtschaftliche Fragen, Gesundheitspolitik, soziale Sicher-

heit, Umweltprobleme, Erziehung und Arbeitsrecht. Kritische Beobachter stellen fest, „keine europäische Familienpolitik sei eben auch eine Form der Familienpolitik“ und fordern zu Recht eine reflektierte und systematische Handlungsweise.

Wer eine Familienpolitik für Europa verlangt, trägt auch der zunehmenden internationalen Vernetzung der Probleme Rechnung. Ein beredtes Beispiel hierfür ist die Flüchtlingsfrage. Das politische, militärische, wirtschaftliche oder ökologische Geschehen in den fünf Kontinenten schafft den Kontext, in dem Familien sich entfalten – in Europa und in jedem einzelnen Mitgliedland. Die Erkenntnis, „daß alles in allem liege und auch umgekehrt“ (zynische Anmerkung eines Freundes), rechtfertigt keineswegs eine zentralistisch ausgerichtete Familienpolitik. Die diesbezüglichen Erfahrungen in anderen Bereichen stimmen eher nachdenklich. Außerdem gilt es, den regional sehr unterschiedlichen soziokulturellen Traditionen Rechnung zu tragen. Besonders Familienpolitik braucht unterschiedliche Entscheidungsebenen und Handlungsebenen.

Persönliche plädiere ich auf EG-Ebene für ein sehr behutsames Vorgehen, das eher passiv ausgerichtet bleibt und sich minimale Ziele gibt:

- Bedeutung und Wert von Ehe und Familie erkennen,
- Daten und Fakten um Ehe und

- Familie zusammentragen und auswerten,
- Gemeinschaftspolitiken auf ihre familienrelevanten Dimensionen hin analysieren, negative Auswirkungen verhindern oder kompensieren
 - ehe- und familienfördernde Maßnahmen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene, ohne dazu selbst Aktionsinitiativen zu ergreifen,
 - den internationalen Austausch im familienpolitischen Bereich fördern und die Länder ermutigen, den dabei gewonnenen Erkenntnissen Rechnung zu tragen.

Organisatorische Prinzipien der Familienpolitik

Familienpolitik braucht Konzepte, die sich an einigen grundlegenden organisatorischen Prinzipien ausrichten. Die hier folgenden Ausführungen gelten als Diskussionsbeitrag und erheben keineswegs den Anspruch auf Ausführlichkeit.

Globale Ausrichtung

Familienpolitik darf nicht verkümmern zum Alibi. Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß Entscheidungen, Maßnahmen oder Handlungen in sehr unterschiedlichen Bereichen familienrelevante Aspekte beinhalten. Familienpolitik ist dementsprechend ein breitgefächertes Anliegen mit konkre-

ten Auswirkungen in fast allen politischen Entscheidungen.

Systematische Vorgehensweise

Auch wenn es um spezifische Anliegen und Sorgen geht, sollten die angestrebten Maßnahmen die Gesamtheit der familialen Grundfunktionen im Blick haben. Einseitigkeit trägt zur Verkümmern bestimmter Familienfunktionen bei und verkürzt die Wahlmöglichkeiten bei der Gestaltung des Familienlebens. Viele sprechen hier auch vom Prinzip der Flexibilität, das es zu sichern gilt.

Wohl der Gemeinschaft und Freiheit des einzelnen

Das Wohl der familialen Einheit sowie die Rechte des einzelnen auf Selbstverwirklichung sind komplementäre Anliegen. Verantwortung und Freiheit sind nur dort unvereinbar, wo sie in extremer Einseitigkeit gefordert werden.

Mehrgliedrige Trägerschaft

Eine dynamische und phantasievolle Familienpolitik fußt auf dem Engagement sehr unterschiedlicher Träger: Regierungen, regionale und kommunale Instanzen, Kirchen, Gewerkschaften, Arbeitgeber, Medien und Verbände.

Subsidiarität

Familienpolitik steht im Dienst der familialen Autonomie, stützt das Eigenvermögen der Familien

und ermutigt ihre Selbstinitiativen. Ein wichtiges Anliegen hierbei ist die Förderung der inner- und zwischenfamilialen Solidarität. Ohne der Willkür das Wort zu reden, sollte Familienpolitik von einem möglichst breitgefaßten Familienkonzept ausgehen, eine Vielfalt von familialen Gestaltungsmöglichkeiten gewährleisten. Dies gilt beispielsweise bei der Frage nach der Vereinbarkeit von Familie, Erziehung und Beruf.

Familien brauchen Freiheit und Frieden

Familienpolitik hat nur Chancen, wenn sie eingebunden bleibt in das Bemühen um Freiheit, Frieden und Solidarität.

Manche Zeichen der Zeit stimmen sehr nachdenklich. Soziale Unsicherheit, wirtschaftliche Rezession und weitgehende Orientierungslosigkeit sind mitverantwortlich für das Zunehmen von Fremdenhaß, Nationalismus und Rechtsextremismus. Wir müssen annehmen, daß zu einem Zeitpunkt, da die kommunistischen Diktaturen definitiv zusammenbrechen, Freiheit und Demokratie leider keine selbstverständlichen Werte sind.

Obschon unsere europäischen Länder zu den wohlhabensten Nationen der Welt zählen, leben in unserer Mitte Millionen armer Familien (14 % der Gesamtbevölkerung), die in vielen Bereichen ausgesondert sind. Unsere komplex

gestaltete Gesellschaft stellt Anforderungen, denen Menschen vermehrt nicht mehr entsprechen können.

Viele Anzeichen sprachen dafür, daß die jetzigen Migrationswellen nur die Spitze eines gewaltigen Eisberges darstellen. Experten gehen davon aus, daß in den kommenden Jahrzehnten riesige Flüchtlingsströme auf unsere Länder zukommen. Bedingt sind diese durch politische, militärische, wirtschaftliche und ökologische Gegebenheiten.

Erkenntnisse und Prognosen, die uns selbstverständlich in unseren politischen Entscheidungen und Aktionen fordern. Dabei gelten u. a. folgende Erwägungen:

- Unsere Solidaritätspolitik braucht neue Horizonte. Nach den Jahrzehnten des ungebremsten Aufschwungs steht möglicherweise das Jahrhundert des Teilens an. Das Teilen nimmt sehr unterschiedliche Formen an, so unsere Bereitschaft, höhere Preise für Importgüter aus armen Ländern zu zahlen. Individuelle und nationale Egoismen sind dabei immer weniger vertretbar. Die Probleme der Vierten und der Dritten Welt werden heute, spätestens aber morgen, gewollt und ungewollt, auch zu unseren Problemen.
- Der Einsatz finanzieller und materieller Mittel ist keinesweg ausreichend. Es geht nicht zuletzt auch um die Be-

reitschaft, Ärmere und Schwächere in die gesellschaftlichen Prozesse aktiv und verantwortlich mit einzubeziehen. Wer Arme zu sozialen Almosenempfängern macht, sondert sie aus und entmündigt sie, wird mitschuldig am sozialen Unfrieden.

- Es stellt sich auch die Frage nach der Gestaltung unserer Lebensbedingungen. Orientieren wir uns dabei auch künftig am hektischen Rhythmus des technisch Machbaren und wirtschaftlich Erstrebenswerten? Oder sind wir endlich bereit, Maßstäbe anzuwenden, die familienfreundlich sind, kindgemäß, altengerecht, umweltverträglich und menschlich zumutbar?
- Die Befürchtung gilt, daß wir insgesamt die uns gegebenen Möglichkeiten und Mittel ethisch nicht aufzuarbeiten vermögen. Als Beispiel sei hier die rasante Entwicklung im Bereich der Biogenetik angeführt. Hierbei geht es gewiß um sehr viel, die Wahrung fundamentaler Rechte und Werte, die in einer freien Gesellschaft unveräußerlich sein sollten. Es ist dringend notwendig, individuelle und kollektive Prozesse zu fördern, die Menschen zu bewußten und verantwortlichen Entscheidungen befähigen.

Die Politik der Solidarität hat allerdings ganz eigennützige Aspekte, die in der gängigen Auseinan-

dersetzung nicht selten unterschlagen werden. Das System unserer sozialen Sicherheit basiert auf dem sogenannten Generationenvertrag. Die Überalterung unserer Bevölkerung hat schon längst einen komplementären „Ausländervertrag“ unumgänglich gemacht, ansonsten wäre das jetzige Niveau der Sozialleistungen nicht mehr zu halten. Das Statistische Landesamt in Luxemburg hat z.B. kürzlich errechnet, daß bei den augenblicklichen Geburtenquoten ein weiterer beträchtlicher Anstieg ausländischer Arbeitnehmer nötig ist.

Familienpolitik darf nicht zur Sozialpolitik verkürzt werden

Familienpolitik gibt sich spezifische Ziele:

- Paare ermutigen, Kinder zu haben,
- soziale Gerechtigkeit für die Familien anstreben,
- Familien entlasten, die Kinder erziehen oder Alte, Kranke, Behinderte und Sterbende pflegen,
- autonome und verantwortungsbewußte Entscheidungsprozesse bei Paaren und Eltern fördern,
- inner- und zwischenfamiliäre Solidaritätsnetze stärken,
- ein kindgerechtes und familienfreundliches Umfeld schaffen,
- die Rechte der einzelnen Familienmitglieder schützen,
- Familien in besonderen Notla-

- gen spezifische Hilfe gewähren,
- Kinderzulagen u. Familienbeihilfen,
 - Steuererleichterungen,
 - Wohnungshilfen,
 - familienfreundliche Städteplanung,
 - Erziehungsgeld für nicht berufstätige Eltern,
 - Ausbau und Mitfinanzierung soziofamiliärer Einrichtungen; hervorgehoben seien Kindertagesstätten, Heime, Feriendienste, Familienbildungsangebote, Beratungsstellen, Konsumentenschutz,
 - Förderung unterschiedlicher familienfreundlicher Maßnahmen: Freizeit, Sport, Spiel, Kultur, Medien, Verkehr. . .

Eines der spezifischen familienpolitischen Anliegen soll hier besonders herausgestrichen werden: die Anerkennung und Würdigung der Familien-, Erziehungs- und Pflegearbeit. Viele Humanwissenschaftler bestätigen, daß Familie der prioritäre Ort der Erziehung ist. Auch betonen sie immer wieder, Mütter und Väter seien dabei gleichermaßen unverzichtbar. Gerontologen unterstreichen ihrerseits den Wunsch alter, kranker oder sterbender Menschen, möglichst lange in der vertrauten Umgebung ihrer Familie bleiben zu dürfen. Es geht mir keineswegs darum, das Recht beider Eltern auf eine gesicherte Erwerbstätigkeit zu hinterfragen. Doch sollte das Prinzip der freien und flexiblen Entscheidung

gewahrt bleiben. Dies ist in vielen europäischen Ländern nicht gegeben. Wer sich vorrangig in seiner Familie der Erziehungs- oder Pflegearbeit widmet, verzichtet auf ein zusätzliches Einkommen, hat keine direkten Rentenansprüche, findet gesellschaftlich kaum Anerkennung, kann nur selten auf entlastende Dienstangebote zurückgreifen. Inner- und zwischenfamiliäre Solidarität wird so fast systematisch hintertrieben. Eine konsequente ehrliche Familienpolitik sollte auch folgende Maßnahmen beinhalten:

- hauswirtschaftliche Bildungsangebote für alle Familienmitglieder,
- Ausweitung des Erziehungsgeldes,
- volle Anerkennung der Erziehungs- und Pflegejahre bei der Berechnung der Rente (Beitragsleistung durch die öffentliche Hand)
- Förderung der Initiativen im Bereich der Nachbarschaftshilfe,
- Ausbau der Heimhilfendienste und anderer familienentlastender Angebote (z. B.: Ferienbetten für Pflegebedürftige, Spielnachmittage).

Keine europäische Familienpolitik ohne die Familien

Die Verwirklichung familienpolitischer Konzepte auf EG-Ebene braucht die Kooperation engagierter Politiker und kompetenter Fa-

milienwissenschaftler sowie vor allem den Beitrag der Familien und ihrer Verbände.

Familienpolitik auf europäischer Ebene darf sich keinesfalls verselbständigen oder zu einer weiteren potentiellen Machtposition für Beamte oder Experten degenerieren. Es ist unablässig, hier nochmals die subsidiarische Rolle der unterschiedlichen Zentralgewalten zu betonen.

Die Schaffung aufwendiger Strukturen auf EG-Ebene scheint mir wenig ergiebig. Notwendig allerdings ist es, den Familien in Europa eine effiziente Lobby zu geben. Und sei es nur, um den gewaltigen Druck mächtiger Wirtschaftskonzerne wenigstens teilweise zu bremsen.

Ganz ohne Handlungsinstrumente kommt man gewiß nicht aus, es sei denn, man beschränke sich auf gutgemeinte Absichtserklärungen.

Persönlich stelle ich mir folgende Einrichtungen vor (EG-Ebene).

- eine dem EG-Kommissionspräsidenten zugeordnete Familienabteilung, die das familienpolitische Handeln der Kommission koordiniert;
- ein nach dem Muster des Wirtschafts- und Sozialrats funktionierender Familienrat der EG; in ihm vertreten wären vor allem die Familienverbände, dann auch Familienwissenschaftler, Politiker und Beamte; er sollte die Politik der EG auf ihre familienrelevanten

Aspekte hin analysieren, gegebenenfalls familienpolitische Aktionsprogramme vorschlagen;

- der Ausbau der „Europäischen Beobachterstelle für Familienpolitiken“ zum „Familienwissenschaftlichen EG-Institut“; es sollte nicht nur Fakten sammeln und wissenschaftlich abgesicherte Ergebnisse zusammentragen; auf wissenschaftlicher Basis sollte es an der Auswertung bestehender Maßnahmen sowie an der Erarbeitung potentieller Handlungskonzepte beteiligt sein; es hätte ebenfalls den Auftrag, familienwissenschaftliche Kolloquien mit unterschiedlichen Themen anzubieten;
- der regelmäßige Austausch und die enge Zusammenarbeit der in den EG-Ländern zuständigen Ressortminister.

Es ist jedenfalls unabdingbar, die Anerkennung, den Schutz und die Förderung von Ehe und Familie auch in den Römischen Verträgen zu verankern.

Eine in unserem Rahmen vielleicht noch wichtigere Ebene ist der Europa-Rat. Ich möchte hier nur kurz nochmals zwei Ideen aufgreifen, die unserem Kreis auch von Herrn Jans und Dr. Greib ins Gespräch gebracht wurden:

- die Charta der Rechte der Familie,
- die Direktive über Minimalleistungen im Bereich der Familienzulagen.

Das Internationale Jahr der Familie werde ich als einen unschätzbaren Anlaß, unsere Anliegen zu bedenken, zu formulieren und dafür einzutreten. Wenn wir die Gelegenheit nicht nutzen, sind wir selber schuld.

Der spezifisch christliche Beitrag

Beim Aufbauwerk des europäischen Hauses haben Christen sicherlich einen wesentlichen Beitrag zu leisten. Dies gilt nicht zuletzt im Bereich des Engagements um Ehe und Familie.

Die Kirchen sehen in Ehe und Familie ein besonders wertvolles Gut, würdigen sie nicht nur als Ort menschlicher Erfüllung, sondern auch als Zeichen der göttlichen Güte und Barmherzigkeit.

Das Gelingen von Ehe und Familie allerdings ist gekoppelt an tiefere menschliche Werte, aus denen sich bestimmte Handlungsnormen ableiten. Christen werden von daher auch familienpolitische Konzepte kritisch an der Wert- und Normenfrage überprüfen (vgl. Pontificium Consilium pro Familia, Stellungnahme zum Internationalem Jahr der Familie, Mai 1990).

Ich bin überzeugt, daß Christen in verschiedenen Fragen um Ehe und Familie besonders sensibel reagieren:

- Der Schutz des ungeborenen, des kranken oder des schwachen Lebens
- der Wunsch ungezählter Liebender, sich einander vorbehaltlos zu schenken

- die Bindungsangst vieler Menschen
- die Not der in ihrer Liebe gescheiterten Menschen
- der Anspruch auf Vollkommenheit sowie auch das Wissen um die menschliche Begrenztheit
- die Sorge und Verantwortung um sozial Ausgesonderte

Christen stehen vorerst in der Verpflichtung, sich auch untereinander mit den Fragen um Ehe und Familie offen auseinanderzusetzen. Die akuten Probleme ihrer Zeit stellen sie dabei vor keine leichte Aufgabe. Auf dem Hintergrund der kirchlichen Tradition heißt es, die Frohbotschaft von Jesus Christus immer neu zu aktualisieren. In der pluralen Welt sind Christen sodann gefordert, ihren Beitrag zu gesellschaftlich konsensfähigen Lösungen zu leisten. Dies kann nur glücken in einer Atmosphäre von Offenheit, Verständnis, Dialog und Kooperation.

In diesem Zusammenhang möchte ich abschließend die „Arbeitsgemeinschaft der katholischen Familienorganisation in Europa“ zu ihren wertvollen Initiativen beglückwünschen.

(aus „Stimme der Familie“, Nr. 2/92)

KIRCHE UND STAAT

Zur Lage der katholischen Militärseelsorge

Zur Lage der katholischen Militärseelsorge haben wir einen Bericht des Militärbischofs, Erzbischof Dr. Johannes Dyba, entgegengenommen.

Am 1. Januar 1990 ist für die katholische Militärseelsorge ein neues Statut in Kraft getreten, das im Einvernehmen vom Heiligen Stuhl, Bundesregierung und Deutscher Bischofskonferenz die bewährte Struktur der Militärseelsorge bestätigt und Ergänzungen in Detailfragen enthält.

Die Seelsorge für Soldaten wird weiterhin von hauptamtlichen Militärpfarrern auf Zeit wahrgenommen, die mit dem jeweiligen Ortspfarrer zusammenarbeiten. Besonders Gewicht kommt dabei der Zusammenarbeit mit dem evangelischen Militärseelsorger zu, die häufig sehr intensiv ist.

Die Golfkrise und der Golfkrieg haben die Militärseelsorge im vergangenen Jahr vor unerwartete Aufgaben gestellt und erhebliche Spannungen moralischer und psychischer Art bei den Soldaten, ihren Familien und in der deutschen Öffentlichkeit hervorgerufen. Die Militärggeistlichen waren damals in besonderer Weise zur

geistig-ethischen Orientierung und spirituellen Begleitung der Soldaten und ihrer Angehörigen gefordert, in besonderem Maß von den Soldaten, die am Einsatz im Rahmen der Bündnisverpflichtungen teilgenommen haben. Die seelsorgliche Hilfe wurde stark in Anspruch genommen, auch von „kirchenferneren“ Soldaten.

Von seiten des Bundesministeriums der Verteidigung werden von den Militärseelsorgern theologisch und ethisch qualifizierte Beiträge zu sittlichen Grundfragen, zur Friedens- und Sicherheitspolitik erwartet. Besonders in den neuen Bundesländern bedarf die Militärseelsorge der Unterstützung durch den Orts- und Ordensklerus als Standortpfarrer im Nebenamt. Aufgrund der extremen Diasporasituation sind hier neuartige Modelle der Zusammenarbeit haupt- und nebenamtlicher Standortpfarrer erforderlich.

Trotz der Verringerung der Streitkräfte ist weiterhin eine große Anzahl von Standorten durch Militärggeistliche zu besetzen. Die Deutsche Bischofskonferenz wird daher die Ordensoberen bitten, sich weiterhin und verstärkt an der Seelsorge für die Soldaten zu beteiligen.

In den neuen Bundesländern beteiligt sich die evangelische Kirche nicht an der Militärseelsorge. Dies ist nach Ansicht der Vollver-

sammlung besorgniserregend, weil die Seelsorge an Soldaten von beiden Kirchen bisher wahrgenommen wurde. Es ist bedauerlich, daß diese Gemeinschaft derzeit nicht gegeben ist. Die Vollversammlung brachte die Hoffnung zum Ausdruck, daß sich die evangelische Kirche in den neuen Bundesländern nicht der Seelsorge an Soldaten entzieht.

(aus Pressedienst der DBK-Dokumentation v. 12.3.92)

Unabhängigkeit ist garantiert

Keine Änderung des Seelsorgevertrages

Das Fehlen der „bewährten Zusammenarbeit“ mit den evangelischen Militärpfarrern im Osten Deutschlands beklagt der Generalvikar der Katholischen Militärseelsorge, Dr. Ernst Niermann. Dagegen seien der katholische und der evangelische Militärpfarrer in den Kasernen der alten Bundesländer für Soldaten in gleicher Weise präsent und erreichbar. Diese Kooperation geschehe im Interesse der Soldaten und habe sich hervorragend bewährt.

Beide Pfarrer böten für Soldaten ihrer Konfession Sprechstunden, Gottesdienste und Lebenskundlichen Unterricht an. Und gerade an

letzterem scheiden sich offensichtlich die Geister. Denn vor allem die evangelischen Kirchen in den neuen Bundesländern befürchten eine zu große Staatsnähe der Militärseelsorge, die sich besonders beim Lebenskundlichen Unterricht zeige.

Dies allerdings läßt Dr. Niermann nicht gelten. Er führt als Beispiel die Themen des letzten Jahres auf, die sich ausschließlich als Lebenshilfe bei zwischenmenschlichen Problemen der Soldaten und deren Familien und mit der Weltverantwortung der Kirche befaßten. Es sei ein Gewinn für die Seelsorge, betonte Niermann, daß diese Themen von dem Evangelischen Kirchenamt für die Bundeswehr und dem Katholischen Militärbischofsamt in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium der Verteidigung festgelegt werden und im Dienstplan in den Kasernen erscheinen. Die Beratungen mit den leitenden Soldaten aus dem Ministerium hätten durch entsprechende Anregungen zu einer praxisnäheren Formulierung der Themen geführt. „Die Themenfindung“, betonte Dr. Niermann, „ist Sache der Kirche.“

Der Militärpfarrer als Durchführender könne dabei Hilfen zur Bewußtseins- und Gewissensbildung der Soldaten leisten, die trotz Dienstplan keinesfalls gezwungen werden, am Lebenskundlichen Unterricht teilzunehmen. Zudem biete der Lebenskundliche Unterricht auch kirchenfernen Soldaten die

Möglichkeit zu einer ersten Begegnung mit dem Pfarrer.

Dr. Ernst Niermann lobt den Seelsorgevertrag. Die derzeit geltende rechtliche Vereinbarung zwischen katholischer Kirche und dem Staat garantiere den Militärpfarrern die notwendige Unabhängigkeit in der Bundeswehr, die sie als Seelsorger brauchen. Die Bewegungsfreiheit des Militärpfarrers in den Kasernen und Sicherheitsbereichen der Bundeswehr werden durch seine Stellung als Beamter auf Zeit gewährleistet. Er finde alle erforderlichen Arbeitsmöglichkeiten und Kommunikationsmittel vor. Und darauf wolle man nicht verzichten.

Dr. Niermann erinnerte an die Aktion Kurdenhilfe während der Golfkrise im vergangenen Jahr. Nur auf Grund der geltenden rechtlichen Vereinbarungen sei es möglich gewesen, daß Militärbischof DDr. Johannes Dyba kurzfristig und flexibel Militärpfarrer zur Betreuung der Soldaten mitschicken konnte. Sie seien auch die Voraussetzung dafür, daß die Entscheidung über die seelsorgerische Begleitung im konkreten Fall wirklich in der Hand des Bischofs bleibt und nicht an Sach- oder Organisationszwängen scheitert.

Heribert Lemberger
(aus *Kompaß* Nr. 6 v. 6. 3. 92)

„Immer ein offenes Ohr für die Menschen“

Staat und Kirche würdigen Engagement von Erzbischof Kredel

Bonn, 25. 2. 92 (KNA). Zahlreiche Vertreter aus Staat und Kirche haben dem Bamberger Erzbischof Elmar Kredel zu seinem 70. Geburtstag gratuliert und vor allem sein seelsorgerisches Wirken hervorgehoben. „Immer haben Sie für die Fragen und Sorgen der Menschen ein offenes Ohr und verstehen es, ihnen mit Rat und Orientierungshilfe zur Seite zu stehen“, schreibt Bundeskanzler Helmut Kohl in einem am Montag in Bonn veröffentlichten Glückwunschsreiben. Besonders dankte er Kredel für seine langjährige Arbeit als Militärbischof für die Bundeswehr.

Der Erzbischof habe dazu beigetragen, daß die Seelsorge für die Soldaten einen festen Platz in der Gesellschaft habe und daß sich „unsere jungen Staatsbürger in Uniform mit Fragen von geistiger Dimension und von ethischer Bedeutung auseinandersetzen“, unterstreicht der Bundeskanzler. Dies sei ein „Friedensdienst im wahren Sinne des Wortes, auf den wir nicht verzichten können“. Bundesinnenminister Rudolf Seiters (CDU) würdigte in seinem Glückwunschsreiben den Bamberger

Erzbischof als einen Seelsorger, „der wie kein anderer in seiner Person hohe wissenschaftliche Bildung, soziales Engagement mit reiner seelsorgerischer Erfahrung vereint“. Seiters unterstreicht, „durch Ihr segensreiches Wirken zum Wohle ihres Bistums und darüber hinaus haben Sie sich die Zuneigung und Anerkennung vieler Menschen in unserem Lande erworben“.

Bei einem Festakt in Bamberg nannte der Münchener Kardinal Friedrich Wetter seinen Amtsbruder einen „prophetischen Mahner“, der sein Bistum nicht als Aufseher verwalte, sondern wie ein „guter Hausvater“ für die Diözese Sorge trage. Der Nachfolger Kredels als Militärbischof, Erzbischof Johannes Dyba, überbrachte Grüße und Glückwünsche der Soldaten (denen sich die Redaktion des „Auftrag“ anschließt). Kredel habe den Militärseelsorgevertrag für die Bundeswehr in beispielhafter Weise mit Leben gefüllt. Die bayerische Justizministerin Mathilde Berghofer-Weichner (CSU) lobte das „untrügliche Gespür“ Kredels für das „Daseinsrecht von Staat und Kirche“.

Der gebürtige Nürnberger, 1950 zum Priester geweiht, hat sowohl auf wissenschaftlichem als auch auf seelsorgerischem Gebiet Erfahrungen gesammelt: Seine Studien in Rom schloß er als Lizentiat der biblischen Wissenschaften ab; als wissenschaftlicher Assistent war er am Exegetischen Seminar

der Universität München tätig. Die Pfarreien Freienfels und Hollfeld waren dann die Stationen seines Wirkens als Pfarrer. 1967 in das Bamberger Metropolitankapitel gewählt, waren seine Tätigkeitsfelder die Erwachsenenbildung, die Jugendseelsorge und die Caritas. 1977 ernannte Papst Paul VI. Elmar Maria Kredel zum Erzbischof von Bamberg; 1978 erfolgte die Ernennung zum katholischen Militärbischof für die Deutsche Bundeswehr, ein Amt, das Kredel bis Ende 1990 innehatte. In dieser Zeit errichtete er das „Institut für Theologie und Frieden“, das einen wichtigen Beitrag zum besseren Verständnis der heutigen kirchlichen Friedenslehre leistet. Als Militärbischof hat sich Kredel immer wieder vor die Soldaten gestellt und den ethisch begründeten Dienst des Soldaten für die Gemeinschaft verteidigt. Stets suchte der Erzbischof das persönliche Gespräch mit den Soldaten und nahm sich ihrer Sorgen an.

(aus NIMM Nr. 6/7 vom 26.2./5.3.92)

Solidarisch
IN DER
EINEN WELT

Postgiro Köln 556-505

MISEREOR

Aktion gegen Hunger und
Krankheit in der Welt

Mozartstr. 9
5100 Aachen

Vom schwierigen Umgang mit der Vergangenheit

Hat sich die katholische Kirche im Griff des SED-Staates befunden? – Das Dilemma der Historiker

In unserer Ausgabe vom 11. Januar 1991 hat Helmut Matthies sich mit den Beziehungen der Evangelischen Kirche zum DDR-Staatssicherheitsdienst befaßt. Heute setzt der Freiburger Historiker Ulrich Kluge die Diskussion um die Aufarbeitung der kirchenpolitischen Vergangenheit der DDR fort. Kluge ist Professor für Neuere/Neueste Geschichte und für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i.Br. und Gastprofessor an der Technischen Universität Dresden. Seine Ausführungen basieren auf dem weitgehend unveröffentlichten Material aus den Akten des DDR-Staatssekretariats für Kirchenfragen und Zeitzeugen-Interviews. Kluge bemüht sich in erster Linie um Aufbau und politische Methodik der DDR-Kirchenpolitik. Hierbei geht es hauptsächlich um Strukturen und Wirkungszusammenhänge, erst dann um Personen und ihre Verantwortung.

Kein Tag vergeht, ohne daß spektakuläre Einzelheiten über das Verhältnis von SED-Staat und

Kirchen, insbesondere von Staatssicherheitsdienst und evangelischer Kirche, in der Öffentlichkeit bekannt werden. Wann und welche Einzelheiten aus der katholischen Kirche die Schlagzeilen zieren, scheint nur noch eine Frage der Zeit zu sein. Die Behauptung, die DDR sei im Herbst 1989 einer „protestantischen Revolution“ zum Opfer gefallen, will heute nicht mehr so überzeugen, wie noch vor einem Jahr. Leiser als früher klingt der Vorwurf gegenüber der katholischen Kirche als „schweigende Kirche“. Daß sie jedoch in Kontakten mit staatlichen Kirchen- und Sicherheitsbehörden „schweigend“ gewesen sei, daran wird inzwischen gezweifelt. In den öffentlichen Verlautbarungen einzelner Jurisdiktionsbezirke schwingt Besorgnis um die Glaubwürdigkeit der eigenen Vergangenheit und Integrität von Mitarbeitern deutlich mit.

Der Staat brach in die Kirche ein

Warum ist die wissenschaftliche Aufarbeitung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche so schwer? An der Aufarbeitung des Verhältnisses von SED-Staat und Kirche sind zur Zeit die verschiedensten Interessenten mit unterschiedlichsten Motiven beteiligt, vor allem Journalisten, Hobby-Historiker, Mitarbeiter des Beauftragten der Bundesregierung für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes, Gauck. Nur verein-

zelt wagen sich professionelle Historiker an die komplizierte Materie, obwohl der Weg in die Archive der ehemaligen DDR und an einst unerreichbare Aktenbestände entscheidend kürzer geworden ist. Aber selbst dem hartgesottenen Berufshistoriker, der viel Zeit seines Berufslebens zwischen archivierten Aktenbergen zugebracht hat, wird die Arbeit an den staatlichen Kirchenakten zu einer Qual. Warum? Es ist nicht die Fülle der zu bewältigenden Papiere, es sind auch nicht die zuweilen unzulänglichen Zustände in den Archiven. Es ist der Blick in ein politisches Beziehungsgeflecht zwischen Staat und Kirchen, der selbst böse Ahnungen, von Hoffnungen ganz zu schweigen, verwirft. Wie bringt man die überquellenden Informationen über Kircheninterna in einen Zusammenhang? Selbst wo Zweifel am Wahrheitsgehalt der behördlichen Zuschreibungen zu Lasten einzelner Kirchenvertreter unmittelbar beim Lesen entstehen, bleibt ein Rest von Betroffenheit und Trauer über den Einbruch des Staates in die kirchliche Gemeinschaft.

Die eigentliche Aufgabe des Historikers erschöpft sich jedoch nicht in der Sammlung und Aufarbeitung der selektierten Informationen. Sie darf sich auch nicht darin erschöpfen, sonst geriete der Historiker zwangsläufig zum nachträglichen Moderator der SED-Kirchenpolitik, bestenfalls zum Subunternehmer Gaucks. Zu-

gegeben: Nie war die Versuchung so groß, in aktuelle Geschehnisse gestaltend einzugreifen, nie war die Gelegenheit so verfänglich, sich in der Medienöffentlichkeit mit Namen belasteter Kirchenpersönlichkeiten zu brüsten. Die „Ausbeute“ eines mehrwöchigen Aktenstudiums ist in der Tat beträchtlich: Sie reicht von Namenslisten aus den Kirchen von der Führungsspitze bis zur Basis (Bischöfe beider Kirchen, Prälaten, Ordensmitglieder, Weltgeistliche, Pastoren, Synoden- und Konsistorialmitglieder) über befremdende Details aus der Theologie-Professorenschaft Berlins und Erfurts bis zu Vorgängen in der katholischen Laienbewegung. In allen Fällen aber geht es um ausnutzbare Schwächen der Kirche, ihres Personen- und Institutionsgefüges, weniger um ihre Stärken.

Der Historiker unserer Tage befindet sich in einem tiefen Dilemma, das keine Parallele kennt: Durch die Beschäftigung mit der DDR-Kirchenpolitik, insbesondere mit der „Kirche im Sozialismus“, drohen dem Wissenschaftler innere und äußere Freiheit als Grundvoraussetzung für einen diskussionsfördernden Forschungserfolg abhanden zu kommen. Dafür gibt es mehrere Gründe: Ein besonderer Grund liegt darin, daß die traditionelle Grenze zwischen Journalismus und Zeitgeschichtsschreibung nicht mehr in aller Eindeutigkeit besteht. Ein anderer Grund liegt in dem Maßstab, mit

dem der Historiker an die Beurteilung der kirchenpolitischen Vergangenheit geht. In diesem Punkt verzahnen sich wissenschaftliche Interessen und Tagespolitik besonders eng. Bundespräsident von Weizsäcker hat kürzlich erklärt, daß „der Umgang mit der DDR-Staatsmacht... immer eine schmale Gratwanderung (bedeute)“. Er warnte in diesem Zusammenhang vor dem „moralischen Rigorismus“ bei der Suche nach vermeintlichem oder tatsächlichem „Fehltritt auf diesem Weg“.

Der Blick in die SED-Staats- und Parteiakten offenbart eine Vielzahl dieser „Fehlritte“. Akten können sehr leicht zur „Waffe“ gegen die Kirche im allgemeinen geschmiedet werden. Aber besonders die staatlichen Kirchenakten müssen den Charakter behalten, den ihnen die staatlichen Kirchenbehörden gaben: Erfolg oder Mißerfolg des atheistischen SED-Regimes zu dokumentieren, Kirche und Glauben aus dem Lebenshorizont der Menschen in der DDR systematisch herauszudrängen. Dazu wird nötig sein, die freiwilligen und ahnungslosen Helfer auf kirchlicher Seite ebenso in den Zeugenstand zu biten wie die bewußten Täter und die unschuldigen Opfer der zerstörerischen Kirchenpolitik. Keineswegs aber gebührt den Christen aus der ehemaligen DDR der Vorzug, allein und ohne westdeutsche Beteiligung an die Aufarbeitung ihrer kirchenpolitischen Vergangenheit zu gehen. Schließlich geht es unge-

achtet der kirchenpolitischen Geographie darum, daß Christen in beiden Teilen Deutschlands von der verlorenen Einheit der Kirche betroffen waren. Zudem gerieten auch die Christen aus der Bundesrepublik Deutschland in das Blickfeld und sogar unter den Druck der Überwachungsbehörden. Auch als DDR-Besucher blieb man nicht von Schikanen verschont, die man sich durch das offene Bekennen des Glaubens zuzog.

Konflikte der historischen Forschung

Alles das zusammengenommen macht die gemeinsame Aufarbeitung an der DDR-Vergangenheit beider Kirchen so schwierig. Mehr noch: Versuche, mit namentlich in den Akten aufgeführten Persönlichkeiten ins klärende Gespräch zu kommen, gerieten zuweilen mit dem Vorwurf der „Schnüffelei“ schnell in die Sackgasse. In einem besonders eklatanten Fall wurde durch Androhung eines „Riesensrechtsstreits“ versucht, Quellenmaterial von der Veröffentlichung auszusparen. Unwillkürlich fragt man sich, ob der allein um das strukturierende Verstehen bemühte Historiker nicht aktuelle ökumenische Belange tangiert und nicht Kritik an der einen Kirche den interkonfessionellen Frieden mit der anderen Kirche stören könnte. Es bleiben zurück Resignation und Betroffenheit über die enge Verflechtung von Geschichte und Ge-

genwart, sie macht jedes Bemühen um klärende Distanz zum Untersuchungsgegenstand zunichte. Distanz ist nötig, denn sie erlaubt es nicht, die DDR-Kirchenakten als nachträgliche Legitimation für aktuelles Unbehagen an der Institution Kirche und einzelnen Persönlichkeiten zu benutzen. Überall dort, wo sie nicht erreicht wird, feiern Kirchenpolitiker wie Klaus Gysi, wie Löffler, Flint, Götting, Weise, Kalb und Dohle späte Siege. So bleibt zu hoffen, daß die kirchenhistorische Forschung bald aus der Zone der Sensationsbildung herauskommt. Danach erst beginnt die von seriösem Erkenntnisinteresse getragene Arbeit der Fachleute. Und wenn es dann zum Konflikt kommt, dürfte er sich um den Forschungsansatz drehen. Bereits jetzt zeichnen sich die zentralen Fragen ab, die gleichermaßen für beide Kirchen in der DDR bis 1989 und im Deutschland der Gegenwart gültig sind: Wieviel glaubenszerstörenden „Sozialismus“ vermochte die SED-Kirchenpolitik in die Kirchen zu bringen? Welcher Mittel bedienten sich dabei Staat und Partei? Auf welche Erfahrungen mit der jeweils anderen Glaubensgemeinschaft in der DDR und den Kirchen im Ostblock griffen Staat und Partei zurück? Wie konnte aus der propagierten „Kirche im Sozialismus“ mehr und mehr Sozialismus in der Kirche werden? Erst unzweifelhafte Antworten auf diese Fragen werden über die Glaubwürdigkeit beider

Kirchen im allgemeinen, einzelner Repräsentanten im besonderen in der Kirchenöffentlichkeit entscheiden.

In welchem staatlichen Beziehungsgeflecht befand sich die katholische Kirche? Der Organisationsaufbau zur kirchenpolitischen Lockung und Lenkung wurde systematisch seit 1957 mit der Gründung des Staatssekretariats für Kirchenfragen entwickelt. Mehr und mehr verlagerten sich bis zum Ende der DDR 1989 die kirchenpolitischen Entscheidungen vom staatlichen Sektor (Ministerrat) in die Zuständigkeit der Partei (Zentralkomitee und Politbüro), während das Ministerium für Staatssicherheit systematisch in die Rolle einer kirchenpolitischen Exekutive hineinwuchs. Hinter den Verbindungssträngen und Zahlenkürzeln stehen Namen und Funktionen, Abhängigkeiten und Zugeständnisse, taktische Winkelzüge und kirchenpolitischer Opportunismus. Es stehen dahinter aber auch – und das betrifft in erster Linie die Pfarrgemeinden, kirchliche Hilfsorganisationen und Ordensgemeinschaften – Angst und Einsamkeit, unerschütterlicher Glaube und praktizierte Nächstenliebe.

Viele Geistliche und viele gläubige Katholiken kamen mit diesem Apparat direkt oder indirekt, merklich und unmerklich in Berührung. Nicht in jedem Fall, insbesondere in Teilen der katholischen Laienbewegung, die bis zum Dezember

1990 ihre DDR-Identität zu wahren beabsichtigten, wurde darin die zerstörerische Widersprüchlichkeit einer „Kirche im Sozialismus“ erkannt oder konnte erkannt werden. Die Analyse der kirchenpolitischen Quellen gestattet folgenden Forschungsansatz: Langfristig rangen in der SED-Kirchenpolitik Ideologen und Pragmatiker um den bestimmenden Einfluß. Die Abhängigkeit des Regimes von außenpolitischer Anerkennung und wirtschaftlicher Unterstützung vertrat sich nicht mit einem „Kirchenkampf“ nach nationalsozialistischem Muster. Die sozial- und wirtschaftspolitisch immer schwächer werdende DDR verwies die kirchen- und religionsfeindlichen Ideologen vorläufig auf die Reservebank. Taktische Zugeständnisse an die Kirchenführung dienten nicht dem echten Ausgleich. Spätestens seit der Geheimkonferenz der „Staatlichen Ämter für Kirchenangelegenheiten in den sozialistischen Ländern“ in Budapest (26./27. Juni 1967) wies das Signal in eine kirchenpolitische Zukunft, an deren Ende der kirchenfreie Ostblock stehen sollte. Thesenartig lassen sich folgende Schwerpunkte der kommunistischen Kirchenpolitik für die kommenden Jahrzehnte herausstellen:

- Die katholische Kirche befindet sich seit dem II. Vatikanum in einem Zustand ausnutzbarer Widersprüchlichkeit.
- In den RGW-Staaten hält ein „permanenter Konflikt zwi-

schen der politischen Stellungnahme der gläubigen Staatsbürger und den Nichtgläubigen“ an.

- „Die Wirkung des ständigen fortschrittlichen Einflusses auf die gläubigen Seelen wird immer größer.“
- Der Vatikan gerät immer mehr unter den Druck radikalierter katholischer Massen „in den fortschrittlichen linksgerichteten Ländern“.

Die neue Taktik hieß „innerer Kirchenkampf“, nicht Wandel durch Annäherung, sondern Zerstörung der Kirche durch sich selbst. „Die Ideologen der Deutschen Bundesrepublik“, faßte der Direktor des polnischen Amtes für Kirchenfragen, Alexander Szkarzynski, zusammen, „treten an die Stelle derjenigen französischen Ideologen, die das Episkopat des Radikalismus angeklagt hat. Im Dialog treten diese westdeutschen Ideologen als Quelle der Freiheit auf.“

Ulrich Kluge

*(aus Deutsche Tagespost
v. 29.2.92)*

**„Kannst du kein Stern
am Himmel sein,
sei eine Lampe im
Haus!“**

(Arabisches Sprichwort)

Beitrag der Konferenz der O.I.C. zur Synode der europäischen Bischöfe in Rom, Dezember 1991

Der Beitrag der O.I.C. zum Auftrag der Kirche in Europa

Die Organisation International Catholic – O.I.C. – sind Vereinigungen von Gläubigen, die vom Heiligen Stuhl anerkannt und unterstützt werden. Sinn und Zweck dieser Vereinigungen ist es, auf allen Gebieten des weltlichen Lebens, auf denen sie tätig sind, sowohl auf örtlicher als auch auf internationaler Ebene gemeinsam Zeugnis von der Botschaft des Evangeliums abzulegen.

Die meisten O.I.C. haben regionale, mehr oder weniger formelle Strukturen, die es ihnen erlauben, spezielle europäische Projekte im Geiste ihres Gründers und im Rahmen internationaler Programme zu verwirklichen.

Seit Ende des 2. Weltkrieges konnten sich die O.I.C. in den westeuropäischen Ländern frei entfalten und ihre Ziele erreichen. In den osteuropäischen Ländern war dies nicht der Fall. Wie die Völker, wie die Kirche, hatten sie unter Trennung und Zwang zu leiden.

Im Westen

Die O.I.C. haben, in juristischer Hinsicht, einen doppelten Status: zum einen den kirchlichen Status einer Vereinigung von Gläubigen innerhalb der Kirche und zum anderen den zivilrechtlichen Status einer internationalen, legal gebildeten Vereinigung. Auf dieser Grundlage bringen die O.I.C. gemeinsame christliche Wertvorstellungen in die Gesellschaft ein, und zwar auf allen Ebenen und in allen Aufgabenbereichen: Erziehung und Jugendarbeit, gesellschaftliche Kommunikation, soziale und humanitäre Aufgaben, Gesundheitswesen, Berufswelt, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, Kultur, Friedenssicherung.

Die O.I.C. haben fast alle eine beratende Funktion im Europarat, sind in den verschiedenen Arbeitsgruppen nicht-staatlicher Organisationen vertreten und werden, bei Bedarf, zu Konsultationen herangezogen.

Mehrere O.I.C. unterhalten Verbindungen zur Kommission der Europäischen Gemeinschaft. Sie sind direkt an bestimmten Projekten der EG beteiligt, wie zum Beispiel Kampf gegen die Armut, Projekte in Entwicklungsländern, Berufsausbildung, wirtschaftliche und soziale Studien.

Bei diesen zwischenstaatlichen, europäischen Organisationen wie auch bei den Organisationen der Vereinten Nationen in Paris, Wien, Genf, Rom und New York können

die O.I.C. Wertvorstellungen des Evangeliums, die die Grundlage ihrer Arbeit sind, einbringen. Da sie am weltlichen Leben teilnehmen, sozusagen vor Ort sind, wissen sie über Bedürfnisse und Wünsche „an der Basis“ Bescheid und können sie weitergeben.

Auf der anderen Seite unterrichten die Vertreter der O.I.C. bei zwischenstaatlichen und nicht-staatlichen Organisationen die Mitglieder der O.I.C. über die Tätigkeit dieser Organisationen und stärken somit das Bewußtsein für die Notwendigkeit einer Solidarität zwischen den europäischen Ländern und zwischen Europa und der übrigen Welt.

Das führt zu diversen Initiativen, die je nach Art der O.I.C. unterschiedliche Gebiete betreffen. Hier seien nur einige Themen von allgemeinem Interesse erwähnt: Hunger, Emigranten, Kampf gegen die Armut, Umwelt, Bevölkerungsprobleme, Arbeitslosigkeit, Überlegungen zu „Wissenschaft und Ethik“, Erziehungs- und Bildungswesen, Drogenproblem, Nord-Süd-Gefälle und natürlich Ost-West-Beziehungen.

Im Osten

Eine freie Gemeinschaft im Osten gab es in der Vergangenheit nicht, schon gar nicht eine freie katholische Gemeinschaft. Die nationalen Zweige der O.I.C. wurden abgeschafft.

Die Bischöfe im Osten haben uns gesagt, wie die Katholiken,

trotz aller Leiden, Zerstörungen und Massaker, diese Finsternis überstanden haben. Ihr Glaube hat dazu beigetragen, daß die Hoffnung nicht ganz aufgegeben wurde und die Barmherzigkeit in Jesus Christus weiterlebte. Wir wissen jetzt, daß einige O.I.C. „im Untergrund“ weiterwirkten, wenn auch unter sehr schweren Bedingungen.

Obwohl in ihrer Substanz sehr geschwächt, haben die O.I.C. versucht, und machmal sogar mit Erfolg, gewisse Kontakte zu halten, Korrespondenzen weiter zu führen, Informationen, ja sogar Arbeitsprogramme zu übermitteln.

Solche Demarchen, die sehr vorsichtig eingeleitet werden mußten, waren immer schwierig, in manchen Ländern völlig unmöglich. Dazu kommt, daß vier Jahrzehnte lang sind und die Partner von 1950 oft nicht mehr lebten. Trotzdem hat man sich jetzt in brüderlicher Verbundenheit und voller Hoffnung wieder gefunden. Obwohl das O.I.C.-Netz im Osten völlig neu aufgebaut werden muß, sind erste Fäden für einen Austausch gesponnen und konkrete Projekte eingeleitet worden.

Die Situation heute und ein Ausblick in die Zukunft

Eine der ersten Maßnahmen, die – zumindest in den meisten Ländern – seit letztem Jahr möglich sind, ist die Organisation persönlicher Begegnungen:

- Einladungen zu Konferenzen und Seminaren, die in westeuropäischen Ländern abgehalten werden,
- persönliche Besuche im Osten und umgekehrt,
- Freizeiten und Treffen von Jugendlichen.

Austauschprojekte erfordern, wenn sie erfolgreich sein wollen, mehr Vorbereitung. Die O.I.C. müssen sicherlich auch technisches Know-how weitergeben, sie müssen aber, vor allem, gemeinsam Überlegungen über ihr Engagement in der Kirche anstellen.

Schon jetzt sind einige Projekte angelaufen: Austausch von Lehrern, Begegnungen von Firmenchefs usw.

Im Rahmen der Drogenbekämpfung sind Lehrgänge für katholische Ärzte und medizinisches Personal sowie für Erzieher geplant, die „obdachlose Jugendliche“ betreuen.

Schließlich haben die meisten O.I.C. Vertretungen in den Ländern, die ihre Freiheit wiedergewonnen haben, eingerichtet bzw. wieder eingerichtet. Der Wiederaufbau nationaler Vereinigungen braucht dagegen Zeit. Sie müssen dem tatsächlichen Evangelisierungsbedarf sowie der Entwicklung im nationalen Bereich entsprechen. Die internationale Vereinigung muß aber auch Mittel und Wege finden, die neuen „Zweige“ zu unterstützen, damit sich ihre Tätigkeit in die pastoralen Zielvorstellungen, die auf dieser Synode

festgelegt werden, nahtlos einfügt.

Jürgen Bringmann

Erklärung von Rom zum Internationalen Jahr der Familie 1994

Die 29. Generalversammlung der OIC-Konferenz

- beschließt, den Auftrag der Arbeitsgruppe Familie zu erneuern und zu stärken, indem sie dieser Arbeitsgruppe Vorrang einräumt und sie mit den Mitteln ausstattet, die sie braucht, um den kollektiven und speziellen Beitrag der Internationalen Katholischen Organisationen zur Vorbereitung und Durchführung des „Internationalen Jahres der Familie 1994“ durch geistige Orientierung und aktive Unterstützung zu vervollständigen.
- ersucht alle OIC, ihren speziellen Beitrag zum Internationalen Jahr der Familie im Rahmen ihrer Mitgliedschaft festzulegen und der Arbeitsgruppe die Ergebnisse mitzuteilen;
- ersucht alle OIC, im Rahmen der Glaubensverkündigung den Belangen und Möglichkeiten der Familien besondere Aufmerksamkeit zu schenken und Aktivitäten für das Interna-

- tionale Jahr der Familie anzu-
regen;
- unterstützt nachdrücklich die Arbeit der zwei bestehenden Unterarbeitsgruppen in Wien und Paris sowie die Bildung weiterer Unterarbeitsgruppen in New York, Genf und Straßburg;
 - fordert die OIC-Generalsekretäre auf, die Koordinierung und Präsenz ihrer Vertretungen bei den UN, der UNESCO und dem Europarat im Hinblick auf die Vorbereitungen für das Internationale Jahr der Familie in diesen internationalen Gremien zu verstärken;
 - fordert die Arbeitsgruppe auf, ihre Zusammenarbeit mit anderen nichtstaatlichen Organisationen und den jeweiligen Familienausschüssen nichtstaatlicher Organisationen weiter zu intensivieren und den Informationsaustausch und die Zusammenarbeit mit dem Päpstlichen Rat für die Familie, der federführenden Stelle des Heiligen Stuhls für die Vorbereitung des Internationalen Jahres der Familie, weiterzuentwickeln;
 - unterstützt die Erarbeitung und Veröffentlichung einer OIC-Broschüre über die Familie für das Internationale Jahr der Familie mit dem Ziel, die Aufmerksamkeit verstärkt auf die Probleme und Stärken der Familie zu lenken und die immateriellen Werte zu fördern, durch die Familien im Rahmen der Programme und Aktivitäten für das Internationale Jahr der Familie unterstützt werden;
 - fordert, die Möglichkeit zu prüfen, die Familie und die Ziele des Internationalen Jahres der Familie 1994 in Thematik und Programm der nächsten Generalversammlung 1993 aufzunehmen.
- Jürgen Bringmann*



” *Ich bin betroffen von Ungerechtigkeit und Tod damals, aber ich bin noch mehr betroffen von Ungerechtigkeit und Tod heute – weil ich heute etwas dagegen tun kann.* **”**

G. Gutiérrez

Postgiro Köln 556-505

MISEREOR

*Aktion gegen Hunger und
Krankheit in der Welt*

Mozartstr. 9, 5100 Aachen

GESELLSCHAFT NAH UND FERN

Diese Trümmer haben Zukunft

Im Jahr 1992 erinnern wir uns an die Kolumbusfahrt in die Neue Welt. Dabei wird auch von der Rolle der Kirche und ihrer Missionare die Rede sein. Licht und Schatten kennzeichneten ihren Weg durch die Geschichte dieses Erdteils. Zu den hellen Seiten gehört zweifellos die Arbeit der Jesuiten in den Indianerreduktionen. Ihre Ruinen stehen in Paraguay, Argentinien, Bolivien und Südbrasilien. Eine dieser alten Missionssiedlungen liegt am Rio Paraná, wo alte Gebäude aus der Jesuitenzeit noch immer benutzt werden.

Rein statistisch gesehen, sind die Indios am Ufer des Rio Paraná eine unbedeutende Größe. Was ist schon eine Hütte von knapp 1 Meter 80 Höhe gegen die 70 Meter hohe Zentrale des in der Nähe entstehenden Staudammes von Yacyretà? Doch fast nichts! Was ist schon die Umsiedlung von 14 Indiofamilien aus dem Volk der Mbya gegen den neuen Staudamm, der Zehntausenden Arbeit und Hunderttausenden Strom bringen will? Doch fast nichts! Und deshalb sind die Indios am Ufer des Rio Paraná, rein statistisch gesehen, so unbedeutend, daß man bereit ist, sie ohne Gewissensbisse auszulöschen.

Und genau deshalb kümmert sich Padre Franz Xaver Mader zusammen mit den Schwestern seines Pfarrteams um die Interessen dieser Menschen. Ihm wuchs damit eine Aufgabe zu, die seine Pfarrei bereits vor gut 200 Jahren beschäftigte: der Einsatz für die Ureinwohner dieses Landes, denen der Wildwuchs des Fortschritts die Lebensgrundlagen zerstört. „Es geht uns dabei nicht darum“, sagt er, „diese Leute möglichst schnell zu taufen. Sie wollen sich ihre angestammte Lebensform und ihre Bräuche bewahren, ihre Mythen und ihr Weltbild. Doch das ist schwer, denn der Stausee überschwemmt die Inseln, wo sie bisher lebten.“

Ein blühendes Gemeinwesen

Seit Weihnachten 1987 arbeitet der aus St. Engelmar im Bayerischen Wald stammende Priester der Diözese Regensburg in Paraguay, in dem 2500 Einwohner zählenden Pfarrort St. Cosme und Damian. Den Namen bekam die Pfarrei im Jahre 1760, als sich einige Jesuiten zusammen mit weit über tausend Eingeborenen dort seßhaft machten. In über dreißig „Reduktionen“, so nannte man diese Dörfer, betreuten sie damals rund 200000 Indios. Sie wollten die Ureinwohner vor den Sklavenjägern und Ausbeutern schützen, ihnen

günstige Lebensbedingungen verschaffen sowie sie zu „selbstbeußten und überzeugten Christen“ erziehen. Zwischen 1761 und 1768 stieg die Zahl der in San Cosme lebenden Indios von 1593 auf 3346. Doch 1767 wurden die 2600 tätigen Jesuiten vertrieben. Wie sehr San Cosme blühte, zeigt die Abschlußinventur: 25044 Rinder, 2945 Wildpferde, 638 Reitpferde, 1792 Ochsen, 8050 Schafe. Mit dem Zwangsauszug der Missionare begann der unaufhaltsame Niedergang auch dieser Reduktion.

Wiederbelebung

San Cosme ist einzigartig, denn sie ist die einzige Jesuitensiedlung in ganz Paraguay, von der einzelne Gebäude bis in unsere Tage noch genutzt werden. Und weitere Gebäude, die heute Ruinen sind, versucht P. Mader wieder aufzubauen. „Da war doch einmal Leben in den Mauern“, sagt er sich, „also müßte da auch wieder Leben hineinzubringen sein.“ Die pastoralen und baulichen Wiederbelebungsversuche laufen inzwischen auf Hochtouren. Die Gebäude sollen wieder ein geistliches Zentrum beherbergen, in dem die Nöte der Zeit genauso effektiv angepackt werden wie vor 200 Jahren. Und der Anfang ist schon gemacht: Jeden Freitag nach der Abendmesse treffen sich beispielsweise einige Frauen, um eine Unterschriftenaktion gegen das vor kurzem im Dorf eröffnete Bordell für die Staudammarbeiter zu besprechen.

„Einige Politiker verdienen sich damit eine goldene Nase“, erläutert P. Mader die Situation. Doch die Christen von San Cosme sind nicht bereit, sich das von „denen da oben“ widerstandslos gefallen zu lassen.

Ein anderes Problem steckt tief in den Herzen der Menschen selbst: der Aberglaube. „Wir haben hier im Dorf drei Zauberer“, weiß P. Mader, „die regelmäßig dienstags und freitags ihre Zaubertage haben. Dieser Kult sitzt ganz tief in den Menschen.“

Nicht nur deshalb steht die Vertiefung des Glaubens im Zentrum der Arbeit von Xaver Mader. Er will in den restaurierten Gebäuden Katecheten heranbilden, „die die Kinder nicht nur auf die Erstkommunion vorbereiten. Wir brauchen Gemeindeleiter, die sonntags Wortgottesdienste halten und das Gemeindebewußtsein fördern.“

Ein Haus voller Leben

Beim Rundgang durch das alte Jesuitenkolleg treffen wir Schwester Benilde. Sie spricht 224 Jahre nach dem Auszug der ersten Missionare mit einigen Jugendlichen über die Kirche als Leib Christi, der durch seine Glieder Heil und Erlösung in die Welt bringen will. Glaube ist eben nicht Brauchtumpflege, sondern Anleitung zum Handeln. Ihre Mitschwester Julia versuchte vormittags, 23 Kindern die Gestalt Jesu nahezubringen, der ein Freund der Armen und Schwachen war.

Währenddessen singen auf dem Vorplatz 40 Kinder ein Lied über Abraham, den Vater des Glaubens. Die alten Jesuiten, sie empfänden gewiß große Freude, könnten sie das alles miterleben. Hatten doch paraguayische Experten das endgültige Aus für die alten Gemäuer bereits beschlossen. Und zwar mit dem Argument, daß etwas, das schon lange eine Ruine gewesen sei, nicht restauriert werden dürfe, ohne die Geschichte zu verfälschen.

Doch da waren Pfarrer und Architekt entschieden anderer Meinung: „Eine lebendige Kirche, keine toten Ruinen“, schrieben sie groß auf ein Transparent auf der Frontseite der Kirche. San Cosme soll leben, diese Trümmer haben Zukunft.

P. Roger Gerhardy OSA

Adveniat unterstützt die Arbeit von P. Xaver Mader in Paraguay. Falls Sie ebenso einen Beitrag dazu leisten wollen, spenden Sie bitte an folgende Kontonummer: Bischöfliche Aktion ADVENIAT, Sparkasse Essen (BLZ 36050105) Kto.-Nr. 213900.

(aus „Licht“ Nr. 1/92)

Christen in Staaten unter islamischer Vorherrschaft

Hochachtung für die Muslime

bezeigt das Zweite Vatikanische Konzil in seiner Erklärung über das Verhältnis der Kirche zu den nicht-christlichen Kirchen vom 28. Oktober 1965. In Nr. 3 „Die Religion des Islam“ heißt es im Kontext dazu wörtlich: „Mit Hochachtung betrachtet die Kirche auch die Moslems, die den alleinigen Gott anbeten, den lebendigen und in sich seienden, den barmherzigen und allmächtigen, den Schöpfer des Himmels und der Erde, der zu den Menschen gesprochen hat. Sie mühen sich, selbst seinen verborgenen Ratschlüssen sich mit ganzer Seele zu unterwerfen, so wie Abraham sich Gott unterworfen hat, auf den der islamische Glaube sich so gern beruft. Jesus, den sie allerdings nicht als Gott anerkennen, verehren sie doch als Propheten, denn sie ehren seine jungfräuliche Mutter Maria, die sie bisweilen auch in Frömmigkeit anrufen. überdies erwarten sie den Tag des Gerichtes, an dem Gott alle Menschen auferweckt und ihr Vergeltter ist.“

Daher haben sie eine hohe Achtung vor dem sittlichen Leben und verehren Gott besonders durch Gebet, Almosen und Fasten. Da jedoch im Laufe der Jahrhunderte

nicht wenige Zwistigkeiten und Feindschaften zwischen Christen und Moslems entstanden sind, ermahnt die heilige Synode alle, daß sie das Vergangene beiseite lassen, sich aufrichtig um gegenseitiges Verstehen bemühen und gemeinschaftlich die soziale Gerechtigkeit, die sittlichen Güter sowie Frieden und Freiheit für alle Menschen schützen und fördern.“

„Das Vergangene beiseite zu lassen“ ist leider bis heute nicht gelungen. Im Gegenteil: Neue Spannungen sind aufgetreten, haben Schwierigkeiten im Gefolge, die das Zusammenleben mit Muslimen immer kritischer werden lassen.

Spätestens mit der schiitischen Revolution, 1979, im Iran, die Schah Reza Pahlewi seines Thrones beraubte und Ayatollah Khomeini aus dem französischen Exil an die Spitze eines theokratischen Staates führte, dürfte den Abendländern wieder bewußt worden sein, welche Massen mobilisierende Macht in Religion im allgemeinen und im Islam im besonderen liegt.

Die Dialogbereitschaft des Vatikans hat auf seiten der Mohammedaner nie ein entsprechendes Echo gefunden. Sofern sich Kontakte ergeben hatten, waren diese meist schwach und Belastungen keineswegs gewachsen.

Die islamische Renaissance und der Einfluß des Ayatollah Khomeini machten dann die Kontakte noch schwieriger, erschwerten

aber auch den wenigen dialogwilligen Muslimen, sich mit den Katholiken einzulassen.

Bei seinen Pastoralreisen nach Afrika hat Papst Johannes Paul II. stets die Begegnung auch mit muslimischen Führern gesucht. Doch der Erfolg dieser Begegnungen war kaum nennenswert. In diesem Zusammenhang berichtete Erich B. Kusch: „Zwar unterstreicht der Papst immer wieder die ‚echten religiösen Werte‘ des Islam, der Respekt und Anerkennung von seiten der Christen verdient, muß aber gleichzeitig zugeben, daß der Dialog in diesem Augenblick nicht einfach sei und nicht von allen gewünscht werde. Es sei überhaupt schwierig, so der Papst, Gesprächspartner und eine gemeinsame Sprache zu finden. Und mancherorts würden Rechtsgleichheit und Kulturfreiheit verweigert.“¹⁾

Nichtsdestotrotz sagte Johannes Paul II. Anfang Januar 1992 bei seiner Ansprache vor Diplomaten, räume die katholische Kirche dem Dialog mit dem Islam Vorrang ein. Aber es besteht im Vatikan kein Zweifel daran, daß die Probleme des Dialogs mit dem Islam, insbesondere auch durch den Golfkrieg bedingt, heute größer sind als je zuvor.

1) Erich B. Kusch: „Gewandeltes Verhältnis – die katholische Kirche und der Islam –“ in „Die Neue Ordnung“ Nr. 5, 1990. Kusch ist Zeitungs- und Rundfunkkorrespondent in Rom.

Der Islam ist eine militante und aggressive Religion

ist kämpferisch ausgelegt. Wo die Muslime die Macht besitzen und die Sharia herrscht, sind alle Nichtmuslime Ungläubige, sind Christen Bürger 2. Klasse.

„Hier aber“, schreibt Hubertus Janas, „liegt der Hauptproblem- punkt im Verhältnis zwischen Christen und islamischem Staat. Gilt die Sharia, so sind nur Muslime volle Rechtspersonen, Christen und Juden erhalten den Status von Schutzbefohlenen (dhimmi), weil sie aus der Religion Abrahams hervorgegangen und somit ‚Leute des Buches‘ sind; alle anderen Menschen kommen gar nicht vor. Für Christen also bedeutet Leben unter der Sharia zuerst, unter einem fremden religiösen Gesetz leben zu müssen, weil dieses zugleich auch Gesetz des Staates geworden ist, der auch der ihre ist. Die Sharia schließt sie dann natürlich auch vom Zugang zu öffentlichen Ämtern sowie von politischen Entscheidungsprozessen aus und entzieht ihnen weitgehend den Schutz des Gesetzes, schränkt die Ausübung des Kultes und der Religion bis zur völligen Aufhebung ein, hebt auch die Freiheit der Berufswahl für Christen auf, bestimmt das Verhältnis innerhalb der Ehe, unterstützt jede Art missionarischer Tätigkeit von Muslimen, während sie sie für andere geradezu a priori ausschließt und erlegt dem dhimmi zu allem noch schwe-

re Lasten auf. Auf diese Weise werden Christen in konsequent islamischen Staaten zu sozial, politisch und auch wirtschaftlich marginalisierten Bürgern zweiter Klasse, zu bestenfalls geduldeten Randexistenzen, die dann im schlimmsten Fall auch massakriert, vergewaltigt oder in die Sklaverei verkauft werden.“²⁾

Die Christen im Iran

waren und sind immer noch eine verschwindende Minderheit. Seit der Machtergreifung Khomeinis hat ihre Zahl ständig abgenommen. Unter der Herrschaft Schah Reza Pahlewis lebten annähernd 300000 Christen im Iran, heute sind es weit weniger als 200000.

1988 veröffentlichte Otmar Oehring in „Mission aktuell“ nachstehende Angaben: „Die größte Gruppe der Christen ist die der etwa 120000 orthodoxen Armenier. Dann folgen 30000 Nestorianer, 5000 Protestanten und 4000 Anglikaner. Die Zahl der Katholiken ist seit dem Sturz des Schahregimes von 40000 auf 18000 zurückgegangen: 12000 Chaldäer, 3000 katholische Armenier und rund 300 römisch-katholische Christen.“³⁾

Alles in allem sind die Christen des Iran eine Minderheit von vielleicht noch 0,5% der Gesamtbevölkerung. Die herrschenden Mul-

2) Hubertus Janas: „Die Situation der Christen in islamischen Staaten“, in „Der Dom“ Nr. 18 vom 5.5.91, Paderborn.

3) MISSIO aktuell 3/88, Aachen.

lahs forcieren die Islamisierung des Landes mit dem Ziel, die nicht-muslimischen Religionsgemeinschaften aus dem öffentlichen Leben zu verdrängen, sie setzen alles daran, die Christen kulturell zu isolieren.

Soweit römisch-katholische Geistliche im Iran arbeiten, sind dies durchweg Ausländer, die vornehmlich die zumeist aus Ausländern zusammengesetzten Angehörigen ihrer Kirche betreuen. Vielfach betreuen diese Priester aber auch chaldäische Christen, da die chaldäische Kirche über keinen eigenen Priesternachwuchs mehr verfügen kann.

Die Arbeit der römisch-katholischen Geistlichen kann nur aufgenommen werden, wenn diese eine Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung besitzen, die sie alle sechs Monate erneuern lassen müssen. Die Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung wird nur erteilt, wenn die Antragsteller die schikanöse Befragungsprozedur des „Ershad Islami“, der staatlichen Behörde für „islamische Orientierung“ überstehen.

Der Islamisierung sind auch die christlichen Kinder in ihren Schulen unterworfen. Die Lehr- und Lernmittel werden zensiert und sind islamisch durchwoben. Die im Religionsunterricht zu verwendenden Bücher schrecken vor einer Diffamierung des Christentums nicht zurück. Sofern man überhaupt noch christliche Schulen unterhält, fungieren Muslime

mit als Leiter. In den öffentlichen Schulen müssen Kinder am islamischen Religionsunterricht teilnehmen. In der Welt der Arbeit tun sich Christen immer schwerer. Kaum, daß sie noch in Fabriken oder Büros Beschäftigung finden, gibt es auch im Handel immer weniger Verdienstmöglichkeiten. Von Ämtern im Staatsdienst werden Christen generell ferngehalten. Christliche Mission findet nicht mehr statt. Wer zum Christentum übertreten will, wird strafrechtlich verfolgt, hat gegebenenfalls sogar die Todesstrafe zu fürchten. Wer dagegen zum Islam konvertiert, wird belohnt.

Im Iran herrscht das klassische islamische Rechtssystem, das die Gesellschaft in zwei Klassen teilt: Vollbürger sind nur Muslime, Nichtmuslime werden mehr oder weniger nur geduldet. Das aber hängt zumeist vom Willen derer ab, die die politischen Verhältnisse bestimmen und die staatlichen Institutionen beherrschen. Im Iran herrschen die Mullahs; für sie sind die Christen Ungläubige, die aus dem öffentlichen Leben verdrängt werden müssen. Verfolgungen sind dabei nicht auszuschließen.

Die Christen in der Türkei

bilden – wie im Iran – eine verschwindend kleine Minderheit. Gegenwärtig leben 100000 Christen unter insgesamt 50 Millionen Muslimen.

Die aggressive Renaissance des Islam hat auch in der Türkei Veränderungen in Staat und Gesellschaft zum Nachteil der Christen bewirkt.

„Offiziell“, schreibt Ludwig Hagemann, „bekennt sich ja der Staat zum Laizismus und will kein islamischer Staat sein. Zwar gelten nach der türkischen Verfassung islamischer und christlicher Glaube als gleichberechtigt, doch die Wirklichkeit sieht anders aus. Durch Eintrag in ihren Personalausweis werden Christen als „Nicht-Muslime“ registriert. „Christ sein und Türke sein“ schließen sich folglich aus. Dadurch sind sie doppelt „minderwertig“: als Nicht-Muslime und als Nicht-Türken. Angesichts der Rechtspraxis ist die Durchsetzung ihrer verfassungsmäßigen Rechte erheblich verschlechtert, ja aufgrund des nationalistischen Fanatismus oft grundsätzlich erschwert bis unmöglich. Es besteht ihnen gegenüber weder gesellschaftlich noch in der Verwaltungspraxis Akzeptanz. . . Als Anschlag auf den islamischen Glauben wird die Arbeit der Kirchen gebrandmarkt und als versteckter Versuch deklariert, die Türkei zu einem christlichen Land zu machen.

Strafverfolgung wegen angeblich antitürkischer Propaganda sind nicht selten. Zu Beginn des Jahres 1989 warnten über Wochen hinweg Zeitungen mit Massenaufgabe in ihren Schlagzeilen vor den

angeblichen Zielen christlicher Kirchen. Solche Propagandafeldzüge vergiften natürlich die Atmosphäre zwischen Christen und Muslimen, und es mehren sich die Nachrichten über Angriffe und Überfälle auf Christen, zumal in ländlichen Gebieten, besonders im Südosten der Türkei, wo der Islam noch stärker verwurzelt ist als in den Großstädten. . . zwar bieten die Anonymität der Großstädte und die starke Präsenz der Polizei den nichtmuslimischen Minderheiten dort einen gewissen persönlichen Schutz; in der Provinz hingegen sind sie den Schikanen des wiedererstarkenden Islamismus ausgesetzt, der zunehmend Einfluß auf die Politik gewinnt. Obwohl die Türkei ihrer Verfassung nach ein laizistischer Staat mit strikter Trennung von Religion und Politik ist – sie steht damit im Gegensatz zum islamischen Erbe –, wird in Rückbesinnung auf dieses Erbe die Einheit der Religion heute mehr und mehr als Garant für den inneren Zusammenhalt des Staates betrachtet.“⁴⁾

Wie schwierig sich das Zusammenleben zwischen Christen und Muslimen im Südosten der Türkei gestaltet, hat Dr. Otmar Oehring, MISSIO-Projektreferent für die Kirche im Orient und muslimische

4) Ludwig Hagemann: Zum Aufbruch des Islam – eine Stellungnahme christlicherseits. Hintergründe – Bedenken und Anfragen – Aussichten in: Der Islam in Bewegung; Paulusverlag, Freiburg Schweiz 1991.

Länder, in einem Interview, veröffentlicht in MISSION aktuell 1/90, anschaulich dargestellt: „Die muslimischen Staatsangehörigen in dieser Region versuchen schon seit langem, die Christen zum Weggang zu bewegen, ja sie sogar durch Mord auszurotten. Es ist beispielsweise vorgekommen – wie wir gerade auf dieser Reise wieder gehört haben –, daß bereits Mitte der sechziger Jahre in vielen Dörfern von der kurdisch-muslimischen Bevölkerung die Weinstöcke christlicher Familien abgeschnitten wurden. Getreidefelder wurden kurz vor der Ernte angezündet, Tiere auf der Weide vergiftet; Kinder, vor allem Mädchen, wurden vergewaltigt...⁵⁾ Wie benachteiligt die Christen in der Türkei ganz allgemein sind, erklärt Otmar Oehring wie folgt: „Christen haben zum Beispiel nicht die Möglichkeit, alle Berufe zu ergreifen, die ihre muslimischen Mitbürger ausüben können. Sie sind fast gänzlich ausgeschlossen vom Staatsdienst. Sie können keine Lehrer und in der Regel auch nicht Rechtsanwälte werden.“

Kinder von Christen müssen am islamischen Religionsunterricht teilnehmen und werden dort nicht selten wegen ihres Glaubens verhöhnt. Sie werden als ‚unreine Ungläubige‘ bezeichnet, mit denen man keinen Umgang pflegen sollte. Die Christen werden vielerorts regelrecht wie ‚Aussätzige‘ behandelt.“⁶⁾

Der religiöse Pflichtunterricht,

auch für christliche Kinder, 1982 in die türkische Verfassung aufgenommen, verstieß gegen die Richtlinien in Absatz 16.7 des abschließenden KSZE Dokuments vom 15.1.1989, wonach die Freiheit der Eltern zu achten ist, die religiöse und sittliche Erziehung ihrer Kinder in Übereinstimmung mit ihren eigenen Überzeugungen sicherzustellen“. Da die Türkei dieses Dokument mitunterzeichnet hat, sowie aufgrund etlicher ausländischer Proteste gedrängt, wurden die christlichen Kinder vom islamischen Religionsunterricht 1990 wieder befreit. Im Sommer desselben Jahres wurde der Pflichtunterricht nämlich abgeschafft (L. Hagemann).

Festzuhalten ist: Vor mehr als dreißig Jahren begann in der Türkei der Exodus der Christen. Anfänglich kamen sie als Gastarbeiter, später zumeist als Asylanten. Nirgends ist ihre Zahl so verringert worden wie hier.

Die Welt des Islam

erstreckt sich einmal in einem breiten Gürtel, der von Marokko

5) MISSION aktuell 1/90, Aachen. Dr. Otmar Oehring hat 1989 eine Informations-Reisegruppe, besetzt aus Politik und Kirche, in die Türkei geleitet.

6) Ebd.

7) Vgl. Anm. 4

8) Arbeitshilfe Nr. 63 vom 30.4.89, Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn.

9) Aus: Gemeinsamer Hirtenbrief der katholischen Bischöfe des Sudan vom 27. Juni 1984 in „Stimme der Weltkirche“, Nr. 22, Bonn 1984.

am Atlantischen bis nach Pakistan am Indischen Ozean reicht; zum anderen erstreckt sie sich über weite Teile Asiens und Südostasiens. Auch die zentralasiatischen Republiken der ehemaligen UdSSR gehören heute zu den Kerngebieten des Islam. Die Muslime, die heute in Europa leben, sind zu meist Gastarbeiter oder Asylanten.

Die Zahl der Muslime beträgt insgesamt rund 1 Milliarde, davon Sunniten 700 bis 800 Millionen, Schiiten über 100 Millionen. Der Islam ist eine der großen Weltreligionen, die ihren Glauben dynamisch, wenn es nicht anders geht, auch militant verbreitet. In den Ländern, in denen der Islam Staatsreligion ist und die Institutionen beherrscht, sieht er keine Veranlassung, sich mit den christlichen Kirchen zu arrangieren. Eine rühmliche Ausnahme bildet allerdings Gambia, das kleine Land an der Westküste Afrikas. Von den 800000 Einwohnern Gambias bekennen sich 90% zum Islam, 2,5% umfaßt die katholische Kirche. Nirgendwo auf der Welt ist das Verhältnis zwischen Christen und Muslimen so spannungsfrei. „Gambia“, schreibt Toni Görtz in MISSIO aktuell, „ist nicht ergriffen von dem Sog der rund 20 islamische geprägten Staaten in Afrika, die sich die Ausrottung des Christentums auf ihre Fahnen geschrieben haben. Im Gegenteil: Ohne die katholische Kirche gäbe es heute kaum ein Schulsystem in

Gambia. Und die Schülerinnen und Schüler in den katholischen Lehranstalten sind fast alle Muslime. Bischof Michael J. Cleary, der seinen Sitz in der Hauptstadt Banjul hat: „Sechs unserer Stammesminister sind ehemalige Schüler von mir...“¹⁰⁾ Leider macht das Beispiel Gambia nicht Schule. Wie es anderwärts bestellt ist, dafür einige Beispiele:

- Seit Mitte 1987 wird in Sierra Leone der erste islamische Rundfunksender betrieben, der täglich vier Stunden lang die Lehren des Islam in Englisch, Französisch und Tulani verkündet.

Hauptziel des Senders:

Die muslimische Bevölkerung in den westafrikanischen Staaten religiös zu unterweisen und christliche Missionierungsversuche zu stoppen (MISSIO aktuell 2/88).

- Seit 1979 streiten die Mudjahedin in Afghanistan im Namen Allahs für ihr Land. Ein Land (nahezu 100% muslimisch), in dem auch Kinder kämpfen und sterben für einen „Heiligen Krieg“.
- In Pakistan ist der Islam Staatsreligion. 97,2% der Bevölkerung sind Muslime. Die Christen machen 1,4% der Gesamtbevölkerung von 105,41 Millionen aus. Politik und Gesellschaft sind islamisch verflochten. Seit 1990 ist vordringliche Aufgabe der Regierung:

10) MISSIO aktuell, 6/91, Aachen.

die „Islamisierung aller Lebensbereiche“. Im Januar 1991 wurde die Sharia (wieder) als geltendes Recht eingeführt. Für die Christen gibt es kaum noch eine Möglichkeit, gesellschaftlich und wirtschaftlich aufzusteigen.

- Im Irak sind die Christen eine mißachtete Minderheit; sie bilden das untere Ende der sozialen Rangordnung. Bezeichnend ist, was der christliche Lehrer Hirmiz feststellt: „Wir Christen können weder mit Arabern noch mit Kurden leben. Wir sind für sie Ungläubige, und deshalb betrachten sie und als minderwertig.“

Seit März 1991 sind mehr als 190 000 irakische Christen auf der Flucht. Offensichtlich wollen die Machthaber im Irak alle Christen des Landes verweisen; sie leben zwischen Flucht und Tod. Genaue Zahlenangaben fehlen (vgl. MISSIO aktuell 5/91).

- In Saudi-Arabien führen die Christen ein Katakombendasein. Hier ist der christliche Glaube strikt verboten, auch bei Ausländern. Gottesdienste können und dürfen nicht abgehalten werden. Kein katholischer Priester darf offiziell das Land betreten. Religiöse christliche Embleme dürfen nirgendwo, auch im privaten Bereich, nicht gezeigt werden. Über die Situation der Christen in Saudi-Arabien urteilt Bi-

schof Bernardo Gremoli, der für das apostolische Vikariat Arabien zuständig ist, drastisch und treffend: „Die dortige Einschränkung der Religionsfreiheit stehe im Widerspruch zu den von der UNO anerkannten Menschenrechten und zu den Abmachungen von Helsinki, ja sogar zu den Erklärungen des islamischen Rates.“ Und angesichts der Toleranz, vor allem in westlichen Ländern, fügt der Bischof hinzu: „Es scheint uns nicht richtig, daß der Islam fortfährt, Moscheen und Bekenntniszentren in der ganzen christlichen Welt, einschließlich Roms*, zu bauen und sich noch größerer Rechte zu erfreuen, während er den Christen diese grundlegenden Menschenrechte nicht zubilligt.“¹¹⁾

11) MISSIO aktuell, 3/91, Aachen.

* 1984 wurde in Rom in Anwesenheit des damaligen italienischen Staatspräsidenten, Sandor Pertini, und Vertretern des Vatikans der Grundstein für die neue Moschee gelegt. Der Bau der Moschee soll nicht allein religiösen Zwecken dienen, sondern, wie die islamische Gesellschaft hofft, auch ihren politischen Einfluß in Italien stärken (Erich B. Kusch, vgl. Anm. 1). Die Moschee hat ein 42 Meter hohes Minarett. Der Bau sollte Ende 1991 fertiggestellt sein. Die Zahlenangaben sind weitgehend dem Informationsheft: „Die Situation der Christen in islamischen Staaten entnommen; Kirche in Not/Ostpriesterhilfe in Deutschland e. V., München.

Abschließend bleibt festzuhalten: Der Islam ist und bleibt eine der größten Herausforderungen. Er gewinnt zunehmend an Kraft, auch in Europa. Es ist nicht zu übersehen, daß die Christen in islamisch geprägten Staaten aller Achtung zum Trotz, die die christlichen Kirchen dem Islam zollen, weithin und mehr denn je ausgegrenzt oder verfolgt werden.

Der Islam glaubt und vertritt, daß er Juden- und Christentum (die beiden anderen Buchreligionen) überboten und abgelöst habe. Diese Auffassung, es ist vor allem die der muslimischen Fundamentalisten, stört oder verweigert jedes Gespräch zwischen den Religionen. „Ich kann nicht die beunruhigende Lage von Christen in bestimmten Ländern verschweigen, wo der Islam die Religion der Mehrheit ist“, sagt Papst Johannes Paul II. in seiner Neujahrsansprache 1990 im Vatikan vor dem diplomatischen Corps. Dennoch räume die katholische Kirche dem Dialog mit dem Islam Vorrang ein, wie der Papst bei seiner Ansprache vor Diplomaten Anfang Januar 1992 unterstrich. Wie ernst und wichtig dies Papst Johannes Paul II. ist, hat er wiederum bei seinem achten Pastoralbesuch in Afrika vom 19. bis 26. Februar bewiesen. So traf er sich zweimal mit muslimischen Führern und Würdenträgern im Senegal und einmal in Guinea.

Papst und Vatikan verkennen darüber sicherlich nicht, daß der

Islam sich als Weltreligion in seinen fünf großen Kulturgebieten, in den arabischen Staaten, in der Türkei, in der iranisch-indischen und in der malaysisch-indonesischen Region sowie in Afrika nicht nur behauptet, sondern auch ausdehnt.

Wilhelm Lehmkämpfer

Bischof Lehmann grüßt Muslime zum Ende des Ramadan

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Karl Lehmann, hat in einer Grußbotschaft zum Ende des muslimischen Fastenmonats Ramadan daran erinnert, daß noch immer Menschen unter den Folgen des Golfkrieges litten. In der am Mittwoch in Bonn veröffentlichten Erklärung weist Lehmann zugleich darauf hin, daß neue Konfliktherde entstanden seien, wo christliche oder muslimische Minderheiten ihre Rechte einklagten. Dazu zählten Aserbeidschan, Sudan oder Malaysia. Daneben gebe es aber auch Grund zu Zuversicht und Hoffnung. So würden zwischen Israel und Palästina Friedensverhandlungen geführt, und in Malta hätten sich Christen und Muslime getroffen, um gemeinsame Lösungen für das Flüchtlingsproblem zu finden. In Europa suchten Vertre-

ter der christlichen Kirchen erstmals konkret nach Möglichkeiten, die Mitarbeiter in der pastoralen Arbeit für die interreligiöse Begegnung mit Muslimen auszubilden. Lehmann macht darauf aufmerksam, daß der Fastenmonat in diesem Jahr zeitgleich mit der österlichen Bußzeit begangen werde. Die Muslime hätten während ihrer Fastenzeit die Abhängigkeit des Geschöpfes vom Schöpfergott neu meditiert; die Christen hätten sich durch Fasten, Gebet und Hilfen für die Armen auf die Heils- und Erlöstungstat Jesu Christi geistig vorbereitet.

(KNA vom 25. 3. 92)

Die Demokratisierung in der CSFR-Armee

Seit dem kommunistischen Putsch hat es mit der Zeit eine stramm moskauhörige Armee in der ČSSR gegeben, die – im Vergleich mit der polnischen oder ungarischen, ja auch rumänischen Armee – kaum „aus der Reihe tanzte“. Es gab nur wenige Offiziere, die im Jahre 1968 den Kurs des Prager Frühlings mitmachten. Und es dominierten unter den Berufssoldaten die Tschechen, zumal das Gros der Tschechen stets pro-russisch und antideutsch war.

Im Januar 1990 wurden 5000 von „Unverbesserlichen“ aus dem höheren Offizierskorps entlassen. 20

Prozent der Offiziere blieben den später eingesetzten Überprüfungs-kommissionen fern. Resultat dieser Kommissionen: 9460 Offiziere – das sind 15 Prozent – wurden aus der Armee entfernt.

Von den 157 Generalen wurden 87 entlassen oder gingen von allein. Entfernt wurden alle jene Offiziere, die irgendwie aktiv an der Niederwerfung des „Prager Frühlings“ beteiligt waren. Es kam ein neues Militärgesetz, daß auch den Ersatzdienst zuließ. Infolgedessen wechselten 14000 Rekruten zum Ersatzdienst über.

Ende 1991 wurden zwei der vier Militärgymnasien aufgelöst. Die neue Militärdoktrin verpflichtete sich zur Entmilitarisierung beizutragen, keine territorialen Ansprüche an die Nachbarn der ČFSR zu stellen. Sie verzichtete auf atomare Bewaffung der ČSFR und verkündete die Bereitschaft an Friedensmissionen der UN teilzunehmen.

Die Sicherheitsorgane der Armee wurden reformiert und wurden in drei Sektionen aufgeteilt: Militärische Sicherheitspolizei, Militärische Ordnungspolizei und Militärische Verkehrspolizei.

Allerdings: Die Rüstungsindustrie bleibt aus Devisen- und Exportgründen – und natürlich die Arbeitslosigkeit im Visier – vielfach unberührt. Bislang wurden nämlich 68,3 Prozent der produzierten Waffen, Panzer etc., Munition, militärische Geräte exportiert.

Während der ethnische Konflikt zwischen Tschechen und Slowaken in der Armee sozusagen bisher nur unter der Decke schwelte, ist er jetzt ausgebrochen. Die Slowaken waren unter den Berufssoldaten nur mit 34,7 Prozent, unter der Generalität nur mit 32 Prozent unter den Militärattachés mit 30 und in der leitenden Militärverwaltung nur mit 22 Prozent vertreten. 58 Prozent der Slowaken vertreten heute den Standpunkt, daß eine vereinigte tschechoslowakische Armee nicht notwendig ist. Und seit Januar 1991 gibt es eine separate „Assoziierung Slowakischer Soldaten“. Die slowakische Teilregierung fordert zumindestens eine „Slowakische Heimwehr“ und daß slowakische Rekruten mehrheitlich auf dem Territorium der Slowakei ihren Wehrdienst ableisten sollten.

Von einer organisierten Militärseelsorge hört man in der ČSFR vorerst nichts. Die Tschechei ist ja überwiegend ein atheistisches „Missionsland“. Anders sieht es bei den Slowaken aus, die überwiegend stark in der katholischen Kirche verwurzelt sind. Man hört, daß bei es bei ihnen solche Bestrebungen gibt. Die Slowaken werden in dieser Hinsicht stark von den Polen inspiriert. Das Verhältnis zwischen Polen und Slowaken sowie der polnischen und slowakischen Kirche kann als traditionell herzlich bezeichnet werden.

Joachim Georg Görlich

Polens Armee: Wenn der Saulus zum Paulus wird

Preis I. des Laienautorenwettbewerbs „Vom Kommunismus zur Kommunion“ der polnischen Regionalzeitung „Kurier Podlaski“ erhielt der Ex-Politoffizier der Reserve Maciej Siembieda, dessen Aufsatz so manchen Landsmann erheiterte. Jedenfalls schlug dieser so ein, daß sich einige andere Publikationen um die Nachdruckserlaubnis bemühten.

In seinem Aufsatz „Integration“ schilderte Siembieda, wie er unlängst einer Reserveübung ins einstige „Schulungszentrum für Politoffiziere“ in Warschau Folge leistete, das inzwischen seine Bezeichnung gestrichen hat und für die neuen „Erziehungsoffiziere“ da ist, auch der Reserve. Die Männer, die hier einst das „Referenten-Notizbuch“ des ZKs der KP büffelten, büffeln jetzt den Katechismus. Dort, wo einst das Konterfei des KP-Chefs hing, grüßt jetzt das des neuen Feldbischofs.

In den Vorlesungen sei die Thematik „Errungenschaft der ruhmreichen Sowjetarmee und der mit ihr verbündeten polnischen Volksarmee“ verschwunden. Hingegen erfahre man jetzt viel vom polnisch-bolschewistischen Krieg 1919/20 sowie dem „Wunder an der Weichsel“, wo 1920 die Polen die Rote Armee Tuchatschewskis von

dannen jagte. Ferner vom Schicksal der polnischen Offiziere in sowjetischer Gefangenschaft, den Siegen der Heimatarmee AK und der polnischen General-Anders-Armee im Westen.

Und: Derselbe Chorleiter, der noch vor nicht allzu langer Zeit ein Lied einbleute, wonach den „faschistischen deutschen Hunden Rache geschworen wurde“, übt jetzt „normale“ und „fromme“ Soldatenlieder ein, die einst verboten waren. Derselbe Chorleiter erklärt auf Anfrage, daß es keine Rache mehr geben wird. Ein Hauptmann wird deutlicher: Die „Bundeswehr sei eine „gute, nette und moderne Armee, die dieselben Grundsätze hat wie wir, folglich ist die Kameradschaft mit ihr völlig angebracht.“ Das Hauptreferat über die Bundeswehr hielt übrigens ein junger Leutnant „in Bundeswehrgefangenschaft“, mokiert sich der Autor, will heißen, der Mann bildet sich bei der Bundeswehr heran, wofür er noch monatlich 65 DM Taschengeld bekommt.

Hinzugefügt sei nur noch, daß jedoch die meisten einstigen Polit-offiziere gehen mußten. Jetzt kündigte Polens neuer und erster ziviler Verteidigungsminister, Dr. Jan Parys, nach dem Hinauswurf seines Vorgängers aus der Armee, Vizeadmiral Piotr Kolodziejczyk, an, daß alle Generale und Admirale gehen müssen, die sowjetische Militärakademien absolviert und russische Frauen (zumeist Generalstöchter) haben. Sie seien da-

durch befangen und hätten außerdem ein gestörtes Verhältnis zur polnischen Kirche.

Joachim Georg Görlich

Sicherung des Friedens vordringlich

Dem Zentrum Innere Führung und dem Bundeswehrzentral Krankenhaus in Koblenz stattete Militärbischof Johannes Dyba am 5. Dezember einen ersten Besuch ab.

Der Kommandeur des Zentrums, Flottillenadmiral Ulrich Hundt, und seine Bereichsleiter informierten den Gast über Aufgaben und Auftrag des Zentrums, über Erfahrungen mit der Integration ehemaliger NVA-Soldaten und über gegenwärtige Bewegungen und Probleme innerhalb der Truppe. Die Lehrgangserfahrungen zeigten eine Veränderung der Werteordnung in Kernpunkten der Inneren Führung, so Oberst Udo Meyer-Sommer. Die geringe öffentliche Anerkennung, die Schwierigkeiten in der Sinnvermittlung und eine ungewisse Zukunftsperspektive ließen Probleme in der Bundeswehr sichtbar werden. Mehr Selbstbestimmung und weniger Disziplin, mehr Mitwirkung und weniger Regelungen seien gefordert. Militärbischof DDR. Johannes Dyba zog eine Parallele zum innerkirchlichen Bereich. Auch da sei die Sinnvermittlung schwieriger ge-

worden und die Christen weitaus kritischer als früher. Doch gelte es, eine Antwort auf die Sinnfrage unserer Zeit zu finden und für Frieden und Gerechtigkeit einzustehen.

In einer Gesprächsrunde mit interessierten Soldaten, darunter Lehrstabsoffiziere, Unteroffiziere wie auch Wehrpflichtige, die unter Moderation des nebenamtlichen Militärgeistlichen Professor Dr. Karl-Heinz Ditzer Fragen an den Militärbischof richten konnten, sprach sich Erzbischof Dyba für die Notwendigkeit einer internationalen Weltfriedensordnung aus. Die Deutschen dürften sich nicht aus der Gemeinschaft der für den Frieden verantwortlichen Völker heraushalten, sondern müßten für die Gewährleistung einer „pax europaea“ einstehen, so Militärbischof Dyba. Schon das Zweite Vatikanische Konzil habe in dem Konzildokument „Gaudium et spes“ eine mit entsprechenden Mitteln ausgestattete internationale Autorität zur Sicherung des Friedens gewünscht.

Flottillenadmiral U. A. Hundt verabschiedete seinen hohen Gast mit den Worten, er habe einen Priester und Mitmenschen kennengelernt, der in der Gelassenheit des christlichen Glaubens handle.

Ein Anliegen von Erzbischof Dyba war es auch, das Bundeswehrzentral Krankenhaus in Koblenz kennenzulernen, wozu er sich am Nachmittag Zeit nahm. Generalarzt Dr. Hans-Dieter Schmidt, stellvertretender Amtschef und Chef

des Stabes des Sanitätsamtes der Bundeswehr in Bonn-Beuel sowie leitende Ärzte des Krankenhauses besuchten mit Militärbischof Dyba Patienten der Abteilung für Unfallchirurgie. Das Bundeswehrzentral Krankenhaus ist bekannt für seine qualifizierte medizinische Versorgung. Bei Katastrophenfällen (wie damals in Ramstein) wird im Personalaustausch mit anderen Krankenhäusern für genügend Platz gesorgt. Sieben Patienten aus Tschernobyl hatten 1990 die Möglichkeit, sich in Koblenz behandeln zu lassen, berichtete Professor Dr. Jürgen Lenz, Leiter der Abteilung Chirurgie und stellvertretender Chefarzt.

Erzbischof Dyba hatte schon bei der letzten Soldatenwallfahrt nach Lourdes Begegnungen mit kranken Soldaten aus Koblenz. Im Bundeswehrkrankenhaus hat diese Wallfahrt einen festen Platz. Sowohl Militärpfarrer Josef Matheis wie auch Ärzte und Krankenschwestern begleiten jedes Jahr ihre Patienten in einer „Krankmaschine“ nach Lourdes. Bei seiner Verabschiedung bedankte sich Militärbischof Dyba herzlich für die freundliche, entgegenkommende Aufnahme bei den Patienten, Ärzten und beim Pflegepersonal.

Marlene Beyel

(aus *Kompaß* Nr. 2 v. 10. 1. 92)

Ein Italiener kontrolliert die Verteilung der Hilfsgüter

Von den alltäglichen Schwierigkeiten der Caritas bei ihrer humanitären Arbeit in Moskau

Moskau in diesen Tagen: Vor den Geschäften stehen die Menschen in langen Schlangen. Mehl, Milch und Fleisch sind knapp und vor allem teuer. Von Tag zu Tag verliert der Rubel an Wert. Und die Preise klettern nach oben. Es gebe zwar keine Hungerkatastrophe, meint Jürgen Weyandt, der Chef des Roten Kreuzes in Moskau, aber die Zahl der Armen nehme unaufhörlich zu. Auch im zweiten Jahr der Rußlandhilfe sind Flugzeug- und Lastwagentransporte mit Hilfsgütern aus vielen Ländern Europas unerlässlich.

Die Europäische Gemeinschaft engagiert sich bei der humanitären Hilfe ebenso wie die Wohlfahrtsverbände. Angefangen vom Zehn-Kilogramm-Paket mit Mehl, Hefe, Reis, Milchpulver, Schmalz, Fleisch, Käse und Tee bis hin zu medizinischem Gerät belief sich allein die Unterstützung des Deutschen Caritasverbandes im vergangenen Jahr auf dreizehn Millionen Mark. In diesen Wochen werden wieder für mehrere Millionen

Mark Lebensmittel bereitgestellt. Die Standardfrage, ob die Waren tatsächlich ihre Adressaten erreichen, beunruhigt Spender wie Helfer. Denn im vergangenen Winter waren immer wieder Pakete spurlos verschwunden. Hilfsgüter tauchten dann plötzlich in staatlichen oder privaten Geschäften auf – für teures Geld angeboten. Der russischen Mafia, wie im Land die Spekulanten der alten und neuen Kader genannt werden, waren Tür und Tor geöffnet. Und mancher Apparatschik, so wurde gemutmaßt, hielt dabei bereitwillig die Klinke.

Einer, der verhindern will, daß sich ähnliches wiederholt, ist Antonio Santi. Der achtundvierzigjährige Diakon aus Mailand gründete vor vier Monaten die Moskauer Caritas. Der Italiener kennt die Mentalität der Menschen und spricht ihre Sprache. Er lebt schon seit langem in der russischen Hauptstadt. Als der Eisene Vorhang das Land noch isolierte, gelangte der sich zur Bewegung der Arbeiterpriester zählende Diakon bereits als Ingenieur nach Moskau. Er arbeitete in einer Maschinenfabrik, lebte mit den Arbeitern zusammen und gab sich auch als Christ zu erkennen. Die Folge: Santi wurde vom damaligen sowjetischen Geheimdienst KGB entdeckt und ausgewiesen. Seit einigen Monaten ist er jedoch wieder da. Von seinem Orden erhielt er den Auftrag, sich um die Gründung der Caritas zu kümmern.

Offiziell besteht die russische Caritas seit November vorigen Jahres. Doch schon vorher war der quirlige Santi hinter den Kulissen aktiv. Kurzerhand überredete er einen italienischen Geschäftsmann, ihm die Cafeteria seines Firmensitzes in der Innenstadt von Moskau zu überlassen. Seither befindet sich dort das Caritas-Büro. Namenslisten, Papiere und Akten liegen hier verstreut auf dem Tisch. Ständig klingelt das Telefon. Zwei Sekretärinnen vervollständigen Listen, vergleichen, organisieren. Mittendrin sitzt Antonio Santi. Der hagere Mann in Jeans und Pull-over hat alles im Griff. „Im Moment laufen hier die Vorbereitungen für die Paketaktion der deutschen Caritas. Bis April sollen 70000 Pakete im Wert von fast zwei Millionen Mark verteilt werden. Das organisieren wir.“

Die Behörden der Stadt bereiten den Hilfsorganisationen die meisten Schwierigkeiten. Es sei ein einziger Papierkrieg, stöhnt Santi. Alles, was man mache, müsse angemeldet und bezahlt werden. Um jede Auskunft müsse er kämpfen und immer wieder warten – dazu habe er keine Geduld, schließlich sei er Italiener. Die Behörden hier seien nur entgegenkommend, wenn sie direkt bei der Verteilung mitmachen könnten – doch das will Santi nicht. Sein Grund: „Mehr als 21000 Pakete verschwanden im letzten Winter allein dadurch, daß offizielle Stellen für die Verteilung Stadtbezirke

genannt haben, die nicht existierten“ – 21000 von mehreren hunderttausend aus Westeuropa. Die deutsche Caritas bezweifelt diesen Verlust. Sie garantiere dafür, daß alle von ihr aus Deutschland versandten Pakete im vorigen Winter ihre Adressaten erreicht hätten, heißt es in der Freiburger Zentrale. Dies sei auch mit einem Riesen-Aufwand kontrolliert worden. Santi verweist auf Schwierigkeiten mit falschen Namenslisten und gefälschten Unterschriften. „Was Maifa ist, weiß ich als Italiener bestens“, redet er sich in Rage. Er zeigt auf einen großen Stadtplan an der Wand. Mit einem Leuchttift hat er die Stadt in zehn Distrikte eingeteilt. „Wir können nur sicher sein, daß die humanitäre Hilfe ankommt, wenn wir sie selbst verteilen.“

Santi arbeitet mit acht festen und zwanzig ehrenamtlichen Mitarbeitern. In dieses Team setzt er sein Vertrauen. Zu ihm zählen Natascha Iagiel und Juri Anatolitsch Pawlowski. Die achtundzwanzigjährige Mathematikerin ist erst seit kurzem bei der Moskauer Caritas. Zusammen mit dem zweiundvierzigjährigen Juri, der als Pfleger in einem Zentrum für behinderte Kinder arbeitet, betreut sie einen der größten Distrikte im Süden der Metropole. Der Vorteil der beiden: sie sind in diesem Bezirk zu Hause. Sie wissen, wer hier wohnt und wer Hilfe braucht. Durch Mundpropaganda erfahren sie, wem es schlecht geht. Nata-

scha und Juri erstellen daraufhin Listen, gehen zu den Leuten und lassen sich Unterschriften geben. Gleichzeitig überprüfen sie die offiziellen Listen, die die Stadtparlamente der Caritas geben, und kontrollieren, wem Hilfe zusteht. Der Vergleich macht es möglich.

„In unserem Distrikt gibt es viele kinderreiche Familien, die in großer Not sind“, berichtet Natascha. Sie selbst hat es gelegentlich auch schwer, ihren kleinen Sohn zu versorgen. „Ich weiß, was es in Moskau heißt, Kinder großzuziehen, in der Freizeit immer wieder Schlange zu stehen und dann doch nur mit Graupen oder Reis nach Hause zu kommen, weil das Geld mal wieder nicht reichte.“ Die tägliche Enttäuschung war Grund für sie, bei der Caritas mitzuarbeiten – ehrenamtlich, wie Juri auch. Der ist eigentlich aus Wut zur Caritas gekommen. Er habe sich geschämt, sagt er, als er sah, wie immer wieder Sachen aus den Paketen, die für arme Menschen bestimmt gewesen seien, in den Geschäften auftauchten. Für Natascha und Juri ist solche Arbeit neu. Freiwillige Selbsthilfe auf kirchlicher Basis hat es in der früheren Sowjetunion nie gegeben. Jetzt sind sie mit Feuereifer dabei.

Antonio Santi bemerkt das. „Es ist so wichtig, die Menschen hier zur Mithilfe zu ermutigen. Wer helfen will, muß direkt zu den Leuten gehen. Sonst funktioniert nichts.“ Santis Ziel: die eigene Verteilerstruktur der Caritas soll rasch ge-

fen und beispielhaft sein. Langfristig denkt der Diakon sogar an den Aufbau von Lebensmittellagern, in denen Bedürftige Hilfe erhalten. Noch eines ist Santi wichtig: Hilfe zur Selbsthilfe. „Das Problem ist, daß die Gesellschaft und die Menschen systematisch zerstört worden sind. Es ist schwierig, jemanden für etwas zu begeistern. Zu oft schon sind alle Hoffnungen der Menschen enttäuscht worden. Viele haben keine mehr.“ Was sie haben: Angst vor der Zukunft. Der Caritas-Chef hat festgestellt, daß sich die Menschen aus Unsicherheit passiv verhalten und sich wehren, Verantwortung zu übernehmen.

Darin sehen die alten Kader ihre Chance. Sie gewinnen wieder Oberwasser und geben Anweisungen. So gesehen, habe sich im Land nicht viel geändert, auch wenn es jetzt wieder Rußland heißt, meint Santi nachdenklich. In dieser Mentalität läge die eigentliche Schwierigkeit aller Hilfsorganisationen. Die Menschen seien dazu erzogen worden, auf Autoritäten zu hören. Die aber gebe es im bisherigen Sinne nicht mehr. Santi will deshalb immer mehr Menschen zur Mitarbeit auffordern, damit sie eine Perspektive haben. – Nach Moskau gereist ist Hermann Herwig, Referatsleiter beim Deutschen Caritasverband in Freiburg. Mit Santi überlegt er, wie die Infrastruktur der Caritas, auch in anderen Gebieten des Landes, aufgebaut werden kann. Dort warten die

Menschen mindestens ebenso auf Hilfe.

Anja Iven

(aus *Deutsche Tagespost* vom 3.3.92)

Der wahre Wert des Geldes

Symbolik in stabiler Währung am Beispiel der Deutschen Mark

Erstaunlich genug ist jene Unwissenheit, wie sie bei (in anderen Bereichen) selbst hochintelligenten Persönlichkeiten über das Geld vorherrscht, hier speziell über die Deutsche Mark. Da reduziert man für gewöhnlich ihre Realität auf den bedruckten Schein und versteht ihn, der in der Tat nichts anderes darstellt als ein von der Qualität her vorzügliches und grafisch künstlerisch gestaltetes Stück Papier, dennoch und häufig genug mit den negativsten Attributen. An dieses Papier werden alle nur denkbaren, gedanklich wie geistig von der Geschichte doch längst absorbierten Negative geknüpft, die dem Puritanisch-Abstrakten, dem man sich offenbar verpflichtet glaubt, so angenehm entgegenkommen. Ausbeutung und Geld erscheinen da ebenso synonym wie Geld und schnöde Gewinnsucht — gleichbedeutend mit höchst anrüchlicher „pekunärer“ Unmoral.

Eklatantes Unwissen

Das kam mit der Vereinigung beider deutscher Teilstaaten besonders deutlich — und nicht nur von enttäuschter östlicher, auch von verblüffter westlicher Seite — zum Ausdruck, dazu nicht selten verletzend und von daher bereits entlarvend genug. Sittlich verworfen ist im Maßstab falschverständener puritanischer Strenge, wie er gerade in der Verbindung mit dem Geld gerne angelegt wird, jener (so die Faustregel), von dem vermuten werden konnte, daß er, ausschließlich von der fragwürdigen Lockung der Deutschen Mark motiviert, die Mauer, quer durch Deutschland gezogen in ihrer unerträglichen Stupidität, endlich niederriß. Doch gerade in dieser eigentümlich-plastischen Einschätzung fand die eklatante Unwissenheit über die fraglos veränderte Stellung einer Währung in heutigen Gesellschaftssystemen ihren nur zu deutlichen Ausdruck.

Umfassender als Philosophie

Eine stabile Währung sagt ebenso umfassend etwas über den Gesamtzustand, nicht nur über den materiellen, einer Gesellschaft aus wie ein instabile oder gar eine real wertlose. Geld spiegelt — wie sonst kein anderes Symbol es je derart eindeutig vermöchte — den Zustand von Politik, Kultur und Humanität einer Region, in der es gilt, und zwar in human-moralisch zu wertender Qua-

lität. Es drückt umfassender, als das jede Philosophie vermöchte, exakter und einleuchtender zudem, den geistigen Standort dieser Gesellschaft aus, ihre sozialpolitische Reife oder aber ihre utopisch-ideologische Unreife.

Gespiegelte Wertlosigkeit

Nie zuvor wurde das derart klar deutlich als in der höchst desolaten Währung DDR-Mark. Sie gab in ihrer Wertlosigkeit ein Abbild jenes desolaten Zustandes der Region hinter der Mauer auf allen nur denkbaren Gebieten menschlicher Daseinsäußerung wieder, wie er sich, nach Verschwinden dieser Mißwährung, dann selbst aufdeckte und noch weiter deprimierend aufdeckt.

Geld und Ware

Eine geordnete Währung, wie die Deutsche Mark, zeugt in ihrem real begrifflichen Wert für jene dahinterstehenden Produkte, die der Bürger damit tatsächlich erstehen, also kaufen kann. Sie ist von dieser Produktenzu- und Anweisung nicht zu trennen. Jeder Geldschein steht für Ware, die sich damit kaufen läßt und die adäquat der Qualität der Währung entspricht. Das ist die zwar am ehesten begreifbare, aber beileibe nicht die einzige und schon gar nicht die ausreichende Wertzuweisung, die einem stabilen Geldschein zukommt. Der Aufschwung der deutschen Wirtschaft seit Einführung

der Deutschen Mark bestand nicht allein und ausschließlich in der Produktion bis dahin schmerzlich vermißter materieller Notwendigkeiten.

Treibende Kraft: Wille des Neubeginns

Das damals und alsbald so vom Ausland her gedeutete und mit Ludwig Erhard verknüpfte „Deutsche Wirtschaftswunder“ wurde nicht in erster Linie vom Wunsch nach Wohlstand ausgelöst, den niemand voraussagen konnte; treibende Kraft war der Wille des Neubeginns, das Verlangen, eine neue, humanitäre Gesellschaft aufzubauen, die in der Lage sein müsse, das wiedergutzumachen, was eine alte, moralisch tief abgesunkene in den gerade vergangenen zwölf Jahren an Unglück und Zerstörung verursachte. Der gigantische Wiederaufbau aus deprimierenden Anfängen heraus war in erster Linie ein moralisch motivierter, durch Ethik gestützter und von gläubigem Optimismus dynamisch getragener Versuch einer menschenwürdigen Zukunft, die im Wohlstand nur eine Teilerfüllung und nicht einmal die primäre sah.

Kulturell, wissenschaftliche und soziale Wertausweisung

Dieser Versuch gelang nur deshalb — und dies kann nicht genug betont werden —, weil sich eine unstreitig aus Erfahrung dyna-

misch-sittlich motivierte Gesellschaft freiwillig in die monetäre Disziplinierung begab. Gerade diese Selbstbeschränkung steht in krassem Gegensatz zum Attribut gedankenloser Verschwendung, wie sie historisch falsch nicht selten behauptet und der Gesellschaft unbesehen zugeschrieben wird. Wer im stabilen Geld nichts als die Möglichkeit materieller Bereicherung sieht, begreift einmal nichts vom exakt gleichberechtigten Anteil der kulturellen, wissenschaftlichen und sozialen Wertausweisung, die sich in ihm manifestiert, und gefährdet zum anderen damit eklatant diese Stabilität. Humane Wertungen wie Freiheit, Menschenrechte, Gleichberechtigung, die ohne Einschränkung auf freiheitlich-demokratische Gesellschaften anzuwenden sind, finden im stabilen Geld ebenso ihre Symbolik wie die soziale Hilfsbereitschaft, die untrennbar mit diesen Wertungen verknüpft ist. Denn nur mit Hilfe des stabilen Geldes kann — nicht nur im Katastrophenfall — wirksam und ebenso nicht nur materiell, auch humanitär wirksam geholfen werden. Die unzähligen, international übergreifenden kulturellen und friedensfördernden Initiativen, Begegnungen und Gespräche — auch sie werden durch die Stabilität einer Währung erst wirksam ermöglicht und spiegeln in dieser Möglichkeit zurück. Instabilität, Wertlosigkeit des Geldes würgt solche Initiativen ab.

Ebenso durch Ketten wie durch instabile Währung

Die Philosophie nennt Freiheit und Menschenwürde als höchste gesellschaftspolitisch-relevante Ziele. Sie zu erreichen und durchzusetzen, bedarf es ebenso stabiler humanitärer wie materieller Bezüge. So kann der Unfreie oder Sklave durch Ketten wie durch eine instabile, eine wertlose Währung gefesselt, also versklavt werden. Wer Arbeit mit wertlosem Geld vergütet, betreibt Sklaverei. Die Deutsche Mark ist durch ihre innere Stabilität kein Papier von anrühigem Charakter; sie ist Ausweis freiheitlicher, humaner, sozialer und kultureller Repräsentation einer Gesellschaft, die durch das Feuer ihrer selbstverschuldeten Geschichte gegangen ist und daraus die nötigen Konsequenzen zog. Wer Geld ausschließlich materiell versteht und daraus die zwangsläufig schief liegenden Schlüsse zieht, wird die Grundursache der Auflösung inhumaner, unterdrückender und egoistischer Machtstrukturen, wie wir sie gerade erleben und erleben, in ihrem tatsächlichen Wesen nicht begreifen können.

Wolfgang Altendorf

**„Man sieht nur mit dem Herzen
gut;
das Wesentliche ist für die
Augen unsichtbar!“**

(Saint-Exupéry)

Senioren- beauftragter

Aller Anfang ist nicht immer schwer. Schwierig ist aber oft der Beginn. Die Idee kam und wurde langsam zu einem noch unbenannten, aber schon fest bestimmbar Gedanken: Behinderte, Kinder und ältere Menschen haben gemeinsame Probleme. Kinder und Behinderte haben eine Lobby. Senioren sind reif geworden, das macht sie bescheiden und verständnisvoll gegen Benachteiligungen. Sie schweigen meist auch dann noch, wenn ihnen Unrecht getan, ihr Menschsein verletzt wird. Dabei ist es überwiegend nicht böser Wille, sondern nur Unkenntnis, der die im „reifen“ Alter stehenden politischen Verantwortlichen zu Entscheidungen veranlaßt, die älteren Mitmenschen Probleme bereiten.

Was also war zu tun? Ein etwas mühseliger und vor allem langwieriger Prozeß mußte begonnen werden, um die politischen Verantwortlichen zu veranlassen, die Idee aufzugreifen, die nun auch einen Namen hatte: einen Seniorenbeauftragten zu ernennen. Der gute Wille war sofort spürbar, das Verständnis für die Aufgabe aber mußte geweckt werden. Den Durchbruch gab sicher auch das Argument der Kostenlosigkeit. Der Versuch, der nichts kostet, ist politischen Menschen gut eingehend. Also geschah das „Wunder“: Alle

Parteien der Stadt waren einstimmig der Meinung, wir versuchen es mit einem Seniorenbeauftragten.

Nach nur ganz kurzer Zeit hatte der Gedanke Fuß gefaßt. Schon nach einem halben Jahr ist jeder Mann überzeugt: Es war eine – „meine“ – gute Idee. Die ersten Gedanken erweisen sich als richtig. Ein Seniorenbeauftragter muß unabhängig sein und bleiben vom Rat und seinem politischen Tagesgeschäft und auch von der Verwaltung der Kommune. Wichtig ist die Unabhängigkeit einerseits, die nur bei ehrenamtlicher Tätigkeit erhalten werden kann, und andererseits das Verständnis der Seniorenprobleme, das nur ein Senior haben kann. Viele Möglichkeiten, den älteren Mitbürgern das Leben zu erleichtern, erschließen sich dem Seniorenbeauftragten, der dem gleichen Bevölkerungskreis angehört besser und einfacher als auch gutmeinenden Politikern und Wissenschaftlern.

Nicht zu unterschätzen ist dabei auch die Unsicherheit älterer Mitbürger gegenüber Ämtern und deren Beauftragten, deshalb sollte ein Senior gewählt werden, dem leichter Probleme erläutert und Wünsche vorgetragen werden können. Eine der Hauptaufgaben des Seniorenbeauftragten ist es, Mittler zwischen Senioren und Rat und Verwaltung zu sein. Bei ihm können die Wünsche und Anregungen der Senioren gesammelt werden und dann den politisch Verantwortlichen und den mit der Aus-

führung und Verwaltung Beauftragten vorgestellt werden. Auch die Vermittlung von Entscheidungen in den Kommunen und des Gesetzgebers ist Aufgabe des Seniorenbeauftragten. Groß ist zur Zeit das Interesse an der geplanten Regelung der Pflegekosten, und viele Informationen dazu werden vom Seniorenbeauftragten erwartet.

Die praktische Arbeit eines Seniorenbeauftragten ist andererseits für den Senior eine natürliche und recht befriedigende Tätigkeit. Ohne Kostenaufwand nennenswerter Art lassen sich viele Dinge regeln, die Älteren, Kindern und Behinderten das Leben leichter und lebenswerter machen. Lobenswerte und stolz vorgeführte Maßnahmen der Verkehrsberuhigung sind, vor allem im Winter, nicht nur für Autofahrer eine Bremse. Wer Kinder mit ihren Rädern auf dem Schulweg auf vereisten Katzenbucheln stürzen sieht, der versteht sehr schnell, daß Senioren im Winter das Haus lieben. Sehen macht klug: Kinderwagen, Kleinkinder auf Rädern und Senioren leiden unter Kopfsteinpflaster, Rundbuckeln und auch den so unsinnig hohen Bordsteinkanten. Haben wir denn alle vergessen, daß Bordsteine nur deshalb so hoch notwendig waren, damit Pferdefuhrwerke nicht schleudernd die Fußgänger gefährdeten? Heute genügen doch zweieinhalb Zentimeter zur Abgrenzung der Fahrwege von den Fußwegen. Damit erreicht man auch, daß alle Behin-

derten mit Rollstühlen die Straßen überqueren können, auch für Kinderwagen ist das viel leichter geworden, und selbst die Autofahrer werden es begrüßen, es schont die Reifen. Damit soll aber nicht die Aufforderung verbunden werden, den parkenden Wagen Vorrang zu geben vor Fußgängern, Rollstuhlfahrern und den Kindern, die eigentlich auf den Bürgersteigen radfahren sollten. Eine einfache Erklärung gibt es auch für das „Nicht annehmen“ von manchen Bänken. Sie haben keine Seitenlehnen. Schon aus Vorsicht werden kranke und ältere Menschen eine solche Bank meiden. Sie könnten sie ohne Hilfe nicht mehr verlassen. Eine „Zughilfe“ durch eine zumindest einseitige Seitenlehne ist ein Muß. Bänke sollten auch so aufgestellt werden, daß nicht alle in der prallen Mittagssonne stehen und vor allem an den Plätzen, wo ältere Mitmenschen eine Pause benötigen, auch natürlich auf großen und vor den Friedhöfen. Warum werden Briefkästen nicht an Altersheimen angebracht? Den Senioren werden lang Wege zugemutet, die für jüngere Mitmenschen einfacher zu bewältigen sind. Auch bei der Aufstellung von Laternen und Leuchten sollte an die Älteren gedacht werden, deren Augen nicht mehr so gut sind und die dazu auch häufiger an der Nachtblindheit leiden.

Ein ganz wichtiges und auch leidiges Problem sind die Wohnverhältnisse. Wer baut, sollte daran

denken, daß er sehr gerne sehr alt werden möchte, und deshalb schon in den „besten“ Jahren an die vielen Kleinigkeiten denken, die beim Rohbau praktisch kostenlos zu bedenken sind, um jede Wohnung altersgerecht zu machen. Das sind z. B. breitere Türen, gute Ausleuchtung, Handläufe an beiden Seiten der Treppen, Aufstellung der Mülltonnen an ebenen Plätzen, damit sie auch von schwächeren Mitmenschen bewegt werden können, vergrößerte Badezimmer und die Möglichkeiten, im Alter benötigte Hilfsmittel aufzustellen, vor allem auch elektrisch anzuschließen, gehören ebenso dazu wie eine Küche, die auch im Alter noch funktionsgerecht ist. Ein weites Feld für den Seniorenbeauftragten tut sich hier auf: die Wohnungsberatung, in der Form von Hinweisen und Rat auf die nun meist nachträgliche Umgestaltung der Wohnung in eine altersgerechte. Meist ist der dafür notwendige Aufwand viel geringer, als angenommen wird. Er steht vor allem in keinem Verhältnis zu den Kosten, die sonst eine frühere Unterbringung in einem Alten- oder Pflegeheim mit sich bringen würden. Schon „Kleinigkeiten“ bringen viel: Ein Krückennutzer ist dankbar für Halter an den Eingangstüren. Wer einmal gesehen hat, wie problematisch es ist, mit zwei Krücken eine Tür aufzuschließen, wenn eine Hand benötigt wird und die Krücke dann zwischen die Beine geklemmt werden muß, der

weiß um das Problem, das mit Pfennigbeträgen zu lösen ist. Alte Menschen begrüßen es, wenn Beleuchtung auf Annäherungsautomatik umgestellt wird und die Klingelanlage lauter oder auf Lichtzeichen umzustellen ist. Auf diesem Gebiet gibt es stets mehr und Neues, deshalb wirkt es geradezu unerschöpflich.

Haben meine Leser schon einmal die Beobachtung gemacht, wie sich Ältere und Schwache umsehen, wenn sie in ihre Wohnung kommen und beim Platzanbieten dann so gerne einen Stuhl wählen, weil die modernen Sitzgelegenheiten nur für junge und sportliche Menschen eine leichte Aufstehmöglichkeit bieten. Auch ein Gästebett kann vorübergehend auf eine vernünftige Seniorenhöhe gebracht werden. Man schiebt einfach zeitweilig Kanthölzer unter und erreicht dann schnell und einfach eine bequeme Ein- und Aufsteighöhe von z. B. 48 cm.

Wer Menschen achtet und helfen will, wo Hilfe ohne größere Mühe möglich ist, der wird un schwer erkennen, ein Seniorenbeauftragter ist eigentlich in jeder Kommune ein „Muß“ und ohne Kostenaufwand realisierbar, wenn ein geeigneter Senior – ob Mann oder Frau – gefunden wird. Und wo gibt es die nicht? Der Anteil der Senioren an der Bevölkerung hat eine Größe erreicht, die bald die der 25jährigen übertrifft. Ob man es beklagt oder nicht, es bleibt die Tatsache bestehen, daß sich die

Schwergewichte in Richtung auf das Seniorenalter verlagern. Dies kann sich auch rasch in der Politik zeigen, denn obwohl die Älteren durch Lebenserfahrung klug geworden den Jüngeren Arbeit und Politik gerne überlassen und zu meist auch nicht zu Radikalität neigen, wollen sie doch nicht nur verwahrt und betreut werden, sondern in ihren spezifischen Problemen und Nöten ernst genommen werden.

Wie einfach war es einstmals: „Ehret das Alter.“ Wenn heute – ganz modern – der ältere Mensch nicht mehr um Rat gefragt wird und jung sein „in“ ist, sollte sich zumindest die Einstellung verbreiten, die in unserer Stadt Niederkassel verspürbar ist: Alle Parteien und auch die in der Verwaltung Tätigen sind guten Willens und bereit, Anregungen und Wünsche der Senioren ernst zu nehmen und ihnen Rechnung zu tragen, wo immer es möglich ist.

Willy Trost

Ein alter Traum wird Wirklichkeit

Missionsschwester Eusebia, die Schwester des Poinger Pfarrers Alfons Langwieder, die im Sommer vergangenen Jahres hier auf Heimatbesuch war, feierte am 6. Januar d.J. zusammen mit acht weiteren Missionsschwestern in Alival-

North/Südafrika ihr diamantenes Profestjubiläum (60 Jahre).

Sie wurde am 9. Juli 1911 in Teisendorf geboren. 1928 trat sie in das Kloster der Schwestern vom Heiligen Kreuz in Metzingen im Schweizer Kanton Zug ein. Schon ein Jahr später wurde sie in die Mission entsandt. Sie kam in das Provinzhaus des Ordens nach Alival in Südafrika, wo sie als Lehrerin ausgebildet wurde. Danach wurde sie in das Herschelgebiet berufen, das 1976 in die Unabhängigkeit entlassen wurde. Hier half sie mit am Aufbau einer Mittelschule für Farbige. 54 Jahre lang wirkte sie hier erfolgreich als Schulleiterin und Oberlehrerin, ehe sie eine Krankheit zwang, diese Tätigkeit aufzugeben. Heute lebt Schwester Eusebia im Altersheim Fatima in Alival-North. Pfarrer Langwieder nahm das Profestjubiläum zum Anlaß, um seine Schwester zu besuchen. Damit hatte er auch Gelegenheit, seinen alten Traum, Afrika kennenzulernen, zu verwirklichen.

Nach dieser Feier reiste Pfarrer Langwieder zusammen mit seinem Reisegefährten, dem Pfarrer Matthias Bartl aus Bruckmühl, etwa 4000 km kreuz und quer durch Südafrika.

Zu seinen herausragenden Erlebnissen zählte ein Besuch bei Lawrence Erzbischof Henry, einem Farbigen in Kapstadt. Zusammen mit dem Erzbischof und begleitet von vielen Gesprächen, fuhren die beiden Pfarrer aus Oberbayern

durch dessen Diözese. Natürlich stand die Frage der Apartheid im Vordergrund des Interesses. Von Rassentrennung konnte Pfarrer Langwieder allerdings in der Praxis nichts erkennen. „Die Katholische Kirche steht in Südafrika fest auf eigenen Beinen“, erzählt der Poinger Seelsorger. Er stellte auch fest, daß es um den Priesternachwuchs nicht schlecht bestellt sei.

Als besonders erfreulich empfand Pfarrer Langwieder, daß alle christlichen Kirchen am Kap der guten Hoffnung eng zusammenarbeiten. Die Kirchenleitungen treffen sich regelmäßig am Runden Tisch, um anstehende Fragen gemeinsam zu klären. „Kein engstirniges konfessionelles Denken!“ Schwerpunkte der kirchlichen Arbeit sind das Schulwesen und die Sozialarbeit. Jedem Bürger in Südafrika stehe jeder Beruf offen. Auch Farbigen ist der Besuch einer Universität freigestellt.

Ein besonderes Interesse bestand für Pfarrer Langwieder darin, ob er Projekten begegnet, die von Miserior gefördert und ausgebaut wurden oder werden. Er wurde mehr als fündig. Miserior hat, als es hier vor 30 Jahren begann, vornehmlich Mittel in den Ausbau des Gesundheitswesens auf dem Land und in die Volksbildung gesteckt.

Ein weiterer Schwerpunkt kirchlicher Arbeit ist es ferner, die Schwarzen aus den sogenannten Locations zu holen und ihnen ein bürgerliches Leben zu ermögli-

chen. Wenn ein Schwarzer eine beständige Arbeit nachweise, erhalte er über einen klösterlichen Konvent ein Häuschen mit Wohn-, Schlafräum, Küche und Naßzelle zugewiesen. Mit Garten bezahlt er hierfür 40 bis 60 Rand (30–50 Mark) im Monat an Miete. Ist die Anschaffungssumme des Häuschens abbezahlt, dann geht es in das Eigentum der Familie über. „Eine ideale Art, um Wohneigentum zu schaffen.“

Als reines Vergnügen bezeichnete Pfarrer Langwieder die Fahrten durch die schier unendlichen Weiten des wunderschönen Landes. Gut ausgebaute Straßen, wenig Verkehr, saubere Ortschaften, gesundes Klima.

Eine landschaftliche Perle ist die Kap-Provinz. In Kapstadt selber kann man sich verlieben.

Die Lebenshaltungskosten liegen ein gut Stück tiefer als bei uns. Die Küche orientiert sich an der englischen Speisekarte.

Zwei Tage hielt sich Pfarrer Langwieder im Königreich Lesotho auf. Dieses Land ist landschaftlich wunderschön. Durchschnittliche Seehöhe etwa 1700 m. Lesotho ist ein einziger Luftkurort und wäre das gegebene Urlaubsland, wenn es nicht so weit weg liegen würde. Die Menschen sind dort etwas scheu, aber freundlich. Der Service in den Lokalen entspricht etwa dem eines mittleren Gaststättenbetriebes unserer Breiten.

Das alte Stammesdenken ist

nach wie vor fest im Volk verwurzelt. Auch der Witchdoctor (Zauberdoctor) hat seinen festen Platz.

Pfarrers Langwieders großer Wunsch ist, noch einmal in seinem Leben Südafrika zu sehen.

Arthur Schopf

'EINE NEUE STADT ERSTEHT'

91. Deutscher
Katholikentag
Karlsruhe
17.—21. Juni 1992



AUS GKS UND PGR

Handreichung zum Jahresthema der GKS 1992

Vorwort

„Die GKS will in der Kontinuität der thematischen Zwei-Jahresschritte im nächsten Jahr die begonnene Europaarbeit fortsetzen.“ Mit diesen Worten wies der Bundesvorsitzende der GKS Oberstleutnant i. G. Paul Schulz bei der Zentralen Versammlung 1991 in Heiligenkreuztal auf das Jahresthema 1992 hin.

Zwischenzeitlich wurde das Thema in den Gremien ausformuliert und Professor Dr. Grulich, Professor für Kirchengeschichte an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz, für die Erarbeitung der vorliegenden Handreichung gewonnen.

Neben der offenkundigen politischen Aktualität drängt die Thematik des 91. Deutschen Katholikentages – insbesondere der 5. Themenkreis „Unterwegs zur einen Welt“ – zur Auseinandersetzung mit diesen Fragen.

Mit dem kompromißlosen „Wir bauen mit!“ haben wir uns als katholische Soldaten ganz bewußt in die Pflicht nehmen lassen. Dabei ist für einen engen, west-orientierten Europabegriff kein Platz; er

muß im Geist der internationalen Friedensgottesdienste, der Soldatenwallfahrt nach Lourdes und der Begegnung von Soldaten aus Ost und West am Bild der Schwarzen Madonna im Kloster Jasna Gora in Tschenschostochau anläßlich des Besuches von Papst Johannes Paul II. in seiner Heimat Polen im vergangenen Jahr sowie durch die Länder-, Kultur-, Sprach- und Konfessionsgrenzen überwindende Kraft des christlichen Bekenntnisses erweitert werden: Europa als Teil „der einen Welt“, so ist katholisch = alles umschließend gemeint.

Die Handreichung will Hilfe für die „Bau-Tätigkeit“ in den GKS-Kreisen sein, sie soll Initialzündung geben und Basiswissen vermitteln, auf dem die weitere Arbeit aufbauen kann. Für die Art und Weise der Vertiefung, Abrundung und Erweiterung des Themas gibt das Handbuch der GKS vielfältige Hinweise. Eines muß uns allen aber klar sein:

Mitarbeit in der Mission ist als Apostolat von uns Laien zuallererst und zugleich am wirkungsvollsten mutiges und engagiertes Leben und Bekenntnis unseres Glaubens. So lassen sich Grenzen in den Herzen überwinden, so wird Gottese Erfahrung möglich! Dazu sollten wir auf die Kraft des gemeinsamen Gebetes bauen und

versuchen, Neuevangelisation zu mehr als einem Schlagwort zu machen. In diesem Sinne endet auch der eingangs zitierte Hinweis auf das Jahresthema 1992: „Gegenwärtig haben Soldaten die Chance, Avantgarde, Vorhut der Kirche zu sein. Nutzen wir diese Chance und setzen wir ein Zeichen der Treue in unserer Kirche.“

Paul Brochhagen

Europa bauen in der einen Welt. Wir bauen mit.

Einleitung

Zwiespältig ist unsere Haltung zum Begriff Mission: Im Zeitalter der Annäherung, ja Zusammenarbeit der Religionen, war der Missionsbegriff eine Zeit lang fast verpönt. Galt es nicht, aus einem guten Hindu einen besseren, aus einem Muslim einen guten Muslim zu machen? Die christlichen Missionare wurden als Männer im Gefolge der kolonialen Eroberer, als Fremde gesehen, die überseeischen Kulturen ihren europäischen Stempel aufdrücken oder gar ein europäisches Gewand überziehen wollten.

Nun spricht man vom Missionsland Europa und von einer Neu-Evangelisierung unseres Kontinents. Dabei wird der Begriff der Neu-Evangelisierung inzwischen

mit ebenso inflationärer Häufigkeit und wenig hinterfragter Selbstverständlichkeit gebraucht wie der Name Europa. Dieses war bis zur KSZE (Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) 1975 und bis vor dem Fall der Mauer sowie der Abschaffung des Eisernen Vorhangs gleichgesetzt mit dem westlichen, nicht kommunistischen Teil unseres Kontinentes: Namen wie Europa-Rat, Europaparlament oder Europäische Gemeinschaft bezeichneten immer nur den westlichen kleinen Teil Europas.

Wir wollen im Folgenden fragen:

1. Ist Europa ein Missionsland?
2. Was steckt hinter dem Begriff des Christlichen Abendlands, bzw. wie christlich ist Europa?
3. Welche Rolle spielt die Katholische Kirche Deutschlands in diesem Europa?
4. Welches Europa wollen wir bauen?
5. Welche Aufgaben liegen vor uns?

Wie bauen wir Europa mit?

In einem Anhang drucken wir Auszüge aus einigen Dokumenten mit kirchlichen Aussagen zum Thema und geben weiterführende Literatur an.

1. Ist Europa ein Missionsland?

Viele Christen in Europa waren sich auch früher immer der Spannung bewußt, die zwischen der Tatsache bestand, daß bis vor kurzem die meisten Europäer getauft

te Christen waren, die Praxis ihres Handels und das Leben des Glaubens dem aber oft nicht entsprach. In Frankreich, wo seit dem antikirchlichen Kampf der Französischen Revolution beträchtliche Bevölkerungsschichten und ganze Landstriche fortschreitend entchristlicht waren, erhob sich schon im Zweiten Weltkrieg die Frage, ob dieses Land, das einst stolz darauf war, die älteste Tochter der Kirche genannt zu werden, nicht schon längst ein Missionsland sei. In Deutschland hat als erster der Jesuit Ivo Zeiger 1948 festgestellt, „daß Deutschland als rufendes Missionsland vor uns liegt“. Er wurde damals „wegen dieses harten Wortes angegriffen“, man warf ihm vor, er beleidige damit die Katholische Kirche in seiner Heimat und er zerstöre das Interesse an der Weltmission. Auf dem 72. Deutschen Katholikentag 1948 in Mainz hielt Zeiger einen vielbeachteten Vortrag über „Die religiös-sittliche Lage und die Aufgabe der deutschen Katholiken“.

Vieles von dem, was Zeiger damals nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Ideologie feststellte, gilt auch für die heutige Zeit nach dem Zusammenbruch des Marxismus-Leninismus in Ost- und Ostmitteleuropa. „Missionsituationen erfordern Missionsmethoden“, stellte Zeiger damals fest. „Das heißt erstens: arbeiten in Armut, arbeiten mit bescheidenen Mitteln . . . Wir müssen arm und bescheiden wieder vorne

anfangen, wie eine Missionskirche. . .“ Als zweite Forderung nennt Zeiger: „Mehr soziale Aufgeschlossenheit und Liebe in unseren eigenen Reihen.“ Die dritte Forderung aus der Missionsituation heraus war für ihn: „Der Katholizismus muß von unten her wieder neu gebaut werden.“ Als letztes forderte er eine neue Haltung voll Stolz und Mut für die Zukunft.

Entwicklung nach dem II. Weltkrieg

Im Zusammenbruch des Krieges und der Not der Nachkriegszeit war nicht abzusehen, daß sich durch das seit langem bereits sprichwörtliche Wirtschaftswunder in Deutschland die Frage nach der Armut und eines bescheidenen Neuanfangs für die Kirche bald nicht mehr stellte. Wie nie zuvor entwickelte die Kirche gerade seit den 50er Jahren eine rege Tätigkeit, baute Kirchen, Pfarrhäuser, Heime, Kindergärten, Schulen und andere Bildungseinrichtungen. Das war nötig, weil sich durch die Millionen von Heimatvertriebenen aus dem Osten die konfessionelle Struktur Deutschlands völlig gewandelt hatte. Wo seit der Reformation oft kein katholischer Priester mehr gesehen wurde, entstanden nun neue katholische Pfarreien. Diözesen wie Hildesheim vervielfachten ihre Katholikenzahl. Gleichzeitig aber mußten die Verantwortlichen in der Kirche mit

dem immer wachsenden Wohlstand auch einen ständig fortschreitenden Rückgang von Religiosität und Bindung an die Kirche feststellen. „Die religiöse Sinnggebung hat für immer weitere Lebensbereiche an Bedeutung eingebüßt. Wir sprechen von Säkularisierung. Unser Bewußtsein und unser Denken ist immer mehr weltlich worden. Man scheint Gott nicht zu brauchen. Höchstens ist er noch notwendig in den Grenzsituationen schwerer Krankheit und im Angesicht des Todes. Im Alltag brauchen die meisten Menschen, wie sie meinen, keinen Gott und keine Kirche. Im alten Europa ist der Prozeß der Entchristlichung so weit fortgeschritten, daß man ernsthaft an eine zweite Verkündigung denken muß.“

So schreibt der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, der Bischof von Mainz DDR. Karl Lehmann zu dieser Entwicklung in seinem Hirtenwort „Was heißt Neu-Evangelisierung Europas?“ in der österlichen Bußzeit 1991.

Zahlreiche soziologische Untersuchungen haben das seit Jahrzehnten bestätigt. Den Rückgang der Gottesdienstbesucher, der Taufen, der geistlichen Berufe konnten auch die einzelnen Pfarreien selbst feststellen. Groß angelegte Befragungen verschiedener Institute haben zusätzlich ergeben, daß auch die persönliche Glaubensüberzeugung, der Glaube an einen persönlichen Gott, an das Leben nach dem Tode, an die

Gottheit Jesu Christi und andere Glaubenswahrheiten drastisch zurückging. Noch mehr galt und gilt das für die Morallehre der Kirche, die anzunehmen und zu bejahen immer weniger katholische Christen bereit sind.

Die Kirche war sich dieser Säkularisierung schmerzhaft bewußt. Papst Johannes XXIII. versuchte deshalb das „aggiornamento“ und berief das 2. Vatikanische Konzil, das in verschiedenen Dekreten die Rolle der Kirche in der heutigen Welt als „pilgerndes Gottesvolk“ oder „Licht der Völker“ behandelte. Dieses Konzil verstand sich als Reformkonzil, das im Geist des Evangelismus mit dem Blick auf das Heute die Kirche erneuern wollte. Papst Paul VI. richtete 1975 sein Apostolisches Schreiben „Evangelii nuntiandi“ an den Episkopat, den Klerus und alle Gläubigen der Katholischen Kirche über die Evangelisierung in der Welt von heute.

In dieser Zeit fielen die Bemühungen der Politiker um die Einheit Europas, wobei allerdings, wie bereits erwähnt, nur die westliche, nichtkommunistische Hälfte des Kontinentes gesehen wurde. Am 29. Juni 1977 haben die Bischofskonferenzen Europas ein „Wort zu Europa“ herausgegeben, in dem sie die geschichtliche Rolle Europas betonten, den Willen zur Einigung hervorhoben und auf Grundrechte und Grundpflichten hinwiesen. Sie stellten fest, daß „die Abkehr von Gott als dem

Herrn und Schöpfer ... zu menschlichem Niedergang, Krieg und Gewalt geführt hat. Viele Menschen, auch in unserem Land, sind dem Materialismus verfallen. In der Folge religiöser Entwurzelung greifen, trotz wachsenden Wohlstandes, Resignation, Depression und Angst um sich.“

Chancen durch den politischen Umbruch im Osten Europas

Es bedurfte aber bei uns einiger entscheidender Ereignisse, um die Missionsnotwendigkeit in Europa in ihrer ganzen Weite zu erfassen. Dies geschah vor allem durch die Folgen der politischen Wende des Jahres 1989, als die unnatürliche Teilung Deutschlands und Europas unerwartet beendet und für viele überraschend augenscheinlich wurde, wie weit in vier bzw. fünf Jahrzehnten die Entchristlichung Ost- und Ostmitteleuropas und in über sieben Jahrzehnten in der ehemaligen Sowjetunion fortgeschritten war. Die bedeutende Rolle, die dabei der erste slawische Papst für diese Wende spielte, kann nicht hoch genug angesetzt werden. Der Pole Johannes Paul II. hatte sich im Gegensatz zu den Politikern nie mit der Teilung Europas als Folge der Absprachen während der Konferenz von Jalta abgefunden. Er hatte schon bei seiner Reise als Papst nach Gnesen am Grab des hl. Adalbert die Einheit des Kontinents betont und mit der Proklamierung der Slawen-

apostel Cyrill und Method zu Kronpatronen Europas diese großen Missionare dem hl. Benedikt, dem „Vater des Abendlandes“, zur Seite gestellt.

Der Papst hatte auch klar den Marxismus-Leninismus als Übel genannt, ja als „Schande unseres Jahrhunderts“. Wie tief diese Ideologie die Seelen der Menschen zerstört hatte, wird heute immer mehr sichtbar.

1985 erinnerte Johannes Paul II. in seinem Rundschreiben „Slavorum Apostoli“ zum 1100. Todestag des hl. Method an das Werk der Evangelisierung der beiden Brüder aus Saloniki, von deren Charisma er hoffte, es werde „sich in unserer Epoche in neuer Fülle zeigen und neue Früchte tragen“. Der Papst würdigte dabei Cyrill und Method wegen ihrer klaren Stellung in all jenen Konflikten, „die damals die slawischen Gemeinschaften auf ihrem Weg zu staatlicher Organisation erschütterten; sie machten sich dabei die Schwierigkeiten und Probleme zu eigen, die nicht zu vermeiden waren für Völker, die ihre eigene Identität unter dem militärischen und kulturellen Druck des neuen römisch-germanischen Reiches verteidigten und versuchten, jene Lebensformen zurückzuweisen, die ihnen fremd schienen“. Cyrill und Method sind für den Papst zwei Verbindungsringe, eine geistige Brücke zwischen Ost und West, die einen entscheidenden Beitrag zur Bildung Europas leisteten, „und zwar nicht nur in

der religiösen, christlichen Gemeinschaft, sondern auch für seine gesellschaftliche und kulturelle Einheit“. An Grundhaltungen in Ost und West als von den zwei Flügeln einer Lunge, durch die Europa atmet. Bei seinem ersten Besuch in der Tschechoslowakei hat im April 1990 der Papst in Velehrad in Mähren, das der Tradition nach der Bischofssitz des hl. Method gewesen sein soll, als Reaktion auf den Umbruch in Osteuropa eine Sonderversammlung der Bischofssynode für Europa angekündigt, die ab 28. November bis zum 13. Dezember 1991 nach Wegen der Neuevangelisierung Europas fragte, das sich nun den Bischöfen vom Atlantik bis zum Ural als neues Missionsland darstellt. Die Grundlagen einer Neuevangelisierung hat der Heilige Vater in seiner Enzyklika „Redemptoris Missio“ über die fortdauernde Gültigkeit des missionarischen Auftrages vom 7. Dezember 1990 deutlich aufgezeigt. Der Päpstliche Rat für den Interreligiösen Dialog und die Kongregation für die Evangelisierung der Völker haben am 19. Mai 1991 unter dem Titel „Dialog und Verkündigung“ Überlegungen und Orientierungen zum Interreligiösen Dialog und zur Verkündigung des Evangeliums Jesu Christi geboten. Wie sich 1979 die 3. Vollversammlung des lateinamerikanischen Episkopates mit der Evangelisierung ihres auf dem Papier katholischen Kontinentes in Gegenwart und Zukunft beschäf-

tigte, so haben Ende 1991 die europäischen Bischöfe ihre Konzeptionen vorgelegt. Die Tatsache, daß unter ihnen Männer waren, die in Gefängnis und Arbeitslager litten und als Geheimbischöfe wirkten, ist dabei ebenso von Bedeutung wie das Faktum, daß es 1991 in Teilen Europas wieder auch vom Staat anerkannte Bischöfe gab, wo seit den zwanziger und dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts keinerlei kirchliche Struktur mehr außer einzelnen Gemeinden vorhanden war. Unter dem Titel „Damit wir Zeugen Christi sind, der uns befreit hat“, betonte die Sonderversammlung im Schlußdokument die gegenwärtige historische Stunde für den christlichen Glauben Europas und wies auf Wege der Neuevangelisierung hin. Fast im Schatten der Bischofssynode hatte vom 12. bis 18. November 1991 in Santiago de Compostela (Spanien) die fünfte Europäische ökumenische Begegnung zwischen der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) und dem Rat der Europäischen Bischofskonferenzen (CCEE) stattgefunden. Im Bericht der Präsidenten dieser Versammlung, Dean John Arnold und Carlo Maria Kardinal Martini, wird das Ausmaß der christlichen Verantwortung angesichts des Evangeliums hervorgehoben und die Überzeugung ausgesprochen, daß das Evangelium in Europa Zukunft habe. Schon erheben sich auch negative, ja feindliche Stimmen, die von einer Rekonfessionalisierung,

einer „Rückkehr der Katholen“ oder von Proselytenmacherei sprechen. Es gibt aber auch falschen Triumphalismus in katholischen Kreisen, der nur den scheinbaren Sieg über den atheistischen Marxismus sieht, dabei aber nicht wahrhaben will, daß es noch nicht der Glaube oder die Religion ist, die das Vakuum in den Seelen aufgefüllt und erfüllt haben.

2. Was steckt hinter dem Begriff des christlichen Abendlandes – oder: Wie christlich ist Europa?

Ohne Zweifel ist das Christentum eine der wesentlichsten Kräfte, die Europa und seine Kultur entscheidend mitgestaltet, ja nach einem Wort von Papst Pius XII. „die Seele seiner Völker am tiefsten geformt“ haben. Zur Geschichte dieses Kontinents und seiner Entfaltung gehört das missionarische Wirken großer Heiliger wie Benedikt, Kolumban, Bonifatius, Cyrill und Method, Ansgar und Adalbert. Diese Missionare haben auf Dauer das Antlitz Europas entscheidender geprägt als dies große Herrscher, Eroberer oder Heerführer taten.

Der erste Bundespräsident des jungen Nachkriegsdeutschland, Theodor Heuss, sagte über Europa, es stehe gleich Säulen auf drei Hügeln: auf der Akropolis, dem Kapitol und Golgotha. Es habe also eine hellenistische, eine römische und eine auf Jesus Christus zurückzuführende christliche Grund-

lage, wobei letztere die beiden anderen integrierte.

Leider ist es durch die Entfremdung zwischen Ost und West nach der großen Kirchenspaltung des Jahres 1054, zur „Fehlleistung einer ganzen Kulturepoche Europas“ gekommen, als „jenes zählbare, oft wiederholte Kulturbewußtsein und Geschichtsbild etlicher Generationen, ja sogar das Selbstverständnis der römischen Kirche prägende Diktum“ (Ernst Nittner) von den drei anderen Säulen entstand, von Antike, Christentum und Germanentum, die den Bau Europas tragen, bzw. von den drei Wurzeln, aus denen das Abendland gewachsen sei. Der Osten Europas kommt in beiden Bildern, von den drei Hügeln und von den drei Säulen, zu kurz, sei es der slawische Osten, sei es die besondere Geistigkeit östlichen Christentums, das in Osteuropa mehr vom Slawentum geprägt ist als vom Griechentum.

Als Papst Paul VI. 1964 den hl. Benedikt zum „Patron Europas“ und zum „Vater des Abendlandes“ erhob, ging er davon aus, daß nach dem Ende des alten Weströmischen Reiches und nach dem Ende der Völkerwanderung die Geburt Europas anzusetzen ist. Karl der Große ist bereits von Zeitgenossen als „verehrungswürdige Zierde Europas“, als Pater Europae bezeichnet worden.

Doch sein Reich, dieses junge Europa, war noch ein Kleinearopa, kleiner als die EWG, das Europa

der sechs Gründungsmitglieder der heutigen EG, da damals unter Karl dem Großen ganz Südtalien noch unter byzantinischer Herrschaft war, allerdings die Gebiete der heutigen Schweiz und die Grenz-Marken in Österreich und Nordspanien dazugehörten. Dazu kam, daß in Konstantinopel der alte römische Reichsgedanke weiterlebte und dieses Faktum zum Dualismus Rom-Byzanz führte. Der polnische Historiker Oskar Halecki kommt sogar zum Schluß, daß die Errichtung des Reiches Karl des Großen kein Schritt Integration eines größeren christlichen Europas war, sondern zunächst den damals bereits vorhandenen Ost-West-Dualismus noch erneuerte und verstärkte.

Dazu kam, daß die unstreitbar großartige Leistung Karls des Großen ohne Kontinuität war, ja nach dem Tod des Kaisers Niedergang und Zerfall kamen, ehe Otto I. mit seiner Kaiserkrönung im Jahre 962 an Karl den Großen anknüpfte. Dabei konnte er allerdings das Reich Karls nicht erneuern, sondern nur im Ostfrankenreich, dem späteren Deutschland, das Ende des karolingischen Staates machtpolitisch weiterführen.

Die Missionierung Osteuropas

Doch gerade in dieser Zeit des Zerfalls des Reiches Karls des Großen im 9. Jahrhundert fällt die Mission der Slawenapostel Cyrill und Method. Ihr Hauptwirkungsgebiet ist Mähren und Pannonien, die

alten Hauptdurchzugsgebiete der Völkerwanderung. Mit seinem Wahlspruch „ora et labora“ (bete und arbeite), mit der Gründung von Klöstern und der Pflicht der Seßhaftigkeit der Mönche hatte St. benedikt die Unruhe der Völkerwanderung gebändigt und überwunden. Seit dem Jahre 863 missionierten Cyrill und Method, die Mitpatrone Europas, in Gebieten, die nicht zum Römischen Reich und nicht zum Reich Karls des Großen gehört hatten. Die eigentliche Integration Europas ist nicht nur von Reichsgedanken her erfolgt, nicht von der Zugehörigkeit zum Imperium (sei es byzantinisch, sei es fränkisch-römisch), sondern durch Mission und Christianisierung, durch welche griechisch-römische Kultur zunächst in das Großmährische Reich, dann in andere slawische Staatswesen, aber auch bald in das nichtslawische Reich der Ungarn eindrang. Mit dem Christentum wurde das Erbe der Antike von jungen Völkern übernommen, die sich außerhalb des Imperiums entwickelten, so wie ein Jahrhundert zuvor unter Bonifatius das gleiche in unserer Heimat geschah und später im Norden durch Missionare wie Ansgar erfolgte: Durch die Christianisierung, durch die Übernahme des kulturellen Reichtums der römischen und griechischen Antike entstand in einem langen Entwicklungszeitraum Europa.

In seinem geistvollen Vortrag über „Cyrill und Method – Schutz-

heilige Europas“ schreibt Ernst Nittner über die Zeit des 10. Jahrhunderts, als nach der Vertreibung der Schüler des heiligen Method nach dessen Tode diese eine neue Wirkungsstätte in Bulgarien fanden und nach dem Ende des Großmährischen Reiches auf Teilen seines Bodens ein christlicher ungarischer Staat entstand:

„Die Geburt Europas war abgeschlossen, West und Ost waren integriert in die europäische Gemeinschaft des Denkens und Glaubens.

Griechische Philosophie und die römischen Kriterien von Recht und Ordnung waren überhöht durch die christliche Heilsbotschaft, durch das neue Bild von Gott und Mensch.

Im Westen – aber keineswegs nur für den Westen – hatte St. Benedikt den kultursoziologischen Imperativ des „Ora et labora!“ mit der Absage an ausschließliche Kontemplation ebenso wie an leistungsbesessenes Robotertum eingebracht.

Cyryll und Method hatten bei den slawischen Völkern – aber keineswegs nur für sie – die Freisetzung volkhafter Kräfte für das Wirken der Kirche, den Gedanken des Glaubens und Verkündens aus der ethnischen Voraussetzung des Betens und Eucharistiefeierns in der Muttersprache hinzugefügt. Man sagt, daß hier eigentlich antizipiert wurde, was tausend Jahre später durch das Zweite Vatikanum verwirklicht wurde.“

Geburtsstunde Europas

Wir können also von einer Geburtsstunde Europas sprechen, müssen uns dabei aber immer wieder vor Augen halten, daß auch damals Europa nie „wirklich eine Einheit war, weder regional noch unter den Bedingungen des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation“ (David Seeber). Es lebte immer in Spannungen und Gegensätzen, in Konflikten und Auseinandersetzungen. Selbst wenn es (nach den Worten des Papstes) durch das Christentum mit beiden Lungen atmete, war dies doch zeit- und perspektivenverschoben. „Europa ist eben ein anders beschaffener Kontinent, als wir ihn in den üblichen Europa-Sonntagsreden präsentiert bekommen“, schreibt David Seeber in einem Leitartikel der Herder-Korrespondenz im September 1991, als dieses Europa sich lange als nicht handelndes Subjekt im Jugoslawienkrieg erwies, als zu schwach, um als gesamteuropäisches Ordnungselement „oder auch nur als friedensstiftender Moderator auftreten zu können.“ Zwar hat Europa immer existiert, aber nur in seiner Vielfalt, wobei die Vielfalt politisch, kulturell, geistig und regional war. Seine Geschichte nach der Geburtsstunde ist gekennzeichnet von Machtansprüchen und Gewalt, von Kämpfen mit Siegen und Niederlagen, die bereits im Mittelalter und in der frühen Neuzeit, nicht erst 1870/71 oder in den bei-

den Weltkriegen dieses Jahrhunderts Feindschaft zwischen den Völkern als den Trägern Europas schufen.

Wie die Trennung von Ost- und Westkirche im Jahre 1054 haben weitere Kirchenspaltungen wie die der Reformation zu erneuter Trennung geführt. Auch wenn sie nicht die europäischen Dimensionen hatten wie nach 1517 durch Luther, so haben auch andere religiöse Konflikte (denken wir an die Hussitenkriege) zu Feindschaft und Auseinanderleben geführt. Ein trauriger Höhepunkt dieses Gegeneinander war sicher der Dreißigjährige Krieg, als Mitteleuropa Aufmarschplatz von Armeen aus weiten Teilen Europas, von Spanien bis Schweden, war.

Gemeinsamer Urgrund

Dennoch blieb diesem Europa ein gemeinsamer Urgrund: das Christentum. Nicht zufällig haben große Geister vor 200 Jahren in einer der unseren vergleichbaren Zeit nach den Wirren und Fehlentwicklungen der Französischen Revolution ihre Blicke von Aufklärung, Rationalismus und Materialismus abgewandt und versucht, sich an Grundwerten des mittelalterlichen Europa zu orientieren. Der Dichter Novalis, der eigentlich Friedrich Karl von Hardenburg hieß und als Leiter der Bergwerke in Sachsen von Haus aus ein Naturwissenschaftler war, hat damals eine Schrift verfaßt: „Die

Christenheit oder Europa“. Er meinte damit keinen Gegensatz, sondern völlige Identität. Für Novalis ist Europa nach seiner Herkunft christlich; es wird christlich sein oder gar nicht mehr existieren. Nicht umsonst nennen wir Novalis einen Vertreter der Romantik, aber dennoch müssen wir uns heute auf die christlichen Grundwerte zurückbesinnen, auf denen Europa aufbaut. Das Christentum hat jenen gewaltigen Integrationsprozeß vollbracht, der Europa seine christlich-humanistische Prägung gab. Der Integrationsprozeß zeigt sich in Begriffen wie Menschenwürde, Unantastbarkeit der Person, Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität, Gemeinschaft und personelle Verantwortung, auf die aber kein christlicher Monopolspruch besteht und die auch von Nichtchristen geachtet und gelebt werden. Diese Werte stammen aus dem Schatz der Antike, aus vorchristlicher Zeit, als ethnische Forderungen eines Sokrates, Plato oder Aristoteles an die Menschen. Diesen Werten hat das Christentum die „transzendente Hinwendung auf den Erlösergott, den Schöpfer allen Lebens“, hinzugefügt, was wir an Grundwerten menschlicher Existenz wie Freiheit – Menschlichkeit – Gerechtigkeit besonders spüren. Sie gehören seit der griechischen Philosophie zum Wesen Europas, wurden aber durch das Christentum besonders ausgeformt und zählen gerade heute zu den we-

sentlichen Grundlagen eines neuen Europas.

Wenn dieses Europa Missionsland ist, so ist eine Bestandsaufnahme seiner noch vorhandenen christlichen Substanz notwendig. In Prozenten ausgedrückt, ist der Anteil der auf Christus Getauften in den letzten Jahrzehnten gewaltig zurückgegangen. Zwar gab es in Europa mit den Juden und seit der Neuzeit auch durch die Muslime auf dem Balkan starke nicht-christliche Bevölkerungsgruppen. In Osteuropa zählten bis zum Holocaust die Juden noch Millionen. Die Sonderversammlung der Bischofssynode spricht im Schlußdokument von der besonderen Bedeutung des Judentums, dessen „Glauben und Kultur ein konstitutiver Teil der Entwicklung der europäischen Humanität sind“. Die Versammlung stellt auch die Wichtigkeit der Beziehungen zu den Muslimen fest, „nicht nur wegen vergangener Ereignisse, sondern auch im Blick auf unsere Zukunft, zumal eine starke Wanderungsbewegung aus den Islamischen Nationen stattfindet“. Millionen von Muslimen gibt es seit langem im europäischen Teil Rußlands, auf dem Balkan in Bulgarien, Albanien und Jugoslawien, doch war mit Ausnahme des erst nach den Balkankriegen 1912/13 entstandenen jungen Staates Albanien die überwältigende Mehrheit der europäischen Bevölkerung christlich. Gewiß war es oft nur ein Kulturprotestantismus

oder Kulturkatholizismus, im Osten auch eine Kulturorthodoxie. Man wurde getauft, gefirmt oder konfirmiert, kirchlich getraut und begraben. Aber man wußte um das geistige Erbe des Christentums, von dem man auch als Atheist noch zehrte.

Entchristlichung und Säkularisierung

Heute ist das anders. Wenn von der Wiedervereinigung Deutschlands im Jahre 1989 für die alte Bundesrepublik noch 44 % Protestanten und 47,1 % Katholiken angegeben wurden, so war das beachtlich. 6,4 % waren „sonstige Konfessionen“, darunter 2,5 Millionen Muslime (meist Türken), aber auch Hunderttausende von Orthodoxen als griechische oder jugoslawische (serbische, mazedonische) Gastarbeiter. Die eigentliche Zahl von Atheisten war also relativ gering. Nach der Wiedervereinigung bekennen sich nur 73 % der Deutschen zu einer christlichen Konfession, weil der neue Mensch des Marxismus-Leninismus, der von jeder „Entfremdung“ frei sein sollte, auch frei wurde von der „Abhängigkeit“ von Gott. Was die Zahl von 73 % Christen in Deutschland nicht ausdrückt, ist das Ausmaß der Entchristlichung der mittleren und jüngeren Generation. Wenn die während der ersten Nachkriegszeit Geborenen auch in der ehemaligen DDR noch zu über 90 % getauft wurden, so müssen

die Prozentsätze der in der letzten Jahren und heute Getauften erschreckend niedrig sein, um auf nur 73 % Christen zu kommen. Und es ist so: In den neuen Bundesländern sind noch 21 % der Bürger evangelisch und 3,6 % katholisch. D. h., daß nicht einmal ein Viertel der Bevölkerung christlich ist. In Städten wie Erfurt, mit reicher christlicher Tradition, einem Bischof, einem Priesterseminar, verschiedenen Klöstern und anderen kirchlichen Einrichtungen werden von 100 Neugeborenen nur fünf getauft, davon drei protestantisch und zwei katholisch. Als die DDR 1949 gegründet wurde, bekannten sich über 90 % der Erfurter Bürger als Christen.

Halten wir dagegen Zahlen aus der Mission in Übersee: Im afrikanischen Ruanda gibt es 50 % Katholiken und 12 % Protestanten, in Swasiland sind über 60 % Christen, in Uganda die Hälfte der Bevölkerung.

Ähnliche Zahlen wie aus der ehemaligen DDR, wenn auch nicht so kraß, gibt es auch aus dem übrigen Ostblock. In der ČSFR bekennen sich nur noch 40 % der Bevölkerung als Christen. Doch ist zu entscheiden, ob ein Bekenntnis zur Kirche nur äußerlich ist, weil sich das Volk mit der Nationalkirche identifiziert, die in schwerer Zeit die Rechte des Volkes vertrat, oder ob das Bekenntnis bereits als echter Ausdruck lebendigen christlichen Glaubens gewertet werden kann, der auch in der Zeit

der Atheisierung und des Kirchenkampfes lebendig blieb.

Verluste hat das Christentum aber auch im Westen Europas erlitten. Bei den Lutheranern Skandinaviens und den Anglikanern in Großbritannien ist christliche Substanz ebenso von der Erosion durch den praktischen Materialismus bedroht, wie die katholischen Länder Südeuropas von der Säkularisierung betroffen sind. In Fragen der Abtreibung oder Ehescheidung hat weder in Italien noch in Spanien die Kirche eine Mehrheit der Bevölkerung hinter sich.

Vormarsch nichtchristlicher Religion

Mit dem Rückgang des Christentums wächst gleichzeitig durch Wanderbewegungen der Anteil nichtchristlicher Religionen (Islam), ja konvertieren ehemalige Christen zu neuen Religionen (Hara-Krishna, Vereinigungskirche u. a.). Vor allem der Islam entwickelt in Europa eine Missionsstrategie, die nach dem Ende des Ostblocks noch offensiver wird. Bisher lebten die alteingesessenen Muslime Europas bis auf Griechenland, Zypern und der Türkei unter kommunistischer Herrschaft. Es gibt in diesen Ländern folgende Zahlen von Muslimen:

1. GUS-Staaten (Europäischer Teil): über 12 Millionen Muslime
2. Jugoslawien: über 4 Millionen Muslime
3. Albanien: über zwei Millionen (Sunniten und Bektaschi)

4. Bulgarien: über eine Million
5. Rumänien: etwa 50.000
6. Polen: einige Tausend.

Von diesen Ländern war in Albanien den Muslimen wie auch den anderen Konfessionen jede Religionsausübung verboten. In der Sowjetunion, in Bulgarien und Rumänien wurde der Islam diskriminiert und unterdrückt. In Jugoslawien konnte dagegen schon 1977 in Sarajevo mit massiver arabischer Hilfe eine Islamische Theologische Fakultät gegründet werden. Außerdem bestehen dort die Koranschulen (Medresen) in Sarajevo (mit serbokratischer Unterrichtssprache), in Pristina (für Albaner) und Skopje (für Türken und Mazedonier). Die Muslime im ehemaligen Jugoslawien haben heute eine eigene Presse und geben Dutzende von religiösen Büchern heraus. Im zerfallenen Jugoslawien wird vor allem in der Republik Bosnien-Herzegowina den Muslimen mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden müssen. Eine ähnliche Entwicklung vollzieht sich heute in der ehemaligen Sowjetunion, Bulgarien und Albanien. Manche Staaten der GUS haben islamische Mehrheiten. Sollten alle Staaten der GUS Mitglied der KSZE werden, bedeutet dies einen entscheidenden Schritt des Islams nach Europa.

Außer in Griechenland (140.000) und Zypern (152.000 Muslime) sind die muslimischen Gruppierungen in Europa Folgen jüngst erfolgter Auswanderungen. 1991 kann man

für Europa folgende Zahlen angeben:

Deutschland	2,5 Millionen Muslime
Frankreich	2,1 Millionen
Großbritannien	1 Million
Niederlande	300.000
Belgien	250.000
Italien	200.000
Spanien	80.000
Schweiz	70.000

Der Streit um den Bau einer riesigen Moschee in Rom hat der Weltöffentlichkeit gezeigt, daß selbst in der Stadt des Papstes die Lehre Mohammeds vertreten ist. Das Centro Islamico Culturale d'Italia in Rom verfügt über eine Sonntagsschule und gibt monatlich ein Bulletin (in italienischer und englischer Sprache) heraus.

In Spanien gibt es seit 1980 wieder aktive Moscheen. Damals übergab der kommunistische Bürgermeister von Cordoba den Muslimen eine alte Moschee, die aber Jahrhunderte hindurch als Kirche gedient hatte. 1982 wurde in Pedro Abad bei Cordoba eine zweite Moschee eröffnet. Eine weitere entstand in Madrid. In der Schweiz bestehen Moscheen u.a. in Zürich und Genf. In Genf hat das Islamische Zentrum zahlreiche Schriften in Französisch publiziert, was die „Islamische Gemeinschaft in der deutschsprachigen Schweiz“ von Zürich aus in deutscher Sprache tut.

Dieser europäische Islam wird heute in weltweite Missionsplannungen einbezogen, das zeigen

überregionale islamische Organisationen wie der Islamic Council of Europe in London und der Moscheenrat für Europa in Brüssel.

Ein Vergleich der Erfolge des Islams mit der christlichen Mission dieses Jahrhunderts fällt eindeutig zu Ungunsten des Christentums aus. Während das Christentum z. B. in rein islamischen Ländern wie Saudi-Arabien, den arabischen Emiraten oder dem Jemen (auch in Afghanistan) nie Fuß faßte, gibt es heute Millionen von Muslimen in Westeuropa. In vielen muslimischen Ländern ist die Zahl der Christen erschreckend zurückgegangen, z. B. in der Türkei, aber auch in Algerien. In einem muslimischen Land wie Somalia, das Jahrhunderte hindurch italienisch war, gibt es heute weniger Katholiken (2.500) als Muslime in Luxemburg (3.000). Gerade solche Vergleiche zeigen den Vormarsch des Islam. Die Zahl der Muslime in Österreich und der Schweiz ist größer als die Zahl der Katholiken in Kuwait oder Libyen; es gibt in Belgien mehr Muslime als Christen in Bangladesch, ganz zu schweigen von den Millionenzahlen der Muslime in Deutschland, Frankreich und Großbritannien.

3. Welche Rolle spielt die katholische Kirche Deutschlands in diesem Europa?

Die Lage Deutschlands in der Mitte unseres Kontinentes verpflichtet uns deutsche Katholiken

besonders beim Aufbau eines neuen Europas und bei seiner Neu-evangelisierung. Die Teilung Europas in Ost und West war auch 40 Jahre lang eine Teilung unseres Vaterlandes, das erst seit dem 3. Oktober 1990 wieder geeint ist. So, wie wir in Deutschland nun zusammenwachsen und eine gemeinsame Zukunft gestalten, soll auch die Zukunft eines gemeinsamen Europas erstehen. Dabei ist das vereinte Deutschland in einer ungleich besseren Lage als Europa: Es spricht eine gemeinsame Sprache und blickt auf eine gemeinsame Geschichte zurück, während die Völker Osteuropas gegenüber Westeuropa sprachlich isoliert sind und keine Hilfe vom Westen erwarten können, die der Hilfe der alten für die neuen deutschen Bundesländer entspricht.

Zwei Tatsachen sind es außer seiner Lage in Mitteleuropa, die Deutschland bei der Neuevangelisierung des Missionslandes Europa zu besonderer Aufgabe berufen:

a. seine Erfahrungen mit dem Zusammenbruch einer menschenverachtenden Ideologie 1945 und
b. seine Verflechtungen mit ganz Europa durch deutsche Volksgruppen im Osten.

a. Der bereits zitierte P. Ivo Zeiger stellte auf dem Mainzer Katholikentag 1948 fest, daß die katholische Kirche Deutschlands damals in ihrem äußeren Gefüge und materiellen Bestand von der gleichen Not betroffen war wie das Volk

selbst. Dagegen sei sie von einem inneren Zusammenbruch verschont geblieben, da weder der Kirche als solcher noch dem einzelnen gläubigen Katholiken eine Weltanschauung zerbrach, die er begeistert angenommen hätte. „Im Gegenteil, der christliche Glaube hat sich als richtig erwiesen und kann sich erneut in Freiheit erweisen. In dieser Hinsicht steht die Kirche heute fester da als noch vor Jahren. Die harte Prüfung war eine Läuterung und, wie alles Kreuz Christi, ein heiliger Segen.“

Das gilt auch für die katholische Kirche nach dem Zusammenbruch der marxistisch-leninistischen Ideologie in Osteuropa. In Ländern wie der Tschechoslowakei wuchs die Autorität der Kirche durch ihre Haltung in der Verfolgung und ihr Einstehen für die Rechte der Menschen. Trotz der Schwäche einzelner Kirchenglieder, die den Verlockungen des Regimes oder seinen Drohungen erlagen, war die katholische Kirche in den meisten Ostblockstaaten die einzige Institution, die sich nicht mit dem Regime liierte. Wie 1945 hat auch das Jahr 1990 eine neue Lage für kirchliches Leben und Wirken gebracht. Die Voraussetzungen waren grundlegend verändert, der materielle Bestand, auch die inneren Grundgegebenheiten der Menschen. Dazu P. Zeiger 1948: „Kein Bedauern, kein Klagen nach dem guten Alten bringt uns jene Voraussetzungen wieder zurück. Wenn wir glauben wollten, die wie-

dergekehrte Freiheit erlaube ein einfaches Wiederaufnehmen der Arbeit an der Stelle, wo sie uns aus der Hand geschlagen wurde, würden wir uns einer tiefen Täuschung hingeben und müßten über kurz oder lang eine noch tiefere Enttäuschung erleben.

Es ist daher von Nutzen, daß wir eine möglichst klare und ehrliche Bestandsaufnahme vornehmen.“

Das sind mutige Worte gewesen, die auch heute die Kirchenmänner im Osten beherzigen müssen. Die Lage 1992 ist eine andere als in den Jahren, da in Rußland nach 1917 und in den Satellitenstaaten die Verfolgung begann. Die territoriale Kircheneinheit war zerstört und die Geschlossenheit der Gemeinden durchbrochen. Auch nach 1945 waren die Gläubigen dafür nicht vorbereitet, ebenso wenig wie 1989 auf den Fall der Mauer. Aber die Kirche stellte sich die Aufgabe, nicht nur im zerschlagenen Deutschland. Sie erhielt materielle und geistige Hilfe aus dem Ausland, zum Beispiel aus den USA und von den Katholiken Flanderns, die mit den Kapellenwagen des „Speckpaters“ P. Werenfried van Straaten auch personelle Hilfe in die Diaspora sandten. Die Offenheit, mit der P. Zeiger 1948 vor der Öffentlichkeit eines Katholikentages Beispiele zur Vertiefung der Forderungen zog, verdient auch heute Beachtung.

b. Nach dem Zweiten Weltkrieg hat das zerstörte Deutschland 15 Millionen Deutsche aus dem

Osten aufgenommen, die seit Jahrhunderten vom Finnischen Meerbusen im Norden bis zum Schwarzen Meer mit Europäern anderer Nationalität und Muttersprache meist in Eintracht und guter Nachbarschaft lebten. Millionen von Deutschen sprachen die Sprachen ihrer Nachbarn: Estnisch, Lettisch, Litauisch, Russisch, Polnisch, Ukrainisch, Tschechisch, Slowakisch, Ungarisch, Rumänisch, Slowenisch, Serbisch und Kroatisch. In vielen dieser alten Siedlungsgebiete war Europa als multikulturelle Einheit in der Vielfalt vorweggenommen, auch in den Kirchen, wo in gemischtsprachigen Pfarreien und Diözesen der Multinationalität und ethnischen Vielfalt Rechnung getragen wurde. Der Eiserne Vorhang hat nach Flucht, Vertreibung und Umsiedlung der meisten dieser Deutschen aus dem Osten diese Gebiete zu einer terra incognita gemacht. Ihre Sprachen und ihre Kultur wurde vernachlässigt, ihre Geschichte und Literatur kaum beachtet. Auch in der Kirche und in der kirchlichen Erwachsenenbildung herrschte bis zur Wende von 1989 mehr Interesse für Südafrika und Chile als für die Kirchenverfolgung in Litauen oder in der Tschechoslowakei. Unsere Jugend beschäftigt sich mit der Theologie der Befreiung und mit Basisgruppen in Lateinamerika, nicht aber mit der Theologie des Überlebens im Ostblock oder mit Basisgruppen in Ungarn.

Die Kirche in der ehemaligen

DDR hatte in der Vergangenheit viele Kontakte zu den einzelnen katholischen Kirchen Osteuropas, bis hin zu den verschleppten Deutschen in Zentralasien und Sibirien. Diese Erfahrungen gilt es heute zu nutzen und zu vertiefen, vor allem weil die Kirche der DDR von Anfang an als „kleine Herde“ die Diasporasituation erlebte, als christliche Gemeinschaft in atheistischer Umwelt zu leben. Deutsche Katholiken aus dem Osten wurden in der Bundesrepublik Wegbereiter der Versöhnung mit den Nachbarvölkern, z. B. die sudetendeutsche Ackermannsgemeinde mit den Tschechen. Deutsche und polnische Bischöfe sprachen bereits vor 25 Jahren am Ende des 2. Vatikanums die wichtigsten Aufgaben an: Vergebung und Bitte um Vergebung. In einem Europa, das mit dem Zerfall von Vielvölkerstaaten wie der ehemaligen Sowjetunion oder Jugoslawien neuen Nationalismus, aufgebrochene alte Feindschaft, ja sogar Krieg wiedererlebt, werden wir die Aufgabe, zu versöhnen und Frieden zu stiften, sehr ernst nehmen müssen.

4. Welches Europa wollen wir bauen?

In ihrem Brief zur Versöhnung mit dem tschechischen Volk schreiben die deutschen Bischöfe: „In unseren Tagen hat eine demokratische Revolution in Mittel- und Osteuropa die künstlich zwischen den Völkern aufgerichteten Barriere-

ren niedergerissen. Europa als geistige Einheit wird für uns überall dort erlebbar, wo Grenzsperrn fallen und die Menschen die jahrhundertlang gewachsene Zusammengehörigkeit benachbarter Staaten und Landschaften mit neuem Leben erfüllen.“

Europa der Menschen

Als Christen bauen wir ein Europa der Menschen, nicht der Technokraten oder ein Europa egoistischer Staaten, die ihre Privilegien verteidigen. Die Pastoralkonstitution des Zweiten Vatikanums „Gaudium et spes“ gibt uns dazu Mut, wenn sie in Artikel 3 sagt, daß die auf die Liebe Jesu Christi aufgebaute Gemeinschaft des Volkes Gottes durch die Gnade jene Heilskräfte einbringen kann, die auf besonders wirksame Weise helfen können, die menschliche Person zu retten und die Gesellschaft nach dem Maß der Menschenwürde aufzubauen.

Die Forderungen nach der Achtung der Menschenwürde, der Kampf um die Menschenrechte waren die stärksten Kräfte bei der Umgestaltung im Osten, in dem wir heute die Folgen einer kollektivistischen Ideologie zu bewältigen haben. Menschenwürde ist seit der Antike eine wesentliche Forderung europäischen Denkens. Sie ist nur in der Anerkennung des anderen, in der Gemeinschaft, also in Solidarität, durchsetzbar. Sie setzt voraus, daß Menschen füreinander

einstehen, etwa in der sozialen Sicherung. Unser neues Europa wird dafür sorgen müssen, daß die Prinzipien der Solidarität und Subsidiarität nicht nur erhalten, sondern ausgebaut werden.

Europa der Völker

Wir bauen ein neues Europa nicht der Staaten, sondern seiner Völker. Die Versuche des 19. und 20. Jahrhunderts, Nationalstaaten zu schaffen, sind meist gescheitert. Die Anerkennung aller Völker und Volksgruppen und der Schutz nationaler Minderheiten ist eine Voraussetzung europäischen Zusammenlebens und schließt jede Diskriminierung aus. Wie in allen Missionsländern kommt dabei auch im Missionsland Europa der Kirche eine große Bedeutung zu. Der Gott Abrahams, Isaaks und Jakobs ist der Gott aller Völker. In diesem Jahrhundert haben die Päpste immer wieder die Rechte kleiner Völker auch in Europa verteidigt. Johannes Paul II. hat zum Weltfriedenstag 1989 den Schutz der Minderheiten verlangt, wobei sein Ausgangspunkt die Personalität des Menschen ist. Wenn Teilkirchen bisweilen nationalistischen Versuchungen erliegen und gegenüber anderen Gruppen mit anderer sprachlicher oder kultureller Identität übersehen, daß sie Glied der Weltkirche sind, dann muß im Interesse Europas darüber informiert und nach einer Lösung gesucht werden.

5. Welche Aufgaben liegen vor uns?

Wie können wir mitbauen?

Europa ist Missionsland – wie können organisiert Laien mittun beim Aufbau dieses neuen Europa?

Der heute schon legendäre Gründer der Ostpriesterhilfe der Nachkriegszeit, P. Werenfried van Straaten, hat früher bei Aufrufen für die verfolgte Kirche von einer dreifachen Solidarität gesprochen:

- a) der Solidarität des Gebetes
- b) der Solidarität der Information
- c) der Solidarität der Hilfe

Er sprach schon vor Jahrzehnten davon, daß nicht nur die verfolgte Kirche im Osten eine Kirche in Not sei, sondern auch die Kirche des Westens. War vor der Wende die Kirche im Osten durch die Verfolgung atheistischer Machthaber bedroht, so erfolgte die Bedrohung der Kirche im Westen vor allem durch Säkularisierung und praktischen Materialismus. Nachdem heute sogar in Albanien, das sich 1967 zum ersten atheistischen Land der Welt erklärt hatte, die Verfolgung beendet ist, bleiben alle Kirchen des Missionslandes Europa Kirchen in Not, die Gebet, Information und Hilfe brauchen.

a. Gebet

Benedikt, Cyrill und Method sind Patrone Europas, aber wann haben wir ihre Fürsprache für unseren Kontinent und seine Probleme

angerufen? Patronat im alten Sinne war nicht ein einseitiges Verhältnis des Schutzes, sondern ein Treueverhältnis wechselseitiger Verpflichtungen. Das heißt, daß wir uns nicht nur auf ihre Fürsprache verlassen, sie betend um Hilfe anrufen, sondern auch aktiv für das Eintreten, wofür sie Leitbild des Handelns sind.

Gebetesstunden, Wallfahrten zu ihren Ehren, die Benennung von Gruppen, Organisationen, ja auch Pfarreien und Kirchen, nach den Patronen Europas und anderer europäischer Heiliger – das sind Mittel, die wir als Gläubige atheistischen Europäern voraus haben.

Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten kann hier vorangehen. Zu den großen europäischen Heiligen gehören auch Soldaten wie der hl. Martin. Von Pannonien bis Gallien, also vom heutigen Ungarn bis nach Frankreich, spannt sich der Bogen seines Lebens und Wirkens. Als Patron der alten Diözese Mainz, die im Mittelalter zu den größten Kirchenprovinzen des Reiches gehörte, verbreitete sich seine Verehrung über ganz Mitteleuropa.

Themen bzw. Auftrag für eine Arbeitsgruppe oder einen GKS-Kreis könnte die Erstellung von Texten für eine Gebetsstunde zur Verehrung europäischer Heiliger sein. Wenn wir an die zahlreichen Friedensgebete während des Golfkrieges 1991 denken, dann ist das Fehlen solcher Gebete während des Kroatienkrieges beschämend.

b. Informationen

Nie wurde so viel informiert wie heute, aber auch nie so einseitig. Betrachten wir die Informationsbroschüre der EG, schauen wir an, was in Programmen der Erwachsenenbildung geboten wird, so finden wir wenig zum Thema der geistigen Grundlage Europas. Die kirchliche Bildungsarbeit hat gute Angebote über die Kirche in der Dritten Welt, wenig aber über den ehemals kommunistischen Teil unseres Kontinentes. Aus der Unkenntnis über diese Gebiete resultiert auch die Hilflosigkeit, mit der wir heute der Entwicklung im Osten begegnen. Hier ist ein verstärktes Informationsangebot über die Lage der Kirche im Osten Europas ein Gebot der Stunde. In Vorträgen und Seminaren, durch Besuche und Exkursionen (verbunden mit Wallfahrten) kann und muß die Geschichte und Kirchengeschichte Europas nahegebracht werden, damit wir aus der Vergangenheit lernen und die heutige Lage verstehen können. Die Öffnung der Grenzen seit 1989, vor allem die Abschaffung der Visumpflicht für eine Reihe östlicher Länder, bietet hier neue Chancen. Auch wir im Westen werden bereichert, wenn wir lernen und erfahren, wie „drüben“ Kirche lebendig war und Christen unter oft extremen Bedingungen ihr Christsein zu leben im Stande waren, auch unter Opfern.

Auch hier kann die GKS vorangehen und Vorträge und Seminare

über den Osten, seine Kirchen und Kulturen anbieten. In katholischen Ländern wie Polen, Litauen oder Kroatien gibt es heute wieder katholische Militärseelsorge. Begegnungen mit Kameraden aus den Ländern sind möglich. Gemeinsame Wallfahrten zu den großen Wallfahrtsstätten sollen nicht auf Lourdes und Tschenschtschou beschränkt werden, sondern können bei guter Vorbereitung und sachkundiger Führung auch ins litauische Wilna zum Marienheiligtum im Tor der Morgenröte, nach Maria Bistrica als dem Nationalheiligtum der Kroaten oder nach Brezje, dem slowenischen Lourdes bei Ljubljana (Laibach).

c. Hilfe

Schon 1977 stellten die Europäischen Bischöfe in ihrem gemeinsamen Hirtenbrief fest: „Soziale Ungerechtigkeiten müssen beseitigt werden. Wir müssen bereit sein, stärker als bisher mit anderen zu teilen. Als Christ handeln heißt: der Habsucht und dem Machthunger entsagen und uneigennützig und ohne Erwartung eines Lohns für andere dasein. Als Christ leben heißt: so leben, daß auch alle anderen leben können.“

Die Sonderversammlung der Bischofssynode in Rom spricht von einer Herausforderung nicht nur für die einzelnen Christen und Gemeinden, „sondern auch für die Staaten, die auf humanere Weise aufgebaut werden müssen“.

Wir wissen, daß nicht einmal in einer Familie Menschen miteinander leben können, ohne dem Egoismus Zügel anzulegen. So wird es auch in Europa sein, wo Entwicklungshilfe kein Almosen sein darf, sondern brüderliche Hilfe sein muß. Diese Hilfe darf sich nicht nur auf das Materielle beschränken, sondern muß das Wichtigste sein, was Europa zu geben hatte: „die Vermittlung der im christlichen Glauben begründeten und verwurzelten Grundwerte, ohne die ein dauerhafter Friede nicht möglich ist...“.

In Westeuropa haben Bischofskonferenzen und Pastorsynoden Strategien der Neu-Evangelisierung entwickelt. Im Osten hatten die Kirchen nur die Kult-Freiheit. Mission und Apostolat, ja sogar karitative Tätigkeit der Kirche war als religiöse Propaganda verboten. Laienmitarbeit in der Kirche war außer in der DDR in kaum einem ehemals kommunistischen Land möglich, oft ganz untersagt. Die Möglichkeiten der Kommunikation, die wir heute haben, werden dabei unsere Hilfe ermöglichen, auch wenn dabei die vom Osten an uns im Westen herangetragenen Bitten unsere Kräfte zu übersteigen scheinen.

Wie im wirtschaftlichen Bereich wird auch im missionarischen eine europäische Solidaritätsanstrengung nötig sein. Wie Bundesländer und politische Gemeinden müssen auch Pfarrgemeinden und Diözesen Patenschaften überneh-

men, ebenso Klöster, Orden und katholische Verbände, um den Brüdern und Schwestern „drüben“ zu helfen und die Evangelisierung zu ermöglichen.

Diese Hilfe muß auch die GKS leisten durch Partnerschaft mit Kameraden im Osten oder Übernahme von Patenschaften für Gemeinschaften katholischer Soldaten in diesen Ländern. In manchen Fällen wie in Rußland oder anderen Staaten der GUS können GKS-Kreise humanitäre und sozial-karitative Aktionen durchführen, indem sie Lebensmittel-, Kleider- oder Medikamententransporte organisieren. Die Bundesgeschäftsstelle in Bonn ist dabei bei der Vermittlung von Kontakten und Adressen behilflich.

Die Zukunft liegt in der Zusammenarbeit

Auf jeden Fall wird das Christentum beim Mitbau Europas daran gemessen werden, wie Christen miteinander umgehen. Die Bischofsversammlung in Rom hat klar betont, daß die Neuevangelisierung Europas das gemeinsame Werk aller Christen ist und wie sehr davon die Glaubwürdigkeit der Kirchen im neuen Europa abhängt. Die fünfte ökumenische Versammlung in Santiago hoffte, daß „Gott uns fähig macht, auf unserem Kontinent ein gemeinsames Zeugnis zu geben“. Im Abschlußbericht heißt es, daß die derzeitige Entwicklung in Europa neue Ausdrucksformen unseres christli-

chen Zeugnisses verlangt und offene Fragen stellt:

- Wie können wir in Anbetracht der großen intellektuellen Strömungen im heutigen Europa zur Inkulturation des christlichen Lebens beitragen und so die Vitalität des Evangelismus unter Beweis stellen?
- Wie können wir in die großen ethischen Streitgespräche im heutigen Europa eingreifen?
- Wie können wir der Gefahr eines Eurozentrismus entrinnen, der unsere weltweite Solidarität untergräbt?
- Wie können wir die positiven Werte nationaler Identität unterstützen und zugleich den Zerrformen eines überzogenen Nationalismus entgegentreten?

Nur in einem Rahmen und in einem Klima der Liebe hat sich die Evangelisation in Europa zu vollziehen. Gerade in einer Zeit, in der in vielen Teilen der Welt der religiöse Faktor Konflikte zu radikalisieren droht, statt sie zu mildern, sind ökumenischer Frieden und Zusammenarbeit ein Gebot der Stunde.

Rudolf Grulich

Anhang

Weiterführende Literatur

a) Kirchliche Dokumente

- Allgemeines Katechetisches Direktorium vom 11. April 1971;
- Apostolisches Schreiben „Evangelii Nuntiandi“ Papst Pauls VI. an den Episkopat, den Klerus und alle Gläubigen der Katholischen Kirche über die Evangelisierung in der Welt von heute vom 8. Dezember 1975;
- Apostolisches Schreiben „Catechesi Tradendae“ Papst Johannes Pauls II. über die Katechese in unserer Zeit vom 16. Oktober 1979;
- alle in: Nachkonziliare Texte zu Katechese und Religionsunterricht – Arbeitshilfen 66, hrsg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Kaiserstraße 163, 5300 Bonn 1, Bonn 1989.
- Rundschreiben „Slavorum Apostoli“ von Papst Johannes Paul II. an die Bischöfe, die Priester, die Ordensgemeinschaften und alle Gläubigen in Erinnerung an das Werk der Evangelisierung der heiligen Cyrill und Method vor 1100 Jahren vom 2. Juni 1985 (= Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls 65, hrsg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Kaiserstr. 163, 5300 Bonn 1, Bonn 1985).
- Enzyklika „Redemptoris Missio“ Papst Johannes Pauls II. über die fortdauernde Gültigkeit des missionarischen Auftrages vom 7. Dezember 1990 (= Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls 100).
- Was heißt Neu-Evangelisierung Europas? Hirtenwort des Bischofs von Mainz DDR. Karl Lehmann zur österlichen Bußzeit 1991.
- Dialog und Verkündigung. Überlegungen und Orientierungen zum Interreligiösen Dialog und zur Verkündigung des Evangeliums Jesu Christi. Hg. vom Päpstlichen Rat für den Interreligiösen Dialog, veröffentlicht am 19. 05. 1991 (= Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls 102).
- „Auf Dein Wort“. Austausch, Erkundung und gemeinsame Überlegungen im Europa von heute. Fünfte Europäische ökumenische Begegnung, Santiago 1991.
- Damit wir Zeugen Christi sind, der uns befreit hat. Erklärung der Bischofssynode – Sonderversammlung für Europa vom 13. Dezember 1991.

b) Ausgewählte Literatur

- Evangelisation in der Welt von heute: Themenhefte der Zeitschrift „Concilium“, Nr. 134, Mainz 1978.
- Cyrill und Method – Schutzpatrone Europas. Beiträge 5. Kleine Reihe des Institutum Bohemicum, München 1981.
- W. Hering (Hg.), Aspekte der Evangelisierung, Erfahrungen und Aufgaben, Limburg 1989.
- Evangelisierung. Themenheft der Zeitschrift „Lebendige Katechese“. Beihefte zur „Lebendigen Seelsorge“, 11. Jahrgang, Dezember 1989.
- W. Klaiber, Ruf und Antwort. Biblische Grundlagen einer Theologie der Evangelisation, Stuttgart-Neunkirchen-Vluyn 1990. Der Verfasser ist Bischof der Evangelisch-methodistischen Kirche.

Wehrbereich II – Verabschiedung Wehrbereichsdekan Dr. Eduard Quitter

Aufgrund der positiven Erfahrung sollte an dem bestehenden Konzept der Militärseelsorge um der Menschen willen festgehalten werden, hat Weihbischof Heinrich Pachowiak von Hildesheim am 10. 03. 1992 in Hannover gefordert. Seine Ansprache hatte folgenden Wortlaut:

„Mit Ablauf dieses Monats werden Sie in den Ruhestand treten. Ich darf Ihnen im Namen des Bischofs von Hildesheim, Dr. Josef Homeyer, sowie im Namen des Bischofs von Osnabrück, Dr. Ludwig

Averkamp, und des Officials in Vechta, Dr. Max Georg Freiherr von Twickel, die z. Zt. alle bei der Frühjahrsvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz in Freising sind, herzliche Grüße überbringen. Zugleich danken Ihnen die Bischöfe für ihren durch viele Jahre währenden Einsatz in der Militärseelsorge. Der Wehrbereich II umfaßt ja die Länder Niedersachsen und Bremen. Sie haben sich als Wehrdienstdekan immer in guter Zusammenarbeit mit den zuständigen Ordinaten bemüht, die Militärseelsorge aufzubauen und durchzutragen.

Sehr geehrte Damen und Herren, es ist ein unumstrittener Grundsatz, daß der Soldat ein Recht auf Seelsorge hat. Dieses allgemeine Recht findet seine Bestätigung in den Rechtsgrundlagen und Organisationsstrukturen der Militärseelsorge. Aus der Sicht der katholischen Bischöfe haben sich diese bewährt und bedürfen daher auch keiner Veränderung.

Dabei kennt die Militärseelsorge den Militärggeistlichen im Hauptamt und den Militärggeistlichen im Nebenamt. Beide ergänzen einander. Aber damit das geschehen kann, bedarf es – um es einmal so auszudrücken – eines Mindestmaßes an „hauptamtlicher“ Organisation der Militärseelsorge. Im Lebenskundlichen Unterricht, in der Arbeitsgemeinschaft für Offiziere und Unteroffiziere, in den Besuchen unmittelbar am Arbeitsplatz des Soldaten in Kaserne,

Übungsplatz und Manöver eröffnet sich für den Seelsorger ein weites Feld, ein Feld, das ohne den Seelsorger, der unmittelbar der Truppe zugeordnet ist, sinnvoll nicht abgedeckt werden kann. Wir brauchen daher den Militärseelsorger im Hauptamt.

Ich selbst habe bei meiner mehr als 20jährigen Tätigkeit als Beauftragter der Deutschen Bischofskonferenz für die katholische Seelsorge im Bundesgrenzschutz eine ganz ähnliche Erfahrung gemacht. Natürlich kenne ich den Unterschied zwischen Bundeswehr und Bundesgrenzschutz sowohl in der Aufgabenstellung, in der Struktur wie auch in der politischen Anbindung und vor allem auch in der Größenordnung. Aber es ist nicht zu leugnen, daß bei Verbänden, die truppenmäßigen Charakter haben, die Seelsorger in möglichst enger Verbindung zur Truppe ihren Dienst tun sollten, damit sie das Leben der Truppe auch von innen her kennen und nicht nur solche sind, die eben doch nur gelegentlich dazu kommen können. Dabei verkenne ich den Wert und die Verdienste der Militärseelsorger im Nebenamt keineswegs, und es ist dankenswert, daß auch Pfarrer, die mit der Seelsorge in ihrer Gemeinde oft mehr als ausgelastet sind, zusätzlich den Dienst als nebenamtliche Militärseelsorger zu leisten bereit sind.

Die Gestaltung des Lebenskundlichen Unterrichtes, die Begegnung in Arbeitsgemeinschaf-

ten, die Bemühung, den Soldaten auch in seinem ureigensten Bereich wie nicht zuletzt auch durch eigene Militärgottesdienste anzusprechen, mag äußerlich meßbar sein. Aber es gibt einen weiten Bereich, der sich nicht niederschlagen kann in Zahlen und Statistiken. Gerade da, wo der einzelne als einzelner angenommen wird mit seinen – vielleicht sehr geheimen – Fragen, Nöten und Sorgen, ist Seelsorge nicht mehr äußerlich meßbar. Aber sie ist notwendig.

Unsere Militärpfarrer möchten ihren Dienst tun für das Ganze und für den einzelnen, und sie möchten es tun in guter Partnerschaft. Dabei kommt der guten und bewährten Zusammenarbeit der Seelsorger beider Konfessionen ein besonderes Gewicht zu. Die gegenseitige Hilfe und Unterstützung ist von einem ganz großen Wert. Muß betont werden, daß es bei all dem nicht um moralische Aufrüstung gehen kann, damit ein geringfügiges Werkzeug staatlicher Gewalt zur Verfügung steht? Es geht um das schon eingangs erwähnte Recht des Soldaten auf Seelsorge. In der Ausübung ihrer Seelsorge sind die Militärpfarrer an staatliche Weisungen nicht gebunden, sondern sind ausschließlich ihren kirchlichen Vorgesetzten verantwortlich.

Wenn wir heute einen Militärseelsorger verabschieden, so tun wir es mit großer Dankbarkeit für seinen Dienst in den vergangenen Jahren, ja Jahrzehnten. Der Dank

möge aber auch allen Militärseelsorgern gelten, die unverdrossen ihren Dienst tun. Der Dank gilt auch all denen, die ihnen dabei helfen, und nicht zuletzt denen, die durch ihr Verständnis und ihre Aktivität an einer fruchtbaren Militärseelsorge mitgewirkt haben. Die Zukunft mag vielleicht manche Veränderung bringen. Die bewährten Rechtsgrundlagen und erprobten Organisationsstrukturen der Militärseelsorge sollten alle Veränderungen überleben – um der Menschen willen.“

(aus NIMM Nr. 9 vom 19.03.1992)

Ehrung für Oberst a. D. Fettweis

Mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande für seine Verdienste um das Allgemeinwohl wurde Oberst a. D. Helmut Fettweis (71) ausgezeichnet. Seit mehr als 25 Jahren vertritt der Geehrte die ethischen Grundlagen des Soldatenberufs in den Medien. Zudem waren seine ehrenamtlichen Tätigkeiten mit Grund für die hohe Auszeichnung. So war der am 1. Juni 1920 in Düsseldorf geborene Offizier 1961 Mitbegründer des „Königsteiner Offizier Kreises“ (KOK), ab 1962 im Bundesvorstand des KOK, der 1970 zur Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) erweitert wurde. Er wirkte bei den „König-

steiner Offiziersbriefen“ mit, engagierte sich in der Katholischen Laien- und Pressearbeit, betonte die Bonner Bürgermeisterin Waltraud Christians bei der Verleihung.

Aber auch seine Unterstützung für die Militärseelsorge und seine Verdienste um den Auftrag sollen nicht vergessen sein. Zeichen dafür war die 200. Nummer des Auftrags im Januar dieses Jahres. Wahrlich ein stolzes Jubiläum in 32 Jahren. Wir gratulieren Oberst a. D. Helmut Fettweis zur Auszeichnung und wünschen ihm Gottes Segen sowie noch eine lange Schaffenskraft.

(aus Kompaß Nr. 4 v. 07. 02. 1992, Red.)

Festakademie Welt- friedenstag 9. Januar 1992 in Bonn

Begrüßungsansprache

Exzellenz,
meine sehr verehrten Damen und Herren,
liebe Kameraden, Freunde und Mitglieder der GKS!

Am 1. Januar 1992 jährte sich zum 25. Male der einst von Papst Paul VI. eingerichtete und seither jährlich in der ganzen Weltkirche begangene Welttag des Friedens. Wir katholischen Soldaten nehmen seit Jahren diesen Tag zum

Anlaß, um in vielfältiger Art und Weise uns auf die Aufgabe zu besinnen, den Frieden in der Welt zu fördern.

Wir, die Gemeinschaft Katholischer Soldaten Bonn, begehen den Welttag des Friedens 1992 trotz des bedrückenden Krieges im zerbrechenden Jugoslawien, trotz der in der Weltöffentlichkeit fast vergessenen Kriegen in den anderen Regionen dieser Welt, trotz der Not und des Elends in den armen Ländern dieser Welt in einer Zeit großer Hoffnungen. Nachdem der militante, atheistische Staatssozialismus sowjetischer Prägung zusammengebrochen ist und sich im Osten allmählich neue Demokratien herausbilden, wächst die Zuversicht, daß der überwundene Ost-West-Konflikt Kräfte mobilisieren könnte, die sich verstärkt dem Aufbau einer friedlicheren Welt widmen, daß die nun eingeleiteten Abrüstungsmaßnahmen Mittel freisetzen mögen, die mehr als bisher zur Linderung von Not und Elend eingesetzt werden, daß sich bei den Verantwortlichen der Nationen die Einsicht in die gemeinsame Verantwortung für die Erhaltung der Schöpfung durchsetzt.

Wenn uns in diesem Jahr der Heilige Vater dazu aufruft, mit den „Gläubigen aller Religionen, vereint für den Aufbau des Friedens“ tätig zu sein, stellt sich für uns die Frage nach den praktischen Konsequenzen dieses Aufrufs. Wo und wie können wir Christen und Bürger unseres Staates Friedensstif-

ter in diesem Sinne sein? Wo und wie können wir darüber hinaus als Soldaten der Bundesrepublik Deutschland gemeinsam mit den Gläubigen anderer Religionen am Aufbau des Friedens mitwirken? Stellt dieser Aufruf nicht letztlich eine Überforderung unserer begrenzten Kräfte und Mittel dar?

Wir wollen heute darüber nachdenken und versuchen Antworten zu finden. Es ist uns als Gemeinschaft Katholischer Soldaten eine große Ehre, daß Sie, sehr verehrter Herr Erzbischof, sich bereit erklärt haben, uns Ihre Gedanken zur diesjährigen Botschaft des Heiligen Vaters darzulegen und mit uns über die Bedingungen und Möglichkeiten des Aufbaus einer friedlichen Welt nachzudenken. Ich begrüße Sie recht herzlich in unserem Kreis.

Unsere Festakademie soll dazu dienen, mit allen, die guten Willens sind, zu Jahresbeginn kurz in-nehuzhalten, zu reflektieren und dann gestärkt uns den Herausforderungen des neuen Jahres zu stellen. Wir haben dazu wiederum Gäste aus Politik, Kirche, Verwaltung, Verbänden, Organisationen, Schulen und natürlich nicht zuletzt der Bundeswehr eingeladen. Ich heiße Sie alle recht herzlich willkommen.

Gestatten Sie mir, stellvertretend für Sie alle, die ich nicht einzeln begrüßen kann, besonders willkommen zu heißen:

- den Abteilungsleiter Rüstungsprojekte

- Herr Ministerialdirektor Dr. Wolfgang Burr**
- den Chef des Führungsstabes der Streitkräfte
- Herr Generalmajor Peter Haaraus**
- den Chef des Führungsstabes des Heeres
- Herr Generalmajor Winfried Weick**
- den Chef des Führungsstabes der Luftwaffe
- Herr Generalmajor Detlef Wiebel**
- als Vertreter des Inspektors der Marine
- Herr Kapitän zur See Willi Reiss**
- den Amtschef des Sanitätsamtes der Bundeswehr
- Herr Generalstabsarzt Dr. Volker Gabarek**
- den ehemaligen Oberkommandierenden der NATO-Streitkräfte Europa Mitte
- Herr General a. D. Franz-Joseph Schulz**
- und mit Ihnen alle aktiven und ehemaligen Soldaten der Bundeswehr.
- Aus dem kirchlichen Bereich begrüße ich
- den Leiter des Katholischen Militärbischofsamtes
- Herr Militärgeneralvikar Dr. Ernst Niermann**
- als Vertreter des evangelischen Militärgeneraldekans
- Herr Militärdekan P. Lothar Matz**
- den evangelischen Standortpfarrer Bonn

Herr Militärpfarrer Horst Ritter

und mit Ihnen alle Angehörigen des Katholischen Militärbischofsamtes und Generalvikariats des Katholischen Militärbischofs der Bundeswehr, des evangelischen Kirchenamts sowie alle evangelischen Christen der Bundeswehr.

Es ist mir auch eine besondere Freude

- den Vorsitzenden der Zentralen Versammlung der Katholischen Soldaten

Herr Oberstleutnant Heinrich Havermann

- den Präsidenten des Apostolat Militaire International

Herr Oberst i. G. Jürgen Bringmann

- unseren Bundesvorsitzenden
- Herr Oberstleutnant i. G. Paul Schulz**

- den Vorsitzenden des Katholikenrates Bonn

Herr Oberst a. D. Helmut Fettweis

- die Stadtvorsitzende der Kath. Frauengemeinschaft Deutschlands

Frau Ingrid Golas

willkommen zu heißen.

Als Vertreter uns nahe stehender Verbände und Organisationen begrüße ich darüber hinaus

- als Vertreter des Bundesvorsitzenden des Deutschen Bundeswehrverbandes

Herr Leutnant d. R. Michael Althoff und

Frau Barbara Könitz

- Hauptgeschäftsführerin der

Deutschen Atlantischen Gesellschaft.

Mit einschließen in die Begrüßung möchte ich

- die Teilnehmer aus den benachbarten GKS-Kreisen,
- die Angehörigen der Presse, und nicht zuletzt
- den Hausherrn des Collegium Josephinum

Herrn Pater Dietger Demuth.

Ich bitte um Nachsicht, sollte ich jetzt den einen oder anderen Vertreter einer Behörde, eines Verbandes oder Organisation in meiner namentlichen Begrüßung vergessen haben. Ihnen allen gilt zum Schluß mein ganz besonderer Willkommensgruß.

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch einmal unseren heutigen Ehrengast, den Apostolischen Nuntius in Deutschland, Herrn Erzbischof Dr. Lajos Kada, begrüßen und Ihnen Exzellenz nun das Wort erteilen.

Paul E. Vosseler

Festvortrag von Erzbischof Dr. Lajos Kada, Apostolischer Nuntius

Liebe Mitbrüder,
sehr geehrte Damen und Herren!

Seit 25 Jahren begeht die katholische Kirche Anfang Januar den Weltfriedenstag. Seit 25 Jahren wendet sich der Papst mit einer Botschaft, die an den Friedensauftrag der Kirche und jedes Chri-

sten erinnert, an Glaubende und an alle Menschen guten Willens.

Aus einer Zusammenstellung dieser Botschaften entstände ein ausführlicher Traktat über die vielfältigen Aspekte des Friedens und über die Wege, die zum Frieden führen. Wie diese päpstlichen Friedensbotschaften unter verschiedenartigen Perspektiven ihr Thema behandeln, zeigen schon die Titel der letzten Jahre: „Entwicklung und Solidarität – zwei Schlüssel zu Frieden“ (1987), „Religionsfreiheit – Bedingung für friedliches Zusammenleben“ (1988), „Um Frieden zu schaffen, Minderheiten achten“ (1989), „Friede mit Gott dem Schöpfer, Friede mit der ganzen Schöpfung“ (1990), „Wenn Du den Frieden willst, achte das Gewissen jedes Menschen“ (1991).

In einer Situation, in der so viele konkrete Friedensaufgaben drängen, nimmt der Papst nicht so unmittelbar und direkt zu den aktuellen Problemen Stellung, wie man nach seinen Äußerungen zum Golfkrieg oder zum schlimmen Konflikt in Jugoslawien erwarten könnte. Vielmehr lädt er ein, die aktuellen Friedensaufgaben bewußt aus einer vertieften Perspektive anzugehen. Sie werden von einem Punkt her beleuchtet, den gutgemeinte Geschäftigkeit leicht übersieht, der dennoch das Werk des Friedens zutiefst bedingt. In einem für die ganze Botschaft tragenden Begriff wird diese Perspektive deutlich: Die Ereignisse, die

sich um uns herum in atemberaubender Geschwindigkeit entwickeln, werden in eine „höhere sittlich-religiöse Schau“ gebracht. Dies ist gewiß nicht zufällig. Und bei näherem Hinschauen paßt es sehr wohl in die neue politische Landschaft, betrifft sogar die großen politischen Friedensherausforderungen in ihrem Kern.

Mit einigen Überlegungen zur gegenwärtigen politischen Lage darf ich beginnen. Zwar ist der Ost-West-Konflikt, der nicht nur in Europa, sondern in der ganzen Welt die politischen und geistigen Auseinandersetzungen der letzten Jahrzehnte entscheidend prägte, grundsätzlich beendet. Aber die Folgen werden noch lange zu spüren sein. Das Ende der Konfrontation hat alle ehemaligen Kontrahenten in die „Krisis“ gebracht, das heißt vor grundlegende Entscheidungen gestellt.

Die Lösung all der praktischen Probleme von der Bewältigung der Arbeitslosigkeit bis zur Überlebenshilfe für weite Teile Osteuropas wird zutiefst damit zusammenhängen, ob und in welchem Maße sich die neue politische Ordnung Europas und der Welt an der gleichen Würde aller Menschen, an Recht auf Selbstbestimmung aller Völker und an der Verpflichtung zu einem umfassenden Gemeinwohl orientiert. Dies aber wird nicht nur von den Politikern abhängen, sondern auch von den Bürgern und davon, was ihnen die universale Menschenwürde bedeutet, wie tief sie

sich mit deren Konsequenzen identifizieren und gerechte Politik nicht als Zumutung und Verarmung erleben.

Wie soll ein auch im Westen verbreiteter Immanentismus hier Antworten bereitstellen? Er hält common sense für genügend. Entscheidend und hinreichend seien praktikable „Verfahren“, auf die man sich einige. Im übrigen definiere Politik sich als die Fähigkeit, eigene Interessen effizient durchzusetzen. „Letzte“ Fragen nach Wahrheit und Gerechtigkeit, nach Grund und Umfang sittlicher Verpflichtung, nach Tugend und Laster, nach Haß oder Liebe seien beliebige Privatsache, für effektive Friedenspolitik gar abträglich, da sie Interessen- in Wertekonflikte verwandelten, wenn nicht gar zu Glaubenskriegen eskalieren ließen. Wer seinen Glauben öffentlich bekennt, wer politische oder ökonomische Konsequenzen aus ihm öffentlich äußert, wird in manchen Kreisen bereits als Fundamentalismus-gefährdet betrachtet.

Auch in der ehemals kommunistischen Welt treffen wir auf die „Krisis“, die Notwendigkeit, sich neu zu entscheiden. Nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Regime in Osteuropa bleibt in den Köpfen vieler unserer Mitbürger ein Zusammenhang zwischen Glauben und engagierter Friedensarbeit uneinsichtig. In dieser Situation sind Systeme gefragt, von denen grundlegendes

menschliches Sinn- und ethisches Orientierungswissen erwartet werden kann. Und hier stehen die Kirche, stehen die Kirchen und die Weltreligionen vor der Aufgabe, die immer schon ihre eigene *raison d'être* ausmachte. Darum der Aufruf an uns Gläubige, uns der Eigenart unseres Friedensengagements bewußt zu werden, die unserem Glauben entstammt, und dafür Zeugnis abzulegen.

Auf diesem Hintergrund stellen sich mir drei Fragen: 1. In welchem Verhältnis sehen wir unser Friedensbemühen mit unserem Glauben? 2. Wie deuten wir jene, die unseren Glauben nicht teilen, mit denen wir aber in einem umfassenden Friedensprozeß notwendigerweise kooperieren müssen? 3. Wie gelingen uns gemeinsame Schritte zum Frieden hin?

1. „Der Friede Gottes, der alle Vernunft übersteigt“ (Phil 2.4) ist Fundament christlicher Friedensbemühungen

Was motivierte den heiligen Pater Maximilian Kolbe, sein Leben für einen Familienvater einzusetzen? Es war nicht das rein quantitative Kalkül, daß der Mitgefange-*ne* für Frau und Kinder zu sorgen hatte. Als Pater Kolbe freiwillig in den Hungerbunker des Konzentrationslager Auschwitz ging, bestimmte ihn die feste Überzeugung: Jesus Christus hat durch sein Leben, seinen Kreuzestod und seine Auferstehung radikal

den Haß und das Unrecht unserer Welt überwunden.

Christlicher Friedenseinsatz nährt sich aus der Glaubensgewißheit, daß wir als „Werkzeuge seines Friedens“ nicht nur unsere natürliche menschliche Kraft anbieten haben, nicht nur unsere moralische Fähigkeit zu einer gerechten, tapferen, maßvollen und klugen Lebensführung. Die Herrschaft Gottes, über Jahrhunderte vom Volk Israel erwartet, ist unter uns Wirklichkeit geworden. Das Reich Gottes ist Realität in der Geschichte der Menschen. Und es kam zu uns aus Gnade, als Angebot zuvorkommender göttlicher Liebe, nicht aufgrund unserer moralischer Vorleistung.

Dies wird deutlich in Lehre und Praxis Jesu: Die Armen und Hungernden preist er selig, „denn ihnen gehört das Himmelreich“. Ihnen wird das Reich angeboten, von denen niemand unterstellt, daß sie es sich verdient hätten. Der Gott, den Jesus verkündigt, beschenkt bewußt Arme und Unterdrückte. Und zu Zöllnern und Sündern gesellt sich Jesus, sehr zum Mißgefallen der Angesehenen und der Großen. Wiederum wird die Art deutlich, wie Gottes Herrschaft innerlich ansetzt – als zuvorkommende Liebe und voraussetzungslose Barmherzigkeit gegenüber „allen“.

Das Gleichnis vom unbarmherzigen Knecht macht deutlich, welche Handlungskonsequenzen es hat, wenn man sich dieser frohen

Botschaft in Glauben und Hoffnung anvertraut: Der Knecht kann nicht die Barmherzigkeit seines Herrn in Anspruch nehmen und zugleich gegenüber seinem Mitknecht unbarmherzig verbleiben.

Doch das Reich Gottes überfordert unsere Kräfte nicht. Die Liebe Gottes ist eingegossen in unsere Herzen. Ein neues „Herz“ ermächtigt uns zu einer neuen Praxis.

Hier knüpft die diesjährige Friedensbotschaft des Heiligen Vaters an: Dem Frieden sind Gläubige in Zeugnis, Tat und Gebet verpflichtet, wollen sie nicht die innere Kohärenz ihres Glaubens gefährden und in jenem Widerspruch des unbarmherzigen Knechtes enden, der Barmherzigkeit empfangen wollte, ohne selbst barmherzig zu werden.

Breiten Raum nimmt in der Botschaft gerade das Gebet ein. Und das hat seinen guten Grund. Im Gebet verbleibt Innerlichkeit nicht Selbstzweck. Vielmehr erfahren wir in dieser Vertiefung **Motivation, Orientierung und Kraft** für weiteres Friedenshandeln.

Einer Welt, in der Gott selbst sich durch die Inkarnation seines Sohnes engagierte, schuldet auch der Gläubige volles Engagement. Gläubige setzen sich für den Frieden ein, nicht obwohl, sondern weil sie an Gott glauben. In der bedenden Begegnung mit Gott erfahren sie den tiefsten Grund ihres weltlichen Einsatzes.

Die Spannung zwischen grundlegender sittlicher Pflicht und all-

täglicher Praxis wird gerade im Gebet zum Thema. Vor „Gott, dem Herrn und Vater aller“ (S. 8) werden dem Beter die Distanzen zum Problem, in die Menschen sich zueinander begeben, die Ausgrenzen und Gruppierungen, in denen sie sich gefangen halten. Es wird der Widerspruch deutlich, daß Gott dessen Nähe sucht, von dem ich mich entferne, daß Gott den in sein Reich ruft, den ich übersehe. Die Botschaft hat recht, im Gebet werden „Ungleichheiten, Unverständnis, Groll und Feindseligkeiten überwunden“ (S. 8).

Schließlich werden Kleinmut oder gar Mutlosigkeit im Gebet als das erkannt und überwunden, was sie für einen Gläubigen sind: Zweifel am göttlichen Heilswillen, Vertrauensverlust gegenüber der Begnadigung durch Glaube, Hoffnung und Liebe, Verweltlichung, „als ob es Gott nicht gäbe“. Wie den Propheten des Alten Testaments wird uns im Gebete bewußt, daß nicht menschliche Sprachgewalt und Gestaltungskraft Garant des Weltfriedens sind, sondern daß uns göttliche Kraft geschenkt und anvertraut ist. Diese Erfahrung gibt uns „Mut“ und „Halt“.

Das Gebet führt uns nun auch zur zweiten Frage, die wir uns oben gestellt haben. In der Friedensbotschaft 1992 spielt das gemeinsame Friedensgebet von Assisi eine gewichtige Rolle. Dort trafen sich auf Einladung des Heiligen Vaters am 27. Oktober 1987

hohe Repräsentanten der großen Weltreligionen zum Gebet. Daß dies auch ein hohes Politikum ausmache, haben die Medien weltweit erkannt. Wenn an der Friedenspolitik Gläubige und Nichtgläubige beteiligt sind, müssen wir Christen uns fragen, auf welcher Basis wir mit allen zusammenarbeiten können, ohne daß unser Glaube „Christus ist unser Friede“ bedeutungslos würde.

2. Alle Menschen sind verpflichtet, den Frieden zu erstreben

Die Friedensbotschaft 1992 lenkt den Blick auf zutiefst Verbindendes aller Religionen und aller Menschen. Die Aussage, „Frieden zu bezeugen, für ihn tätig zu sein und zu beten, ist einem **kohärenten religiösen Verhalten eigen**“ (S. 5), gilt also nicht nur für christlichen Glauben. Im Hinweis auf den zentralen Stellenwert von „shalom“ im Judentum und von „salam“ im Islam sehen wir hierfür den ersten Beleg. Diese Linie führt geradewegs zum gemeinsamen Gebet in Assisi: Die Gläubigen aller Weltreligionen beten um den Frieden und stehen so vor Gott. Und die Botschaft geht noch einen Schritt weiter, indem sie an die „Erklärung über das Verhältnis der Kirche zu den nichtchristlichen Religionen“ des Zweiten Vatikanischen Konzils erinnert.

Dort hatten die Konzilsväter gelehrt, daß auch andere Religionen „nicht selten einen Strahl jener

Wahrheit erkennen lassen, die alle Menschen erleuchtet“ (S. 8). Darum fordert christlicher Glaube nicht die Ablehnung all dessen, was anderen Religionen „wahr und heilig“ ist. Sehr wohl aber – und so fährt die Konzilserklärung fort – müssen wir Christus verkünden und bezeugen, in dem „die Menschen die Fülle des religiösen Lebens finden, in dem Gott alles mit sich versöhnt hat“. Unser Glaube lebt nicht aus der Negation anderer Religionen, sondern weiß sich als „Fülle“ dessen, was dort ein Stück weit auch vorhanden ist. In vollem Wissen um das Trennende wird schon in der Konzilserklärung unsere Aufmerksamkeit auf das Gemeinsame gelenkt. Diese Richtung verfolgt auch die Friedensbotschaft 1992.

Sie zeugt so von der begründeten Hoffnung in einer eher pessimistischen Welt. Und wie sie uns Christen zu einer „höheren sittlich-religiösen Schau“ der Friedensaufgabe einlädt, so auch alle Gläubigen. Indem sich die Religionen parteilicher und politischer Instrumentalisierung entziehen (vgl. S. 9), sich über ihre religiösen Fundamente austauschen und dort Gemeinsamkeiten entdecken, erbringen sie einen spezifischen Beitrag zum Frieden.

Die Botschaft 1992 ist zwar an die Gläubigen adressiert, doch andere „Menschen guten Willens“ bleiben nicht unerwähnt. Mehr als eine schöne Floskel ist die Aussage, daß „der Einsatz für den Frie-

den jeden Menschen guten Willens (betrifft)“ (S. 4). Sie wird theologisch begründet: „Das Streben nach Frieden ist der menschlichen Natur angeboren . . .“ (S. 4). Entscheidende Friedenswerte werden bereits „vom Naturgesetz empfohlen“. Sie sind nicht Arkanwissen der Religionen, werden von diesen vielmehr „in Erinnerung gerufen“ (S. 5). Diese tiefste Einheit aller Menschen ist nicht Ergebnis empirischer Feldforschung. Sie ergibt sich aus dem Glauben an den Schöpfergott, der den Menschen nach seinem Bild geformt hat. Und „Bild“ (imago) Gottes ist auch der gefallene Mensch geblieben, wengleich er in der Sünde der „Gottähnlichkeit“ (similitudo) verlustig ging.

So wird die diesjährige Friedensbotschaft geprägt durch ein dreistufiges Modell, in dem niemand als friedensuntauglich abgeschrieben wird: Alle Menschen guten Willens – die Gläubigen – wir Christen. Selbstverständlich wird ein Atheist oder ein Moslem dieses Modell anders schichten. Dies sei ihm unbenommen, wenn er nur die je anderen nicht zum Feind des Friedens erklärt, sondern ihnen auch in seinem Denk- und Glaubenssystem einen Platz einräumt, der Respekt und gemeinsames Handeln hin zum Frieden ermöglicht. Darum darf die neuerliche Einschärfung der Religionsfreiheit (vgl. S. 11 f) in dieser Botschaft nicht fehlen.

Das dreistufige Modell jeden-

falls prägt die Botschaft. „Als Menschen, als Gläubige und mehr noch als Christen müssen wir uns verpflichtet fühlen, diese Werte der Gerechtigkeit zu leben, die in dem obersten Gebot der Liebe ihre Krönung finden: ‘Liebe deinen Nächsten wie dich selbst’ (Mt 22,39; Mk 12,31; Lk 10,27).“ Alle sind verpflichtet zu einem Leben der Gerechtigkeit und der Liebe, Christen am meisten, da die Nachfolge des liebenden und barmherzigen Gottes zum Kern ihrer Botschaft gehört.

Daher können wir die dritte Frage nach unserer Friedenspraxis anschließen.

3. „Gemeinsam den Frieden in Gerechtigkeit bauen“

Friedenspraxis muß sich „mit den Problemen und berechtigten Bestrebungen der Menschen und der Völker“ (S. 11) befassen. Dem kann jedermann zustimmen. Dasselbe gilt auch, wenn es schon konkreter heißt: Bei der Friedensarbeit gehe es um die „Achtung und Forderung der wesentlichen Werte des Menschen“. Und dann werden sie genannt – nicht in Anlehnung an einen der gängigen Menschenrechtskataloge, sondern offensichtlich in bewußter Akzentsetzung aus der Sicht der Ärmsten und der Verfolgten: Friede ist verbunden „mit dem Recht auf das Leben in allen Phasen seiner Entwicklung; mit dem Recht auf Anerkennung unabhängig von Rasse,

Geschlecht und religiöser Überzeugung; mit dem Recht auf die für das Leben notwendigen materiellen Güter; mit dem Recht auf Arbeit und die gerechte Verteilung ihrer Früchte für ein geordnetes und solidarisches Zusammenleben“ (S. 11). Dies sind Sprache und Anliegen der Armen, es handelt sich um die dringlichsten Frieden swerte, um Grundfragen internationaler Gerechtigkeit.

Diesen Grundfragen haben wir uns als Menschen, als Gläubige und „noch mehr als Christen“ zu stellen, den Problemen elementarster Gerechtigkeit. An ihnen hat sich zu zeigen, was die Verpflichtung zum „obersten Gebot der Liebe“ für einen Christen ausmacht.

So richtet sich die Botschaft auch an die „Verantwortlichen der Nationen“ (S. 12). Sie sollen den Ursachen, die Konflikte zu Kriegen eskalieren lassen, „zuvorkommen“ (S. 13). Dies erfordert eine Politik der Gerechtigkeit, „die allen und an erster Stelle denen zum Besten gereicht, die von den Ketten des Elends, des Hungers und des Leidens gefesselt sind“ (ebd.). Wiederum fällt auf, wie der Akzent auf den berechtigten Ansprüchen der Ärmsten liegt.

Stärker als solche Forderungen an die Politiker wird in dem Text „der Weg des täglichen Zusammenlebens“ (S. 10) betont. Die Botschaft wählt dabei bewußt einen **tugendethischen Ansatz**, bei dem es um grundlegende und eigentlich jedermann einsichtige morali-

sche Haltungen und Einstellungen geht: „Gelassenheit, Ausgeglichenheit, Überwindung der Triebe, Erfüllung von Haltungen, wie Verstehen, Verzeihen, hochherzige Hingabe, üben einen friedensstiftenden Einfluß unter den Menschen der eigenen Umgebung und der eigenen religiösen und zivilen Gesellschaft aus.“ (ebd.) Es handelt sich folglich um das „persönliche Vorbild, . . . , (das) in konsequenten Handlungen und Verhaltensweisen auch noch außen projiziert wird“ (ebd.). Diese Praxis-Sprache eines an Gerechtigkeit und Liebe ausgerichteten Lebens ist universal verständlich. An ihr werden Glaubwürdigkeit und Attraktivität unseres Glaubens bemessen. Tragen wir als Christen an unserem Platz zu einer Zivilisation der Liebe bei! Geben wir davon Zeugnis, daß gelungenes Leben sich nicht im Haben erfüllt, daß Teilen nicht arm macht, daß Solidarität allenfalls vordergründig Verzicht bedeutet!

Jene tiefe „Schau“ der Friedensprobleme, zu der uns die Botschaft 1992 einlädt, verbleibt nicht im unpolitischen Raum reiner Innerlichkeit. Sie betrifft die Grundlagen von Friedenspolitik und damit die neuen Chancen, die sich uns im Jahr 1992 eröffnen. Sie hält alle Gläubigen aller Religionen wie auch Nicht-Gläubige an, die Fundamente des Friedens – Gerechtigkeit und Liebe – zur Maxime ihrer alltäglichen Praxis zu machen.

Frieden verlangt nach Ordnung und daher auch nach Autoritäten, die Recht gegen Aggressoren effektiv durchzusetzen vermögen. In diesem Kontext sehen und werten Sie, meine sehr verehrten Mitglieder der „Gemeinschaft Katholischer Soldaten“, Ihren Dienst – zum Schutz einer umfassenden und stabilen Friedensordnung. Wer immer an der Schwertgewalt des Staates teilhat, von der schon Paulus im Brief an die Römer spricht, muß in besonderer Weise dafür Sorge tragen, daß dieses Schwert nur gegen Rechtsbrecher eingesetzt wird. Darum ist der Schrei nach umfassender Solidarität und internationaler Gerechtigkeit für den Soldaten nichts Berufsfernes oder gar -fremdes. Gerade wer teilhat an der Schwertgestalt des Staates, bedarf jener Kraft und jenes Halts, den wir Christen im Gebet finden. Als betende und nach Gerechtigkeit dürstende Christen begeben wir uns auf den Friedensweg zu dem Christus, unser Friede, uns befähigt.

Zum Schluß möchte ich kurz an zwei Beispielen die Aktualität der diesjährigen Friedensbotschaft unterstreichen. Wenn ich an die blutigen Auseinandersetzungen in Nordirland denke oder an die traurigen Streitigkeiten über die Kirchengüter, die zwischen Orthodoxen und mit Rom unierten Katholiken des orientalischen Ritus in der Ukraine und in Rumänien ausge tragen werden, dann wünsche ich mir: Würden doch diese Christen

zunächst miteinander beten und dann Gespräche miteinander führen, die vom Geist des gemeinsamen Gebetes getragen sind! Dagegen erlebte ich vor einigen Tagen in Budapest, wie die Stadt von Jugendlichen der verschiedenen Nationen, Rassen und Religionen geradezu wimmelte. Etwa sechzig bis achtzigtausend junge Leute waren der Einladung der Kommunität von Taizé gefolgt. Im Mittelpunkt des Treffens stand der Gedanke der Versöhnung. Als ich eine der Großveranstaltungen miterleben konnte, war ich von dem Verhalten der jungen Menschen tief beeindruckt, von ihrem stillen Meditieren, ihrem Beten und Singen. Ich bin sicher, daß sie in ihre Heimat mit versöhntem Herzen zurückkehren, ermutigt, sich dort für dieselbe Versöhnung einzusetzen, die das Wesen des Friedens ist. Wer von Ihnen, die Sie mir jetzt so geduldig zugehört haben, schon eine der großen Friedenswallfahrten nach Lourdes miterlebt hat, wird meinen Eindruck aus Budapest bestätigen: So wird die diesjährige Friedensbotschaft des Heiligen Vaters verwirklicht. Gläubige sind vereint im Aufbau des Friedens. Ermutigen wir einander, betend, redend, handelnd Schritte auf diesem Friedensweg zu tun! Von Reinhold Schneiders Worten ließen sich seit der bedrängenden Zeit des Zweiten Weltkrieges immer wieder glaubende Menschen zu einem solchen Dienst am Frieden auffordern:

*„Allein den Betern kann es noch
gelingen,
Das Schwert ob unseren Häup-
tern aufzuhalten
Und diese Welt den richtenden
Gewalten
Durch ein geheiligt Leben abzu-
ringen.“*

Weltfriedenstag 1992 in Munster

Auch im Jahr 1992 hatte die Katholische Militärseelsorge und die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) im Standort Munster zur Feier des Weltfriedenstages eingeladen.

Wegen der räumlichen und zeitlichen Gegebenheiten können nicht alle katholischen Soldaten im Wehrbereich II an dem Soldatengottesdienst anlässlich des Weltfriedenstages in der Bischofsstadt Hildesheim teilnehmen.

Deshalb wird seit 3 Jahren für alle katholischen und interessierten Soldaten aus den Standorten Munster – Faßberg sowie dem gesamten Bereich der 3. Panzerdivision ein Soldatengottesdienst in der St. Michael-Kirche, dem „Haidedom“, in Munster gefeiert, mit einer anschließenden Begegnung aller Teilnehmer im Soldatenheim.

Hauptzelebrant des diesjährigen Soldatengottesdienstes war Pfarrer Adolf Pohner, Diözesanpräses der Katholischen Männerverbände in der Diözese Hildesheim.

Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) im Wehrbereich II ist seit dem Jahr 1974 Mitglied in der „Arbeitsgemeinschaft katholischer Männerverbände in der Diözese Hildesheim“ – AGKM –, der neun Männerverbände angehören, und arbeitet aktiv mit.

Als weitere Zelebranten wirkten mit Militärpfarrer Jürgen Göde – Lüneburg –, der niederländische Militärpfarrer P. C. M. L. Vermeulen ofm conv von der 41. (NL) Panzerbrigade aus Seedorf und der Standortpfarrer von Munster – Faßberg, Militärpfarrer Heinrich Theisen, der seit vielen Jahren auch die Standorte Buxtehude – Hamburg-Fischbeck und Rotenburg/Wü. mit betreut.

Das Motto des diesjährigen Weltfriedenstag lautet:

*„Glaubende vereint für den Aufbau
des Friedens“.*

So hatte es auch doppelte Symbolkraft, daß Father Christopher Cook, der anglikanische Militärgeistliche der 7. (Brit.) Panzerbrigade in Soltau bei diesem Soldatengottesdienst mitzelebrierte. Die Altardienste wurden von Mitgliedern des GKS-Kreises Munster gestellt.

Der Gottesdienst und die anschließende Begegnung im Soldatenheim wurde musikalisch durch eine Bläserbesetzung des Heeresmusikkorps 3 aus Lüneburg mitgestaltet.

Auf Anregung von Militärpfarrer Heinrich Theisen, der im übrigen

auch die katholischen Zivilgemeinden Munster und Faßberg betreut, wurde die Kollekte dem Soldatenhilfswerk der Bundeswehr überwiesen.

Der „Hausherr“ der St.-Michael-Kirche, Militärpfarrer Heinrich Theisen, konnte zu Beginn des Gottesdienstes nicht nur seine mitzelebrierende Mitbrüder begrüßen, sondern neben vielen Soldaten, auch Persönlichkeiten aus dem militärischen, kommunalen und öffentlichen Bereich.

Pfarrer Adolf Pohner stellte seine bedenkenswerte Predigt unter den Gedanken, daß es auf der Welt nur dann Frieden geben kann, wenn die Religionen untereinander Frieden halten. Am Anfang des religiösen Friedens aber ein Schuldbekenntnis und die Botschaft zur Umkehr stehen müsse. Ebenso habe religiöser Fanatismus mit Religion nichts zu tun. Er machte aber auch deutlich, daß die Bibel nicht dafür da sei, sie dem „anderen um die Ohren“ zu schlagen, sondern man müsse daraus Kraft und Freude schöpfen für ein sinnvolles Leben in Solidarität und Gemeinschaft. Diözesanpräses Adolf Pohner ging in seiner Predigt aber auch auf die vielfachen Kriege und Unruhen auf der ganzen Welt ein und stellte dabei fest, daß die weltweite Entspannung einen großen Dämpfer erhalten habe. Die Gegenwart biete dafür genügend traurige Beispiele. Auf das Thema des Tages eingehend, zitierte er den gemeinsamen

Aufruf der katholischen Verbände: „Wir sind aufgerufen, insbesondere den Beitrag zu erörtern, den die Religionen für die Verwirklichung des Friedens leisten können“.

Ohne Religion sei den Bemühungen um den Frieden jedoch kein großer Erfolg beschieden. Als religiöser Mensch wisse er, daß Frieden von Gott gewollt und geliebt sei. Daraus schöpfe er seinen inneren Frieden und es gebe ihm Kraft und Bereitschaft, auch anderen ihre Existenzberechtigung zuzugestehen, ihre Eigenart und Andersartigkeit zu ertragen und sich über ihr Dasein zu freuen, so Pfarrer Pohner weiter.

Nach dem Gottesdienst in der St.-Michael-Kirche versammelten sich nochmals alle Teilnehmer im Soldatenheim in Munster.

Feldjäger und Polizeibeamte regelten an diesem Tag gemeinsam den Verkehr vor der Kirche, auf dem Weg zum und vor dem Soldatenheim.

Zu Beginn der Begegnung im festlich geschmückten großen Saal des Soldatenheimes begrüßte Militärpfarrer Heinrich Theisen nochmals alle Anwesenden.

Ein besonderer Gruß galt dem Bürgermeister der Stadt Munster, Alfred Schröder, und dem erst vor kurzem gewählten Stadtdirektor, Klaus Westerkowski.

In seiner Begrüßung sagte Militärpfarrer Heinrich Theisen u.a.: „... Mein erster Gruß gilt dem Diözesanmännerseelsorger Pfarrer Adolf Pohner aus der Bischofs-

stadt Hildesheim. Vor Ihnen haben schon der Militärgeneralvikar und Apostolische Protonotar Dr. Niermann und vor dem der ehemalige Dechant dieses Dekanates und jetzige Dompfarrer Wolfgang Osthaus diesen Gottesdienst mit uns gefeiert. Aber welch ein Unterschied in der politischen Landschaft und Atmosphäre.

1990 das fassungslose Staunen über die Entwicklung in Mittel-Osteuropa und besonders im östlichen Teil unseres Vaterlandes. Die Freude und Dankbarkeit darüber, daß Ideologien entlarvt wurden, Diktaturen zerbrochen, Demokratien langsam entstanden und der Friede nicht nur in Europa, sondern in der ganzen Welt ein Stück sicherer geworden war und dann wenig später der Golfkrieg, dessen ökologische Spuren wir weiß Gott noch spüren, obwohl ich manchmal glaube, daß dieser Golfkrieg in den Herzen und Köpfen vieler nicht mehr vorhanden zu sein scheint.

Und wiederum wenige Monate später die kriegerischen Auseinandersetzungen in Jugoslawien und Georgien. Und dann der Zusammenbruch des Warschauer Paktes, der Untergang der UdSSR und das Selbständigwerden der Staaten der ehemaligen UdSSR.

Ich danke Ihnen Herr Pfarrer Pohner, daß Sie meiner Bitte gefolgt sind, diesen Gottesdienst mit uns zu feiern... Ein besonderer Gruß gilt auch den Frauen unserer Soldaten, die zu einem nicht uner-

heblichen Teil auch Verantwortung in der Seelsorge übernommen haben, wenn das nach außen auch nicht immer so erscheint.

Die Anregung zu diesen Soldatengottesdiensten anlässlich des Weltfriedenstages kam im Jahr 1975 von Soldaten und wird nach wie vor auch hier in Munster von der Gemeinschaft Katholischer Soldaten mitgetragen.

Mein Gruß gilt auch der Presse. Ich kann mir vorstellen, daß es nicht einfach ist, manchen Ihrer Leser verständlich zu machen, daß Soldaten über alle Grenzen der Nationen und Konfessionen hinweg um den Frieden in der Welt beten. Ich danke Ihnen, daß Sie heute bei uns sind.

Werden wir aber nicht leichtsinnig; der Friede ist wie eine zarte Pflanze, die ständig der Sicherung und Förderung bedarf. Bedenken wir aber auch, Gewalt ist die schlechteste Antwort auf die schweren menschlichen Probleme dieser Zeit...“

Für die anwesenden Soldaten sprach der stellvertretende Kommandeur der Kampftruppenschule 2, Oberst Ulrich Rozmyslowski. Auf das Thema des von Papst Johannes Paul II. verkündeten Weltfriedenstages 1992 eingehend, stellte er u.a. fest, daß Weltfriedenstag für die Soldaten auch immer Tage der Selbstbesinnung und Standortbestimmung seien. Die Bundeswehr gerät ohne eigenes Zutun oder gar Verschulden oft in das Zentrum innenpoliti-

scher Kontroversen über die Sicherheitspolitik. Die Nachrüstungsdebatte der frühen 80er Jahre oder der Golfkrieg hätten dabei besonders herausgeragt. Tausende Friedensbewegter hätten in jenen Auseinandersetzungen von vornherein die Soldaten aus der Gemeinde der „Glaubenden, vereint für den Aufbau des Friedens“, ausgeschlossen. Es sei schon interessant, der Frage nachzugehen, warum der so nahe Krieg in Jugoslawien die Friedensbewegung nicht auf die Straße gezwungen habe, erklärte Oberst Rozmyslowski.

Frieden in Würde und Freiheit, bedürfe der Sicherheit, so stellte der Oberst fest. Deshalb so frage er sich manchmal als Soldat, „wie es denn die Kirche mit uns hält“. Er spielte damit auf die unentschlossene Haltung einiger Evangelischer Landeskirchen zur Militärseelsorge an.

Als letzter Redner bei dieser Begegnung im Soldatenheim dankte der Vorsitzende des GKS-Kreises Munster, Oberstabsfeldwebel Wolfgang Moock, allen Anwesenden für ihr Kommen und Mittragen dieser Veranstaltung zum Weltfriedenstag sowie im besonderen dem langjährigen Vorsitzenden und späteren Geschäftsführer der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) im Wehrbereich II für die wiederholte Organisation der Feier des Weltfriedenstages in einem der größten Standorte der Bundeswehr.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen sagte Moock u.a.: „...Mit dem Wunsch, den Weltfriedenstag hier und in aller Welt auch in Zukunft mit Soldaten feiern zu können, danken wir allen, die den Gedanken des Weltfriedenstages mittragen. Seit 8 Jahren führt der Bischof von Hildesheim, Dr. Josef Homeyer, im Dom oder in der Basilika St. Godehard in Hildesheim, anlässlich des Weltfriedenstages für die Soldaten der Bundeswehr einen Friedensgottesdienst durch. An diesem Gottesdienst konnten aufgrund der langen Anmarschwege die Soldaten der 3. Panzerdivision kaum teilnehmen. Deshalb auch die Idee, für diesen Personenkreis zusammen mit den Soldaten der Standorte Munster und Faßberg einen Soldatengottesdienst im „Heide-Dom“ in Munster durchzuführen. Im einzelnen dankte Oberstabsfeldwebel Wolfgang Moock dem Hauptzelebranten des Soldatengottesdienstes, Pfarrer Adolf Pohner, allen Geistlichen, die die Hl. Eucharistie mitgefeiert haben; Militärpfarrer Heinrich Theisen für sein Engagement und die erfreuliche Zusammenarbeit, den Weltfriedenstag auch im Jahr 1992 in diesem Rahmen feiern zu können; Oberst Ulrich Rozmyslowski für seine klaren Ausführungen; allen Kommandeuren und Chefs für die Unterstützung bei der Vorbereitung und Durchführung der Feier zum Weltfriedenstag; der Bläserbesetzung des Heeresmusikkorps

3 für den vorzüglichen Einsatz in Munster; den Vertretern der Presse; aber auch dem Heimleiter-Ehepaar des Soldatenheimes für die Unterstützung und nicht zuletzt den Feldköchen und Soldaten des Panzergrenadierlehrbataillons 92 für die gut schmeckende Erbsensuppe.

Zum Schluß gab Wolfgang Moock zu bedenken: „Wenn Soldaten Frieden sagen, dann meinen sie einen Frieden in Freiheit, Gerechtigkeit und Würde. Dabei ist ihnen sehr wohl bewußt, daß dieser den Menschen anvertraute Friede ein Gottesgeschenk ist.“

Ein gut schmeckender Erbseneintopf, serviert von freundlich und adrett auftretenden Soldaten des Panzergrenadierlehrbataillons 92, vereinten noch längere Zeit die Teilnehmer an dem Soldatengottesdienst und der Begegnung zu anregenden Gesprächen.

Von dem Soldatengottesdienst in der St.-Michael-Kirche und der anschließenden Begegnung im Soldatenheim in Munster anläßlich des Weltfriedenstages 1992 wurde ein Video-Film hergestellt, der beim Bundesgeschäftsführer der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) ausgeliehen werden kann.

Ebenso liegt ein „Organisationsplan“ mit Anregungen in schriftlicher Form vor, die Feier des Weltfriedenstages, vorzubereiten, durchzuführen und nachzubereiten.

Emil Kladiwa

Tagung der Generalversammlung der Organisation International Catholic O.I.C. in Rom vom 07. – 14. Dezember 1991

Tagebuch eines Vertreters des Apostolat Militaire International AMI

Der Autor dieses Berichtes wollte weniger die Einzelheiten der Konferenz darlegen – sie sind im Protokoll nachzulesen – als vielmehr auch einmal das „Drumherum“ einer solchen Veranstaltung einschließlich der Unzulänglichkeiten schildern. Eine solche „Dienstreise“ als Präsidiumsmitglied des AMI beschert aber auch bleibende Erlebnisse wie die Papst-Audienz. Die kameradschaftlichen Kontakte mit den AMI-Freunden, in diesem Falle der Schweizer Garde des Vatikans und Vertretern der italienischen Armee, lassen wiederum viele der kleinen Unannehmlichkeiten verblasen. Eine Grippe vergeht wieder, die Erinnerung an die gemeinsamen Stunden mit den AMI-Freunden und O.I.C.-Delegierten bleibt. (bt)

Anreise

Diaspora, Priestermangel, weite Anfahrtswege in das katholische Deutschland. Wir im Norden sind einiges gewohnt, wie konnte uns da noch eine im Winter ausgefallene Heizung in der Deutschen Bundesbahn von Flensburg bis Düsseldorf stören!!

Die erste Übernachtung

Der Abflug am darauffolgenden Tag – ein Samstag – von Düsseldorf nach Rom verzögerte sich nur unwesentlich um **zwei Stunden**: in Italien streikten die Fluglotsen.

Aber dann... Der durch AMI-Freunde in Rom organisierte Transport zur Unterkunft in der Casa Generalizia dei Fratelli delle Scuole Cristiane in der Via Aurelia klappte vorzüglich.

Sonntag

Noch vor dem Frühstück sind wir eingeladen zur Teilnahme an einem internationalen Gottesdienst im Hause, im Saal Johannes Paul II.

Danke! – endlich mal wieder im Gottesdienst, der – auch wenn ich die Predigt in französischer Sprache nicht verstehe – mir das Gefühl vermittelt, in einer Gemeinschaft um den Altar zu stehen – unser Mittelpunkt ist Christus.

Die Besichtigung von St. Peter als Sonntagvormittag-Programm.

Wir genießen den Sonnenschein und die damit verbundene Wärme.

Um 12.00 Uhr lauschen wir der

kurzen Ansprache des Hl. Vaters, die er vom Fenster seines Arbeitsraumes aus hält, und wenden uns dann, nach dem Segen des Papstes, profaneren Dingen zu: Restaurantsuche, davon gibt es eine Vielzahl, nur Plätze zu finden für uns... wir haben Glück.

Colonnell Naldi, der Vertreter des AMI in Italien, wohnhaft an der Peripherie Roms, hatte uns für den Nachmittag zu sich nach Hause eingeladen.

Bei der Rückfahrt zur Unterkunft, die höchstens zwanzig Minuten dauern sollte, verfährt sich der Fahrer des Dienstwagens. Wir fahren über eine Stunde kreuz und quer durch Rom.

Ergebnis: Abendessen im Haus verpaßt. Also, bei kaltem Wind erneute Suche nach einem „Ristorante“, glücklicherweise fanden wir noch eines, bevor Hände und Gesicht eine tiefblaue Färbung annahmen.

Nach Rückkehr ist es zwar bereits 23.00 Uhr, aber das Haus wird um 24.00 Uhr geschlossen, jedoch... wir stehen fast eine halbe Stunde vor dem Tor, bis uns ein Gast entdeckt und einläßt. Vom Pförtner keine Spur, ob er auf „Ronde“ ist? Der Präsident des AMI betätigte sich dann für geraume Zeit als Türschließer, besser noch Türöffner.

Montag

Beginn des Kolloquiums des OIC.

Der Präsident des OIC, der Ägypter A. Fahim, begrüßt die Anwesenden.

Diese Vorbereitungskonferenz wird in die Generalversammlung übergehen, an der dann 89 Vertreter und Vertreterinnen von 41 internationalen kath. Vereinigungen teilnehmen werden.

Die Einstimmung erfolgt durch Gebete und Lieder in vielen Sprachen.

Tom Hill, UNO Genf, hält einen Grundsatzvortrag über die wirtschaftliche und religiöse Entwicklung in der Welt sowie den derzeitigen Stand aus der Sicht der Vereinten Nationen.

Der Nachmittag dient der Erarbeitung verschiedener Themen in Arbeitsgruppen.

Unsere Damen und Herren werden mit Pkw zum Wohltätigkeitstee mit Bazar abgeholt, der von Vertreterinnen der PASFA organisiert wurde. Damen der obersten militärischen, politischen und wirtschaftlichen Kreise waren bei diesem Tee zugegen.

Abendessen wieder gemeinsam mit den Ehefrauen in Trastevere „Fierramoseca“. Gemütlich und urig ist dieses Lokal, und es ist warm!

Rückkehr zum Haus: Der Pförtner ist erneut auf Ronde, wir stehen wieder vor dem Tor, andere Gäste gesellen sich zu uns (die Gruppe der Dolmetscher). Und wieder sind wir völlig durchgefroren.

Dienstag

Termine mit Radio Vatikan und dem Kommandanten der Schweizer Garde werden vereinbart für einen Kurzbesuch u.a. Vorstellung des Präsidiums AMI (zumindest ein Teil davon).

Heute ist der Tag der Luftfahrt in Italien. Radio Vatikan berichtet auf UKW in deutscher Sprache. Auf dem Flugplatz Fiumicino hält der Hl. Vater für 6.000 geladene Gäste einen Gottesdienst.

Wir sind abends zu einem Dinner in den italienischen Army Officers Club geladen.

Heute war Gelegenheit, einige Einkäufe in Rom zu tätigen. Unter sachkundiger Leitung einer Dame der PASFA kreuzten wir die Straßen um Via Condotti bei den Spanischen Treppen. Im Rahmen dieser Einkaufstour (Tortur) gelangten wir dann in das Museum des „Bekleidungskünstlers Valentino“. Räumlich etwas abgesetzt von seinen Geschäften, hat er hier in der Nähe der Spanischen Treppe in einer ehemaligen Schule eine Ausstellung all der Bekleidungsstücke, die er seit Anfang der 60er Jahre geschaffen hat und die teilweise von ihren Trägerinnen später an ihn zurückgegeben wurden. Auserlesene Stücke von Jaqueline Onassis, Brook Shields, Audrey Hepburn, der Beghum, viele der kleinen Größen und auch ganz Großen sind hier vertreten. Fotografieren verboten! Daß es dabei blieb, dafür sorgte die Beobach-

tung durch elektrische und menschliche Überwachung.

Beim Einstieg in den Bus der Linie 46, der uns zurückbringen sollte, machten uns Einheimische gleich darauf aufmerksam, unsere Wertsachen eng an uns zu halten, diese Buslinie sei berüchtigt für die vielen Diebstähle.

Mittwoch

Auf Einladung unserer italienischen AMI-Freunde begeben wir uns mit einem Militärbus nach Süden, vorbei an Latina über die Super-Strada zur Abtei Fossanova. Im 9. Jahrhundert wurde diese Benediktiner-Abtei gegründet. 1134 wurde sie von Innozenz II. an die Zisterzienser übergeben. Hier starb Thomas von Aquin.

Der geistliche Beirat der italienischen Vertreter des AMI ist Don Lionello Torosani. Sein militärischer Standort ist in Sabaudia am Mar Tirreno, etwa 30 km südlich von Latina.

Nach einer kurzen Begrüßung durch den Kommandeur dieser Flugabwehrraketen-Schule (Hawk) zeigte uns Don Lionello voller Stolz – und das zu Recht – seine kleine Kirche und anhand von Schriften eine Vielzahl der Aktivitäten seiner Gemeinde. Wenn an Wochenenden von 150 Kirchenbesuchern – Soldaten – die Rede ist, manchmal sogar zwei Gottesdienste angeboten werden müssen aufgrund der Vielzahl der Kirchenbesucher, so klingt das für

norddeutsche Ohren „traumhaft“. Allerdings muß man hierfür sicherlich auch die Person von Don Lionello verantwortlich machen; er versteht es, zu überzeugen und seinen Soldaten voranzugehen.

Was die Arbeit im Apostolat Militaire International angeht, werden wir von Don Lionello sicher noch hören.

Don Lionello gab dann noch eine wahre Begebenheit über Johannes XXIII. (Roncalli) zum besten: Als Bischof war Roncalli bei dem damaligen französischen Präsidenten de Gaulle zu einem Empfang geladen, sein Platz beim Essen war gegenüber der Frau eines russischen Diplomaten. Diese Dame mit ihrem weiten Ausschnitt wollte anscheinend Bischof Roncalli provozieren. Sie bat Roncalli – nicht einen der Lakaien – um etwas Obst aus der Schale. Roncalli nahm einen Apfel und legte ihn vor sie hin. Die Frage: „Warum geben Sie mir gerade einen Apfel?“ beantwortete Bischof R. folgendermaßen: „Bereits im Paradies erkannte Eva, als sie den Apfel nahm, daß sie nackt war.“

Donnerstag

Das Kolloquium ist beendet, es beginnt die Generalversammlung des OIC.

Das Apostolat Militaire International AMI als (beitragszahlendes) Neumitglied des OIC hatte seinen Präsidenten Oberst i. G. Jürgen Bringmann, Bonn und einen der

zwei Vizepräsidenten, Oberstabsbootsmann Günter Thye, Flensburg, entsandt.

Die Vertreterinnen und Vertreter der internationalen kath. Verbände kamen aus allen Erdteilen. Südamerikaner waren ebenso vertreten wie Afrikaner von der Elfenbeinküste, Nordamerikaner aus Kanada, Inder, Thais, Iren und und und...

Nach der Begrüßung der annähernd 90 internationalen Vertreter und dem Bericht des Präsidenten wurde die Abfahrt der Busse bekanntgegeben zu einem Empfang mit den Kardinälen und Bischöfen, die zur Zeit der Synode in Rom weilten. Hier trafen wir u.a. auch den Vizepräsidenten des Weltlaienrates Bischof Dr. Cordes.

Freitag

Beginn dieses Vormittags mit intern. Gebeten und Gesängen, dann wurde die Konferenz verspätet fortgesetzt.

Es folgte die Vorstellung der Kandidaten und einzelnen Gruppen für die Wahlen zum

- Präsidenten des OIC
- Comité de Continuité
- Geschäftsführer des OIC
- Mitgliedschaft im OIC

Für 12.30 Uhr war eine Audienz beim Hl. Vater eingeplant, Grund genug, die Konferenz zu unterbrechen.

Geleitet durch Schweizer Gardisten, begaben wir uns im Vatikan in den Saal „Sala Del Consistorio“.

Hier in dem mit Wandteppichen, stoffverkleideten Wänden und mit kunstvollen Schnitzereien an der Holzdecke versehenen Saal warteten wir gespannt auf das Erscheinen des Hl. Vaters.

Das Einschalten der Deckenflutlichter kündigte sein Kommen an. Er wurde begrüßt und informiert über die derzeitige Tagung des OIC durch den Präsidenten, Mr. Fahim. Die Antwort des Papstes – gehalten in französischer Sprache – bezog sich auf den Inhalt der Begrüßung, er würdigte die Arbeit des OIC und schloß mit dem päpstlichen Segen. Anschließend hatte jeder Teilnehmer Gelegenheit persönlich einige kurze Worte mit dem Hl. Vater zu wechseln, bevor wir dann zum Gruppenfoto gebeten wurden.

Für die beiden Vertreter des AMI-Präsidiums schloß sich in der Unterkunft der Schweizer Garde ein Besuch bei dem Kommandanten der Schweizer Garde, Oberst Buchs, an.

Nachdem ein Vertreter der Schweizer Garde kurzfristig die Teilnahme an der AMI-Konferenz 91 in Flensburg absagen mußte, stellte Oberst Buchs eine Teilnahme 1993 in Rom in Aussicht. Eine Teilnahme in Bogotá 92 scheint aus Kostengründen nicht möglich.

Nach dem Besuch der Waffen- und Kleiderkammer der Schweizer Garde fahren wir zurück zur Unterkunft und stürzen uns erneut bis zum frühen Abend in die Sitzung des OIC:

Die verschiedenen katholischen Zentren berichteten über ihre Erfahrungen und Vorstellungen wie auch Forderungen:

Zentrum Genf: tiefer gehende, intensivere Kontakte zu anderen Organisationen

- Informationen über deren Strukturen und Arbeitsweise
- Denkweise zu bestimmten Themen
- Wie stark ist die Vereinigung, was repräsentieren sie?

Zentrum New York:

16 internationale Organisationen arbeiten zusammen mit diesem Zentrum.

Einige Aktivitäten werden erwähnt:

- monatlich 2 Besprechungen zu kirchlichen oder allgemein interessierenden Themen, zusätzlich auch sogenannte „Briefings“ aus aktuellem Anlaß, z.B. Auslandsreisen des Papstes
- Referenten der United Nations werden hierzu eingeladen.
- Gespräche, Diskussionen, Seminare werden mit allen religiösen Richtungen durchgeführt (Hindus, Juden etc.) über z.B. Internationales Jahr der Familie aus Sicht der unterschiedlichen Religionen“.

Das Wissen voneinander, übereinander ist zu gering. Die Information über die katholische kirchliche Arbeit muß breiter gestreut werden. Für diese Arbeit bekommt das Zentrum jährlich von den Bischöfen 4000 \$. Die Zusammenar-

beit der internationalen katholischen Organisationen mit dem Zentrum New York ist nicht optimal.

Vorge stellt wurde ein Video-Film (28 Minuten) über internationale katholische Organisationen.

Finanziert wurde dieser in vielen Sprachen existierende Film durch die UNO und durch amerikanische Bischöfe.

Ein Exemplar wurde dem Hl. Vater überreicht.

Sonnabend

Nun, nicht zu vergessen die wichtigsten Punkte der Wahlen:

Jeder internationale (stimmrechtige) Verband hatte nur eine Stimme, somit waren maximal 28 Stimmen möglich.

Neuer (und alter) Präsident wurde A. Fahim.

Rudy Ruegg (Schweiz) wurde als Generalsekretär von Paul Morand abgelöst.

Rudy Ruegg schied aus Altersgründen aus.

Für das Apostolat Militaire International AMI war die Stimmenzahl für die Wahl in das Comité de Continuité entscheidend, zumal gerade bei dieser Wahl mit Gegenwind gerechnet wurde – eben gegen Vertreter einer internationalen Organisation von **Soldaten**.

Mit 17 Ja-Stimmen, 6 Nein, 4 Enthaltungen galten wir als gewählt und entsenden somit einen Vertreter des Präsidiums AMI in das Comité, das zwischen den Ge-

neralversammlungen des OIC die Arbeit fortführt.

Zusammen mit allen anwesenden Priestern zelebrierte Msgr. Bischof Dr. Cordes – Vizepräsident des Weltlaienrates – einen Gottesdienst, wiederum im Saal Johannes Paul II.

Kurz vor der offiziellen Beendigung dieser Tagung hieß es hurtig Koffer packen, und mit dem – dankenswerterweise – bereitgestellten Dienstwagen der italienischen Armee brausten wir dann durch quirlige und verkehrsreiche römische Straßen zum Flughafen Leonardo da Vinci.

Rückreise

Pünktliche Ankunft bedeutet noch lange nicht rechtzeitiger Abflug.

Die einstündige Verspätung ließ dann jede Hoffnung schwinden, von Düsseldorf einen Nachtzug nach Hamburg und Flensburg zu bekommen.

Also wieder einmal sehr spätes Belegen eines Hotelzimmers, dafür aber am Sonntag früh aus den Federn, denn der Zug nach Flensburg wartet nicht auf uns... Wir aber auf ihn! Mit zweistündiger Verspätung fahren wir dann gen Norden. Natürlich haben sämtliche Anschlußzüge Hamburg-Altona bereits verlassen. Wir warten auf den nächsten Zug und besichtigen zwischenzeitlich den Bahnhof.

Endlich – es ist Abend – wir

sind (mit einer Grippe) zu Hause. Eine ereignisreiche, interessante, aber auch sehr anstrengende Woche ist vorbei. Jetzt gilt es das Erlebte zu verarbeiten.

Günter Thye

GKS – Bereich See

Wochenende der Begegnung

Während einer Dienstreise zum Marinekommando Rostock im Oktober des letzten Jahres kam es neben den rein dienstlichen Belangen auch zu Gesprächen über die Militärseelsorge, ihre Strukturen, gesetzliche Grundlagen und ihre Laienbewegungen sowie – was auf aufmerksame Zuhörer stieß – über die anhand von Beispielen aufgezeigten vielfachen und vielseitigen Aktivitäten auf nationalem sowie internationalem Gebiet.

Religion, geschweige denn Militärseelsorge war und ist für viele Angehörige der ehemaligen Nationalen Volksarmee – NVA – eine Vokabel, mit der sie gar nichts oder kaum etwas anzufangen wissen.

Aus dieser Erkenntnis heraus, dem Interesse, über das Thema mehr hören und eigene Gedanken einbringen zu wollen, resultierte dann aus dieser Gesprächsrunde der Vorschlag, ein „Wochenende der Begegnung“ für Soldaten der ehemaligen NVA und deren Familien sowie Mitgliedern der Gemein-

schaft Katholischer Soldaten GKS zu veranstalten.

Pilotprojekte haben ihren eigenen Werdegang; in diesem Falle allerdings dank der Unterstützung des Bundesvorstandes der Gemeinschaft Katholischer Soldaten, des Katholischen Militärbischofsamtes, und nicht zu vergessen, des Kommandeurs Marinekommando Rostock, der unsere Gruppe das Gästehaus der ehemaligen NVA im Ostseebad Nienhagen für dieses Wochenende zur Verfügung stellte, lief die Vorbereitung und Durchführung reibungslos.

In gespannter Erwartung trafen sich dann am letzten Wochenende im Februar insgesamt zwanzig Soldaten einschließlich ihrer Ehefrauen und Kinder, den Versuch zu wagen, von Mensch zu Mensch eine Brücke zu bauen. Nicht unerwähnt bleiben soll, daß auch der Kommandeur des Marinekommandos, Flottillenadmiral Otto Ciliax und Frau sowie der Bundesvorsitzende der Gemeinschaft Katholischer Soldaten, Oberstleutnant i. G. Paul Schulz, und Frau an diesem Wochenende teilgenommen haben.

Nach der Begrüßung folgten zwei Tänze, Jiffy Mixer und Seven Jumps, bei denen der häufige Wechsel des Tanzpartners und die gymnastischen Übungen zur Erheiterung beitrugen.

So gelöst, teilweise noch außer Atem, stellten wir – jeder für sich – uns gegenseitig vor ein-

schließlich unseres dienstlichen Werdeganges und, soweit gegeben, auch den als aktiver Laie in der katholischen Militärseelsorge.

Der Beitrag einer Teilnehmerin (Krankenschwester in einer Sanitätsstaffel und Ehefrau eines Soldaten der ehemaligen NVA) über dieses Wochenende soll für sich sprechen, nur soviel sei noch erwähnt:

Die folgenden Stunden bis Sonntag zur Abreise waren angefüllt mit Fragen und Antworten, Gesprächen mit kleineren Gruppen oder auch z. B. bei Spaziergängen in dem das Haus umgebenden Forst und am Ostseestrand, nur unter vier Augen. Jede Minute war lehrreich; ich behaupte einmal für „beide Seiten“.

Einige Fragen und Aussagen zur Verdeutlichung:

- Wie läßt sich Religion und Bundeswehr (Christ und Soldat) miteinander vereinbaren hinsichtlich: „Du sollst nicht töten!“
- Ich bin ein Suchender, können Sie mir – oder wer kann es – helfen?
- Wir haben uns heimlich katholisch trauen lassen.
- Ich bin heimlich getauft worden, mein Vater war Offizier (in der Sowjet-Armee).
- Kommunion, Konfirmation, gibt es Gemeinsamkeiten mit der Jugendweihe?
- Kann ein Gläubiger seine Probleme leichter bewältigen als ein Ungläubiger?

– Ein Glaubender hat etwas zum Festhalten, . . . wir?

Der Sonnabendnachmittag war für einen Ausflug nach Bad Doberan zur Besichtigung des Münsters vorgesehen.

Die Stadt Doberan verdankt ihre Existenz zwei wichtigen Entscheidungen des damaligen mecklenburgischen Fürstenhauses:

der Gründung des Zisterzienser Klosters gegen Ende des 12. Jahrhunderts und der Errichtung des ersten deutschen Seebades am Heiligen Damm 1793.

Der Chronist Helmold von Bosau vermerkte noch 1170: „Meck-

Das Münster zu Bad Doberan



lenburg ist ein Land des Mangels und des Hungers, wo der Sitz des Satans und aller bösen Geister ist.“

Pribislav, Herr Mecklenburgs, lenkte die Geschicke des Landes in bessere Bahnen. Das Land entwickelte sich positiv in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht. Das 1171 errichtete Kloster wurde bereits 1178 wieder völlig dem Erdboden gleichgemacht, hervorgerufen durch einen Familienstreit um die Teilung der Herrschaft im Lande.

Nikolaus von Rostock sorgte dafür, daß im heutigen Bad Doberan 1186 die Zistersienser einen neuen Anfang machen konnten.

Der Backsteinbau wurde zügig aufgebaut, und 1232 konnte das Münster geweiht werden. Bis 1522 haben Mönche in ihm das Lob Gottes gesungen, seitdem tut es nun die lutherische Kirchengemeinde.

Der allgemeine Niedergang Ende des 15. und Anfang des 16. Jahrhunderts setzte auch dem Kloster sehr zu.

Ein Ausspruch aus jener Zeit vermittelt den richtigen Eindruck: „Reiten und rauben ist keine Schande, das tun die Besten im Lande.“

Es wurde geplündert, demoliert und abgerissen, was zu haben war.

Der 30jährige Krieg fügte der Kirche und dem Klostergebäude schwere Schäden zu. Herzog Adolf-Friedrich verwendete Geldbußen für den Erhalt der Kirche; 1656 wurde dann mit den ersten Baumaßnahmen begonnen.

Im 1. Weltkrieg mußte eine von zwei Glocken an die Rüstungsindustrie abgegeben werden. Die älteste Glocke Mecklenburgs, sie stammt aus dem Jahre 1301, bleibt Doberan erhalten.

Zum Schutz gegen Bomber und Feuer, aber auch gegen Plünderung wird 1942 das gesamte Inventar eingebunkert. Auf Befehl des sowjetischen Stadtkommandanten wird es 1946 wieder aufgestellt und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Die letzte große Generalrestaurierung der Kirche fand 1964 – 1984 statt und wurde mit staatlichen Mitteln gefördert.

Beeindruckt von dem Besuch dieses wunderschönen Gotteshauses in Backsteingotik und seiner von dem Kirchenführer so anschaulich vorgetragenen Geschichte, fuhren wir zurück nach Nienhagen.

Die überaus angeregten Diskussionen dieses Wochenendes warfen eine Unmenge von Fragen und Problemen auf.

Ein Wochenende allein reicht beileibe nicht aus! Die Gruppe – darin waren sich alle einig – wünscht dringend eine Fortsetzung. Sie ist geplant.

Die Aufgeschlossenheit dieser Gruppe, die Atmosphäre des Gästehauses nebst der guten Küche und die reizvolle Landschaft in diesem Teil von Mecklenburg-Vorpommern haben wesentlich dazu beigetragen, daß diese Veranstal-

tung der GKS ein voller Erfolg wurde.

Günter Thye

Bericht über ein Wochenende der Begegnungen in Nienhagen

Ende des Jahres 91, genauer gesagt im Dezember, erhielten wir eine Einladung von der GKS, unterschrieben von Oberstabsbootsmann Thye.

Was ist GKS? Wer ist OSTBtsm Thye?

Auf unser Anfragen sagte man uns, GKS, das ist die Gemeinschaft Katholischer Soldaten.

Wir hatten noch nie etwas von so einer Gemeinschaft gehört.

Sollten wir, ehemalige DDR-Bürger und Heiden, jetzt bekehrt werden?

Es gab schon viele Fragen beim Eintreffen der Einladungen, und so fuhren wir voller Erwartungen und Neugier, aber auch mit einer Portion Skepsis nach Nienhagen.

Bis 18.00 Uhr trafen dann alle Teilnehmer ein.

Nach einer zwanglosen Begrüßung und Abendbrot kam dann das erste „Beschnuppern“.

Einige lustige Scherztanzschritte lösten die Beklemmung und Verkrampfung auf beiden Seiten.

Es folgte eine kurze Vorstellung jedes einzelnen, und dann war da auch schon ein reges Gespräch im Gange.

Das Spektrum der Themen war sehr breit gefächert.

Was war die Jugendweihe? Wie verlief sie? Was macht die GKS? Wie verträgt sich Christsein mit dem Soldatenberuf? Wie lebte es sich hinter der Mauer? Wie ist jetzt das Zusammenarbeiten von „Ossi“ und „Wessi“?

Es wurde offen in einer großen Runde, aber auch zu zweit und zu dritt gesprochen, diskutiert und philosophiert.

Nach dem gemeinsamen Frühstück am Samstag wurde bei einem Strandspaziergang die Problematik des vorherigen Abends wieder aufgegriffen.

Die Gespräche wurden diesmal ganz individuell geführt.

Persönliche Meinungen und Erfahrungen wurden ausgetauscht.

Dabei zeigte sich aber auch eine unterschiedliche Prägung bei der Einschätzung und Beurteilung von gesellschaftlichen, christlichen und auch nur ganz alltäglichen Ereignissen.

Nach einem vorzüglichen Mittagessen fuhren wir gemeinsam nach Bad Doberan.

Dort besichtigten wir das Doberaner Münster, ein in Norddeutschland sehr bekanntes Bauwerk. Durch eine Führung erfuhren wir viel Interessantes über diese ehemalige Klosteranlage und auch über die geschichtliche Entwicklung dieser Region.

Nach dem Kaffeetrinken trafen wir uns alle wieder in der „gemütlichen Ecke“.

Zur Sprache kamen Probleme wie die Zusammenarbeit zwischen Bundeswehrangehörigen und ehemaligen NVA-Soldaten; Vereinbarkeit von Berufstätigkeit der Frau und Kindererziehung und auch die Frage, ob ein gläubiger Mensch Probleme des Alltags besser verarbeiten kann als ein Nichtgläubiger.

Wir haben alle versucht, gemeinsam Antwort auf die vielen Fragen zu finden, was nicht immer einfach war.

Nach dem Abendbrot fanden wir uns alle zu einem kleinen Umtrunk zusammen.

An diesem Abend, der sehr lang wurde, haben wir viel erzählt und reichlich gelacht.

Wir vergaßen alle, daß wir „Ossis und Wessis“ sind. Wir waren einfach nur eine Runde fröhlicher Leute, die sich gut verstanden.

In der Nacht hatte der Wind aufgefrischt.

Trotzdem ließen wir uns nach dem Frühstück nicht aufhalten und spazierten am Strand Richtung Heiligendamm. Unser Ziel war der Heilige Damm, über dessen Entstehung wir im Doberaner Münster erfahren hatten.

Jedoch hatten wir die Entfernung, den Wind und das Gehen am steinigen Strand unterschätzt. So schafften wir es nicht ganz bis an den Heiligen Damm.

Während dieser Zeit wurde wiederum in kleinen Gruppen oder auch ganz persönlich gesprochen.

Viele Fragen blieben natürlich

aufgrund der kurzen Zeit, die wir miteinander verbringen durften, ohne Antwort bzw. wurden nicht bis zu Ende diskutiert.

Nach dem Mittagstisch und einer Tasse Kaffee zog Herr Thye das Resümee des Treffens.

Es war für alle ein Bereicherung und eine sehr schöne Erfahrung.

Alle Teilnehmer waren sich einig, daß dies nicht eine einmalige Maßnahme bleiben sollte, sondern daß wir uns zu einem späteren Termin nochmals zusammenfinden.

Vielleicht könnte man dieses Wochenende der Begegnung zusammenfassen, indem man sagt, aus einem Gegeneinander über ein Nebeneinander wurde ein Miteinander.

Monika Henig
(Marinesanitätsstaffel, Rostock)

Wallfahrt nach Santiago de Compostela

Liebe Freunde!

Spanische Soldaten haben uns eingeladen, auch in diesem Jahr mit ihnen ein Stück des Weges nach Santiago de Compostela zu gehen. Wir haben diese Einladung angenommen und nehmen mit 20 Personen an dieser Pilgerfahrt teil.

Das Programm ist wie folgt vorgesehen:

8. Juli Treffen in Bonn

9. Juli Zugfahrt über Paris nach Leon, anschl. Fußwallfahrt durch Asturien nach Santiago de Compostela
21. – 23. Juli Aufenthalt in Santiago de Compostela
23. Juli Rückfahrt über Paris nach Bonn bzw. Karlsruhe

Der Teilnehmerpreis (Anteil an den Kosten) beträgt pro Person:

GWDL	250, – DM
A 1 – 4	300, – DM
A 5 – 8	350, – DM
A 9 – 12	375, – DM
ab A 13	400, – DM.

Ich bitte Sie, diese Wallfahrt bekanntzugeben; Interessenten erhalten von mir weitere Informationen. Die Plätze werden in der Reihenfolge der Anmeldung vergeben.

Mit freundlichen Grüßen
Walter Hütten

Weihung eines Bischofskoadjutors für den Militärbischof von Österreich

Am Sonntag, dem 2. Februar 1992, wurde in der St.-Georgs-Kathedrale in der Burg zu Wiener Neustadt der bisherige Militärfarner an der Theresianischen Militärakademie, Militärdekan Mag.

Msgr. Christian Werner, durch den Militärbischof von Österreich, Dr. Alfred Kostlecky, zum Titularbischof von Eca (in Apulien) und zu seinem Bischofskoadjutor geweiht. Mitkonsekratoren waren der frühere Militärvikar und Bischof von St. Pölten, Altbischof Dr. Franz Zak, zu dessen Diözese Militärdekan Msgr. Werner gehörte und dessen Nachfolger, Bischof Dr. Kurt Krenn.

Nach dem Kirchenrecht ist mit dem Amt des Bischofskoadjutors das Recht auf Nachfolge verbunden.

Die Bischofsweihe fand in Anwesenheit des Bundespräsidenten Dr. Kurt Waldheim, des Erzbischofs von Wien Dr. Hans Hermann Kardinal Groer, des Nuntius DDr. Donato Squicciarini, des Bundesministers für Landesverteidigung Dr. Werner Fasslabend, eines großen Teils des Bischofskollegiums sowie der militärischen und zivilen Spitze des Bundesministeriums für Landesverteidigung und des Bundesheeres statt.

In seiner Predigt verwies Militärbischof Dr. Alfred Kostlecky ausdrücklich auf die Schutzfunktion des österreichischen Soldaten und auf die Legitimität des Soldatenseins, wie sie in einigen Schriftstellen zum Ausdruck kommt und auch durch „Gaudium et spes“ festgestellt wird. Er wies aber auch auf die Möglichkeit hin, dem Frieden in anderer Weise zu dienen.

Der neue Militärbischofskoadju-

tor ging in seiner Ansprache nach der Bischofsweihe auf den Beitrag der österreichischen Soldaten im Rahmen der friedenssichernden und friedenserhaltenden Operationen der Vereinten Nationen ein, die durch die Verleihung des Friedensnobelpreises im Jahr 1988 gewürdigt worden sind.

Er betonte den Auftrag an das Bundesheer zur Friedenserhaltung im Sinne der Bundesverfassung. Aufgabe der Militärseelsorge sei es, den Friedensgedanken den Soldaten aller Dienstgrade nahezubringen. Militärbischofskoadjutor Mag. Werner ging dann auch auf das Anliegen der Katholischen Jugend ein, den Zivildienst als Beitrag zum Frieden anzuerkennen. Hier soll ein Nebeneinander und Miteinander, wenn auch auf unterschiedlichen Wegen, möglich sein.

Im folgenden soll nun der Lebensweg unseres Militärbischofskoadjutors skizziert werden:

Bischofskoadjutor Mag. Msgr. Christian Werner wurde am 27. April 1943 in Gogolin (Oberschlesien) geboren und verbrachte seine Kindheit und Jugendzeit in Wien. Nach der Reifeprüfung im Jahre 1962 arbeitete er ein Jahr bei der österreichischen Post- und Telegraphenverwaltung und entschied sich dann für die Offizierslaufbahn. Er absolvierte von 1964 bis 1967 die Theresianische Militärakademie und wurde bald nach seiner Ausmusterung als Erzieheroffizier bei den Zöglingen des Mili-

tärrealgymnasiums eingesetzt.

Hier begann er mit dem Studium der Theologie, das er im Priesterseminar der Diözese St. Pölten fortsetzte.

Bischof Dr. Franz Zak, der zu dieser Zeit auch das Amt des Militärvikars ausübte, weihte ihn am 29. Juni 1977 zum Priester. Mag. Christian Werner war die ersten drei Jahre dann aber nicht in der Diözese St. Pölten, sondern in der Erzdiözese Wien als Kurat an der Propsteikirche in Wiener Neustadt – dem damaligen Sitz von Weihbischof Florian Kuntner – tätig.

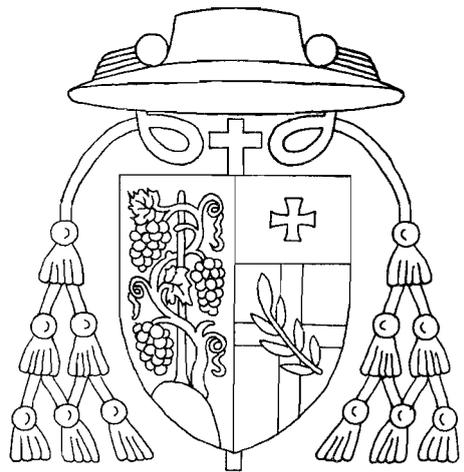
Im Jahr 1980 entschied sich Mag. Werner dann für die Militärseelsorge und wurde Militärpfarrer beim Militärkommando Niederösterreich in St. Pölten.

Mit 1. Januar 1986 wurde Militärsuperior Mag. Christian Werner zum Militärpfarrer an der Theresianischen Militärakademie in Wiener Neustadt bestellt.

Zu dieser Funktion gehören nicht nur die Seelsorge, lebenskundlicher Unterricht und Wehr-ethik im Rahmen der Offiziersausbildung, sondern auch das Amt des Kirchenrektors an der St.-Georgs-Kathedrale, der Bischofskirche des Militärbischofs von Österreich.

Als kirchengeschichtlich interessant sei hier angemerkt, daß Militärbischof Dr. Kostelecky in Wiener Neustadt zwei Bischofskirchen hat: die St.-Georgs-Kathedrale in der Burg – die Bischofskir-

che des Militärbischofs – und die Propsteikirche, den früheren Dom von Wiener Neustadt, die seine Bischofskirche als Titularbischof von Wiener Neustadt ist. Wiener Neustadt war von 1459 bis 1784 Bistum – und hat, da der letzte Bischof von Wiener Neustadt auch



CHRISTUS PAX NOSTRA

Der Weinstock im roten Feld symbolisiert den Familiennamen Werner (abgeleitet von „Weinherr“).

Rechts oben das rote Tatzenkreuz im goldenen Feld: Das Abzeichen des St. Georg Ritterordens, welches zum Wappen des Bistums Wiener Neustadt wurde.

Rechts unten: Kreuz und Ölzweig beziehen sich auf den Wahlspruch des ersten Militärbischofs der Republik Österreich: „Pax et Iustitia.“

Der Wahlspruch lautet: CHRISTUS PAX NOSTRA (Christus ist unser Friede).

das Amt des Militärvikars innehatte, damit eine enge Verbindung zur Militärseelsorge.

An der St.-Georgs-Kathedrale, die traditionell auch der Bevölkerung offensteht, hat sich unter Militärdekan Mag. Msgr. Christian Werner ein sehr lebendiges Gemeindeleben entwickelt. Hier war es vor allem die Art, wie er die Gottesdienste gestaltete, die ihm rasch seine Gemeinde gewann. Durch sein herzliches und offenes Zugehen auf seine Pfarrangehörigen fand er vor allem rasch zu den Kindern und Jugendlichen. Seine Liebe zur Musik und seine überzeugende Verkündigung des Wortes Gottes prägten die Feier des Gottesdienstes.

Die Arbeitsgemeinschaft katholischer Soldaten wünscht Militärbischofskoadjutor Mag. Msgr. Werner für sein neues Amt den Segen Gottes. (Die Redaktion des Auftrags schließt sich diesen Wünschen an.) Seine Ernennung wurde in der Militärdiözese allgemein mit Dankbarkeit und Freude aufgenommen.

Michael Haubl

Katholisches Militärbischofsamt beim Katholikentag vertreten

„Europa bauen in der Einen Welt“ – zum Thema des diesjähri-

gen Katholikentages bietet die Katholische Militärseelsorge, die Gemeinschaft Katholischer Soldaten sowie das Apostolat Militaire International in Zusammenarbeit mit der französischen Militärseelsorge ein vielfältiges Programm an. Militärggeistliche, Mitarbeiter der Kurie des Katholischen Militärbischofs und die Gemeinschaft Katholischer Soldaten haben interessante Möglichkeiten der Begegnung vorbereitet.

Am Freitag, dem 19. Juni, findet in der Karlsruher St. Michaelskirche ein Internationaler Soldatengottesdienst mit dem Thema „Mit Gott versöhnt – Für den Frieden in der Welt“ und anschließend eine „Stunde der Begegnung“ statt. Der Katholische Militärbischof Erzbischof Johannes Dyba zelebriert diese Meßfeier. Er hat die katholischen Militärbischofe und Soldaten aus 13 verschiedenen west- und osteuropäischen Nationen zum Katholikentag eingeladen. Den Soldaten soll dadurch nicht zuletzt die Möglichkeit gegeben werden, in Gemeinschaft ihren Glauben auf dem Weg in ein sich einigendes Europa zu bezeugen.

In der Halle der Bistümer laden Mitarbeiter im Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs zur Information über die Militärseelsorge ein.

Auch die Podiumsgespräche der Gemeinschaft Katholischer Soldaten greifen das Thema Europa auf. „Europas Soldaten als Weltpolizi-

sten? – Dienst und Auftrag des Soldaten heute.“ Da der diesjährige Katholikentag erstmals wieder gesamtdeutsch ist, soll auch die Eingliederung der ehemaligen NVA-Soldaten in die deutsche Bundeswehr nicht unerwähnt bleiben. In einem Kleinforum „Lust und Frust an der deutschen Einheit“ wird anhand von Erfahrungen aufgezeigt, wie die Problematik des deutsch-deutschen Zusammenwachsens aufgefangen werden könnte.

Die Katholische Militärseelsorge veranstaltet ein Werkstattgespräch mit dem Titel „Kinder des kalten Kriegs – wo ist unsere Zukunft?“ Junge Soldaten aus west-

und osteuropäischen Ländern tauschen ihre Erfahrungen als christlich orientierte Soldaten angesichts des Endes der Ost-Westkonfrontation aus und suchen nach Modellen für eine europäische Friedensordnung.

Im Themenkreis III „Stadt der offenen Tore“ führt das Katholische Militärbischofsamt eine Talk-Show zum Thema „Versöhnung und Zusammenarbeit an einer gemeinsamen Friedensordnung“ durch.

Marlene Beyel

(aus REPORT, Informationen rund um den Katholikentag 2/92)

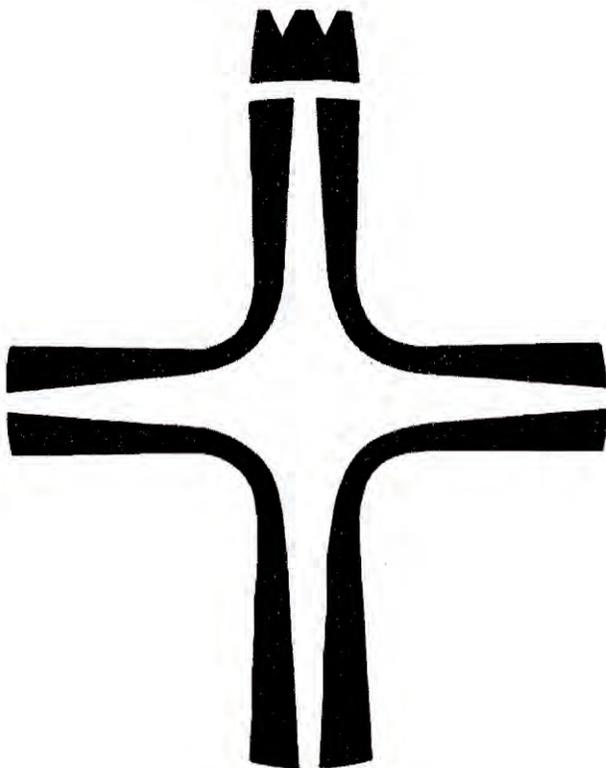
Zeter und Mordio

Schreien hilft nicht, wenn die Kirche in den Medien wieder einmal durch den Kakao gezogen wird. Unterstützen Sie lieber die gemeinnützige Arbeit des Katholischen Pressebundes! Wir sorgen dafür, daß die Stimme des Glaubens in den Medien nicht untergeht.

Ich erbitte nähere Informationen:

Katholischer Pressebund e.V. · Adenauerallee 134 · 5300 Bonn 1





„auftrag“ ist das Organ der GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS) und erscheint vierteljährlich

Herausgeber: GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS)

Redaktion:

Klaus Brandt, Oberstleutnant, verantwortlicher Redakteur

Helmut Fettweis, Oberst a.D., Redakteur

Wilhelm Lehmkämer, Oberstleutnant a.D., Gesellschaft und Kirche

Brief-Zuschriften: Klaus Brandt, Redakteur, Postfach 300303, 5060 Berg. Gladbach 1

Überweisungen: auf Konto Nr. 2532786 BLZ 38040007 Commerzbank Bonn, Zweigstelle Adenauerallee oder 165035-506 Postscheckamt Köln — Generalvikariat des Katholischen Militärbischofs — Vermerk: „Spendenkonto der GKS“

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion.

Druck: Köllen Druck & Verlag GmbH, Schöntalweg 5, 5305 Bonn-Oedekoven

Nachbestellungen gegen eine Schutzgebühr von 5,— DM an den ausliefernden Verlag.